

April 2022

Christopher Grobys

Sachsen-Anhalt linksdrehen!?

*Ansatzpunkte und Herausforderungen
einer mosaiklinken Formation in Sachsen-Anhalt*



CHRISTOPHER GROBYS ist Sozialarbeiter, angehender Sozialwissenschaftler, politischer Bildner und Aktivist. Darüber hinaus ist er bei der Gruppe KlassenFragen und im Stadteilladen Mitmischen in Magdeburg aktiv.

***Nichts, außer eine radikale Transformation zu fordern,
ist aktuell richtig, aber unrealistisch.***

***Alles, außer eine radikale Transformation zu fordern,
ist realistisch, aber aktuell falsch.***

Für Luki.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
1. Einleitung	2
2. Eine politische Geografie Sachsen-Anhalts	5
2.1 Politische Ökonomie.....	6
2.2 Demografischer Wandel Sachsen-Anhalts - Ein Spezifikum	13
2.3 Öffentliche Infrastruktur in den ländlichen Regionen.....	15
2.4 Umkämpfte Naturverhältnisse.....	21
2.5 Politische Einstellungen in Sachsen-Anhalt.....	26
2.6 Die radikale Rechte.....	30
2.7 Die parlamentarische und gesellschaftliche Linke in Sachsen-Anhalt.....	37
2.7.1 <i>Rückblick: Rote Städte und Regionen</i>	37
2.7.2 <i>Die Neunziger bis heute</i>	38
2.8 Zwischenfazit.....	49
3. Die Mosaiklinke – eine Einführung in das strategische Konzept	52
4. Methodisches Vorgehen in der empirischen Untersuchung	65
5. Eine Mosaiklinke in Sachsen-Anhalt – ein Einblick in die Fläche und defragmentierende Potenziale	69
5.1 Porträts progressiver Akteure in der Fläche.....	69
I. <i>RATS-Kulturzentrum (Saalekreis)</i>	69
II. <i>Bündnis Gesundheit ohne Profite Halle (Halle)</i>	71
III. <i>Das Feministische Kollektiv (Magdeburg)</i>	73
IV. <i>Solidarische Landwirtschaft (SoLawi) VIELFELD e.V. (Stadt Magdeburg)</i>	75
V. <i>Das Bündnis gegen Pflegenotstand Mansfeld-Südharz (Mansfeld-Südharz)</i>	77
VI. <i>Die Initiative Zukunft statt Braunkohle Lützen (Burgenlandkreis)</i>	79
VII. <i>Verein Pro Krankenhaus Havelberg e.V. (Landkreis Stendal)</i>	81

VIII. Bündnis Dessau Nazifrei (Dessau-Roßlau).....	83
IX. Interessengemeinschaft offen. Bunt. anders (Landkreis Wittenberg).....	85
X. Soziokulturelles Zentrum Zora (Landkreis Harz).....	87
XI. Krass leben e.V. (Landkreis Börde).....	89
XII. AZ Kim Hubert (Altmarkkreis Salzwedel).....	91
XIII. Evangelisch reformierte Petrigemeinde Burg (Jerichower Land)	93
5.2 Defragmentierende Potenziale in Sachsen-Anhalt und damit verbundene Herausforderungen – Ergebnisse der empirischen Untersuchung.....	95
<i>These I.: In Sachsen-Anhalt existieren verschiedene Formen von Vernetzungen und Kooperationen, woraus defragmentierende Potenziale abgeleitet werden können.....</i>	<i>95</i>
<i>These II.: Ein Großteil der interviewten progressiven Akteure aus Sachsen-Anhalt betrachtet es als eine strategische Notwendigkeit, Kooperationen mit anderen Akteuren einzugehen. In diesem Zusammenhang wurden verschiedene Motive deutlich, warum progressive Akteure Kooperationen mit anderen eingehen oder warum sie dies nicht tun, welche für eine zukünftige mosaiklinke Praxis wichtige Hinweise beinhalten.....</i>	<i>104</i>
<i>These III: Bildungs-Räume, organische Vermittlungsintellektuelle, Scharnierinstanzen und felderverbindende Themen sind weitere defragmentierende Potenziale in Sachsen-Anhalt, um die diversen Feldakteure zu verbinden und ein mosaiklinkes Projekt zu formieren.....</i>	<i>112</i>
6. Zusammenfassendes Fazit & strategischer Ausblick.....	132
7. Quellen.....	136

Vorwort

Gegenwärtig stehen sich zwei gesellschaftliche Strömungen gegenüber: Einerseits Vertreter*innen einer beschleunigten ökonomischen Modernisierung, wobei wissenschaftliche und technische Innovationen als das zentrale Element zur Lösung sozialer und ökologischer Fragen betrachtet werden. Andererseits die Verteidiger*innen traditioneller Lebensweisen, die einem derartigen Modell der Modernisierung skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen. Vielfach polarisiert sich diese Konstellation zu einem Kulturkampf, bei dem ein problematischer Begriff von Fortschritt nicht minder problematische Positionen gegenüberstehen, die von einem romantischen Antikapitalismus bis zu völkischen Vorstellungen reichen.

Die politische und gesellschaftliche Linke steht traditionell für eine dritte Position: Einerseits bekämpft sie die Umgestaltung aller gesellschaftlichen Bereiche nach der Logik von Markt und Profit. Sie steht daher der Durchsetzung von kapitalistischen Modernisierungsprojekten mittels „schöpferischer Zerstörung“ bestehender Arbeits- und Lebensverhältnisse ablehnend gegenüber. Andererseits ist sie weit davon entfernt, traditionelle Lebensweisen und Vorstellungen zum Maßstab ihrer Kritik und zum Ziel ihrer Praxis zu machen. Ein gutes Leben für alle – was auch immer das im Einzelnen heißen mag – liegt jenseits der Verteidigung bisheriger gegen digitalisierte Formen der Ausbeutung von Mensch und Natur.

Die vorliegende Studie versucht, einen solchen Ansatz auszubuchstabieren. Sie geht von einer kritischen Bestandsaufnahme der sozialen und ökonomischen Verhältnisse in Sachsen-Anhalt sowie den wissenschaftlichen Ansätze aus, die Möglichkeiten und Bedingungen einer gesellschaftlichen Transformation theoretisch ausleuchten. Die Studie

verbindet beispielhaft die theoretischen Diskussionen über den Begriff der Mosaiklinken und der verbindenden Klassenpolitik mit empirischen Daten zur sozioökonomischen Lage. Auf dieser Basis erfolgt die Untersuchung politischer und zivilgesellschaftlicher Initiativen sowie eine umfassende Erörterung der Möglichkeiten und Begrenzungen einer emanzipatorischen Praxis. Die Studie fragt nach den realen Potentialen einer solidarischen und ökologischen Linken und lotet ihre bisher ungenutzten Möglichkeiten aus.

Sowohl der bisherige Forschungsprozess als auch die Studie zielen darauf ab, zivilgesellschaftliche Initiativen in Sachsen-Anhalt in der Fläche exemplarisch zu erfassen, miteinander zu vernetzen und die weitere Verständigung über mögliche und sinnvolle Ziele gemeinsamen Handelns voranzutreiben. Die Studie ist damit selbst ein Beitrag zur Diskussion über die (Re)organisation von linken und zivilgesellschaftlichen Strukturen. Denn zumindest eines ist sicher: Angesichts einer gesellschaftlichen Situation großer Unwägbarkeiten und Unsicherheiten ist die Organisation von Orientierungs- und Lernprozessen von essentieller Bedeutung. Das bedeutet, die Sinne für die gesellschaftlichen Widersprüche zu schärfen und Ankerpunkte in den historischen Erfahrungsbeständen zu suchen. Wer die Gesellschaft verändern will, sollte sich ein zutreffendes Bild von ihr machen. Diese Studie liefert dazu mit zahlreichen Anregungen einen Beitrag.

Gregor Kritidis

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt

Februar 2022

1. Einleitung

Die kapitalistische Moderne führt zu einem Epochenbruch, hervorgerufen durch eine „ökonomisch-ökologische Zangenkrise¹“ (Dörre 2019: 22f.), aus derer für die globalen Gesellschaften eine unumgängliche Frage entspringt: „*change by design* oder *change by disaster*“ (Zelik 2020: 38)? Diese gesamtgesellschaftliche Situation stellt die kapitalismuskritischen Kräfte im Kontext ihrer globalen Defensive vor massive Herausforderungen. Die alles durchdringende Frage lautet, wie die zersplitterte Linke, welche vor weniger als einem Jahrhundert eine der stärksten Bewegungen weltweit war, wieder an Stärke gewinnen kann. Mit dem Versuch, auf diese Frage praktische Antworten zu finden, lassen sich unterschiedliche strategische Realisierungsräume feststellen. Einerseits existiert gerade hierzulande eine rege Debatte über städte- und stadtteilbezogene Strategien (vgl. Pieschke 2016: 108ff., vgl. Maruschke 2014). Transformative Organizing, Recht auf Stadt und solidarische Initiativen gehören zu solchen politischen Transformationsansätzen. Zurecht wird an diesen kritisiert, dass sie meist sehr zeitaufwendig sind, in einer globalen Phase, die zu zeitnahen Interventionen drängt. Zudem bleibt unklar, inwiefern sie es schaffen, Wirkmächtigkeit auch über ihre abgesteckten Räume hinaus zu realisieren, außer sich solidarisch zu vernetzen und movement-building zu fokussieren (vgl. ebd.: 69f.). Ein klimaneutraler Stadtteil ist ein richtiger und sicherlich notwendiger Schritt hin zu einer ökologischen Gesellschaft, ändert aber allein

nichts am Klimawandel. Es braucht zugleich andere, weitreichendere Realisierungsräume. Andererseits existiert in der mannigfaltigen Linken schon seit ihrer Entstehung ein internationalistischer Ansatz. Die dabei vertretende These ist strategisch nachvollziehbar: Ein global-organisierter Kapitalismus braucht auch eine globale Gegenbewegung (vgl. Marx/Engels 2017: 56, vgl. Freundinnen und Freunde einer klassenlosen Gesellschaft 2019: 146). So richtig diese Schlussfolgerung ist, desto schwieriger ist ihre Realisierung. Der Versuch, eine alles umfassende globale Bewegung zu entwickeln und zu koordinieren, ist zwar möglich, wie es Fridays-for-Future praktisch bewiesen hat. Eine explizit kapitalismuskritische Bewegung mit transformierendem Potenzial ist jedoch bisher ausgeblieben (vgl. Studer 2020: 15ff.). Deshalb ist es an der Zeit, intermediäre Vermittlungsräume, welche zwischen internationalen, nationalen und städtebezogenen oder regionalen Kämpfen vermitteln können, in den Blick zu nehmen. Hierzulande könnten Bundesländer einen solchen intermediären Vermittlungsraum darstellen. An diese Überlegung knüpft die vorliegende Untersuchung an.

Mit der Landtagswahl 2021 in Sachsen-Anhalt hat sich ein rechter und konservativer Block, bestehend aus AfD und CDU mit einer absoluten Mehrheit gegenüber den anderen Parteien konsolidiert. Zwar hat die AfD einige Prozentpunkte im Vergleich zur vorherigen Wahl verloren, eine wirkliche Schwächung lässt sich bei der zweitstärksten Kraft nach der CDU (37,1 Prozent) mit immer noch 20,8 Prozent der Stimmen jedoch nicht konstatieren. Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen erreichten demgegenüber zusammen gerade einmal 25 Prozent und befinden sich damit in einer Position, in der progressive

¹ Der Begriff 'ökonomisch-ökologische Zangenkrise' wurde von Klaus Dörre geprägt. Dieser versteht darunter die historische Einmaligkeit, „[...] dass das bis dato wichtigste Mittel zur Überwindung ökonomischer Krise, die Generierung von Wirtschaftswachstum, mehr und mehr sowohl in ökologische Zerstörung als auch in sozial destruktives Wachstum umschlägt“ (Dörre 2019: 22).

politische Interventionen auf parlamentarischer Ebene für die kommende Legislaturperiode zunehmend schwieriger werden. Hinzu kommen immer wieder Schlagzeilen von rechten Übergriffen und Versuche, neurechte Experimente zu etablieren, wie das – bis heute existierende - Instituts für Staatspolitik in Schnellroda oder das – glücklicherweise gescheiterte - rechte Hausprojekt der sogenannten *Identitären Bewegung* (IB) in Halle.

Diesen Assoziationen folgend wird Sachsen-Anhalt häufig in derselben Manier abgestempelt wie der Osten insgesamt: Als reaktionäres Terrain, das für eine gesellschaftliche Linke wenig bis keine Ansatzpunkte und Perspektiven für progressive Veränderungen bietet. Doch könnte es auch anders sein? Birgt der Osten im Allgemeinen und Sachsen-Anhalt im Konkreten vielleicht auch verschiedene Potenziale, Ansatzpunkte und Perspektiven für progressive, transformativische Veränderungen, welche in Richtung einer solidarischen Gesellschaft zeigen? Würden solche Potenziale und Anknüpfungspunkte bestehen, wäre damit eine ungemeine Chance für eine gesellschaftliche Linke verbunden, im Osten wieder in die Offensive zu kommen. Auch hieran knüpft die vorliegende Untersuchung an und versucht, erste Antworten auf folgende Forschungsfrage zu geben: Welche Ansatzpunkte und Herausforderungen existieren für linke Kräfte in Sachsen-Anhalt, um wieder in die Offensive zu kommen? In die Offensive zu kommen, meint dabei, wie es gelingen kann, bestehende progressive Strukturen zu festigen und auszubauen, neue Akteure², Bündnisse, Kooperationen usw. zu entwickeln und rechte, konservative und neoliberale Tendenzen zurückzudrängen. Es gilt daher progressive und transformativische Potenziale in

Sachsen-Anhalt zu identifizieren, um sie bei ihrer Entfaltung zu fördern.

Die allgemeine Forschungsfrage bildet in der vorliegenden Untersuchung das Gravitationszentrum, an dem folgende weitere Fragen anknüpfen: Welche linken und progressiven Kräfte gibt es überhaupt in Sachsen-Anhalt? Wer könnte das Subjekt dieser Offensive sein? Eine Partei, eine soziale Bewegung, Initiativen und Bündnisse, oder alle zusammen? Und daran angelehnt: Welche strategischen Perspektiven könnten eine solche Offensive tragen, welche Faktoren könnten sie verhindern? Und zuletzt: Welche defragmentierenden Potenziale existieren in Sachsen-Anhalt, um die zersplitterten progressiven Kräfte zu bündeln?

Um erste Antworten auf diese Fragen zu geben, ist die Studie folgendermaßen aufgebaut: Im zweiten Kapitel wird Sachsen-Anhalt aus der Perspektive einer kritisch-politischen Geografie beleuchtet, um einen groben Überblick über die bestehenden konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse und deren Wandlungsprozesse zu skizzieren. Es werden einerseits die ökonomischen, ökologischen und politischen Entwicklungen beleuchtet und Ansatzpunkte für progressive Veränderungen analysiert. Für den Forschungsprozess richtungsweisend ist der ebenfalls im zweiten Kapitel entwickelte Befund, dass sich gegenwärtig die klassischen progressiven Parteien und die Gewerkschaften in der Defensive befinden und deshalb eine transformative Strategie, als Gegenpol zu den bestehenden reaktionären Tendenzen, von ihnen allein nur schwer ausgehen kann. Aufgrund dieser aktuellen Schwäche der progressiven Parteien und der Gewerkschaften kommt gerade den zivilgesellschaftlichen Projekten, Initiativen und Bündnissen in Sachsen-Anhalt, die sich als gesellschaftliche Linke im weitesten Sinne zusammenfassen lassen, eine besondere Bedeutung zu. Sie könnten – so die Schlüs-

² Der Begriff Akteure bezieht sich in der vorliegenden Studie auf politische Zusammenschlüsse und nicht auf Einzelpersonen, weshalb er nicht gegendert wird.

selthese dieser Untersuchung – eine entscheidende Rolle dabei einnehmen, dem konsolidierten rechten und konservativen Block etwas entgegenzusetzen. Eine gegenseitige Sichtbarkeit allein wird jedoch nicht reichen. Es braucht eine strategische Ausrichtung der kritisch-progressiven Zivilgesellschaft. Im Anschluss an dieses Ergebnis wird für das strategische Konzept der Mosaiklinken auf Bundeslandebene plädiert. Was unter dieser Strategie zu verstehen ist und warum diese in Sachsen-Anhalt einen vielversprechenden Ansatzpunkt für eine linke Offensive darstellen kann, wird im dritten Kapitel herausgearbeitet. Damit sind jedoch zugleich zwei weitere Fragen verbunden: Welche progressiven Akteure gibt es in Sachsen-Anhalt und wie sieht ihre Praxis aus? Und welche defragmentierenden Potenziale lassen sich aus ihren Erfahrungen und Einschätzungen ableiten? Um auf diese Fragen Antworten zu geben, wurden Interviews mit Aktiven aus unterschiedlichen politi-

schen Feldern geführt und anschließend qualitativ ausgewertet. Wie bei diesem empirischen Forschungsprozess vorgegangen wurde, wird im vierten Kapitel erörtert. Im fünften Kapitel werden im ersten Teil verschiedene progressive Akteure aus der gesamten Fläche des Bundeslandes und ihre Praxis porträtiert, um einen ersten Eindruck der kritisch-progressiven Zivilgesellschaft und der unterschiedlichen Themenfelder, in denen die Akteure in der gesamten Fläche des Bundeslandes aktiv sind, zu vermitteln. Im zweiten Teil des fünften Kapitels werden die Ergebnisse des qualitativen Forschungsprozesses vorgestellt und diskutiert, welche defragmentierenden Potenziale und Herausforderungen in Sachsen-Anhalt nach den Erfahrungen und Einschätzungen der Interviewpartner:innen bestehen. Die vorliegende Untersuchung wird abgeschlossen durch ein zusammenfassendes Fazit und einen strategischen Ausblick.

2. Eine politische Geografie

Sachsen-Anhalts

Sachsen-Anhalt ist seit 1990 eines von 16 Ländern der Bundesrepublik Deutschland und mit einer Fläche von 20.456 km² das achtgrößte (vgl. Statisches Jahrbuch Sachsen-Anhalt 2020: 38). Unter den anderen sogenannten *neuen Bundesländern* ist Sachsen-Anhalt das drittgrößte mit einem Anteil von 20 Prozent der gesamten Fläche Ostdeutschlands (vgl. Friedrich 2019: 89). Administrativ ist Sachsen-Anhalt in drei kreisfreie Städte und elf Landkreise untergliedert (vgl. Statisches Jahrbuch Sachsen-Anhalt 2020: 50ff.). Die seit über 40 Jahren stetig abnehmende Bevölkerung bildet dagegen nur 4 Prozent des gesamten Bevölkerungsanteils der Bundesrepublik und 16 Prozent des Bevölkerungsanteils des gesamten Ostens. Insgesamt blieb das ehemalige *Land der Frühaufsteher* (laut Werbeslogan zwischen 2005 und 2014) bis heute ein vergleichsweise kleines und dünn besiedeltes Bundesland (vgl. Holtemöller/Lindner 2019: 102). Mit fast 75 Prozent lebt ein Großteil der Sachsen-Anhalter:innen in den ländlichen Regionen. Ein Viertel dagegen wohnt in den drei kreisfreien Städten Halle, Magdeburg und Dessau-Roßlau (Statisches Jahrbuch Sachsen-Anhalt 2020: 68).

Unabhängig von solchen klassischen geografischen Kennziffern wird Sachsen-Anhalt im öffentlichen Diskurs als ein historisch wichtiges und kulturell interessantes Bundesland beschrieben. Unter anderen sind Martin Luther, Otto von Guericke, Friedrich Nietzsche und Georg Friedrich Händel Persönlichkeiten, welche häufig - positiv konnotiert - mit dem Bundesland in Verbindung gebracht werden (vgl. Träger/Priebus 2017: 4f.). Zugleich existiert, meist mit tagesaktuellem

Bezug, ein anderes Narrativ über Sachsen-Anhalt: als Teil des sogenannten braunen Ostens wird das Bundesland seit der Wiedervereinigung immer wieder mit Wahlerfolgen rechter Parteien (vgl. Lasch 2018) und mit rechter Gewalt in Verbindung gebracht (vgl. Daher 2020, vgl. Betz 2006). Aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive lassen sich folgende Charakteristika zusammenfassen:

- demografischer Wandel mit einem stetigen Bevölkerungsrückgang von mehr als einer halben Million Einwohner:innen seit 1990
- überdurchschnittlicher Anteil von über 65-Jährigen und zugleich ein unterdurchschnittlicher Anteil von jungen Menschen bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres
- geringer Ausländer:innenanteil auch nach der Hochphase 2015
- vergleichsweise hohe Arbeitslosenquote (2021: 8,2 Prozent; Bundesagentur für Arbeit 2021)
- pro Arbeitnehmer:in ein unterdurchschnittliches Arbeitsentgelt
- ein Bruttoinlandsprodukt je Einwohner:in, das deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegt (vgl. Träger/Priebus 2017: 4)

Schon 2017 stellten die Politikwissenschaftler:innen Träger und Priebus der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg fest, dass Sachsen-Anhalt „[...] insbesondere mit Blick auf die demographische Entwicklung, die Arbeitsmarktlage und die wirtschaftliche

Situation vor Herausforderungen steht“ (ebd.). Dieses Resümee bleibt bis heute aktuell und kann aus einer linken, emanzipatorischen Perspektive noch um folgende Punkte ergänzt werden:

- ökonomische Transferabhängigkeiten von nicht-ansässigen Kapitalen und damit verbundenem Kapitalabfluss
- zunehmender Abbau sozialer Infrastruktur in der ländlichen Peripherie
- hohe Stimmanteile rechter Parteien, bei gleichzeitiger Abnahme linker Wahlerfolge
- überdurchschnittlich viele rechtsmotivierte Gewaltdelikte
- gering ausgeprägte kritisch-emanzipatorische Zivilgesellschaft

In den folgenden Unterpunkten des zweiten Kapitels werden die hier aufgezählten Charakteristika konkreter erläutert, um die gesellschaftlichen Verhältnisse des Bundeslands zu skizzieren.

2.1 Politische Ökonomie

Zu DDR-Zeiten war Sachsen-Anhalt ein wichtiger Industrie- und Bergbaustandort. Es gab das mitteldeutsche Chemiedreieck im Bezirk Halle, das Schwermaschinenbaukombinat Ernst Thälmann (SKET) und den Schwermaschinenbau Karl Liebknecht (SKL) in Magdeburg sowie die Braunkohle-, Kupfer- und Salzproduktion an diversen Standorten im Bundesland. Durch diese industrielle Infrastruktur wurden mehrere tausend Menschen beschäftigt, alleine SKET und SKL in Magdeburg umfassten bis 1990 ungefähr 38.000 Mitarbeiter:innen (vgl. Gehrke 2017: 106, vgl. Brockmann 2019: 57, vgl. Holtemöller/Lindner 2019: 101ff.). Trotz dieser industriellen Standorte kam es in der staatlichen Planwirtschaft zu jahrzehntelangen Fehlallokationen von Ressourcen, durch die Fokussierung auf die Konsumgüterproduktion und fehlende Investitionen in den volkswirtschaftlichen fixen Kapitalstock (Verkehrsinfrastruktur, Gebäude, Fahrzeuge, Maschinen). Gerade letzteres schwächte die ökonomische Leistungsfähig-

keit der DDR, wodurch ihre produzierten Waren und Dienstleistungen immer weniger in der Lage waren, mit denen der kapitalistischen westlichen Länder Schritt zu halten. Kurz: Die in Ostdeutschland produzierten Waren und Dienstleistungen waren aufgrund dieser Produktionsbedingungen und der sich zunehmend globalisierenden Märkte international nicht wettbewerbsfähig. Darüber hinaus erschwerte die Inflexibilität des zentralistischen Verwaltungsapparates eine dafür notwendige dynamische Handlungsfähigkeit, um auf diese Entwicklungen angemessen reagieren zu können (vgl. Holtemöller/Lindner 2019: 101ff.).

Die Wiedervereinigung 1990 löste jedoch nicht die ökonomisch herausfordernde Konstellation, sondern sollte durch eine „[...] programmatische Fremdermächtigung des Unternehmerischen [...]“ (Böick 2020: 726) eine dauerhaft fragile politische Ökonomie des Ostens perpetuieren. Die Währungsunion, die Unternehmensprivatisierung durch

die Treuhand und die Altlastenregelungen waren maßgebliche Aspekte dieses Prozesses (vgl. Intelmann 2020: 101). Die damaligen volkseigenen Betriebe wurden durch die Treuhandanstalt privatisiert und zugleich ein Großteil der industriellen Kapazitäten stillgelegt, womit ein massiver Abbau von Arbeitsplätzen einherging (vgl. Henn/Schäfer 2020: 86). Der liberale Ansatz einer angeblich absoluten Notwendigkeit dieser Privatisierung, welche - dem eigenen Anspruch nach - die industriellen Standorte erhalten sollte (vgl. Holtemöller/Lindner 2019: 105), förderte stattdessen das, was Thie als „Industrie-Guillotine“ (Thie 2020: 26) bezeichnete: Die vormals volkseigenen Betriebe wurden unter Marktwert an kapitalstarke Investor:innen aus dem bundesdeutschen Westen verkauft oder wurden aufgrund mangelnder Konkurrenzfähigkeit vom Markt verdrängt. Industrielle Standorte wie in Magdeburg waren in der Folge von massiven Entlassungen und Kurzarbeit betroffen (vgl. Gehrke 2018: 106). Dabei wäre auch eine alternative Transformation denkbar und möglich gewesen (vgl. Becker/Naumann 2020: 7, vgl. Böick 2020: 138ff.). Beispielsweise hätte das Volkseigentum auch an die regionale Bevölkerung vergesellschaftet werden können. Stattdessen wurde das Treuhandmodell strategisch von westdeutschen Eliten durchgesetzt und ein Großteil der Betriebe an westdeutsche Investor:innen umverteilt. In Ostdeutschland entwickelte sich damit eine spezifische politische Ökonomie, in der die Gewinne und anfallenden Unternehmenssteuern aufgrund der Eigentumsverhältnisse nicht räumlich im Osten bleiben, sondern kontinuierlich abfließen. Intelmann spricht daher zutreffend von einer Filialökonomie. Diese ökonomische Zäsur - die Zerschlagung der DDR-Wirtschaft zugunsten von westdeutschen Unternehmer:innen - und die daraus entstandene Filialökonomie prägen den gesamten Osten bis heute durch

eine kontinuierliche Abhängigkeit von staatlichen Transfer- und Umverteilungsmechanismen (vgl. Intelmann 2020: 101ff.). Auch Sachsen-Anhalt war von diesem Prozess maßgeblich betroffen. Dennoch schaffte es das Bundesland in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung durch höhere Sachkapitalinvestitionen, wirtschaftlich gegenüber Westdeutschland aufzuholen. 2001 stellten Rosenfeld, Barjak und Franz diesbezüglich fest: „Die besonders herausragende Stärke des Landes sind die hohen privaten Investitionen, mit denen in den vergangenen zehn Jahren ein moderner Sachkapitalbestand aufgebaut wurde“ (Rosenfeld/Barjak/Franz 2001: 47). So konnten auch verschiedene Industriezweige, wie die Chemieindustrie und Teile des Maschinenbaus, erhalten bleiben. Doch damit Sachsen-Anhalt nach 1990 wettbewerbsfähige Waren und Dienstleistungen produzieren konnte, musste nicht nur der Kapitalstock modernisiert und erweitert, sondern auch effizientere Produktionsprozesse geschaffen werden (vgl. Holtemöller/Lindner 2019: 101ff.). Im produzierenden Gewerbe, also außerhalb der Sektoren Dienstleistungen und Landwirtschaft, liegt die Kapitalausstattung seit der Jahrtausendwende sogar höher als in Westdeutschland. Dies liegt vorrangig daran, dass in Sachsen-Anhalts Chemiesektor kapitalintensiv produziert wird. Trotz dieser Entwicklung ist die Arbeitsproduktivität Sachsen-Anhalts insgesamt ungefähr 20 Prozent geringer als in Westdeutschland (vgl. ebd.: 107). Das Bruttoinlandsprodukt konnte zwar von 20,5 Mrd. € (1991), auf 63,5 Mrd. € (2019) gesteigert werden (vgl. Statisches Jahrbuch Sachsen-Anhalt 2020: 554f.) und trotz der massiven Arbeitsplatzreduktion und der Deindustrialisierung des Landes nach der Wiedervereinigung, stieg das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner:in (Indikator des Wohlstandsmaßes) von 31 Prozent (1991) auf 58 Prozent (1996) in Relation zu

Westdeutschland. Ab 1996 ist jedoch eine sehr langsame, wenn auch progressive Entwicklung zu verzeichnen. So stieg bis 2019 das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner:in auf ungefähr 65 Prozent in Relation zum westdeutschen Niveau. Beim Bruttoinlandsprodukt pro erwerbstätige Person - ein Indikator für die Arbeitsproduktivität - erreichte Sachsen-Anhalt 2019 80 Prozent des westdeutschen Niveaus. Dies ist kongruent mit dem Abstand der Löhne zwischen Ost und West seit 2000. Seitdem die Differenz der Ost- und Westlöhne der Differenz der Arbeitsproduktivität entspricht, ist auch eine Zunahme der Erwerbstätigkeit in Relation zur gesamten ostdeutschen Bevölkerung wahrnehmbar. Im Vergleich zur ostdeutschen Entwicklung insgesamt entwickelte sich Sachsen-Anhalt jedoch nur geringfügig besser (vgl. ebd.: 106ff./ vgl. Morfeld et al. 2018: 14).

Insgesamt fehlen in Sachsen-Anhalt, aus einer Perspektive konventioneller Wirtschaftswissenschaften, größere ortsansässige Unternehmen. Das Land ist gekennzeichnet durch kleine bis mittlere Betriebsgrößen mit wenig differenzierten Wertschöpfungsketten und Vernetzungen. Damit verbunden ist eine geringe Internationalisierung der Wirtschaft (vgl. Roy 2019: 206f.). Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes liegt 20 Prozent unter dem westdeutschen Niveau, gleichzeitig jedoch über dem Durchschnitt im gesamten Euroraum. Eine Stagnation ist seit der großen Rezession 2009 feststellbar, was wiederum auf die konkrete Sektoralstruktur³ des Bundeslandes zurückführbar ist. Holtemöller und Lindner formulieren darauf bezogen: „Die Absatzmärkte der im Land wichtigen Chemieindustrie liegen in Europa, wo die Schuldenkrise die Konjunktur lange Zeit dämpfte und die Wachstumsdynamik auch auf Dauer

niedriger sein wird als etwa in den asiatischen Schwellenländern. Zum Aufbau größerer Produktionscluster in anderen Wirtschaftszweigen ist es nicht gekommen; vielmehr war die um Bitterfeld angesiedelte Photovoltaik-Industrie dem internationalen (insbesondere chinesischen) Wettbewerbsdruck zu Anfang dieses Jahrzehnts nicht gewachsen“ (Holtemöller/Lindner 2019: 107). Nach der Pleite der Photovoltaik-Industrie im Jahr 2019 gibt es gegenwärtig Bestrebungen eines Schweizer Maschinenbau-Unternehmens, diese wiederzubeleben. Damit ist auch die Hoffnung verbunden, dass im sogenannten *Solar Valley* in der Nähe von Bitterfeld endlich eine Leuchtturmregion im Bundesland entstehen könnte (vgl. MDR 2021). Aus einer Perspektive, die Sachsen-Anhalt nicht auf Landesebene, sondern auf Kreisebene betrachtet, fällt ein wesentlicher Unterschied zu westdeutschen Bundesländern auf: Sachsen-Anhalt verfügt nicht, genau wie andere ostdeutsche Bundesländer, über wirtschaftlich sehr starke Regionen, welche auch die eher schwachen Landesregionen ausgleichen (vgl. Holtemöller/Linder 2019: 109). Auch andere Autor:innen stellen eine Leerstelle in Bezug auf Regionen mit großem ökonomischen Entwicklungspotenzial fest. Selbst den Oberzentren Magdeburg, Halle und Dessau-Roßlau werden im Bundesland nur mittlere regionale Entwicklungspotenziale zugeschrieben, während der Rest und damit der größte Teil von Sachsen-Anhalt ein geringes Entwicklungspotenzial aufweist. Doch genau solche Leuchtturmregionen sind in anderen ostdeutschen Bundesländern Standorte, an denen sich die generell wenig vorhandenen Großunternehmen ansiedeln, wodurch in der Regel auch positive Auswirkungen auf die Beschäftigungsverhältnisse zu verzeichnen sind (vgl. Henn/Schäfer 2020: 91ff.). Mit der Chance auf ein Wiederbeleben der Photovoltaik-Industrie sind auch weitere Hoffnungen verbunden: Damit könnten neue

³ Der Begriff Sektoralstruktur beschreibt die Anteile von Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen an der Gesamtzahl der Beschäftigten respektive des gesamten Bruttoinlandsprodukts einer Raumeinheit.

Beschäftigungsmöglichkeiten im Bundesland geschaffen werden, welche die durch den Kohleausstieg entstehende Beschäftigungslücke – wenn auch nur teilweise – kompensiert. Gleichzeitig würden in Sachsen-Anhalt ökologischere Produktionsstandorte wiederbelebt werden. Auch wenn diese Perspektive vielversprechend auf einen Green New Deal hindeutet, bleibt dennoch die Problematik der filialökonomischen Eigentumsverhältnisse bestehen. Das Bundesland bleibt abhängig von überregionalen Kapitalen, deren Steuern und Gewinne jedoch nicht in Sachsen-Anhalt verbleiben. Damit bleibt das Bundesland auch trotz Aussicht auf eine Leuchtturmregion vermutlich weiterhin von staatlichen Transfer- und Umverteilungsmechanismen abhängig. Die Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt spielte nach der Wiedervereinigung keine ausschlaggebende Rolle mehr, auch wenn weiterhin wirtschaftliche Pfadabhängigkeiten bestehen, welche das Bundesland prägen. Im Gegenteil, trotz dieser vorteilhaften Voraussetzungen und auch der gegenwärtigen hohen Nutzung der Bodenfläche für die Landwirtschaft (60 Prozent) nahm der Anteil des Bruttoinlandsprodukts an der Bruttowertschöpfung aus der Landwirtschaft (zusammen mit Forstwirtschaft und Fischerei) für Sachsen-Anhalt kontinuierlich ab (vgl. Statistisches Jahrbuch 2020: 556f.). Die 4 Prozent (1991) der gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfung durch Landwirtschaft, halbierte sich bis 2016 nochmals und fiel auf 2 Prozent. Dennoch entwickelte sich aufgrund der fruchtbaren Bodenqualität in Sachsen-Anhalt eine leistungsfähige Nahrungsmittelindustrie, basierend auf dem Zuckerrübenanbau (vgl. Holtemöller/Lindner 2019: 102). Das Baugewerbe hat trotz seiner Höhen und Tiefen seit den 1990ern auch heute noch eine bundesweite Bedeutung aufgrund überregionaler Tätigkeiten. Das verarbeitende Gewerbe hat seit Mitte der 1990er wieder einen deutlichen Zuwachs zu verzeichnen,

der Anteil der darin Beschäftigten ist fast genauso hoch wie in Westdeutschland. Ähnlich wie die Kupferproduktion, die 1990 aufgrund ihrer Unwirtschaftlichkeit beendet wurde, wird auch die Braunkohleförderung in den kommenden Jahren eingestellt werden. Dies hat jedoch weniger ökonomische als politische Gründe: Der Kohleausstieg bis 2038 ist von der Bundesregierung beschlossen (vgl. Kommission „Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung“ 2019: 64). Damit ist auch unausweichlich ein Strukturwandel im mitteldeutschen Revier verbunden. Dieser umfasst in diesem Sektor ca. 7.000 Arbeitsplätze, deren Wegfall auch Beschäftigte in Sachsen-Anhalt betreffen wird (vgl. Schultz 2020: 22). Eine explizitere Auseinandersetzung mit dem Kohleausstieg, dem damit verbundenen Strukturwandel und den Auswirkungen für Sachsen-Anhalt erfolgt in dieser Studie im Kapitel 2.4.

Die Arbeitslosenquote stieg nach der Wendezeit von 1991 bis 2005 auf ungefähr 20 Prozent und sank dann wiederum fast stetig in den folgenden Jahren (vgl. Statisches Jahrbuch Sachsen-Anhalt 2020: 552f.). Als ursächlich für die höhere Arbeitslosigkeit der 1990er kann die damalige geringere Lohnlücke zwischen Ost und West und gleichzeitige geringere Arbeitsproduktivität im Osten angenommen werden. Damit war der Einsatz von Arbeitskraft im Osten weniger profitabel als im Westen, wo die Arbeitsproduktivität durchschnittlich höher war. Trotz dieser positiven Entwicklung in puncto Arbeitslosigkeit – welche auch maßgeblich mit der gesamten positiven wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands zusammenhängt – gingen Holtemöller und Lindner 2019 schätzungsweise von einer tatsächlichen Unterbeschäftigung von einem Drittel der Erwerbspersonen aus. Als ursächlich für diese Entwicklung werden die hohe Arbeitslosigkeit und der demografische Wandel betrachtet (vgl. Holtemöller/Lindner 2019: 106ff.).

Auffällig ist hierbei vor allem der hohe Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen, der 2017 bei knapp 80 Prozent lag. Der demografische Wandel bleibt eine ernstzunehmende ökonomische Herausforderung für die Arbeitskräfterekrutierung im Bundesland (vgl. Roy 2019: 208ff.). Zugleich ist Sachsen-Anhalt - wie auch der Osten insgesamt - von einem hohen Mangel an Fachkräften betroffen. Dieser wurde im Jahr 2020 auf 77.000 bis 116.000 Arbeitskräfte für das Bundesland geschätzt (vgl. Schäfer/Henn 2020: 140). Eine sich verändernde Entwicklung erscheint auch zukünftig für Sachsen-Anhalt nicht in Sichtweite. Zwei Hauptgründe sind dafür zentral: Einerseits der demografische Wandel, von dem Sachsen-Anhalt stark betroffen ist (siehe Kapitel 2.2) und andererseits der gegenwärtig unattraktive Arbeitsmarkt. Es fehlen einkommensstarke und sichere Arbeitsplätze, welche Anreize für Zuzüge bilden könnten (vgl. Roy 2019: 209). Im darauffolgenden Unterpunkt erfolgt nochmals eine konkrete Auseinandersetzung mit den Ursachen und Herausforderungen des demografischen Wandels in Sachsen-Anhalt.

Trotz einer Tendenz der Angleichung der Löhne und Lebensverhältnisse über 30 Jahre nach der deutschen Einheit bekommen Lohnabhängige in Sachsen-Anhalt laut dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) immer noch 15 Prozent weniger Gehalt als die Menschen in den alten Bundesländern. Dies läge hauptsächlich daran, dass ungefähr ein Drittel der Vollzeitbeschäftigten für einen Niedriglohn (unter 2.200 Euro brutto) arbeite. Dies wiederum hänge mit der fragmentierten und geringen Tariflandschaft zusammen. In Sachsen-Anhalt ist nur ungefähr die Hälfte der Beschäftigten durch Tarifverträge geschützt (vgl. DGB Sachsen-Anhalt 2019). Sachsen-Anhalt zeichnet sich auch deshalb durch eine erhöhte Armutsgefährdung aus. Im Vergleich zu 2005 waren 2019 zwar weniger

Menschen von Armut betroffen. Im bundesweiten Vergleich belegt das Bundesland dennoch den vorletzten Platz. Knapp jede:r Fünfte in Sachsen-Anhalt hat weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung. Dies resultiert aus folgenden Gründen: Erstens aus der hohen Arbeitslosenquote, zweitens aus dem hohen Anteil an Menschen, die abhängig von der sozialen Mindestsicherung sind, und drittens aus einem generell geringeren Lohnniveau aufgrund eines ausgeprägten Fachkräftemangels und Niedriglohnsektors (vgl. Streichhahn 2021a: 4f.). Nach dem DGB sind viele Menschen in Ostdeutschland um ihre Zukunft und vor allem um ihren Arbeitsplatz besorgt. Für Sachsen-Anhalt trifft dies auf 12 Prozent der befragten Facharbeiter:innen zu, doppelt so viele wie im Bundesdurchschnitt. Laut DGB liegen die Gründe für die ökonomische Unsicherheit an der lückenhaften Tariflandschaft und dem großen Anteil an Niedriglöhnen (vgl. DGB Sachsen-Anhalt 2019). Es kann davon ausgegangen werden, dass die ökonomischen Herausforderungen im Rahmen der Corona-Pandemie diese Entwicklung nochmals verschärfen.

Dies sind darüber hinaus entscheidende Aspekte, warum Sachsen-Anhalt ein Auspendler:innenland ist. Jeder sechste sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Wohnsitz in Sachsen-Anhalt (16,5 Prozent) arbeitete im Juni 2020 laut der Bundesagentur für Arbeit in einem anderem Bundesland. Auch wenn die Zahl im Vergleich zu den Vorjahren minimal zurückgegangen ist (2019: 16,5 Prozent), bleibt Sachsen-Anhalt ein Bundesland der Auspendler:innen. Dies hängt vor allem mit den Industrieballungsräumen in Ost-Niedersachsen und Nordsachsen sowie den damit verbundenen gut bezahlten Jobs in der Autoindustrie zusammen. Zu erwarten ist, dass der durch die Corona-Krise ausgelöste Digitalisierungsschub sowie der Strukturwandel in der Indus-

trie sich auf Auspendler:innen auswirken wird. Das Arbeiten von zu Hause könnte sich gerade in administrativen Berufen normalisieren und die E-Mobilität wird vermutlich dazu führen, dass weniger Arbeitskräfte benötigt werden. Beides könnte zur Folge haben, dass sich die Beschäftigten mehr nach Sachsen-Anhalt umorientieren müssen. Es wird zwar argumentiert, dass aufgrund des demografischen Wandels der Bedarf an Arbeitskräften zunehmen wird (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2021). Dies ist jedoch fraglich, wenn es Sachsen-Anhalt weiterhin nicht gelingt, sogenannte Leuchtturmregionen zu etablieren. Inwieweit das bei gleichzeitiger progressiver Entwicklung der Löhne möglich ist, bleibt offen. Erwartbar ist jedoch, dass zweiteres dem zuerst Genannten im Ernstfall weichen müsste.

Holtemöller und Lindner stellten 2019 fest, dass ein weiterer wirtschaftlicher Aufschwung, durch den Sachsen-Anhalt gegenüber Westdeutschland weiter aufholen könnte, schwieriger zu bewältigen sei als in den 1990ern. In Bezug auf die Sachkapitalbestände gäbe es gegenwärtig weniger Unterschiede zu Westdeutschland. Andere Faktoren wie Bildung und Innovation erscheinen jetzt als notwendiger, um dies zu bewerkstelligen (vgl. Holtmöller/Lindner 2019: 109f.). Gegenwärtig prägt außerdem die Corona-Pandemie maßgeblich die ökonomische Entwicklung des Landes. Durch den Lockdown im II. Quartal 2020 wurden relevante Handelsverflechtungen unterbrochen oder komplett eingestellt. Der kurze Sommer ohne Lockdown erschien wie eine Rückkehr zur Normalität. Der erneute Lockdown von Ende 2020 bis 2021 dürfte mit weiteren Einbrüchen in verschiedenen Wirtschaftssektoren verbunden sein (vgl. Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt 2021: 9). Der Trend der abnehmenden Arbeitslosenzahlen wurde zwar durch die Corona-Pandemie vorübergehend gestoppt (vgl. ebd.:

16), es ist jedoch davon auszugehen, dass auch zukünftig die Auswirkungen der Pandemie die spezifisch ostdeutsche politische Ökonomie im Allgemeinen und die von Sachsen-Anhalt im Besonderen prägen wird. Insgesamt muss kritisch angemerkt werden, dass eine konventionelle Wirtschaftspolitik, welche auf die Niederlassungen von externen Kapitalen und die Etablierung von Leuchtturmregionen in Sachsen-Anhalt zielt, an den grundlegenden Strukturdefiziten langfristig vermutlich nichts ändern wird. Das Bundesland verbliebe damit in einer seit den 1990ern anhaltenden Abhängigkeit von externen Kapitalen, womit sich die Region in einem dauerhaften Zugzwang befindet, ihre Attraktivität für Filialen und Niederlassungen nicht-ansässigen Privatunternehmen zu erhöhen. Dieser Zugzwang wird zusätzlich durch den interkommunalen und interregionalen Wettbewerb innerhalb Sachsen-Anhalts als auch mit anderen Bundesländern befeuert. In dieser Gemengelage kann die Attraktivität als Standort für Unternehmen durch steuerliche Begünstigungen, niedrige Löhne, gewerkschaftsfeindliche Unternehmenspolitik (vgl. Thie 2020: 29, Dudek 2021: 418ff.) oder auch ökologische Folgen erreicht werden – wie es bei der Gigafabrik von Tesla in Grünheide zu beobachten ist (vgl. Wurzbacher 2021). Dieser Widerspruch entspringt den beschriebenen spezifischen Eigentumsverhältnissen und folgt der Logik der Austeritätspolitik seit 2008/2009: Strukturschwache Bundesländer wie Sachsen-Anhalt sollen mehr Eigenverantwortung für ihre finanziellen Mittel erbringen. Ohne die Eigentumsverhältnisse zu verändern, beschränkt sich der Handlungsspielraum meist darauf, als Niederlassungs-Standort für externe Kapitale attraktiv zu sein, weil die Kommunen und kreisfreien Städte selbst nicht in der Lage sind, finanzielle Mittel für ihren Haushalt zu generieren. Dieser Widerspruch ließe sich nur durch eine progressive und transformatorische anstatt

einer (neo-)liberalen Wirtschaftspolitik aufheben, welche darauf abzielt, gemeinschaftliche und partizipative Eigentumsverhältnisse - auch in den Filialen - zu etablieren, und versucht, diese sukzessiv auszuweiten. Um andere Eigentumsverhältnisse zu ermöglichen, müssten Enteignungs- und Vergesellschaftungskampagnen als Schlüsselstrategien erfolgreich sein, welche nicht auf ein neues Staatseigentum von Betrieben und Einrichtungen, sondern auf kollektives Selbsteigentum abzielen.⁴ Eine Voraussetzung dafür wäre eine Ausweitung demokratischer Entscheidungsmacht in der Wirtschaftssphäre, zum Beispiel durch die gewerkschaftlichen Forderungen der Errichtung von Wirtschafts- und Sozialbeiräten. Dadurch wäre es möglich, nicht nur den Produzierenden, sondern auch der Zivilgesellschaft demokratische Einflussmöglichkeiten auf die Wirtschaftssphäre im Bundesland zu verschaffen und zugleich die Weichen für weiterreichende Transformationen zu stellen (vgl. Urban 2019a: 136). Eine Voraussetzung dafür sind selbstverständlich starke Gewerkschaften. Darüber hinaus bietet laut Dörre auch die Pandemie und die Staatshilfen eine Chance, diese Eigentumsverhältnisse sukzessiv zu transformieren. Er formuliert in seinem aktuellen Buch *Die Utopie des Sozialismus* folgendes: „So könnten Staatshilfen für private Unternehmen mit Verfügungsrechten für Beschäftigte oder gesellschaftliche Fonds bezahlt werden. Sobald dergleichen geschähe, würde die Sozialisierung von Entscheidungsmacht mittels Internalisierung von Sozialkosten, die die kapitalistische Produktionsweise verursacht, zu einem Prozess, der einer Revolution ohne einmaligen Akt der Machtergreifung gleichkäme“ (Dörre 2021: 126). In Sachsen-

Anhalt sollten zum Beispiel noch im Jahr 2021 nicht nur die Landkreise und kreisfreien Städte, sondern auch die Eisenbahnverkehrsunternehmen fast 46 Millionen Euro aus dem ÖPNV-Rettungsschirm erhalten (vgl. Ministerium für Infrastruktur und Digitales 2021). Hier wäre eine Sozialisierung von Entscheidungsmacht konkret möglich gewesen, als Bedingung die finanziellen Zuschüsse zu erhalten. Dafür müsste allerdings der politische Wille, beziehungsweise der politische Druck von unten vorhanden sein. Vor allem im Hinblick auf die vermutlich weiter anhaltenden ökonomischen Auswirkungen der Coronapandemie und die Notwendigkeit weiterer staatlicher Unterstützungsleistungen für Unternehmen in der Zukunft, bleibt diese Transformationsstrategie der Eigentumsverhältnisse ein zentraler, jedoch nicht der einzige Ansatzpunkt. Inwieweit andere Möglichkeiten für eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse für einzelne Sektoren in Sachsen-Anhalt bestünden, wird in den folgenden Kapiteln und für ausgewählte Sektoren näher erläutert.

⁴ Klaus Dörre versteht unter kollektivem Selbsteigentum Formen des gemeinschaftlichen Besitzes, ohne die Eigenverantwortung, die Selbstorganisation und die Initiative der Beschäftigten zu verringern (vgl. Dörre 2021: 125f.).

2.2 Demografischer Wandel Sachsen-Anhalts - Ein Spezifikum

Ein Spezifikum Sachsen-Anhalts ist der hochgradig fortlaufende demografische Wandel des Bundeslandes. Dieses Phänomen ist jedoch keine dauerhafte historische Tendenz in der Region. Ein Blick in die Geschichte ermöglicht ein Verständnis der Zusammenhänge dieses aktuellen Trends. Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich durch hohe Geburtenraten, geringere Sterblichkeit und Wanderungsgewinne im Rahmen der industrialisierenden Umwälzungen der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Region des heutigen Sachsen-Anhalts ein deutliches Bevölkerungswachstum. Auch ab 1945 nahm die Bevölkerung vor allem dadurch zu, dass nach dem zweiten Weltkrieg eine Million vertriebener Menschen aus den ehemaligen sogenannten Ostgebieten nach Sachsen-Anhalt zogen.

In der DDR wiederum war die Region des heutigen Bundeslands fast kontinuierlich von Wanderungsverlusten betroffen. Gründe dafür sind vorrangig die Umzüge von jungen Menschen nach Westdeutschland (vgl. Friedrich 2019: 89f.). Die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt reduzierte sich in etwas mehr als 40 Jahren der DDR um ungefähr 20 Prozent. Betrug die Bevölkerung im Jahr 1950 noch 3.607.586, so waren es 1990 nur noch 2.873.957 (vgl. Statisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2020: 69). Die Geburtenrate fiel ab Mitte der 1970er Jahre erstmals dauerhaft unter die Sterberate. Damit folgte Sachsen-Anhalt dem damals einsetzenden deutschlandweiten Trend des *demografischen Wandels*. Im Zuge dessen kann die gesellschaftliche Veränderung nach Friedrich mit den Schlagworten *weniger, älter, bunter* charakterisiert werden. Dieser fasst den demografischen Wandel folgendermaßen zusammen: „Dessen drei Hauptkomponenten

Rückgang, Alterung, Heterogenität tragen u.a. durch sinkende Geburtenzahlen und steigende Lebenserwartungen zum Altern und Schrumpfen der Bevölkerung, aufgrund internationaler Migrationen zur stärkeren ethnischen Differenzierung sowie zur Pluralisierung der Haushalts- und Familienstruktur bei“ (Friedrich 2019: 90).

Seit 1990 hatte das Land nochmals einen Bevölkerungsrückgang von knapp 24 Prozent zu verzeichnen. Waren es 1990 noch 2.873.957 Einwohner:innen, verringerte sich dies bis 2019 auf 2.194.782 Menschen (vgl. Statisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2020: 67f.). Seit der Wiedervereinigung kann der demografische Wandel in Ostdeutschland in drei Phasen unterteilt werden: Die Phase der Transformation war gekennzeichnet durch einen Geburteneinbruch und den Wegzug in den Westen. Im Kontext der demografischen Entwicklung des Ostens stellt diese Phase eine Zäsur aufgrund der Einwohner:innenabnahme von 14 Prozent dar. Sachsen-Anhalt kann als Hotspot des demografischen Wandels dieser Phase betrachtet werden, weil dort eine besonders hohe Dynamik der Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung stattfand (vgl. Friedrich 2019: 90f.). Beides verstärkte die Alterung der zurückbleibenden Menschen bei gleichzeitiger Verringerung der neuen Elterngenerationen, womit auch ein Rückgang der Geburtenzahlen verbunden war. 1994 erreichte die zusammengefasste Geburtenrate mit 0,77 Kindern je Frau ein historisches Tief. Der Geburtenrückgang muss dabei jedoch nicht nur als Spezifikum Sachsen-Anhalts, sondern als genereller ostdeutscher Trend der Wendezeit betrachtet werden (vgl. Nolde 2017: 275). Die nach der sogenannten Wende fast halbierten Geburtenraten nahmen ab 1995 wieder zu,

jedoch führte dies aufgrund des verringerten Reproduktionspotenzials in Sachsen-Anhalt zu keiner nachhaltigen progressiven Entwicklung der Geburtenzahlen. Deshalb sei auch zukünftig der Bevölkerungsrückgang schwer bis gar nicht kompensierbar (vgl. Friedrich 2019: 91). Die zweite Phase stellte einen kurzen Zeitraum (weniger als eine Dekade) der Randwanderung der Bewohner:innen der Kernstädte in neuerschlossene Wohngebiete und Umlandgemeinden dar. Trotz ihrer Kürze bleibt diese Phase bis heute von Relevanz für das Bundesland. Groß- und Mittelstädte Sachsen-Anhalts waren von dieser Dekonzentration hauptsächlich betroffen, beispielsweise verloren Magdeburg und Halle ungefähr 60.000 Einwohner:innen an die umliegenden Gemeinden. Ende der 1990er Jahre flachte diese Randwanderung durch die Entspannung der innerstädtischen Wohnungsmärkte, durch Sanierung und Neubau, dem Auslaufen von Sonderabschreibungen sowie weiterer Fördermaßnahmen ab (vgl. ebd.: 93). Die dritte Phase ist gekennzeichnet durch eine Reurbanisierung und Ballung der Bevölkerung in bestimmten Städten bei einer gleichzeitigen Abnahme der ostdeutschen Bevölkerung insgesamt. Der Grund für diese Entwicklung ist unter anderem die Attraktivität der Großstädte für junge Menschen. Für Sachsen-Anhalt können hierfür beispielhaft Halle und Magdeburg genannt werden. Es bleibt jedoch strittig, wie neu diese Entwicklung ist, weil solche Wanderungsbewegungen in die Städte in der Regel von jungen Menschen getragen werden (vgl. ebd.). In Magdeburg und Halle – den Oberzentren Sachsen-Anhalts – die im gesamten Zeitraum nach der Wende von starken Rückgängen betroffen waren, hat sich die Situation jüngst durch moderate Zuwächse stabilisiert.

Auch wenn das Land insgesamt von dieser Entwicklung profitieren kann, werden die

Einschnitte der Nachwendezeit Sachsen-Anhalt weiterhin prägen (vgl. Nolde 2017: 284). Während in der Suburbanisierungsphase in den 1990ern die Umlandgemeinden wuchsen, entwickelte sich ein gegenläufiger Trend ab dem Ende der 2000er. Eine Trendwende ist in den Dörfern und Städten der ländlichen Regionen nicht zu erkennen. Diese werden weiterhin durch die Aspekte des geringen Reproduktionspotenzials, Abwanderung und Alterung bestimmt, auch wenn sich die Entwicklung in jüngster Zeit abgeschwächt hat. Durch die Transformation nach der sogenannten Wende hat Sachsen-Anhalt trotz regional unterschiedlicher Verläufe „[...] eine Abwärtsspirale aus Deindustrialisierung sowie demografischer Schrumpfung und Alterung erfahren“ (Friedrich 2019: 94). Auch im europäischen Vergleich wird deutlich, dass einzelne Regionen der ostdeutschen Bundesländer – und hierbei gerade Regionen von Sachsen-Anhalt – dauerhaft und überdurchschnittlich Bevölkerungsverluste zu verzeichnen haben (vgl. Nolde 2017: 275). Seit 2014 prägt Sachsen-Anhalt insgesamt eine deutlich positivere Wanderungsbilanz. Als ursächlich hierfür können der Zuzug aus anderen ostdeutschen Bundesländern, aus Osteuropa und von Geflüchteten betrachtet werden, auch wenn unklar bleibt, wie viele davon dauerhaft in Sachsen-Anhalt bleiben (vgl. ebd.: 92).

Der demografische Wandel steht zudem in Relation zu dem hohen Fachkräftebedarf in Sachsen-Anhalt. Im März 2021 meldeten die Unternehmen des Bundeslandes fast 19.000 unbesetzte sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen. Von diesen waren ungefähr die Hälfte über drei Monate unbesetzt. „Um diesen Fachkräftebedarf zu decken, sind die hier ansässigen Unternehmen zunehmend auf die Zuwanderung von Fachkräften und ausbildungsinteressierten jungen Menschen aus dem Ausland angewiesen“ (Ministerium

für Arbeit, Soziales und Integration 2021). Auch Thorsten Gröger, der Bezirksleiter der IG-Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt macht im April 2021 deutlich, dass Sachsen-Anhalt aufgrund des demografischen Wandels auf Zuwanderung angewiesen sei: „Ohne Zuwanderung wird sich das Bild von leeren Fabrikhallen und Krankenhäusern ohne Pflegepersonal verhärten und einbrennen. In aller Deutlichkeit sagen wir: Ohne Zuwanderung blutet Sachsen-Anhalt aus. Nicht nur wirtschaftlich, sondern allen voran gesellschaftlich. Die Vielfalt ist ein unschätzbare Gut unserer pluralen Gesellschaft. Sie bereichert das kulturelle und soziale Leben“ (IG Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt 2021). Gröger hob hier einerseits die ökonomische Notwendigkeit zusätzlicher Arbeitskräfte hervor, ohne jedoch in eine reine instrumentelle ökonomische Logik zu verfallen. Andererseits positionierte er sich damit zugleich deutlich gegen die

Zuwanderungsposition der AfD.

Trotz der kompensatorischen Momente und Perspektiven bleibt der fortlaufende Bevölkerungsrückgang auch bis 2030 die aktuelle Prognose. Nach den Schätzungen des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt wird die Bevölkerung bis 2030 um weitere 10 Prozent schrumpfen (vgl. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2020: 90). Dabei ist der demografische Wandel schon seit längerem auf der Agenda der Landesregierungen. Die formulierten Gegenstrategien reichten von Stärkung der Wirtschaft und der Familie über die Investition in Bildung bis zur „[...] Nutzung der Potentiale des Alters für eine Kultur des Ehrenamts“ (Nolde 2017: 282). Wirkliche Veränderungen blieben jedoch bis jetzt aus. Der demografische Wandel wird also mit großer Wahrscheinlichkeit auch weiterhin ein maßgeblicher Faktor für die Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse Sachsen-Anhalts bleiben.

2.3 Öffentliche Infrastruktur in den ländlichen Regionen

Fast die Hälfte der in Sachsen-Anhalt lebenden Menschen haben ihren Lebensmittelpunkt in ländlichen Regionen. In diesem Unterpunkt des 2. Kapitels soll der Fokus auf den ländlichen Regionen des Bundeslands liegen und deren Veränderungen in den letzten Jahrzehnten kurz aufgezeigt und im Zusammenhang mit der Forschungsfrage bewertet werden. In einer MDR-Umfrage von 2020 sagten 76 Prozent der Befragten, dass eine bessere Infrastruktur in den ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts für mehr Attraktivität des Bundeslandes sorgen würde (vgl. MDRfragt 2020: 4). Der demografische Wandel und die ökonomische Entwicklung haben gerade auch für die Infrastruktur im ländlichen Sachsen-Anhalt maßgebliche Folgen. Einerseits führte dieser Prozess zu vielen bevölkerungsschwachen ländlichen

Regionen, andererseits entstand infolgedessen eine nicht ausgelastete Infrastruktur. Der damit einhergehende Versorgungsabbau betrifft vor allem die Bereiche Wohnen, Gesundheitsversorgung und Mobilität und gefährdet damit auch den Grundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse (vgl. Nolde 2017: 279).

In diesen Regionen des Bundeslands ist ein enormer Wohnungsleerstand feststellbar. Im Wohnungsmarktbericht Sachsen-Anhalt 2018, einer Auftragsstudie für das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr Sachsen-Anhalt, kamen die Forschenden zu folgendem Ergebnis: „Der Wohnungsmarkt von Sachsen-Anhalt hat zwei Probleme: die Abwanderung in andere Bundesländer und die Entleerung der ländlichen Räume in Richtung der regionalen Schwarmstädte des

Landes“ (empirica 2018: 124). Durch den demografischen Wandel und das Abwandern in die Städte Magdeburg und Halle steigt einerseits dort der Bedarf an Wohnungen und anderer sozialer Infrastruktur wie Kitas, Schulen und ÖPNV. Andererseits entsteht dadurch gleichzeitig in den ländlichen Herkunftsgebieten eine sinkende Nachfrage von Versorgungsleistungen (vgl. ebd.). Die Bestandsmieten und inserierten Mieten haben sich in den letzten Jahren erhöht, Abstufungen der Mietpreisentwicklung finden sich dabei in der Entwicklung der regionalen Wohnungsmärkte. In den Oberzentren sind die Mieten stärker gestiegen als in den ländlichen und peripheren Regionen. Als ursächlich dafür kann ebenfalls die Binnenwanderung in die Städte betrachtet werden, womit eine erhöhte Nachfrage an Wohnraum und dadurch steigende Mietpreise entstanden (vgl. ebd.: 31f.). Trotz der fallenden Einkommen während der Corona-Pandemie, steigen die Angebotsmieten in den Oberzentren Sachsen-Anhalts Magdeburg und Halle weiter (vgl. Vetter 2021).

In Folge des demografischen Wandels entsteht ein wachsender Anpassungsdruck auf die gesamte Infrastruktur in den ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts. Dies führte in mehrfacher Hinsicht zu Auslastungsproblemen von Betreuungs- und Bildungseinrichtungen (vgl. Nolde 2017: 279f.). Zum Beispiel kam es im Zuge dieser Entwicklung aufgrund der rückläufigen Schüler:innenzahlen zu massiven Schulschließungen (vor allem von Grundschulen). Es erfolgten zwischen 1991 und 2014 insgesamt 1.071 solcher Schließungen, wovon 41 Prozent Grundschulen waren (vgl. Friedrich 2019: 96). Darüber hinaus sind mit der demografischen Entwicklung technische Auslastungsprobleme verbunden. Beispielsweise wird die Sicherstellung der Keimfreiheit von Leitungswasser durch eine reduzierte Wassernutzung und die damit zusammenhängende reduzierte Durch-

laufgeschwindigkeit des Wassers zur Herausforderung in den ländlichen Regionen, die nur durch hohe Investitionen in Umbaumaßnahmen der Wasserleitungen gewährleistet werden kann (vgl. Nolde 2017: 280).

Die Mobilität in Sachsen-Anhalt ist von regionalen Unterschieden gekennzeichnet, die ebenfalls mit dem demografischen Prozess und der Binnenwanderungsbewegung zusammenhängen. Insgesamt verfügt Sachsen-Anhalt mittlerweile über ein gut ausgebautes Schienen- und Straßennetz. In Bezug auf das Schienennetz stellte das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr 2018 fest, dass ein weiterer Ausbau der Haupt- und Regionalnetzstrecken durch die DB Netz AG erforderlich sei. In diesem Kontext wurden die wichtigsten Bahnknotenpunkte der Städte Leipzig/Halle, Magdeburg und Dessau/Roßlau umgebaut. Massiv in der Kritik bleiben jedoch die geringe Taktung des Zugverkehrs und der Rückbau des Schienennetzes aus Gründen der unternehmerischen Wirtschaftlichkeit (vgl. Esche 2020). Der Neu-, Um- und Ausbau des Straßennetzes wurde, wenn auch weniger intensiv, in den letzten zehn Jahren kontinuierlich fortgeführt. Verbunden mit den Baumaßnahmen war allerdings eine Verlagerung „[...] zu einer höheren Attraktivität des motorisierten Individualverkehrs (MIV) und damit zu einer Nachfrageverschiebung zulasten des ÖPNV“ (Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr Sachsen-Anhalt 2018: 19). In der Umfrage des ADAC Monitor *Mobil auf dem Land* wurde deutlich, dass die ländliche Bevölkerung Sachsen-Anhalts im Vergleich zu den anderen Bundesländern am zufriedensten mit ihrer Mobilität war (vgl. ADAC Monitor 2018: 32). Hier muss allerdings betont werden, dass deutschlandweit die Menschen aus ländlichen Regionen am wenigsten zufrieden mit dem öffentlichen Verkehr im Vergleich zu anderen Verkehrsmitteln sind. Gründe dafür sind die schlechten

direkten Verbindungen zu den Zielorten und die daraus resultierende mangelnde Flexibilität (vgl. ebd.: 7). Unzufriedener als in anderen Bundesländern waren die Befragten aus den ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts über die Möglichkeit, mit dem Fahrrad Zielorte zu erreichen (vgl. ebd.: 33). Der Suburbanisierungsprozess beeinflusste die strukturellen Bedingungen des Nahverkehrs maßgeblich. Er trug dazu bei, dass sich die Wege zwischen Arbeit, Freizeit, Wohnen und Versorgungsleistungen durch eine größere räumlichen Trennung verlängerten. Dies führte zu einem dichterreduzierenden Flächenwachstum in den ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts. Die Folgen waren eine reduzierte Verkehrsbündelung, auf die der ÖPNV nur bedingt mit wirtschaftlichen Angeboten reagieren konnte. Jedoch kommt gerade dem ÖPNV in den ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts eine bedeutende Rolle zu, um den Grundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen zu gewährleisten. Sowohl die zunehmend regionalisierte soziale Infrastruktur als auch Arbeitsorte sollten für alle erreichbar bleiben. Eine angepasste ÖPNV-Struktur könnte somit das Haltepotenzial im ländlichen Raum stärken, wovon auch die jüngere Bevölkerung profitieren könnte (vgl. Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr Sachsen-Anhalt 2018: 19f.). Im ADAC Monitor *Mobil auf dem Land* wurde außerdem deutlich, dass eine klare Mehrheit der ländlichen Bevölkerung mit der Erreichbarkeit und dem Zugang zu Versorgungsstrukturen des täglichen Bedarfs, wie zum Beispiel Einkaufsmöglichkeiten, zufrieden ist. Ähnlich überwiegend zufrieden sind die Menschen in den ländlichen Regionen der Studie auch in puncto der mobilen Erreichbarkeit von Hausärzt:innen und Apotheken (vgl. ADAC Monitor 2018: 148).

Diese Zufriedenheit darf jedoch nicht über die infrastrukturellen Problemlagen im Bereich der Gesundheitsversorgung in den ländlichen Regionen hinwegtäuschen. Die flächendeckende medizinische Versorgung in Sachsen-Anhalt bleibt eine grundlegende Herausforderung. Der Anstieg des Durchschnittsalters der praktizierenden Ärzt:innen bei gleichzeitigem Anstieg des Bedarfs an medizinischen Versorgungsleistungen durch die zunehmend alternde Bevölkerung ist ein strukturelles Problem des Bundeslandes (vgl. Nolde 2017: 281). Es fehlt an einer neuen Generation von Ärzt:innen in den ländlichen Regionen. Auch im Pflegebereich sind solche Engpässe feststellbar. Dieser wird durch die geringen Geburtenraten und die Binnenwanderung der Jüngeren in die Oberzentren verstärkt. Dadurch entsteht ein zusätzliches Defizit an familiären Pflegeressourcen in den ländlichen Regionen (vgl. Friedrich 2019: 86). Durch die Abwanderung der wenigen jungen Menschen ist die Sicherung der Fachkräfterversorgung gefährdet, was wiederum mit dem proportional steigenden Bedarf an Pflegekräften in einem kontinuierlich alternden Bundesland kollidiert (vgl. Nolde 2017: 283). Dieser Mangel an Pflegekräften ist im gesamten mitteldeutschen Bereich zu verzeichnen. Eine Zuwanderung aufgrund von beruflichen Perspektiven im Pflegebereich wird jedoch durch die geringe Attraktivität dieses Arbeitsbereiches erschwert (vgl. Fuchs/Weyh 2013: 1055). Um dennoch dem Grundsatz der Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse gerecht zu werden, wird versucht, dieser Entwicklung mit dem sogenannten Zentrale-Orte-Konzept⁵ entgegenzuwirken. Darüber hinaus wurden noch weitere entgegenwirkende Maßnahmen in Sachsen-Anhalt ergriffen, wie etwa die Quali-

⁵ Das sogenannte Zentrale-Orte-Konzept ist der Versuch, über regional zentrierte Punkte eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen in einer zumutbaren Entfernung sicherzustellen.

fizierung nicht-ärztlicher Praxisassistent:innen und ein Stipendienprogramm für angehende Ärzt:innen (vgl. Nolde 2017: 281). Diese Regionalisierung hat jedoch zur Folge, dass größere Entfernungen für die Inanspruchnahme der Leistungen zurückgelegt werden müssen (vgl. Friedrich 2019: 86). Hierbei wird die Korrelation zwischen Versorgungsleistungen in dem Bereich Gesundheit und Pflege mit der Mobilität in diesen Regionen deutlich. Beispielsweise wurde in einer von 2010 bis 2012 durchgeführten Fallstudie mit älteren Einwohner:innen im Landkreis Harz am häufigsten problematisiert, dass Defizite in der nähräumlichen Versorgung bestünden und die medizinische Versorgung nur durch selbstständige Mobilität oder die Inanspruchnahme persönlicher Netzwerke zu bewältigen seien. Auf letzteres ist - aufgrund des Fehlens eines Automobils - eine Mehrheit in den ländlichen Regionen des Bundeslandes angewiesen (vgl. Steinführer et al. 2012: 138ff.).

Die seit der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern beginnende Kommodifizierung verschiedenster Bereiche betraf auch hochgradig das Gesundheitswesen. Infolgedessen fand eine bis in die Gegenwart anhaltende Reduzierung der Krankenhäuser in Sachsen-Anhalt statt. 1991 hatte das Land noch 71 Krankenhäuser zu verzeichnen, während es 2019 dagegen nur noch 47 waren. Laut dem Landesamt für Statistik befinden sich etwa ein Drittel der Häuser in der Hand von Kommunen und Landkreisen, circa ein weiteres Drittel in der Hand von kirchlichen und anderen gemeinnützigen Organisationen und das letzte Drittel in privatwirtschaftlichem Besitz. Insgesamt gibt es seit 2012 mehr private als öffentliche Krankenhäuser in Sachsen-Anhalt (vgl. Landesamt für Statistik). Schon Anfang 2020 warnte die Ärztekammer Sachsen-Anhalt aufgrund der Gefahr zunehmender Insolvenzen vor einer weiteren Privatisierung kommunaler Kranken-

häuser. Als ursächlich für diese Entwicklung erklärten sie die generelle Tendenz der Kommodifizierung des Gesundheitswesens und das defizitäre Bereitstellen von Investitionsmitteln (vgl. Aerzteblatt 2020). Die Kommodifizierung erfolgte 2003 mit der Einführung des DRG (Diagnosis Related Groups) basierten Finanzierungssystems im Gesundheitssektor. Damit werden bestimmte 'Fälle' pauschal vergütet, wodurch es Krankenhäusern möglich geworden ist, ihre Kosten unter die Pauschalen zu drücken und somit Profite zu erwirtschaften. Kostensparnisse werden häufig durch eine Spezialisierung auf die 'lukrativen Fälle', dem Ausstieg aus Tarifverträgen, dem Stellenabbau und durch eine Verdichtung der Arbeit erreicht. Die Einführung des DRG-Systems implementierte eine Finanzierung, die auf Profite zielt. Diese Entwicklung in Sachsen-Anhalt folgt dem über drei Jahrzehnte anhaltenden bundesweiten Trend im Gesundheitssektor. Dieser setzt sich aus fünf zentralen Aspekten zusammen: Erstens ist seit diesem Zeitraum ein Krankenhaussterben mit einem massiven Abbau an Betten zu verzeichnen. Zweitens kennzeichnet diesen Trend eine seit Jahrzehnten anhaltende Privatisierung von Kliniken und damit einhergehend deren flächendeckende Ökonomisierung. Drittens wird die Verweildauer der Patient:innen verkürzt bei gleichzeitiger Erhöhung der Zahl der Behandelten, um den Umschlag des investierten Kapitals zu erhöhen. Viertens erfolgt ein Abbau von Arbeitsplätzen und ein Einsatz ausländischer Kräfte, um das Lohnniveau zu drücken und Kosten zu senken. Und fünftens laufen diese Aspekte zu einer Krankenhaus-Wettbewerbswirtschaft zusammen, welche den Marktkräften unterliegen. Somit wird auch Gesundheit zu einer Ware, mit der möglichst hohe Profite erzielt werden sollen (vgl. Kreilinger/Wolf/Zeller 2020: 63ff., vgl. Bündnis Krankenhaus statt Fabrik 2019). Insgesamt kann dieser Prozess

in Anlehnung an Dörre als kapitalistische Landnahme im Gesundheitssektor bezeichnet werden. Unter dieser Form der Landnahme versteht er in Anlehnung an Rosa Luxemburg die Ausdehnung der Verwertungslogik des Kapitals auf vormals nicht-kapitalistische Bereiche (vgl. Dörre/Lessenich/Rosa 2009: 39ff.).

Diese fünf Aspekte der Kommodifizierung des Gesundheitssektors wirkten und wirken sich auch auf die Gesundheitsversorgung in Sachsen-Anhalt aus. Nach einer von der Krankenhausgesellschaft Sachsen-Anhalt in Auftrag gegebenen Studie beläuft sich die Investitionslücke im Gesundheitsbereich von 2006 bis 2017 auf 1,5 Milliarden Euro (vgl. Krankenhausgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V. 2019). Manche sehen jedoch nicht in der Privatisierung das Problem, sondern in der Quantität der Krankenhäuser. So wird in neoliberaler Manier argumentiert, dass die Schließungen notwendig seien, damit die schlechte Ausstattung mancher Krankenhäuser entfalle (vgl. Loos/Albrecht/Zich 2019). Dabei wird gerade die angebliche Unwirtschaftlichkeit von Krankenhäusern in strukturschwachen Regionen angeführt. In einem offenen Brief forderten dagegen Anfang 2020 die Krankenhäuser Sachsen-Anhalts, den jahrelangen Investitionsstau durch das Land endlich zu beenden (vgl. Krankenhausgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V. 2020). Mit dem Inkrafttreten des Krankenhauszukunftsgesetzes 2020 besteht die einmalige Möglichkeit auch für Krankenhäuser in Sachsen-Anhalt, insbesondere im Bereich der Digitalisierung ihren Investitionsstau partiell aufzulösen. Für das Bundesland bedeutet das einen Digitalisierungsschub in Höhe von 118,25 Millionen Euro (vgl. Krankenhausgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V. 2021). Langfristig wird dies jedoch die Unterfinanzierung der Krankenhäuser in Sachsen-Anhalt nicht beseitigen.

Investitionsprogramme gab es im Vorfeld

gerade auch für private Gesundheitsunternehmen. Beispielsweise hatte das 2020 aus wirtschaftlichen Gründen geschlossene KMG-Klinikum in Havelberg 2013 sechs Millionen Euro zur Verfügung, um eine Intensivstation einzurichten. Parallel ermöglichte das Land dem Gesundheitsunternehmen, das Klinikum in ein Pflegeheim – ohne Fördergeldrückzahlung – umzufunktionieren, wenn es sich nicht mehr rentiere. Dies geschah dann auch im Jahr 2020. Durch diese Entwicklung entstand allerdings auch ein breiter zivilgesellschaftlicher Widerstand. In der Öffentlichkeit formiert dieser sich gegenwärtig in aktuellen Kämpfen von Mitarbeiter:innen für bessere Arbeitsbedingungen und gegen Schließungen von Krankenhäusern in Sachsen-Anhalt. Gerade bei den Kämpfen für den Erhalt von Krankenhäusern steht die Forderung nach einer Dekommodifizierung und Rekommunalisierung des Gesundheitswesens im Vordergrund. Die Krankenhäuser bieten den Menschen vor Ort Arbeitsplätze und spielen damit auch für die Attraktivität der ländlichen Region eine entscheidende Rolle. Aufgrund dessen täteten sich kommunale Krankenhaus-Träger auch schwer damit, Krankenhäuser zu schließen. Letztlich sei es aber nicht nur eine Frage der finanziellen Mittel, sondern auch des politischen Willens von Bund und Land, die Kommunen zu unterstützen (vgl. Brahms 2021).

Die mit der Kommodifizierung einhergehende Reduzierung von Einrichtungen der Gesundheits- und Pflegeversorgung und die fehlenden Investitionen können wiederum aufgrund fehlender Arbeits- und Versorgungsmöglichkeiten als Katalysator der demografischen Entwicklung in den ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts festgemacht werden. Dabei könnten gerade Investitionen in die Infrastruktur – wie Krankenhäuser und andere Einrichtungen - die Bleibepotenziale für Jugendliche und Familien verbessern und der demografischen Entwicklung etwas

entgegenzusetzen (vgl. Nolde 2017: 281). Dies konstatiert auch Friedrich und schlussfolgert daraus, dass es darum gehen muss, die Lebensqualität vor Ort zu erhalten, woraus sich nach ihm zwei Kernaufgaben ergeben: Einerseits die Sicherung der Daseinsvorsorge und andererseits die Implementierung einer Regionalpolitik, welche die Jugend fokussiert (vgl. Friedrich 2019: 98). Im Gesundheitsbereich hat der Landtag durch die Initiative der Partei Die Linke darauf reagiert und 2018 die Enquete-Kommission *Gesundheitsversorgung* gegründet. Zu ihren Aufgaben gehört unter anderem „[...] eine umfassende Bestandsaufnahme und Bedarfsermittlung der notwendigen Investitionen, der Fachkräftesituation und der Situation der Hebammen und Entbindungsstationen im Land. Außerdem sollen die Strukturen von ambulanten und stationären Angeboten geprüft werden“ (Landtag von Sachsen-Anhalt 2019). Diese wäre auch in der Lage, eine Rekommunalisierung von vormals landeseigenen oder kommunalen Kliniken zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen. Ein weiterer Ansatzpunkt stellt auch hier – wie schon im Kapitel 2.1 aufgezeigt – die Möglichkeit dar, über finanzielle Zuschüsse von Bund und Land im Rahmen der Corona-Rettungsschirme die Verfügungsrechte von Beschäftigten in den privaten Kliniken auszuweiten und den durch Landnahme kommodifizierten Gesundheitssektor zu demokratisieren und die Eigentumsverhältnisse sukzessiv zu kollektivieren. Solche transformativen Schritte könnten die Forderungen nach einer Rekommunalisierung und Vergesellschaftung, zum Beispiel in Form einer Anstalt des öffentlichen Rechts, flankieren und unterstützen. Auch Ende 2021 forderten beispielsweise die Kliniken in Sachsen-Anhalt einen weiteren Corona-Rettungsschirm (vgl. MDR Sachsen-Anhalt 2021). Mit diesem könnte eine solche sukzessive Sozialisierung von Entscheidungsmacht verbunden werden.

Ohne Frage sind politische Interventionen auf der Ebene des Landesparlaments wichtig und bieten nicht zu unterschätzende Spielräume, die ländlichen Regionen zu unterstützen, zum Beispiel durch Förderprogramme und finanzielle Zuschüsse. Dennoch stellen auch lokale und regionale Politiken auf dem Land, welche von den konkreten örtlichen Verhältnissen ausgehen, ebenfalls eine Chance für progressive Veränderungen dar, mit denen ein Ausblick auf grundlegendere Transformationen verbunden sein kann. In Anlehnung an Lefebvre plädieren El Nour und andere für ein *Recht auf Dorf* oder andere Autor:innen auf ein *Recht auf Land* und fokussieren damit eine demokratische Selbstermächtigung der Menschen vor Ort und eine Entkopplung der Entscheidung von ruraler Entwicklung ausgehend von den Städten (vgl. Belina et al. 2021: 40f.). Diese Formen könnten als ländlicher Munizipalismus verstanden werden. Laut Vollmer streben munizipalistische Ansätze danach „[...] kommunale Regierungen zu übernehmen oder zu beeinflussen, um lokale Institutionen (wieder) gemeinwohlorientiert auszurichten, ein neues Verhältnis zwischen kommunalen Regierungen und sozialen Bewegungen zu schaffen und so die Art, wie Politik gestaltet wird, von unten her zu demokratisieren und institutionelle Rahmenbedingungen zu verändern“ (Vollmer 2017: 147). Hierfür wiederum kann das Instrument des progressiven Ruralismus die Grundlage bilden und anschließende Perspektiven vorgeben. Darunter verstehen Belina und andere Autor:innen „[...] nicht als konkrete Handlungsempfehlung, sondern als einen Kompass „[...] hin zu einer sozial-ökologischen Transformation ländlicher Räume“ (Belina et al. 2021: 408). Dieser Kompass soll dabei unterstützen, die strukturellen Problemlagen zu analysieren, zu verstehen und „[...] Visionen für progressive Regionalpolitiken zu skizzieren und an bestehende Projekte anzuknüpfen“ (ebd.). Gerade die

Gesundheitskämpfe als auch andere Forderungen für eine adäquate Daseinsvorsorge in Sachsen-Anhalt könnten solche Anknüpfungspunkte eines progressiven Ruralismus darstellen. Dieser ist laut Belina und den anderen Autor:innen nicht nur eine Politik der Institutionen, sondern beruht auf einem breiten Bündnis von zivilgesellschaftlichen, linken und gewerkschaftlichen Akteuren. Eine Linke – egal ob parteilich oder gesellschaftlich – sollte daran anknüpfen und versuchen,

die Forderungen praktisch zu verbinden, um dem gerecht zu werden, was Neise folgendermaßen zwar für eine sozialistische Partei formulierte, jedoch auch auf die gesellschaftliche Linke zutraf: „Sie muss ein positives und widerständiges Bild des Ostens vermitteln, in dem die Menschen sich aufmachen, die heimischen Landstriche wiederzubeleben [...]“ (Neise 2020: 24).

2.4 Umkämpfte Naturverhältnisse

Zu DDR-Zeiten existierte in Sachsen-Anhalt wie in allen Staaten des Ostblocks eine umweltbelastende Industriegesellschaft (vgl. Holtemöller/Lindner 2019: 103). Durch die Deindustrialisierung im Zuge der Wiedervereinigung und damit durch den Wegfall von Industriestandorten, aber auch durch Modernisierung der Produktionsverfahren, wurden zahlreiche ökologische Belastungen beseitigt. Diese ökologisch positiv einzuschätzende Tendenz ging jedoch gleichzeitig mit negativen sozialen Folgen einher. Durch die Deindustrialisierung gingen wichtige regionale Wirtschaftsstandorte verloren und mit ihnen auch ein Großteil der Arbeitsplätze. In der Zeit nach der Wiedervereinigung wurde der wirtschaftliche Aufbau priorisiert und ökologische Veränderungen gerieten aus dem Blickfeld. Dies ist jedoch nicht als ökologienpolitisches Spezifikum des postsozialistischen Raumes des heutigen Sachsen-Anhalts zu verstehen, sondern war ein Phänomen des gesamten Ostens. Auch der immer wieder erkennbare Antagonismus zwischen Ökonomie und Ökologie ist kein genuin ostdeutsches Phänomen, sondern betrifft seit den Anfängen der modernen Ökologienpolitik genauso die Bundesrepublik (vgl. Berker/Castello/Böcher 2019: 221). In der Gegenwart sind ebenfalls in Sachsen-

Anhalt ökologische Veränderungen im Kontext des globalen Klimawandels wahrnehmbar. Im aktuellen Monitorbericht 2020 - Klimawandel in Sachsen-Anhalt - wird deutlich, dass mit den klimatischen Veränderungen zum Beispiel eine steigende Waldbrandgefahr, die zunehmende Verschlechterung des Waldzustands, ein sinkender Bodenwasservorrat und erhöhte Beregnungsbedürftigkeit einhergehen (vgl. Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie Sachsen-Anhalt 2020: 4f.). Dadurch ergeben sich konkrete Handlungsbedarfe in der Land- und Forstwirtschaft (vgl. Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie des Landes Sachsen-Anhalt 2020b). Im Bereich Naturschutz konnte das Bundesland seit den 1990er Jahren seine Fläche an Nationalparks, Naturschutzgebieten und Biosphärenreservaten ausweiten. Diese Flächen spielen eine relevante Rolle für den Erhalt der Flora und Fauna in Sachsen-Anhalt. Im Bereich der Agrarpolitik bleibt der Ausbau einer ökologischen Landwirtschaft nach wie vor ein politisches Vorhaben. 2016 lag der Anteil ökologischer Landwirtschaft bei 5,2 Prozent, im Koalitionsvertrag wurden 20 Prozent als unbefristetes Ziel festgeschrieben (vgl. Berker/Castello/Böcher 2019: 224f.). Vereinzelt etablierten sich, wenn auch gering-

fällig, selbstorganisierte progressive Kooperationen zwischen Landwirt:innen und Konsument:innen durch das Konzept der sogenannten Solidarischen Landwirtschaft (vgl. solidarische Landwirtschaft o.J.).

Auf gesetzlicher Ebene hat das Bundesland zwar schon verschiedene klimapolitische Akzente gesetzt, wie zum Beispiel das *Klimaschutzprogramm 2020*, zu einer Verabschiedung von eigenen Klimaschutzgesetzen wie in anderen Bundesländern ist es jedoch noch nicht gekommen. Die Umweltbilanz von Sachsen-Anhalt hat sich nach der Wende bis in die Gegenwart deutlich verbessert, so hat sich beispielsweise die Kohlendioxidemission von 1990 bis 2013 um ungefähr 40 Prozent reduziert. Diese Entwicklung darf jedoch nicht nur als eine Folge einer vermeintlich konsequenten Umweltpolitik bewertet, sondern muss ebenfalls als ein Ergebnis der Deindustrialisierung im Zusammenhang mit der Treuhandpolitik betrachtet werden. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass die positiv zu bewertende Tendenz in puncto Kohlendioxidemission in Sachsen-Anhalt sich auf Kosten des Sozialen vollzog. Diese Erkenntnis ist gerade für progressive Kräfte von Bedeutung, um eine ökologische und soziale Transformation dialektisch zu verbinden und nicht nur zu einer Seite hin aufzulösen. An diese Überlegung wird im Ende dieses Kapitels weiter angeknüpft.

Bis 2020 strebte die 2016 gebildete Landesregierung das Ziel von 31,3 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten an (vgl. Berker/Castello/Böcher 2019: 222f.). Das Energiekonzept der Landesregierung (2016 bis 2021) für 2030 aus dem Jahr 2014 stellt die offizielle Grundlage der Energiepolitik dar. Darüber hinaus implementierte Sachsen-Anhalt 1999 mit der Umweltallianz ein kooperatives Instrument, das eine Zusammenarbeit von Land und Wirtschaftsunternehmen aus ökologischen Perspektiven ermöglichen soll. Um Teil der Umweltallianz zu werden,

müssen Unternehmen Verpflichtungen eingehen, mit denen sie freiwillig über die rechtlichen Vorgaben hinausgehende Maßnahmen des Umweltschutzes umsetzen. Oft reicht es, wenn Unternehmen Umweltmanagementsysteme einführen. Darüber hinaus schafft die Umweltallianz Anreize, zum Beispiel durch die öffentlichkeitswirksame Verleihung des *Preises der Umweltallianz*, sowie die finanzielle Förderung durch einen Umweltbonus. Dadurch sollen umweltfreundliche Investitionsvorhaben zur Verbesserung der regionalen Wirtschaft gefördert werden, welche von der Landesregierung finanziert werden. Die Wirksamkeit dieses Konzepts bleibt allerdings umstritten, weil eine defizitäre Umsetzung faktisch keine negativen Konsequenzen für die Unternehmen mit sich bringt. Außerdem kann dieser institutionalisierte Rahmen als Paradigma für die Unterordnung der Umweltpolitik unter bestimmte Wirtschaftsinteressen gesehen werden (vgl. ebd.: 228f.).

Seit 2010 existiert eine Strategie zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels, die regelmäßig aktualisiert und fortgeschrieben wird (vgl. Ministerium für Umwelt Landwirtschaft und Energie des Landes Sachsen-Anhalt 2020b: 5). Ein weiterer zentraler ökologepolitische Aspekt ist das Klimaschutzprogramm 2020. Dieses wurde ebenfalls 2010 formuliert und schreibt landespolitische Vorgaben im Rahmen europäischer und bundesweiter Ziele fest. Besondere Aufmerksamkeit erhält in diesem Zusammenhang der Bereich Energie, denn in Sachsen-Anhalt sind der Ausbau erneuerbarer Energien und energieeffiziente Investitionen relevante Aspekte. In diesem Kontext befindet sich das Land in einer widersprüchlichen Situation: Einerseits wird versucht, die ökologischen Ziele umzusetzen, andererseits ist der Braunkohleabbau im Süden Sachsen-Anhalts nach wie vor wirtschaftlich und politisch bedeutend. Dies manifestiert sich in

der Zahl der in diesem Bereich Beschäftigten und dem Braunkohleanteil an der Stromerzeugung (vgl. Berker/Castello/Böcher 2019: 229f.).

„Der Kohleausstieg kommt und mit ihm ein Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier“ (Sachsen-Anhalt.de o.J.), steht aktuell auf der Homepage von Sachsen-Anhalt. Bis 2038 soll bundesweit der letzte Kohlemeiler vom Netz genommen und damit die Kohleverstromung der Bundesrepublik eingestellt werden. Der Kernenergieausstieg bis 2022 ist ebenfalls beschlossene Sache (vgl. ebd.). Gegenwärtig wird der Strombedarf bundesweit zu 38 Prozent durch Energie aus Braun- und Steinkohle und zu 13 Prozent durch Kernenergie gedeckt. Aus einer Perspektive, die den Klimaschutz und die Energieversorgung zusammen betrachtet, fällt auf, dass Sachsen-Anhalts Energieverbrauch (Primärenergieverbrauch) seit dem Jahr 2002 wieder eine steigende Tendenz aufweist. Diese Entwicklung entspricht nicht dem Energiekonzept der Bundesregierung von 2010, welches vorsieht, den Verbrauch bis 2050 um 50 Prozent zu reduzieren. Allerdings muss dabei betont werden, dass die Primärenergieziffer nicht ausschließlich isoliert betrachtet und bewertet werden darf. Für Sachsen-Anhalt kann zwar konstatiert werden, dass die Kennzahl zunimmt, jedoch parallel auch der Anteil an erneuerbaren Energien wächst, während der Energieanteil aus Erdgas und Braunkohle tendenziell sinkt. So wichtig der Kohleausstieg aus einer ökologischen Perspektive auch ist, desto unklarer ist der Umgang mit den damit einhergehenden sozialen Folgen. Gerade im mitteldeutschen Revier hängen mit der Braunkohleförderung auch tausende von direkten und indirekten Lohnarbeitsverhältnissen zusammen. Dies betrifft vorrangig das südliche Sachsen-Anhalt. Damit verbunden sind aber auch andere regionale Industriestandorte, etwa die Chemieindustrie um die

Stadt Halle, die wie der Kohleabbau seit Generationen viele Lohnabhängige beschäftigt (vgl. Berker/Castello/Böcher 2019: 224f.). Aufgrund dieses Strukturwandels verabschiedeten Bundestag und Bundesrat das *Strukturstärkungsgesetz Kohleregion*, in dem die strukturpolitischen Empfehlungen der Kommission *Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung* mit einbezogen wurden. Im August 2020 trat dieses Mantelgesetz formal in Kraft, dessen Kern das *Investitionsgesetz Kohleregionen* (InvKG) ist. Bis 2038 sind für das Mitteldeutsche Revier 8 Milliarden Euro, davon 4,8 Milliarden Euro für Investitionen in Sachsen-Anhalt, vorgesehen. Es wird davon ausgegangen, dass dadurch das Mitteldeutsche Revier insgesamt weiterhin als Motor für die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands fungieren könne (vgl. Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung 2019: 91ff.). Trotz dieser Investitionen ist jedoch noch nicht klar, wie „[...] verhindert werden soll, dass der ökologische Fortschritt zum ökonomischen Desaster wird“ (Gauselmann/Höhne 2020). Genau wie in den anderen Revieren wird im Mitteldeutschen eine Beseitigung der Infrastrukturdefizite fokussiert und sich an der langen Liste der *Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung* orientiert. Diese umfasst unterschiedlichste Aspekte, etwa den Ausbau von Bahnverbindungen und Umgehungsstraßen sowie eine flächendeckende Digitalisierung. Zwar werden in dem Bericht ökologische Schlagworte benannt, die Förderideologie bleibt jedoch die Alte: „Kommunen und Regionen sollen sich hübsch machen und private Investitionen anlocken“ (Thie 2020: 29). Auch im Abschlussbericht der Kommission wird diese Perspektive deutlich: „Insbesondere in den Bereichen der Chemie und Energie, Automotive/Logistik sowie Life Science wird sie [die Region] als Innovationschub Antworten auf die wesentlichen Zukunftsfragen entwickeln, indem sie nicht

nur der traditionellen Industrie, sondern auch für Start-ups und Kreative hochattraktive Bedingungen bietet“ (Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung 2019: 91). Allerdings könnte die Fördermittelvergabe auch eine transformative Chance bieten und andere Leitbilder realisieren. Aufgrund der mangelnden Transparenz bei der Vergabe ist laut Anna Schüler vom Verein *Power Shift* jedoch zu befürchten, dass weniger nachhaltige Infrastrukturprojekte gefördert werden. Sie kritisiert, dass zwar eine Bürger:innenbeteiligung den Strukturwandel begleiten soll, diese jedoch nicht langfristig im Konzept verankert sei. Damit bleibt unter anderem auch die Frage offen, wie mit den Tagebauflächen umgegangen wird, die sich gegenwärtig noch im Besitz der Braunkohlekonzerne befinden (vgl. Weiermann 2020). Sander, Schüler und Siebenmorgen schlagen diesbezüglich in einer aktuellen Studie *Strukturwandel und Kohleausstieg* vor, den Braunkohle-Großkonzern MIBRAG durch die Bundesländer Sachsen-Anhalt und Sachsen zu einem geringen Preis aufkaufen zu lassen und damit in die öffentliche Hand zu überführen. Sie argumentieren, dass beispielsweise der Konzern politisch dazu verpflichtet werden könnte, Rücklagen vorzuhalten, „[...] die einen größeren Teil der realen und bislang externalisierten Kosten für die Renaturierung bzw. die langfristige Gewässernachsorge enthalten [...]“ (Sander et al. 2021: 36). Dies würde einen erheblichen Wertverlust des Unternehmens zur Folge haben, wodurch ein Kauf der Länder finanziell möglich wäre. Die Überführung in die öffentliche Hand könnte wiederum mit einer Erweiterung der demokratischen Beteiligung der Beschäftigten im Betrieb verbunden werden. Die Länder würden dann als demokratisch verwaltete Gemeinwohlunternehmerinnen fungieren. Außerdem würden die Gewinne und die Unternehmenssteuern in Sachsen-Anhalt und Sachsen bleiben, was

sich wiederum positiv auf die Haushaltsmittel der Kommunen und die den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur auswirken könnte (vgl. ebd.: 35ff.).

Solche Anliegen sind letztlich eine Frage des politischen Willens und der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Letzteres ist wiederum auch eine Frage, wie sich soziale Bewegungen und gesellschaftliche Akteure politisch positionieren und Druck aufbauen. Allerdings ist das Anliegen, das Kräfteverhältnis in den Braunkohleregionen im Osten zugunsten einer sozial-ökologischen Transformation zu verschieben, aktuell mit Herausforderungen verbunden. In der Studie *Nach der Kohle* stellen Sophie Bose, Klaus Dörre, Jakob Köster und weitere Autoren die Ergebnisse ihrer empirischen Forschung zu den Sichtweisen der Beschäftigten im Lausitzer Braunkohlerevier vor. In ihrer soziologischen Tiefenbohrung wird deutlich, dass sich die Beschäftigten durch den Kohleausstieg, Klimaprotest und Wende-Erfahrung politisch übergangen und abgewertet fühlen. Dies führe unter anderem weg von einem Klassen- und hin zu einem sozial-ökologischen Transformationskonflikt, von dem zukünftig die rechten parlamentarischen Kräfte als Opposition profitieren könnten. Die Klimabewegung befeuert diesen Konflikt in Teilen durch fehlende solidarische Positionierungen zu den Beschäftigten (vgl. Bose et al. 2019: 91ff.). Zugleich halten die Autor:innen der Lausitz-Studie fest: „So muss es nicht kommen. Gelänge es zu zeigen, dass eine positive Entwicklung in der Region trotz notwendigem Braunkohleausstieg möglich ist, ließe sich der AfD, die eine solche Perspektive blockiert, wahrscheinlich Schritt für Schritt das Wasser abgraben“ (ebd.: 107). Dies hieße für die Klimabewegung und die Gewerkschaften, gemeinsame Bündnisse mit den Beschäftigten zu fokussieren und zusammen Lösungen einer sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit zu erarbeiten.

Wie dies möglich sein kann, zeigten 2021 die Aktiven der Fridays-for-Future-Bewegung, die sich mit den Arbeiter:innen des Bosch-Werks in München aufgrund der anstehenden Schließung des Werks solidarisierten und ein gemeinsames Bündnis formierten (vgl. Tügel 2021). Auch wenn die Autor:innen der Studie *Nach der Kohle* die Sichtweisen der Beschäftigten in der Lausitz und nicht die im Mitteldeutschen Braunkohlerevier erforschten, so lassen sich dennoch aus ihren Erkenntnissen Perspektiven für Sachsen-Anhalt ableiten. Auch hier müssten Klimaaktivist:innen versuchen, solidarische Beziehungen zu den Beschäftigten im Braunkohlerevier aufzubauen, um gemeinsam sozial- und ökologisch-nachhaltige Transformationsprozesse zu erarbeiten. Die Studie von Sander, Schüler und Siebenmorgen bietet hierfür progressive Ansatzpunkte. Darüber hinaus gibt es noch weitere für eine sozial-ökologische Transformation im Bundesland.

Die Windkraft zum Beispiel spielt in Sachsen-Anhalt ebenfalls eine entscheidende Rolle bei der Bruttostromerzeugung. 61,5 Prozent davon wurden im Jahr 2019 aus erneuerbaren Energien gewonnen. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern belegt Sachsen-Anhalt damit den vierten Platz mit seinen insgesamt 2.860 Windenergieanlagen bei der kumulierten Windleistung an Land. Auch beim Zubau befindet sich das Land im Vergleich zu anderen Bundesländern im guten Mittelfeld (vgl. Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie Sachsen-Anhalt o.J.). Problematisiert werden muss aber die mit dem *Erneuerbaren-Energie-Gesetz (EEG)* ausgelöste Tendenz von westdeutschen Investitionen für Windenergieparks in ostdeutsche Flächen. Dies führt dazu, dass die Renditen nicht im Osten bleiben, sondern in den Westen zurückfließen. Auch in der Energiewirtschaft werden wieder die filialökonomischen ostdeutschen Eigentumsverhältnisse deutlich und die damit verbundene kontinuierliche

Abhängigkeit von staatlichen Transfer- und Umverteilungsmechanismen verfestigt. Darüber hinaus schuf die Windenergie kaum neue Beschäftigungsmöglichkeiten im Osten (vgl. Thie 2020: 26f.). Diese beiden Aspekte könnten auch ein entscheidender Grund für den immer wieder aufkommenden Widerstand gegen die Errichtung von Windenergieanlagen sein, wie zum Beispiel zuletzt in Naumburg (vgl. Hendrichke 2020). Statt im privaten Eigentum könnten sich Windenergieanlagen auch im Besitz von regionalen Produktionsgesellschaften in Landkreisträgerschaft oder kommunalen Zweckverbänden befinden. Die Renditen könnten hierdurch in den Kommunen bleiben, würden mehr demokratische Partizipation (vgl. Brentler 2020: 42) und auch weitere Rekommunalisierungen durch Rückkäufe ermöglichen. Die Kommunen wären in dem Fall die Gemeinwohlunternehmerinnen, wie beispielsweise im österreichischen Güssing (vgl. Thie 2020: 28f.). In eine ähnliche, aber sozialpartnerschaftliche Richtung argumentierte Dalbert in einem Brief, den die sachsen-anhaltische Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie an den ehemaligen Bundeswirtschaftsminister Altmaier (2018-2021) geschrieben hat. Darin heißt es: „Die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Energiewende kann nur gelingen, wenn möglichst viele Menschen an diesem Projekt teilhaben und von Zuschauern der Energiewende zu Beteiligten werden. Es muss daher politisches Ziel sein, mehr von der Wertschöpfung aus der Windenergienutzung in den betroffenen Kommunen zu halten“ (Dalbert 2020). Sie plädierte deshalb für eine Außenbereichsabgabe als Konzept für die Beteiligung der Kommunen an der Wertschöpfung (vgl. ebd.). Wie ländliche Regionen von den Windenergieanlagen ökonomisch profitieren könnten, bleibt für Sachsen-Anhalt eine wichtige Überlegung, weil diese Einnahmen wiederum zu einer

alternativen Entwicklung der regionalen Infrastruktur und Daseinsvorsorge beitragen könnten. Rudolph und Clausen betonen, „[...] dass sich der Ausbau von Windkraftanlagen in ländlichen Räumen nicht zwangsläufig und unmittelbar auf deren wirtschaftliche Entwicklung auswirkt“ (Rudolph/Clausen 2021: 504). Stattdessen komme es auf die Eigentumsverhältnisse der Windenergieanlagen an, also ob sie sich in Privateigentum von Unternehmen befinden und somit auch ein Großteil der Profite dahin fließen, oder ob andere, gemeinschaftliche Eigentumsverhältnisse – wie *community ownership* – existieren. Sie formulieren: „Es ist das Eigentum an den notwendigen Assets, im Sinne der erforderlichen Produktionsmittel der Anlagen und Landressourcen, die Möglichkeiten zur selbstbestimmten Entwicklung und Abkehr vom neoliberalen Wachstumsparadigma und somit das emanzipatorische Potenzial in sich tragen“ (ebd.: 504f.). Erst damit könnten die hegemonialen kapitalistischen Machtverhältnisse durchbrochen und mehr Unabhängigkeit in ländlichen Regionen ermöglicht werden (vgl. ebd.). Wie die Enteignung und Vergesellschaftung der Windenergieanlagen in Sachsen-Anhalt möglich wäre, bleibt eine Suchbewegung, deren Wege in einer eigenständigen Studie untersucht werden müssten.

Auch in puncto ökologische Verkehrswende gab es vor Kurzem Bestrebungen, in Sachsen-Anhalt den öffentlichen Nahverkehr punktuell zu transformieren: Zum Jubiläum des Bauhauses in Dessau-Roßlau sollte 2019 die erste Elektrobus-Linie Sachsen-Anhalts

starten. Jedoch wurde das Projekt aus finanziellen Gründen, trotz Fördermitteln vom Land, die für die Anschaffung der E-Busse zur Verfügung gestellt wurden, nicht umgesetzt. Anschaffung und Betrieb seien nach den Stadtwerken der kreisfreien Stadt teurer als die erdgas- oder dieselbetriebenen Busse (vgl. Volksstimme 2019). Damit wandten sich die Verantwortlichen in Dessau gegen die Ergebnisse der von der NASA in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudie. Diese untersuchte die verkehrlichen, technischen, ökonomischen und ökologischen Voraussetzungen für den Einsatz von Elektrobusen und kam zu dem Ergebnis, dass die Umsetzbarkeit möglich sei (vgl. VerkehrsConsult 2016: 42ff.).

Insgesamt bietet der Strukturwandel und die Energiewende nicht nur eine Chance für Investor:innen, sondern könnte auch Spielräume für eine Ausweitung demokratischer Partizipationsmöglichkeiten eröffnen. Es wurden verschiedene Ansatzpunkte aufgezeigt, wie dies gelingen kann. Diese könnten in einem lokalen *Left Green New Deal* für Sachsen-Anhalt zusammengeführt werden, um einen transformativen Prozess der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit sowie andere Eigentumsverhältnisse zu verwirklichen. Ein lokaler *Left Green New Deal* könnte in Sachsen-Anhalt als progressives Pilotprojekt wirkliche Veränderungen für die Menschen erfahrbar machen und darüber hinaus strategisch auf eine sukzessive Ausdehnung über die Bundeslandgrenzen hinaus abzielen (vgl. Schickert 2021: 165ff.).

2.5 Politische Einstellungen in Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt gilt – wie auch andere ostdeutsche Bundesländer – als Region, in der rechte und reaktionäre Einstellungen weit verbreitet sind und tendenziell zunehmen.

Trotz einer gewissen Validität dieser Tendenz, welche im folgenden Unterpunkt nochmals explizit untersucht wird, kann eine solche Perspektive auf Sachsen-Anhalt wenig

Hoffnung für progressive Akteur:innen erzeugen. In diesem Unterpunkt wird versucht, ein differenziertes Bild der politischen Einstellungen in Sachsen-Anhalt zu zeichnen. Dafür werden ausgewählte Ergebnisse des aktuellen Sachsen-Anhalt Monitors 2020 mit dem Titel *30 Jahre Bundesland Sachsen-Anhalt – 30 Jahre Deutsche Einheit*⁶ schlaglichtartig vorgestellt, da diese auch für eine starke gesellschaftliche Linke in Sachsen-Anhalt interessante Orientierungspunkte bieten.

Über 80 Prozent der Befragten in Sachsen-Anhalt gaben an, sich sehr stark oder ziemlich stark mit dem Bundesland verbunden zu fühlen. Diese Verbundenheit hängt einerseits mit dem Wohnort und der Identifikation mit der jeweiligen Region zusammen als auch mit den ostdeutschen Bundesländern insgesamt. Der positive Bezug zu Deutschland insgesamt fällt dagegen geringer aus. So kam die Studie zu dem Ergebnis, dass sich ein Großteil der Befragten keinen Umzug in ein anderes Bundesland vorstellen kann. Der Hauptgrund dafür ist die Verbundenheit mit dem Geburtsort und die daran geknüpfte Identifikation als Heimat. Diese Perspektive korrelierte allerdings stark mit der Wohndauer und mit den Zukunftsperspektiven in Sachsen-Anhalt. Je länger die Wohndauer, desto geringer die Umzugsbereitschaft und, je negativer die Zukunftsperspektive, desto größer die Umzugsbereitschaft (vgl. Holtmann/Jaeck/Volkl 2020: 10).

Die persönliche Bilanz der deutschen Einheit wird auch 30 Jahre später von über der Hälfte der Menschen aus Sachsen-Anhalt als positiv bewertet. In diesen 30 Jahren kam es jedoch

im Osten zum sogenannten doppelten Transformationsschock, der schon im Unterpunkt 2.1 näher beleuchtet wurde. Die damit verbundenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verlust- und Abstiegserfahrungen generieren häufig eine kritische Grundhaltung gegenüber dem politischen System der Bundesrepublik (vgl. ebd.: 10ff.). Zur DDR hat die überwiegende Mehrheit keinen positiven Bezug. Jedoch muss diese Einschätzung differenziert betrachtet werden: Das private Leben wird im Gegensatz zum politischen Charakter des Systems retrospektiv häufiger positiv bewertet. Auch der positive Bezug zum Begriff Sozialismus hat in den vergangenen Jahren zugenommen. So haben 13 Prozent der Befragten der Aussage zugestimmt, dass Sozialismus als Systemalternative für sie in Frage käme. Diese Zustimmung steigt auf ungefähr 20 Prozent bei der Nachwendegeneration. Fast 60 Prozent stimmen sogar der Aussage zu, dass der Sozialismus „im Grunde eine gute Idee ist“ (ebd.: 13f.), jedoch retrospektiv unzulänglich umgesetzt wurde. Bemerkenswert ist auch die Zunahme der Zustimmung der Befragten zu der Aussage, dass sich Sozialismus und Demokratie gut miteinander vereinbaren ließen. Fast die Hälfte der Befragten war dieser Ansicht. Auch die Perspektive einer Verstaatlichung⁷ der wichtigsten Wirtschaftsunternehmen erfuhr eine Zunahme von 28 Prozent (2014) auf 37 Prozent (vgl. ebd.: 63). Die Befragung verdeutlicht empirisch das, was Hans-Jürgen Urban als die doppelte Sackgassenanalyse als historische Verpflichtung bezeichnet. Einerseits muss eine grundlegende progressive Kritik am DDR-Sozia-

⁶ Der Monitor wird seit 2007 vom Zentrum für Sozialforschung im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung erstellt und generiert relevante Erkenntnisse über die politische und subjektive Wahrnehmung der Menschen in Sachsen-Anhalt. Der aktuelle Monitor fokussiert als thematischen Schwerpunkt die sogenannte *Deutsche Einheit* und damit die letzten 30 Jahre des Bundeslands.

⁷ Über die Perspektive einer Verstaatlichung der wichtigsten Wirtschaftsunternehmen hinaus wäre es interessant zu wissen, ob ähnliche Zustimmungswerte bei einer Vergesellschaftung existieren. Würde sich letzteres empirisch bestätigen, wäre dies als ungemeines Potenzial für den Auf- und Ausbau eines genossenschaftlichen öffentlichen Sektors sowie für die Rekommunalisierung von vormals öffentlich geführten Einrichtungen - zum Beispiel privatisierte Krankenhäuser - zu betrachten.

lismus, andererseits am gegenwärtigen Finanzkapitalismus formuliert werden, um daraus einen aktualisierten Sozialismusbegriff zu entwickeln (vgl. Urban 2019a: 131f.).

Dass der Begriff des Sozialismus nicht völlig in die Annalen linker Terminologie zu verbannen ist, zeigen die empirischen Ergebnisse des Monitors. An diesen Ergebnissen könnte und sollte progressive Politik anknüpfen. Einerseits bietet die Aufgeschlossenheit gegenüber dem Mittel der Verstaatlichung von wichtigen Wirtschaftsunternehmen einen Anknüpfungspunkt für Diskurse über Enteignungs-, Rekommunalisierungs- und Vergesellschaftungsperspektiven in Sachsen-Anhalt, wie sie derzeit auch in anderen Bundesländern Zuspruch erhalten (zum Beispiel in Form der Berliner Kampagne Deutsche Wohnen und Co enteignen!). Andererseits können diese Diskurse auch mit einer Revitalisierung eines neuen Sozialismusbegriffs flankiert werden, der sich kritisch mit seiner DDR-Vergangenheit befasst und der eine ökologische und demokratische Programmatik beinhaltet. Dadurch wäre eine weitreichende antikapitalistische Perspektive möglich. Bernie Sanders hat beispielsweise in der jüngsten Vergangenheit gezeigt, wie anknüpfungsfähig der Begriff des demokratischen Sozialismus auch in westlichen Demokratien sein kann (vgl. Balhorn 2020). Auch in Sachsen-Anhalt könnte der Versuch einer Revitalisierung eines ökologisch-demokratischen Sozialismusverständnisses unternommen werden, der auch außerhalb des linken Diskursraums an Relevanz gewinnt.

Knapp die Hälfte der Sachsen-Anhalter:innen sind stark oder sehr stark an Politik interessiert. Das Vertrauen in politische Institutionen lässt dabei eine klare Hierarchie erkennen. So wird den rechtsstaatlichen Institutionen wie der Verwaltung, Gerichten und der Polizei mehr Vertrauen entgegengebracht als den Institutionen der Parteien sowie der Bundes-

Landesregierung (vgl. Holtmann/Jaeck/Volkl 2020: 16). 90 Prozent der Befragten sind entschieden oder eher für eine demokratische Staatsform. Außerdem wird eine positive Bezugnahme zu mehr direkter Demokratie in der Untersuchung deutlich. So stimmten insgesamt 62 Prozent der Befragten eher oder voll und ganz zu, wichtige Fragen nicht von den Parlamenten, sondern durch Volksabstimmungen entscheiden zu lassen (vgl. ebd.: 19). Auch wenn ein Großteil der Befragten das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung, Demonstrationen, das Recht demokratischer Parteien auf Regierungsteilhabe sowie die Unentbehrlichkeit einer Opposition bejaht, ist die Akzeptanz dieser vier Grundregeln der Demokratie zurückgegangen (vgl. ebd.: 17f.). Die Autoren sehen darin einen Indikator für eine tiefe politische Spaltung der Gesellschaft: „In dem Maße, wie sich die politische Auseinandersetzung zunehmend nach Feindbildern sortiert, verringert sich tendenziell die Bereitschaft, die demokratischen Grundtugenden (partei-)politischer Toleranz dem politischen Gegner einschränkungslos zuzubilligen“ (ebd.: 18).

Aus den Antworten auf die Frage, was die drängendsten Probleme in Sachsen-Anhalt seien, ergab sich eine klare Problemhierarchie: Für 16 Prozent der Befragten war die Corona-Pandemie und deren wirtschaftliche Folgen eines der wichtigsten Probleme des Landes. Dicht dahinter platzierte sich das Thema Zuwanderung/Geflüchtete. Auf Platz drei, jedoch mit deutlichem Abstand, folgten die Bereiche Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Wirtschaft. Die Themen Rechtspopulismus, Nationalismus, Schule/Bildung und Klimawandel/Umweltschutz fanden ebenfalls dahinterliegende nennenswerte Erwähnungen. Auch wenn den verschiedenen Parteien - je nach Themenschwerpunkt - Lösungskompetenzen zugeschrieben werden, betrachten 30 bis 40 Prozent der Befragten keine der

Parteien als in der Lage, gesellschaftliche Herausforderungen nachhaltig zu bearbeiten. Der generelle Zweifel an den Lösungskompetenzen der verschiedenen Parteien bleibt damit, wie schon zuvor, weit verbreitet (vgl. ebd.: 23f.). Dieser Zweifel lässt sich wiederum vorteilhaft von populistischen Oppositionsparteien wie der Alternative für Deutschland (AfD) nutzen, um Wahlerfolge zu erzielen. Das Fehlen einer progressiven parlamentarischen Opposition hinterlässt damit – folgt man der Protestwähler:innenthese – ein Vakuum, welches bisher nur von rechts gefüllt worden ist. Parlamentarisch sollte versucht werden, die linke Oppositionslücke zu schließen, um der AfD das Oppositionsmonopol zu entziehen. Auch wenn hier nicht weiter darauf eingegangen werden kann, sei an dieser Stelle auf die Diskurse über einen linken Populismus in Kombination mit einer verbindenden Klassenpolitik verwiesen (vgl. Solty 2019: 5f., vgl. Goes/Bock 2017: 93ff.).

Das Syndrom Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF-Syndrom), welches sich aus einzelnen diskriminierenden Dimensionen zusammensetzt, wird in Sachsen-Anhalt weniger entschieden abgelehnt als bundesweit. Die Autoren fassen das folgendermaßen zusammen: „Hier finden sich mittlerweile Unterschiede von bis zu 30 Prozentpunkten zu bundesweiten Vergleichswerten, und das ausnahmslos bei allen Facetten des GMF-Syndroms. Besonders deutlich ist die Diskrepanz bei Fremdenfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit sowie Einstellungen zu Geflüchteten und sogenannten Etabliertenvorrechtem“ (Holtmann/Jaek/Volkl 2020: 27). Die Grundhaltung zum Antisemitismus im Land hat sich für einen Großteil der Sachsen-Anhalter:innen nach dem Anschlag von Halle nicht verändert. Nur jede:r fünfte Befragte gab an, seine Grundhaltung verändert zu haben und, nahm ein Erstarren von antisemitischen Einstellungen wahr. Deutlich höher liegt die

Zustimmung zu Ansichten eines sekundären Antisemitismus: „Jeder fünfte empfindet es als lästig, auch heute noch mit Informationen über den Holocaust konfrontiert zu werden, und gut jeder zehnte nimmt mit Missbehagen zur Kenntnis, dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden“ (ebd.: 29).

Um die Ursachen für die nach wie vor weit verbreiteten Einstellungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu erklären, sollen hier kurz zwei theoretische Zugänge kombiniert vorgestellt und mit empirischen Daten untermauert werden. Beide Zugänge ermöglichen es, die Verbreitung solcher Einstellungen mit den ökonomischen, sozialen und politischen Strukturveränderungen der letzten Jahrzehnte in Kontext zu stellen. Der erste Zugang ist das von Dörre in Anlehnung an Rosa Luxemburg aktualisierte Konzept der kapitalistischen Landnahme, wie er schon im dritten Unterpunkt dieses Kapitels beschrieben wurde. Die zunehmende Inwertsetzung öffentlicher Güter hätte eine zunehmende Exklusivität bestimmter Bevölkerungsgruppen zur Folge. Laut Dörre spiele es im Kontext der kapitalistischen Verwertungslogik keine Rolle, ob es gelinge, die verschiedenen Bevölkerungsgruppen in die Gesellschaft zu integrieren. Eine Statusbedrohung, welche sich als Kontroll- und Anerkennungsverlust manifestiere, und das Gefühl, nicht gleichwertig zu sein und anerkannt zu werden, ginge damit einher. An diese Prekarisierungserfahrung knüpft das zweite Konzept der Ökonomisierung des Sozialen von Bröcklings an. Der Rückbau des Wohlfahrtsstaates im Zuge der neoliberalen Restauration des Kapitalismus evoziere das politische Leitbild des unternehmerischen Selbst. Vormalig wohlfahrtsstaatliche Aufgaben wurden in die Verantwortung der Individuen verlagert. Daraus resultiere eine ökonomistische Bewertung von Bevölkerungsgruppen nach Kriterien der Nützlichkeit und der Effizienz,

was wiederum Einstellungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit befördere (vgl. Freiheit/Heitmeyer/Sitzer 2020). Laut Pickel und anderen fühlen sich 57,2 Prozent der Ostdeutschen als 'Bürger zweiter Klasse'. Die kollektive Erfahrung dieser Benachteiligung wirke sich nach den Autor:innen enorm auf das Verhältnis zur Demokratie und der Gleichwertigkeit anderer Bevölkerungsgruppen aus. Auch das Maß an Abgrenzung und die differenzierende und homogenisierende Konstruktion einer Eigen- und einer Fremdgruppe spielen dabei eine entscheidende Rolle (vgl. Pickel/Pickel/Yendell 2020: 102).

Die vorgestellten theoretischen Zugänge und empirischen Daten können auch die Verbreitung von antidemokratischen und Einstellungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit erklären. Für den Großteil der Menschen in Sachsen-Anhalt ergibt sich die Erfahrung der objektiven Deprivation aus prekären Arbeitsverhältnissen (siehe Kapitel 3.1) und dem Rückbau sowie der kapitalistischen Landnahme vormals öffentlicher Infrastruktur (siehe Kapitel 3.3). Verbunden mit dem Narrativ eines unternehmerischen Selbst können diese neoliberalen Wandlungsprozesse als Katalysatoren für die Entstehung und Verbreitung von Einstellungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betrachtet werden.

Dennoch lässt sich aus den vorgestellten Ergebnissen des Monitors festhalten, dass

die Einstellungen in Sachsen-Anhalt mit dem Narrativ des rechten Ostens nur teilweise übereinstimmen. Ohne Frage wird in dem Monitor deutlich, dass in Sachsen-Anhalt nach wie vor Einstellungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit verbreitet sind. Die Arbeit gegen diese bleibt eine Herausforderung für die gesellschaftliche Linke. Dennoch lassen sich auch verschiedene Anknüpfungspunkte für eine progressive, emanzipatorische Politik von unten finden. Gerade das Konglomerat aus der Verbundenheit mit der Region, der kritischen Haltung gegenüber dem politischen System und dem Wunsch nach mehr Basisdemokratie könnte für eine linke Offensive einen politischen Anknüpfungspunkt bieten. Dies könnte verbunden werden mit einer Renaissance eines neuen, demokratischen Sozialismusbegriffs, in dem auch Diskurse über Enteignung, Vergesellschaftung und Wirtschaftsdemokratie Wirkmächtigkeit entwickeln könnten. Die Krankenhausproteste in Sachsen-Anhalt offenbaren wieder einen konkreten Anknüpfungspunkt, in dem eine solche Debatte aufgehen könnte. Eine bundesweite Debatte über einen neuen Sozialismus-Begriff – als beispielsweise ökologisch-demokratischer - existiert bereits und könnte hierfür genutzt werden (vgl. Dörre/Schickert 2019, vgl. Kreiling/Wolf/Zeller 2020).

2.6 Die radikale Rechte

Für ein Verständnis der radikalen Rechten kann ein über die 1990er Jahre hinausgehender historischer Blick hilfreich sein, um die langfristigen reaktionären Tendenzen und Aktivitäten in Sachsen-Anhalt zu verstehen. Schon vor dem 30.01.1933 existierte im damaligen Freistaat Anhalt eine NSDAP-

geführte Landesregierung. Trotz einer nach wie vor starken Linken zu jener Zeit hatte diese reaktionäre Vormachtstellung Auswirkungen: Antisemitische Aktionen und die offenen Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialist:innen und Kommunist:innen sowie Sozialdemokrat:innen nahmen zu und

forderten erste Todesopfer (vgl. Sperk 2013: 2f.). Es lässt sich retrospektiv festhalten, dass schon vor der Machtkonsolidierung der NSDAP am 30.01.1933 in dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalts „[...] eine politische Radikalisierung und Bedeutungszunahme der NSDAP vorausgegangen“ (ebd.: 3f.) war. Trotz des hohen Organisationsgrads der Linken in den sogenannten roten Städten und Regionen konnten der wachsende Zulauf zur NSDAP und ihre Wahlerfolge nicht aufgehalten werden. Darüber hinaus darf nicht unterschlagen werden, dass auch in dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt ein Großteil der Bevölkerung die Hitler-Papen-Regierung befürwortete und eine schichtübergreifende Begeisterung wahrnehmbar war (vgl. ebd.: 4ff.).

Zu DDR-Zeiten wurde das Vorhandensein von reaktionären und faschistischen Ideologien nicht öffentlich bearbeitet, sondern eher tabuisiert. Dies hing unter anderem mit der antifaschistischen Staatsdoktrin zusammen, die zwar eine klare Haltung formulierte, gleichzeitig jedoch menschenverachtende und faschistische Ideologieelemente und deren Erscheinungen nicht in der Öffentlichkeit diskutierte. Dies änderte sich erst Mitte der 1980er mit dem Einsetzen einer gesamtgesellschaftlichen Krise in der DDR, als neonazistische Ideen bei einem Teil der Jugendlichen in der Öffentlichkeit sichtbar wurden (vgl. Madloch 2000: 64). Die radikale Rechte im Osten singular als Erbe der DDR zu erklären, greift jedoch zu kurz und ist empirisch nicht haltbar. Ein zusammenfassender Blick auf die sozialstrukturelle Verteilung zeigt, dass insbesondere die 14- bis 30-jährigen Ostdeutschen häufiger eine rechtsautoritäre Diktatur befürworteten. Da dies die Nachwendegenerationen sind, ist diese Überzeugung also keine Folge eigener Erfahrungen in der DDR, wie oft angenommen wird (vgl. Decker et al. 2020: 81), sondern mittelbares Resultat einer

Tradierung autoritärer und faschistischer Einstellungen. Dennoch stellte die Zeit nach der sogenannten Wende einen Kulminationspunkt rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt dar.

„Baseballschlägerjahre“:

Die Nachwendezeit:

Spätestens mit der Wende traten auch in Sachsen-Anhalt reaktionäre und offen faschistische Tendenzen deutlich an die gesellschaftliche Oberfläche. Am offensichtlichsten verkörperte dies die Aneignung neofaschistischer Positionen von großen Teilen der Skinhead-Subkultur in den 1990ern und die schlagartige Zunahme rechter Gewalt: Mit der gesamtgesellschaftlichen Krise der DDR und der Wiedervereinigung kam es zu politischen Aktivitäten von rechten Parteien und Neonazis in Ostdeutschland. Diese hatten unter anderem zum Ziel, in der ländlichen Peripherie neue Parteimitglieder, Wähler:innen und Anhänger:innen zu rekrutieren. Aufgrund dieser Fokus- und Praxisverschiebung der westdeutschen Rechten in den ostdeutschen Raum kam es nach Madloch in den 1990er Jahren sogar zu einer Reduzierung rechter Aktivitäten in den sogenannten alten Bundesländern (vgl. Madloch 2000: 145).

In den sogenannten Baseballschlägerjahren entstand eine rechte und neonazistische Jugendkultur, welche sich als offensiv, konfrontativ und gewalttätig verstand. Auch in Sachsen-Anhalt kam es in den 1990ern zu einer explosionsartigen Manifestation rechter Gewalt und massiven Anschlägen. Es gab allein im Jahr 1991 mindestens 16 rassistisch motivierte Brandanschläge. 1992 zählte das Landesamt für Verfassungsschutz 303 rechtsmotivierten Straftaten. Darunter befanden sich auch viele Brandanschläge. Diese nahmen zwar quantitativ in den darauffolgenden Jahren ab, dennoch blieben rechte und rassistische Gewalt auf der Tagesordnung (vgl. Barthel 2019), mehrfach mit tödlichen

Folgen. In Sachsen-Anhalt sind seit 1990 offiziell mindestens dreizehn Menschen aus rechten Tatmotiven getötet worden, sechs Menschen allein in den 1990ern. Diese Gewalt eskalierte nicht nur in den Oberzentren Sachsens-Anhalts, sondern auch in den ländlichen Regionen (vgl. Mobile Opferberatung 2019: 7). Auch wenn die 1990er Jahre als Hochphase dieser erschreckenden Zunahme rechter Gewalt gelten, blieb auch nach der Jahrtausendwende rechte und rassistische Gewalt in Sachsen-Anhalt aktuell. Im Jahr 2006 beispielsweise hatte das Bundesland mit 4,5 Gewalttaten pro 100.000 Einwohner:innen eine bundesweite Spitzenposition (vgl. Funke 2009: 40). Im selben Jahr geriet Sachsen-Anhalt wieder bundesweit in die Schlagzeilen, im Mittelpunkt der Öffentlichkeit standen die drei kleinen Orte Pömmelte, Pretzien und Parey, aufgrund rechter Gewalt und der öffentlichen Verbrennung des Tagebuchs der Anne Frank (vgl. Habisch 2017: 407).

Autonome von Rechts und Großdemonstrationen:

Ende der 2000er fand in Sachsen-Anhalt, wie auch in anderen neuen Bundesländern, eine strategische und kulturelle Veränderung der Neonaziszene statt. Hierfür wurden die autonomen Strategien der radikalen Linken und deren subkulturelle Erscheinung adaptiert. Dadurch entstand eine rechte Organisationsstruktur von sogenannten *Freien Kräften*, die unabhängiger voneinander agieren sollten. Rebellisches Auftreten kombiniert mit einem revolutionären Pathos sowie einem provokativen und antibürgerlichen Habitus waren zentrale Merkmale der sogenannten *Autonomen Nationalisten* (AN), die sich als *Freie Kräfte* organisierten. Damit versuchten sie, den als verstaubt wahrgenommenen, klassischen Kameradschaften einen modernen Anstrich zu verleihen und das Führerprinzip – ohne es im Grunde in

Frage zu stellen – durch einen Do-it-yourself-Ansatz zu ersetzen (vgl. Schedler 2009: 337f.). Diese AN-Strukturen waren auch maßgeblich an rechten Großaufmärschen in den neuen Bundesländern, wie den jährlichen Großdemonstrationen in Dresden und Magdeburg beteiligt. Diese beiden zentralen Großevents der bundesweiten radikalen Rechten hatten gemeinsam, dass sie auf geschichtsrevisionistische Weise versuchten, die Bombardierung der Städte durch alliierte Streitkräfte zu instrumentalisieren. Der Aufmarsch in Dresden wuchs bis 2011 zu einem der größten Neonaziaufmärsche in ganz Europa heran. Mit der Zunahme zivilgesellschaftlicher und militanter Proteste verlor der Aufmarsch in Dresden nach 2011 an Relevanz und fand in den darauffolgenden Jahren nicht mehr statt. Infolgedessen übernahm kurzzeitig die am 16. Januar stattfindende Demonstration der radikalen Rechten in Magdeburg die Position des bundesweit größten Neonaziaufmarschs. Die Organisator:innen beider Aufmärsche, die sich in der sogenannten Initiative gegen das Vergessen bündelten, stammten vorrangig aus ostdeutschen AN-Strukturen der *Freien Kräfte*. Doch der Aufmarsch in Magdeburg entwickelte sich nicht wie von der radikalen Rechten erhofft und konnte die Lücke, die Dresden hinterließ, auf Dauer nicht schließen. Auch in der Gegenwart finden noch rechte Aufmärsche am 16. Januar statt, doch seit 2014 mit rückläufigen Tendenzen (vgl. Redaktion Belltower.News 2013). Als Ursache dafür können ein Wechsel der Organisator:innen und interne Konflikte der neuen Organisationsstruktur ausgemacht werden. Bis 2014 organisierten Personen aus dem NPD- und JN-Umfeld die Aufmärsche, welche unterstützt wurden von der sogenannten *Initiative gegen das Vergessen*. Ab 2015 übernahmen Personen aus dem MAGIDA-Umfeld die Organisation. Dazu gehörten ebenfalls Personen von der NPD,

aber nicht mehr dieselben, welche in den Vorjahren den Aufmarsch organisiert hatten. Hinzu kamen interne Konflikte, sodass die Organisator:innen sich bald neu unter den Namen MAGIDA 2.0 oder Bürgerinitiative Magdeburg formierten. In den darauffolgenden Jahren vielen die Aufmärsche in der Landeshauptstadt teilweise ganz aus (2017 und 2018) oder die Teilnehmer:innenanzahl nahm weiter ab (vgl. Schulz 2019).

Komplementäre Projekte: Neurechte Think Tanks, Hausprojekte und völkische Siedlungen:

Ein weiteres Spezifikum für Sachsen-Anhalt ist ein Konglomerat verschiedener radikaler rechter Projekte und Strukturen mit unterschiedlichen, sich aber ergänzenden Zielstellungen. Einerseits existiert im Bundesland mit dem sogenannten Institut für Staatspolitik (*IfS*) in Schnellroda⁸ (Saalekreis) ein neurechter Think Tank, der als intellektuelles Scharnier zwischen bürgerlichen Konservativen und Neofaschist:innen fungiert (vgl. Burschel 2009). Beispielsweise tagte dort auch mehrfach der völkische Flügel der AfD, zuletzt im Jahr 2020. Das Besondere an diesem Projekt ist die bewusste Wahl des Saalekreises als Standort, wie es die Kubitscheks 2016 in einem Interview formulierten. Sie entschieden sich demnach bewusst für Ostdeutschland im Allgemeinen und Sachsen-Anhalt im Konkreten aufgrund der geringen Zahl von Migrant:innen und der reaktionären Anknüpfungspunkte in Teilen der Bevölkerung (vgl. Röpke 2020: 22). Das IfS dient auch anderen neurechten Projekten als Ort mit Strahlkraft, der Verlag Antaios, der seit 2000 von Götz Kubitschek betrieben wird, hat dort ebenfalls seinen Sitz (vgl. Speit 2019).

Ein weiterer Anlaufpunkt der Neuen Rechten in Sachsen-Anhalt wurde 2017 mit dem

sogenannten *Haus Flamborg* der sogenannten *Identitären Bewegung* (IB) in Halle geschaffen. Die IB ist eine neurechte Gruppierung mit Ablegern in ganz Europa. Bruns, Glösel und Strobl charakterisieren diese anhand von vier Alleinstellungsmerkmalen: Popkultur, Aktionismus, Jugendllichkeit und Corporate Identity, verstanden als vereinheitlichter Gestaltungsmodus der Identitätsstiftend wirkt (vgl. Bruns, Glösel, Strobl 2016: 68ff.). Das vierstöckige Haus in der Adam-Kuckhoff-Straße in unmittelbarer Nähe der Martin-Luther-Universität Halle hatte 2016 der Leiter des Instituts für Staatspolitik und hessische AfD-Landtagsabgeordnete Andreas Lichert erworben. 2017 wurde die Immobilie zum Wohnmittelpunkt verschiedener Kader der IB (vgl. Sachsen-Anhalt Rechtsaussen 2017). Das Projekt wurde auch von einzelnen AfD-Politiker:innen unterstützt (vgl. Röpke 2020: 23). So hatte Hans Thomas Tillschneider, ein AfD-Landtagsabgeordneter in Sachsen-Anhalt, ein Büro in dem Hausprojekt (vgl. Brandstetter 2017). Die IB in Sachsen-Anhalt wurde schon bevor sie das *Haus Flamborg* in Betrieb nahm maßgeblich vom IfS unterstützt, ohne diese Unterstützung wäre das Hausprojekt vermutlich nicht verwirklicht worden (vgl. Sachsen-Anhalt Rechtsaussen 2017). 2019 wurde das Projekt offiziell für gescheitert erklärt und die Bewohner:innen verließen das Haus, das bis heute leer steht. Entscheidend hierfür war vor allem gesellschaftlicher Druck: So gründeten Nachbar:innen unmittelbar nach der Entstehung 2017 die AnwohnerInneninitiative AKS (Adam-Kuckhoff-Straße) und organisierten Proteste gegen das neurechte politische Projekt (vgl. AnwohnerInneninitiative AKS 2017/vgl. Röpke 2020: 23). Trotz des Scheiterns ist die IB weiterhin in einzelnen Regionen aktiv, in Sachsen-Anhalt allerdings war sie seitdem nicht mehr wahrnehmbar (vgl. Speit 2019).

⁸ Das IfS befindet sich auf dem ‚Rittergut‘ von Ellen Kositzka und Götz Kubitschek im Ort Schnellroda im Saalekreis. Es gilt als ein Hotspot des völkisch-nationalistischen Ideologietransfers (vgl. Röpke 2020: 22).

Zudem sind in Sachsen-Anhalt auch klassische völkische Siedler:innen zu finden, dies betrifft vor allem den Landkreis Altmark und den Harz. Auch wenn diese eher ein Randphänomen mit geringer öffentlicher Erscheinung darstellen, spielen diese rechten Strukturen in der ländlichen Peripherie eine ernstzunehmende Rolle. Sie dienen als Anlaufpunkte und auch als Auffangbecken für Neonazis und andere Rechte, so wurde beispielsweise Ralf Wohlleben, der verurteilte Unterstützer des Neonazi-Terror-Netzwerks *Nationalsozialistischer Untergrund*, in der Siedler:innengemeinde Elsteraue im Burgenlandkreis aufgenommen. Dies verdeutlicht die Verbindung von rechtsterroristischen Netzwerken mit den völkischen Kreisen (vgl. Röpke 2020: 21).

Sachsen-Anhalt und die parlamentarische Rechte:

Nicht nur in Bezug auf rechte Gewalttaten, Think-Tanks und andere Projekte nimmt Sachsen-Anhalt eine bundesweite Spitzenposition ein. Auch parteipolitisch ist das Bundesland seit der Wiedervereinigung immer wieder eines mit den höchsten rechten Wahlergebnissen. Die *Deutsche Volksunion* (DVU) erreichte 1998, obwohl sie vormals noch nie in einem der neuen Bundesländer zur Landtagswahl angetreten war, ein Wahlergebnis von 12,9 Prozent. Obwohl dieses Wahlergebnis für die DVU in Sachsen-Anhalt einmalig blieb, stellte dieses eine Zäsur dar, weil es das bis dato höchste Wahlergebnis einer extrem rechten Partei in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik war (vgl. Kailitz 2009: 111). Außer dem Wahlerfolg der DVU 1998 blieben rechte und extrem rechte Parteien in Sachsen-Anhalt relativ erfolglos und schafften es nicht, erneut in das Landesparlament einzuziehen. Die NPD erzielte ihr höchstes Wahlergebnis bei der sechsten Landtagswahl 2011 mit 4,6 Prozent und verfehlte damit nur knapp den

Einzug in den Landtag. Darüber hinaus blieben die NPD, ebenso wie die Republikaner - diese erreichten bei der zweiten Landtagswahl ihr höchstes Wahlergebnis von 1,4 Prozent -, parlamentarisch bedeutungslos. Daran änderte auch die Fusion der DVU mit der NPD 2011 nichts (vgl. Stöcker/Detterbeck 153f.).

Diese Situation änderte sich 2016. Bei der siebten Landtagswahl in Sachsen-Anhalt erreichte die extrem rechte Partei Alternative für Deutschland (AfD) aus dem Stand ein Wahlergebnis von 24,3 Prozent und wurde damit zweitstärkste Kraft hinter der CDU (29,8 Prozent). Dies war das bis dato bundesweit höchste Wahlergebnis dieser Partei und bleibt bis heute das zweithöchste Wahlergebnis der AfD bei Landtagswahlen überhaupt (vgl. Decker 2020). Überraschend war dabei, dass die AfD nach infratest dimap über 100.000 Nichtwähler:innen für eine Stimmabgabe mobilisieren konnte (vgl. infratest dimap 2016: 45ff.). Dies verdeutlicht die repräsentative Lücke, welche die AfD in Sachsen-Anhalt teilweise schließen konnte. Während alle Parteien - vor allem aber gerade die SPD (-10,9 Prozent) und Die Linke (-7,3 Prozent) - Verluste zu verzeichnen hatten, erzielte die AfD einen unbestreitbaren Erfolg, in dem sie fast ein Viertel der Wähler:innen für sich mobilisieren konnte (vgl. Statisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2016). Bei dem Wahlergebnis der Landtagswahlen von 2016 ist zudem die regionale Verteilung interessant: im agrarisch geprägten Norden des Landes wurde eher CDU gewählt, während fast der gesamte deindustrialisierte Süden stark zur AfD tendierte. Auffällig ist auch, dass die AfD weniger Stimmen in den großen Städten Sachsen-Anhalts für sich gewinnen konnte als in den ländlichen Regionen (vgl. Infratest Dimap 2016: 45ff.). Einen Erklärungsansatz für diese Zustimmungswerte bietet die Annahme, dass gerade in den ländlichen

Regionen Sachsen-Anhalts eine erhöhte Deprivationserfahrung durch den Rückbau öffentlicher Infrastruktur oder der kapitalistischen Landnahme, die beruflichen Prekarisierung und wenig Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Mitbestimmung bestehen (siehe 3.5). Interessant ist das überproportional viele AfD-Anhänger:innen (83 Prozent) eine Ausweitung zu mehr direkter Demokratie befürworten. Die Zustimmung steigt, je geringer das Einkommen der Befragten war (vgl. Holtmann/Jaek/Völkl 2020: 19). Dies deutet an, dass ein erlebtes Demokratiedefizit eher reaktionär als progressiv beantwortet wird. Hier bräuchte es klare Deutungsangebote von links und einen Kampf um den Begriff der Demokratie. Konzepte wie die der Wirtschaftsdemokratie und mehr Partizipationsmöglichkeiten in den Kommunen könnten Elemente dazu darstellen.

Bei der letzten Landtagswahl erreichte die AfD als zweitstärkste Kraft hinter der CDU (37,1 Prozent) 20,8 Prozent der abgegebenen Stimmen (vgl. Landtag von Sachsen-Anhalt 2021). Damit sanken zwar die Zustimmungswerte der AfD im Gegensatz zur Landtagswahl 2016 um fast 4 Prozentpunkte, dennoch stellt dieser Wahlerfolg eine nachhaltige Konsolidierung im Landesparlament dar. Eine absolute Mehrheit der wahlberechtigten Menschen in Sachsen-Anhalt gab ihre Stimme der CDU, welche als eine der konservativsten Landesverbände in der Bundespartei gilt, oder der AfD. Damit verfestigt sich in Sachsen-Anhalts Parlament ein rechter und konservativer Block.⁹ Im Vorfeld der Wahl wurde gemutmaßt, dass eine

⁹ Als herrschender Block ist im Anschluss an Gramsci die Hegemonie einer sozialen Klasse oder politischen Gruppe zu verstehen, welche (ökonomisch) herrschend und (politisch) führend ist. Damit eine bestimmte gesellschaftliche oder politische Gruppe Hegemonie erlangt, muss sie eine Bündnisfähigkeit mit anderen Gruppen entwickeln und deshalb auch partikular deren Interessen re-formulieren und mit ihnen verbinden. Erst dann ist sie in der Lage, mit anderen gesellschaftlichen oder politischen Gruppen zu einem herrschenden Block zu formieren (vgl. Deppe 2019: 19f).

Neuaufgabe der Kenia-Koalition durch Teile der CDU scheitern könne, wodurch die Gefahr einer Minderheitsregierung der CDU mit Duldung durch die AfD als realistische Möglichkeit erschien. Der ehemalige Innenminister Stahlknecht hatte diese Möglichkeit in Betracht gezogen, worauf ihn Ministerpräsident Haselhoff entlies (vgl. am Orde 2021). Teile der CDU-Fraktion liebäugeln nach wie vor mit einer Kooperation mit der AfD.

Gerade in den ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts hat die AfD 2021 erhöhte Wahlergebnisse erzielen können (vgl. Statisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2021a). Im Süden des Bundeslandes war die AfD wie schon 2016 besonders stark und hatte in wenigen Gemeinden sogar die höchsten Erststimmenanteile (vgl. Statisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2021a). Dies kann unter anderem mit ihrer programmatischen Ablehnung des Kohleausstiegs und dem damit verbundenen (vorübergehenden) Erhalt der Arbeitsplätze im Braunkohlebergbau erklärt werden. Laut einer Studie von Infratest Dimap waren 2019 im Osten ungefähr zwei Drittel der Befragten für einen längerfristigen Kohleausstieg, während ein Drittel einen möglichst schnellen Ausstieg befürwortete (vgl. Infratest Dimap 2019).

Auch wenn aktuell eine sogenannte Deutschlandkoalition – bestehend aus CDU, SPD und FDP – gebildet wurde, dürfen die parlamentarischen Möglichkeiten des rechten und konservativen Blocks nicht unterschätzt werden. Welche Konsequenzen damit gerade für progressive Akteure zusammenhängen können, verdeutlicht das Beispiel der auf Antrag der AfD ins Leben gerufenen Enquete-Kommission zur Untersuchung von Linksextremismus in Sachsen-Anhalt im August 2017. Pikant war, dass obwohl die AfD selbst über genug Stimmen verfügte, um den Antrag zu beschließen, Teile der CDU im Widerspruch zu den Erkenntnissen des von einem CDU-Minister geführten Innenministeriums

diesem zustimmten. Wenig später versuchte die AfD einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzusetzen, um Gewerkschaften, Parteien und zivilgesellschaftliche Akteure auf Verbindungen zu sogenannten linksextremistischen Organisationen auszuforschen. Auch wenn beide Vorstöße erfolglos blieben und aufgrund eklatanter rechtsstaatlicher Mängel aufgegeben werden mussten, so schufen sie dennoch einen Diskurs des Generalverdachts, der progressive Akteure in Sachsen-Anhalt als verfassungsfeindlich und antidemokratisch stigmatisieren und diese somit delegitimieren sollte (vgl. Müller 2021). Auch für die laufende Legislaturperiode ist davon auszugehen, dass ähnliche Angriffe von rechten und konservativen parlamentarischen Kräften erfolgen werden.

Aktualität rechtsmotivierter Gewalt:

Auch gegenwärtig stellt rechte und rassistische Gewalt eine akute Gefahr für Menschen in Sachsen-Anhalt dar. Nach dem Ministerium für Inneres und Sport ist die Bilanz rechtsmotivierter Straftaten 2019 im Vergleich zum vorherigen Jahr um 5,4 Prozent gestiegen (vgl. Ministerium für Inneres und Sport Sachsen-Anhalt). Im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Bundesländern war Sachsen-Anhalt 2019 das Land mit der zweithöchsten Anzahl rechter Übergriffe, noch mehr gab es nur in Berlin (vgl. VBRG 2020). Hinzu kommt der antisemitische Anschlag in Halle im Jahr 2019, bei dem ein schwer bewaffneter Täter am jüdischen Feiertag Jom Kippur versuchte, in eine Synagoge einzudringen. Nachdem sein Versuch scheiterte, tötete er auf seiner Flucht zwei Menschen und verletzte weitere (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2020). Auch für 2020 listet die Mobile Opferberatung Sachsen-Anhalt bis zum Ende des Jahres 25 rechte oder rassistische Straftaten in Sachsen-Anhalt auf. Das sind zwar weniger als im Monitoring für das

Jahr 2019, aber dennoch eine ernstzunehmende Zahl (vgl. Mobile Opferberatung Sachsen-Anhalt 2020).

Rechte Gruppen und Einzelpersonen versuchten auch 2020, thematische Anknüpfungspunkte zur breiten Bevölkerung zu nutzen. So versuchten sie mehrfach, die Proteste gegen die Verordnungen im Rahmen der Corona-Pandemie zu vereinnahmen und eigene Themen damit zu verknüpfen (vgl. Döring 2020). Auch in Sachsen-Anhalt waren solche Versuche wahrnehmbar. Trotz der meist geringen Teilnehmer:innenzahl ist die Anzahl der angemeldeten Proteste im deutschlandweiten Vergleich mit über 40 gezählten Anti-Corona-Protesten im Jahr 2020 hoch, bundesweit findet ca. ein Drittel solcher Proteste in Sachsen-Anhalt statt (vgl. MDR 2020b). Es ist davon auszugehen, dass auch zukünftig die radikale Rechte versuchen wird, solche Proteste für sich zu nutzen.

Rechtsmotivierte Gewalt entsteht jedoch nicht im Vakuum. Stattdessen wird sich folgender These von Freiheit, Heitmeyer und Sitzer angeschlossen. Die Autor:innen formulierten, dass „[...] die Legitimation von Gewalt in einem gesellschaftlichen Umfeld stattfindet, das tief in die Mitte der Gesellschaft hineinreicht und die offene Gesellschaft und die liberale Demokratie von innen heraus bedroht. Diese Bedrohungen beginnen mit Einstellungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Teilen der Bevölkerung und werden über Legitimationsbrücken in rechte Milieus transportiert, die in zunehmenden Maß bereit sind, Gewalt einzusetzen“ (vgl. Freiheit/Heitmeyer/Sitzer 2020). Aus dieser Perspektive resultiert die Einsicht, dass, wer rechtsmotivierte Gewalt verhindern will, nicht nur an den Symptomen ansetzen darf, sondern die gesellschaftlichen Prozesse als Ganzes in den Blick nehmen muss. Schon im fünften Unterpunkt dieses Kapitels wurde auf zwei theoretische Zugänge verwiesen, welche in Kombination einen Erklärungs-

ansatz für die politischen Einstellungen in Sachsen-Anhalt bieten. Diese nehmen gerade „[...] die problematischen bis zerstörerischen Auswirkungen des neoliberalen Kapitalismus auf die Integrationsqualität der

Gesellschaft und auf die Demokratie“ (ebd.) in den Blick und schaffen den Rahmen, autoritäre Tendenzen, rechte Allianzen und gewalttätige Manifestationen zu erklären.

2.7 Die parlamentarische und gesellschaftliche Linke in Sachsen-Anhalt

Auch wenn Sachsen-Anhalt eine Kontinuität in puncto reaktionäre Tendenzen aufweist, existierten und existieren immer auch progressive Akteur:innen. In diesem Unter-

punkt sollen diese aus einer historischen und aktuellen Perspektive sichtbar gemacht werden, jedoch ohne dabei dem Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

2.7.1 Rückblick: Rote Städte und Regionen

Heute gilt Sachsen-Anhalt als konservativ und ist nicht für die Entstehung von linken, fortschrittlichen Bewegungen und Gruppen bekannt. Vor knapp 100 Jahren war das noch anders: Zur Zeit der Novemberrevolution 1918/19 waren verschiedene Orte des heutigen Sachsen-Anhalt Zentren der revolutionären Arbeiter:innenbewegung (vgl. Streichhahn 2020a: 6ff.). In Magdeburg gab es am 09. November 1918 eine revolutionäre Dynamik mit Massendemonstrationen, Gefangenenbefreiungen und – wie fast überall im Land – dem Entstehen von Arbeiter:innen- und Soldat:innenräten. Auch in der Region Halle-Merseburg entwickelte sich während des Ersten Weltkrieges, angetrieben durch USPD-Funktionäre, eine revolutionäre Massenbewegung, die Teil der deutschen Rätebewegung war (vgl. Streichhahn 2020b). Aber nicht nur in den Oberzentren des heutigen Sachsen-Anhalt gab es solche revolutionären Dynamiken, auch auf dem Land und in den Kleinstädten existierte eine starke Arbeiter:innenbewegung. Der damalige Regierungsbezirk Merseburg nannte sich beispielsweise selber das „rote

Herz Mitteldeutschlands“. Aber auch der Saalekreis, die Region Mansfelder Land und die Städte Zeitz und Weißenfels waren Hochburgen der KPD (vgl. Sperk 2013: 5ff.). Diese durchaus starke und vielseitige Arbeiter:innenbewegung im heutigen Sachsen-Anhalt konnte aufgrund der existierenden Konflikte innerhalb der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter:innenbewegung sowie der Fehleinschätzungen der eigenen Mobilisierungsfähigkeiten dem Machtantritt der NSDAP nur wenig entgegensetzen. Zwar gab auch nach dem Wahlsieg der NSDAP und der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30.01.1933 immer wieder Demonstrationen und andere Versuche, eine revolutionäre Dynamik zu entwickeln, die Erfolge blieben allerdings aus. Nach 1933 wurden Aktivitäten und Organisationen der Arbeiter:innenbewegung in der Region des heutigen Sachsen-Anhalts – wie überall im Land – verboten und zerschlagen (vgl. ebd.: 6ff.). In der DDR ist in der Fachliteratur wenig bekannt über die Existenz und die Praxis einer gesellschaftlichen Linken. Bekannt ist

jedoch, dass sich zum Ende der DDR-Zeit auch eine Initiative Vereinigte Linke (VL) in Halle (Saale) gründete, welche ebenso wie andere Gruppierungen im Osten für eine andere Form des Sozialismus eintraten. Gerade die VL in Halle (Saale) galt zu Beginn als stark räteorientiert. Ein wichtiger Aspekt der Gesamt-VL war die Bemühung an der

Basis, wie zum Beispiel die Teilnahme an der Betriebsrätekonferenz vom 03. Februar 1990 im Werk für Fernsehelektronik in Schöne-weide. Auch die VL Halle nahm daran teil und konnte mit ihrer Räteorientierung, wenn auch mit wenig Erfolg, nach außen wirken (vgl. Weinholz 2020: 23).

2.7.2 Die Neunziger bis heute

Die Linke: Die Partei die Linke, welche 1990 noch als PDS bei den ersten Landtagswahlen nach der Wiedervereinigung antrat, konnte von 1990 bis 2006 ihre Wähler:innenstimmen bei den Landtagswahlen verdoppeln (1990: 12 Prozent; 2006: 24,1 Prozent). Zur fünften Landtagswahl – zehn Jahre bevor die AfD ein ebenso so hohes Wahlergebnis erzielen sollte - war Die Linke zweitstärkste Kraft hinter der CDU (36,1 Prozent). Insbesondere bei der Landtagswahl 2006 konnte Die Linke in Sachsen-Anhalt sich als Protestpartei gegen die Sozialkürzungen im Kontext der Agenda 2010 positionieren. Ab 2006 sanken die Wahlergebnisse kontinuierlich, bis sie 2021 einen neuen Tiefpunkt mit 11 Prozent erreichten (vgl. Streichhahn 2021b). Bei der Landtagswahl 2021 kamen insgesamt die drei Parteien SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen zusammen nur noch auf 25 Prozent. In der Folge gewann die CDU die Direktmandate in allen Wahlkreisen und konnte sich sogar jene zurückholen, welche sie 2016 an die AfD verloren hatte. „Die politische Geografie des Landes sieht heute ähnlich aus wie 1990/91: konservativ und rechts“, konstatierte Hartwig zutreffend kurz nach der Wahl in *Analyse & Kritik* (vgl. Hartwig 2021: 5). Diese Entwicklung kommt nicht überraschend, sondern zeichnete sich lange vorher ab. Die PDS war bis 1999 trotz großer Mitgliederverluste die mitgliederstärkste Partei. Hatte die Partei 1990 43.000 Mitglieder,

waren es 1998 nur noch 12.500, wovon mehr als die Hälfte über 60 Jahre alt war, sodass weitere Mitgliederverluste absehbar waren. Bis 2007 verlor die Partei wie prognostiziert 5.000 weitere Mitglieder und schrumpfte um weitere 45 Prozent (vgl. Dobner 2021: 571). Die generationelle Dynamik setzte sich auch in der aktuellen Landtagswahl 2021 laut Politikforscher Botsch weiter fort. Während Die Linke-Wähler:innen versterben, wählen die Menschen mittleren Alters in Sachsen-Anhalt überproportional rechts, konstatierte der Politikforscher in einem Interview mit dem Tagesspiegel (vgl. Kixmüller 2021). Es fehle der Partei Die Linke an einer Verankerung bei den jüngeren Menschen. Außerdem schaffe es Die Linke nicht, sich als Partei der sozialen Gerechtigkeit von der CDU deutlich abzusetzen, obwohl erstere das Thema der Benachteiligung von Ostdeutschen aktiv und durchaus zugespielt in den Wahlkampf miteinbezog (Eva von Angern: Nehmt den Wessis das Kommando) (vgl. von Salzen 2021). Nach Streichhahn und Kahrs war die Wahl dieses Themas ein strategischer Fehler. Für die meisten Wähler:innengruppen sei dieses Narrativ nicht mehr entscheidend für die Wahl der Partei. Hinzu komme, dass es sich um eine identitätspolitische anstatt um eine klare klassenpolitische Ausrichtung handele. Adamczak plädiert nach der Bundestagswahl zutreffend für eine Linke, welche eine provokative und widerständige

Opposition zum bürgerlichen Mainstream und zur rechten Opposition bildet. „Die Aufgabe einer linken Partei in der Klassengesellschaft aber ist es nicht, Konsens zu organisieren, sondern den spürbaren gesellschaftlichen Unmut zu artikulieren, die Suche nach Sündenböcken und rechte Scheinerklärungen zurückzudrängen und die wirklichen Ursachen des sichtbaren Elends zu benennen“ (Adamczak 2021), formulierte Adamczak. Vielleicht wäre eine solche Performance erfolgsversprechender gewesen. Das Fehlen einer solchen Ausrichtung kritisierte auch Streichhahn. Darüber hinaus kritisierte er zurecht die Vernachlässigung des Themas sozial-ökologische Transformation, wodurch es den Grünen überlassen wurde. Auch die Fixierung auf die Parlamente und ein geringes Niveau an Kooperation mit sozialen Bewegungen sei ein weiteres Manko der Partei Die Linke. Streichhahn schlägt deshalb eine grundlegende Erneuerung der Partei zu einer aktiven Mitgliederpartei vor. „Der Aufbau sozialer Bewegungen muss mit dem Parteiaufbau Hand in Hand gehen, um die negative Mitgliederentwicklung zu stoppen und gesellschaftliche Mehrheiten für ein sozial-ökologisches Transformationsprojekt zu gewinnen“ (Streichhahn 2021b). Hierfür bedarf es wiederum konkreter Einstiegsprojekte und Programmatiken, wie diese neue Linke konstituiert werden könnte. Ein Ansatzpunkt hierfür könnten die positiven Erfahrungen mit dem Munizipalismus, wie zum Beispiel in Nordspanien sein. Schon im Kapitel 2.3 wurde auf die Chancen von einem ländlichen Munizipalismus verwiesen. Allgemein ist dieser Ansatz nicht als einheitliches Konzept zu verstehen. Was jedoch die verschiedenen praktischen Erfahrungen eint, ist die Zielperspektive, neue Institutionen zu schaffen oder alte zu besetzen und zu verändern und zugleich soziale Bewegungen – auch durch das Anstoßen von Organisationsprozessen - zu stärken. Das

Zusammenbringen von institutionalisierten Positionen, bei gleichzeitigem Versuch, die Durchsetzungskraft von sozialen Bewegungen zu erhöhen (vgl. ebd.: 150), ist eine Stärke der munizipalistischen Bewegung. Ohne die Erfahrungen im südeuropäischen Raum einfach Nachahmen zu wollen, könnten diese für eine strategische Neuorientierung für Die Linke in Sachsen-Anhalt einen Ansatzpunkt bieten und als Versuch verstanden werden, soziale Bewegungen, regionale zivilgesellschaftliche Akteure und Parteipolitik fruchtbar zusammenzubringen und als verbindende Partei im Sinne von Porcaro aufzutreten: Diese Ziele nicht darauf ab, andere progressive Akteure zu vereinnahmen, sondern als Partei neben den anderen Akteuren auf Augenhöhe zu existieren und strategische Fragen konsensorientiert auszuhandeln (vgl. Porcaro 2016: 8ff.). Es muss also darum gehen sich nicht nur als Akteur auf der Bühne des Parlamentarismus zu beweisen, sondern gerade als gesellschaftlicher Akteur, welcher solidarische Beziehungen zu anderen Akteuren sucht und diese unterstützt. Dies bleibt eine Mammutaufgabe, dennoch ist es einen Versuch wert. Eine aktive Mitgliederpartei und eine verbindende Partei weisen jedoch konzeptionelle Widersprüche auf. Während erstere auf klassische Mitgliederakquise und damit auch auf eine Integration von Einzelnen in die Partei zielt, ist bei zweiterer der Versuch zentral, nicht Personen und Akteure in die Parteistruktur zu kooptieren, sondern als eigenständiger Akteur zu vermitteln und zu verbinden. Wie mit diesem Widerspruch umgegangen werden kann, bleibt eine praktische Aufgabe, welche beide Konzepte zusammenbringt, Kämpfe und Strukturen anderer Akteure anerkennt und zugleich niedrighschwellige Angebote schafft, sich parteipolitisch zu engagieren. Die Momente der Geschlossenheit als eigenständiger-verbindender Akteur und der Offenheit,

als aktive Mitgliederpartei müssten dialektisch verbunden werden. Dabei wäre nicht ausgeschlossen, dass der eine Moment je nach gesellschaftlichen Stimmungen und Situationen überwiegt.

Gewerkschaften: Nicht viel besser als um die Partei Die Linke steht es um die Gewerkschaften. Schon die zerstückelte Tariflandschaft und der große Niedriglohnsektor verdeutlichen die Schwäche der institutionalisierten Interessenvertretungen in Sachsen-Anhalt. Die Mitgliedszahlen des DGB sind in dieser Region seit dem Jahr 2000 fast durchgängig rückläufig. Konnte der DGB in Sachsen-Anhalt zur Jahrtausendwende 262.940 Mitglieder aufweisen, waren es im Jahr 2020 nur noch 146.578 (vgl. DGB Sachsen-Anhalt 2021). Dennoch kam es immer wieder zu Streiks und Protesten. Im Jahr 2019 war Sachsen-Anhalt laut dem Streikmonitor von Müller und Kilroy mit 11 Streiks auf Platz drei der ostdeutschen Bundesländer hinter Mecklenburg-Vorpommern (17 Streiks) und Brandenburg (14 Streiks) (vgl. Müller/Kilroy 2019: 136). Diese Tendenz gilt auch für die anderen neuen Bundesländer. Nach einer kurzen Phase des Anstiegs der Mitgliedszahlen nach der Wiedervereinigung im Osten, trat laut Dörre eine bis jetzt anhaltende Phase der Krise der gewerkschaftlichen Repräsentation ein. Damit einher ging die tendenzielle Auflösung der Organisationsmacht der Gewerkschaften im Osten. Diese These lässt sich auch mit den schwindenden Mitgliedszahlen empirisch belegen, wobei sich zugleich auch gegenläufige Entwicklungen und Perspektiven abzeichneten. Um dies nachvollziehbarer zu machen, sollen im Folgenden kurz drei miteinander verwobene Gründe umrissen werden, welche den Zustand der Gewerkschaften im Osten im Allgemeinen und Sachsen-Anhalt im Konkreten erklären können.

Erstens mussten die Menschen im Osten nach der Wiedervereinigung die Erfahrung zahlreicher Niederlagen in gesellschaftlichen Kämpfen machen. Es gab – trotz teilweise massiver Widerstände und Großdemonstrationen – wenige Erfolge beim Erhalt der industriellen Kerne nach der sogenannten Wende. Auch in Sachsen-Anhalt gab es verschiedene Proteste in Zuge der Wiedervereinigung und der damit einhergehenden Folgen. In Magdeburg und Halle gab es beispielsweise Proteste und Streiks der Metallarbeiter:innen, aber auch von Pädagog:innen und Lehrer:innen (vgl. Dathe 2018). Hinzu kamen die vergeblichen Proteste gegen die Arbeitsmarktreformen im Zuge der Agenda 2010 und der Einführung von Hartz-IV, welche ebenfalls erfolglos blieben. Eine der größten gewerkschaftlichen Niederlagen war der Versuch, die 35-Stunden-Woche in der Metall- und Elektroindustrie einzuführen. Diese Erfahrung stellte für viele betriebliche Aktive eine Zäsur dar und hinterließ Ohnmachtsgefühle (vgl. Dörre 2016: 139). Zweitens existiert in den ostdeutschen Bundesländern eine stärkere sozialpartnerschaftliche Haltung unter den Betriebsrät:innen als in den westdeutschen Ländern. In der 2009 abgeschlossenen empirischen Untersuchung zu Betriebsrät:innen in der Zivilgesellschaft konnten Candeias und andere Autoren die Unterschiede von ostdeutschen zu westdeutschen Betriebsrät:innen herausarbeiten (vgl. ebd.: 136f.). Ein Ergebnis der Untersuchung war, dass die Betriebsrät:innen der neuen Bundesländer sich eher als Belegschaftsvertretung mit einer bewussten Distanzierung zu den Gewerkschaften betrachteten. In der Praxis tendierten sie eher zu einer klassischen Stellvertreter:innenpolitik, anstatt sich auf eine Mobilisierung der Beschäftigten zu fokussieren. Die Angst des Verlustes des Arbeitsplatzes aufgrund konfrontativer Gewerkschaftsarbeit wurde als ein Motiv in

der Untersuchung deutlich. Nur 20 Prozent der in der Studie Befragten trauten sich in ihrem Betrieb, die Beschäftigten für gewerkschaftliche Ziele zu mobilisieren (vgl. ebd.: 137f.). Diese Entwicklung stellt die Gewerkschaften vor eine grundlegende Herausforderung. Die starke Tendenz zur Sozialpartnerschaft, womit die Gewerkschaften versuchten, ihre Betriebsratsstrukturen zu erhalten, erhöhte die pragmatische und unternehmerfreundliche Haltung der Betriebsrät:innen. Zugleich schwächte diese Tendenz die Funktion von Betriebsrät:innen und Gewerkschaften als parteiische und konfrontative Interessenvertretung der Lohnabhängigen.

Der dritte Aspekt ist die steigende Organisationsmacht bei nachholender Demokratisierung der betrieblichen Arena. In der Studie *Gewerkschaften im Aufwind? Stärkung gewerkschaftlicher Organisationsmacht in Ostdeutschland* kamen Goes und die anderen Autoren zu interessanten Ergebnissen. Es wurde deutlich, dass die Marktmacht der Beschäftigten in Ostdeutschland durch den fortlaufenden demografischen Wandel, Fachkräfteengpässe und die rückläufigen Arbeitslosenzahlen zunehme. Diese objektiven Bedingungen hätten jedoch nicht automatisch zur Folge, dass sich mehr Beschäftigte gewerkschaftlich organisierten. Die nach wie vor prekären Arbeitsverhältnisse im Osten und die damit verbundene Sorge um den Verlust des Arbeitsplatzes bei gewerkschaftlichem Engagement wurden als Gründe für das Ausbleiben der Organisierung der Beschäftigten in den Gewerkschaften genannt. Jedoch konnten Goes und die anderen Autoren feststellen, dass es, trotz der disziplinierenden Wirkung von prekären Arbeitsverhältnissen, zunehmend gelang, auch Menschen aus solchen Arbeitsverhältnissen im Osten zu organisieren. Wiederum dafür ursächlich sei das verbindende Thema Lohn gewesen. Die

Autoren der Untersuchung erklärten, dass diese positiven Tendenzen jedoch nicht ausreichen würden, um im Osten eine nachhaltige Stärkung der Organisationsmacht zu erreichen. Dafür bedürfe es einer strategischen Handlungsfähigkeit der lokalen Gewerkschaften, denn auch die Unternehmer:innenseite reagiere laut der Untersuchung auf die Entwicklung, beispielsweise durch das Stören von Betriebsratsgründungen. Ein entscheidender strategischer Aspekt, den die Autoren hervorheben, sei eine nachholende Demokratisierung der betrieblichen Arenen (vgl. Goes et al. 2015: 5ff.): „Offenbar gehören die Gewerkschaften zu den wenigen demokratischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die die frustrierten Arbeitnehmersmilieus im Osten der Republik überhaupt noch erreichen. [...] Wer sich selbstbewusst und in demokratischer Form für seine eigenen Interessen und gegen wahrgenommene Ungerechtigkeit engagiert, der ist für die Demokratie noch lange nicht verloren“ (ebd.: 116). Sie betrachteten damit betriebliche Mitbestimmung und Tarifautonomie und somit die Gewerkschaften als Chance – als Promotoren der Demokratie – gegen die postdemokratischen Tendenzen und den zunehmenden Rechtspopulismus. Dafür seien Betriebsratsgründungen ein Schlüsselmoment, um handlungsfähige Strukturen in den Unternehmen zu schaffen, die weniger pragmatisch und sozialpartnerschaftlich und mehr „[...] von Arbeitsbeziehungen abgelöst werden, die stärker auf Diskussion, Disput, Bereitschaft zum Konflikt und vor allem auf direkter Beteiligung (potenzieller) Gewerkschaftsmitglieder beruhen“ (ebd.: 6). Darüber hinaus heben Goes und die anderen Autoren hervor, dass politische Unterstützungsleistungen von Initiativen erheblich die Organisationsmacht von den Gewerkschaften stärken könnten (vgl. ebd.). Auch wenn die Ergebnisse der hier vorgestellten Untersuchungen schon ein paar

Jahre zurückliegen, lassen sich daraus in Verbindung mit bundeslandspezifischen Untersuchungsergebnissen dennoch Schlussfolgerungen für die Gewerkschaften in Sachsen-Anhalt ziehen.

In Sachsen-Anhalt gab es laut dem *Betriebspanel Sachsen-Anhalt* (2017) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in nur 12 Prozent aller Betriebe mit mindestens fünf Beschäftigten einen Betriebsrat. Das ist fast die Hälfte der Betriebe, in denen mehr als 90 Prozent der Beschäftigten arbeiten. Nur eine Minderheit der Betriebe verfügt demnach über ein solches Gremium (vgl. Putzing et al. 2018: 96ff.). Die von Goes und anderen Autor:innen geschlussfolgerte Gründung von neuen Betriebsrät:innenstrukturen bleibt somit nach wie vor eine aktuelle Hauptaufgabe für die Gewerkschaften in Sachsen-Anhalt. Interessant ist, dass auch ein Großteil der Beschäftigten positive Einstellungen zu Betriebs- und Personalrät:innen aufweist. In dem 2014 veröffentlichten DGB-Index *Gute Arbeit in Sachsen-Anhalt* wurde deutlich, dass über 70 Prozent der Beschäftigten eine betriebliche Vertretung wie Betriebsrät:innen und Personalrät:innen als wichtig für den Betrieb und die eigenen Beschäftigungsverhältnisse einstufen. Die Zustimmung stieg sogar auf 88 Prozent, wo es solche Strukturen bereits gab (vgl. DGB Index 2014). Auch wenn die Erhebung der hier vorgestellten Daten ebenfalls ein paar Jahre zurückliegt, wird deutlich, dass es konkrete strategische Ansatzpunkte für die Gewerkschaften in Sachsen-Anhalt braucht, um flächendeckend Betriebsrät:innenstrukturen zu etablieren und eine Demokratisierung des Betrieblichen in der Fläche zu ermöglichen. Wenn man davon ausgeht, dass die Ergebnisse des DGB-Index *Gute Arbeit in Sachsen-Anhalt* noch aktuell sind, wäre der Wille der Basis weiterhin vorhanden. Ein konkreter Ansatzpunkt könnten hierfür partizipativere Gewerkschaftsstrukturen und eine

Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und Parteien sein. Das wäre als Ausbau einer Kooperationsmacht zu verstehen. Diese „[...] bedeutet, über Netzwerke und Bündnisse mit anderen gesellschaftlichen Akteuren zu verfügen, mit denen gemeinsame Ziele verfolgt und unter Umständen auch gegenseitige Verpflichtungen eingegangen werden“ (de Greef 2021: 33). Die Machtform ist im Zusammenhang mit einem erweiterten Machtressourcenansatz als Teil der gesellschaftlichen Macht zu verstehen (vgl. ebd.). Kooperationsmacht könnte mit positiven Synergieeffekten verbunden sein, welche sowohl die Gewerkschaften als auch die anderen zivilgesellschaftlichen Akteure stärken, in dem beide mehr zusammenrücken, sich vernetzen, solidarisch unterstützen und gegenseitig von ihren Ressourcen profitieren. Dies könnte vielleicht auch zu einem Attraktivitätszuwachs für eine aktive Beteiligung in den Gewerkschaften führen.

Exkurs: Gesundheitskämpfe: In Deutschland ist das Thema Gesundheit in großem Maße umkämpft. Die zunehmende Kommodifizierung und Prekarisierung der Arbeits- und Versorgungsverhältnisse in diesem Sektor ließen in den letzten Jahren immer wieder Arbeits- und Versorgungskämpfe entstehen (vgl. Latza/Weinberg 2021: 66f.). Auch in Sachsen-Anhalt waren und sind solche gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, um die Daseinsvorsorge, die Privatisierung und die Arbeitsverhältnisse im Gesundheitssektor wahrnehmbar. Ein Beispiel für solche Proteste waren die diversen Warnstreiks und Demonstrationen der Mitarbeiter:innen der Ameos-Kliniken in Staßfurt, Aschersleben, Schönebeck und Haldensleben. Hierzu ist es sinnvoll kurz auf den Konzern und seine Arbeitsverhältnisse und Unternehmensstrategien in Sachsen-Anhalt einzugehen. Insgesamt gehören 14 der 47 Krankenhäuser

in Sachsen-Anhalt zu der Ameos-Gruppe. Das entspricht fast einem Drittel aller Krankenhäuser im Bundesland. Auch im Bundesgebiet ist das Unternehmen eines der aktivsten im privaten Gesundheitssektor. Die schweizerische Unternehmensgruppe Ameos verfolgt seit ihrer Gründung 2002 eine Geschäftsstrategie, welche darauf beruht, Einrichtungen in kommunaler, privater oder freigemeinnütziger Trägerschaft aufzukaufen. Erstere sind für die Unternehmensgruppe von besonderem Interesse. Laut ver.di werden die von Ameos privatisierten Kliniken nach dem Aufkauf, schnell durch hohe Auslastung, Vernetzung, Spezialisierung Überbelastung der Beschäftigten und Einsparung von Personal profitabel gemacht. Hinzu kommen Methoden des Union-Bustings, angefangen von Drohungen von Massenentlassung, bis zu fristlosen Kündigungen aufgrund des gewerkschaftlichen Engagements von Beschäftigten. 2012 übernahm die schweizerische Unternehmensgruppe die ehemaligen sogenannten Salzlandkliniken (Staßfurt, Aschersleben, Schönebeck und Haldensleben) in Sachsen-Anhalt und veranlasste gleich zu Beginn unter Kündigungsandrohungen die Durchsetzung neuer Arbeitsverträge mit schlechteren Konditionen. Die Geschäftsführung schaffte es, Arbeitsbedingungen durchzusetzen, bei denen zum Beispiel Krankenpfleger:innen monatlich 500 Euro weniger erhielten als andere in der Region. Die Beschäftigten-Löhne von Ameos Ost lagen 2020 sogar 15 Prozent unter dem Tarifniveau (vgl. Redler 2021: 38ff.). Diese jahrzehntelange Erfahrung hinterließ bei den Beschäftigten, Gewerkschaften und bei der Zivilgesellschaft Spuren. 2019 forderte ver.di dann die Arbeitgeberseite zu Tarifverhandlungen auf. Aufgrund der Ablehnung von Tariflöhnen, mit der Begründung, dass diese angeblich den Fortbestand der Krankenhäuser gefährdeten, kam es im selben Jahr zu Warn- und Staffeltreiks.

Diese mündeten 2020 in einem fristlosen Erzwingungsstreik, welcher von einem Streikaufruf des Marburger Bunds und der Zivilgesellschaft flankiert wurde (vgl. ebd., vgl. Baureithel 2020). Parallel dazu konnten die Ameos-Beschäftigten in Halberstadt ein sechs Jahre andauerndes Verfahren vor dem Bundesarbeitsgericht gewinnen, bei dem es um die Auslegung des Haustarifvertrags ging. Ameos wurde laut dem Urteil verpflichtet, eine Rückzahlung von Löhnen in Millionenhöhe zu zahlen (vgl. Redler 2021: 42). Die Tarifverhandlungen endeten erst nach eineinhalb Jahren, jedoch mit einem Tarifvertrag. Zwar konnte die Arbeitszeit nicht von 40 auf 38 Stunden reduziert werden, jedoch wurden die Löhne angehoben, sodass diese jetzt bis zu 95 Prozent an den TVöD angeglichen sind (vgl. Joo 2021).

Zu dem Thema Gesundheitsversorgung formiert sich gegenwärtig auch ein solidarischer und zivilgesellschaftlicher Protest von unten in Sachsen-Anhalt. Ein Beispiel hierfür bieten die Proteste gegen die Schließung des privaten Krankenhauses in Havelberg im Landkreis Stendal. Es gab massiven öffentlichen Protest der Mitarbeiter:innen sowie der Bevölkerung mit der zentralen Forderung, eine bedarfsgerechte medizinische Grundversorgung in der Region sicherzustellen. Der Verein Pro Krankenhaus Havelberg e.V. hatte sogar eine Großdemonstration im November 2020 geplant, die jedoch aufgrund der notwendigen Einschränkungen von öffentlichen Veranstaltungen während der Corona-Pandemie nicht stattfinden konnte (vgl. Schröder 2020). Dabei entstand auch eine Form von Aktivismus, der nicht schnell wieder abebbte, sondern auch aktuell noch besteht. In der Kritik stehen dabei auch strukturelle Voraussetzungen, die einer Dekommodifizierung im Gesundheitswesen entgegenstehen, wie das staatliche Förderprogramm für die Schließung von Krankenhäusern mit dem Ziel, diese bundesweit zu zentralisieren. Die

Protestgesänge der Aktivist:innen spiegeln die grundlegende Kritik wieder, so zum Beispiel „Ist Geld der Grund, warum ihr wirklich geht? Wo uns im Notfall doch Hilfe zusteht“ (Bickelmann 2020). Hinzu kommt die Absurdität, dass das Krankenhaus während der Corona-Pandemie geschlossen wurde. Die Proteste des Vereins in Havelberg halten bis in die Gegenwart an, auch wenn die Salus gGmbH ein Konzept für ein intersektorales Gesundheitszentrum vorgelegt hat, was jedoch noch rechtlich, wirtschaftlich und politisch abgestimmt werden müsse (vgl. Schröder 2021). Sie erweiterten sogar ihren Aktionsradius und begannen im August 2021 Demonstrationen in die Nachbarorte zu verlagern, um mehr Menschen zu erreichen und einbeziehen zu können (vgl. Haase 2021).

Ähnliche Proteste gab es aufgrund einer geplanten Schließung der Lungenklinik in Ballenstedt im Landkreis Harz. Auch hier war die Grundlage ein Gutachten, welches aus einer wirtschaftlichen Perspektive eine Verlegung in ein anderes Harzkrankenhaus empfohlen hatte. Bei den Protesten ging es bis jetzt vorrangig um den Erhalt von Arbeitsplätzen, da das Krankenhaus eines der größten Arbeitgeber:innen der Stadt ist (vgl. Kunze 2020). Diese regional entstehenden Formen des Protests können in Anlehnung an Candeias und Völpel als molekulare Organisationen bezeichnet werden. Diese „[...] hat kein Zentrum, sie baut auf Kooperation, Koordination und vermittelnde Strukturen“ (Candeias/Völpel 2014: 113).

Es gibt über diese einzelnen regionalen Proteste hinaus auch Versuche, diese auf Landkreis- oder sogar auf Landesebene zu bündeln. Zum Beispiel gründete sich 2016 das Bündnis gegen Pflegenotstand Mansfeld-Südharz, um die sich zunehmend verschlechternden Arbeitsbedingungen in der Pflege zu thematisieren und für eine bedarfsgerechte und entprivatisierte Versorgung zu kämpfen

(vgl. Haller 2019). 2021 gründete sich darüber hinaus das Bündnis Gesundheit ohne Profite Halle. Auch dieses kritisiert die Ökonomisierung des Gesundheitssektors und die damit verbundenen negativen Folgen, sowohl für die Beschäftigten als auch die Nutzer:innen. Um eine bedarfsgerechte und nicht-profitorientierte Gesundheitsversorgung zu ermöglichen, versucht das Bündnis, die einzelnen Akteur:innen zu vernetzen, um die Kämpfe zu bündeln und eine größere gesellschaftliche Wirkung zu entwickeln (vgl. Du bist Halle 2021). Die verschiedenen Akteure vereint die politische Forderung nach einer Rekommunalisierung oder Vergesellschaftung der Kliniken. Daran könnte eine gesellschaftliche Linke zukünftig anknüpfen. Wie erfolgreich ein solches Anliegen sein kann, zeigte der Fall Crivitz in Mecklenburg-Vorpommern. 2021 wurde nach Protesten von Bürger:innen und Beschäftigten gegen die Schließung der Gynäkologie- und Geburtshilfenstation das 1997 privatisierte Krankenhaus vom Privatunternehmen Mediclin für 6 Millionen Euro von der Landesregierung rekommunalisiert (vgl. Wegmann 2021 72ff.). Hieran verdeutlicht sich, wie politischer Wille und der Druck von unten regionale progressive Veränderungen herbeiführen können. An solchen Protesten gilt es Zukunft anzuknüpfen und weitreichende Forderungen nach einer Rekommunalisierung des Gesundheitssektors und einer Abschaffung des DRG-Systems durchsetzungsfähig zu formulieren. Ein Paradigmenwechsel, weg von den marktorientierten Fallpauschalen, hin zu einer Rückkehr der Planung bei den Krankenhäusern, ist gegenwärtig auch in der Bundespolitik zu erkennen (vgl. Kunkel 2021: 647f.). Dieses Gelegenheitsfenster könnte gerade Forderungen nach einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung und einer grundlegenden Veränderung des Gesundheitssystems mehr Nachdruck verleihen und somit die Erfolgsaussichten erhöhen.

Kritisch-progressive Zivilgesellschaft: In den sogenannten Baseballschlägerjahren kulminierte – wie im letzten Unterpunkt erläutert - in Sachsen-Anhalt die rechte Gewalt. Allerdings formierten sich auch zu jener Zeit kritisch-zivilgesellschaftliche Akteur:innen, die sich den Rechten mit ihrer antifaschistischen Haltung entgegenstellten. Mit dem Einzug der DVU in den Landtag 1998 - sieben Jahre nach dem ersten Todesopfer rechter Gewalt (Torsten Lamprecht) und vier Jahre nach den sogenannten Himmelfahrtskrawallen, bei denen rechte Bürger:innen und Neonazis in Magdeburg Jagd auf Schwarze Menschen machten, gab es die Initialzündung für eine Förderung von Demokratieprojekten in Sachsen-Anhalt (vgl. Habisch 2017: 413). Die damalige Landesregierung entschied, in der Staatskanzlei im Presse- und Informationsamt eine Stabsstelle anzusiedeln, die damit beauftragt wurde, ein Handlungskonzept gegen die sich manifestierenden rechten Tendenzen im Bundesland zu entwickeln. Ein Jahr später wurde das Handlungskonzept für ein demokratisches, weltoffenes Sachsen-Anhalt beschlossen, und bis 2001 rief die Stabsstelle auf Grundlage des Handlungskonzepts sieben regionale *Runde Tische für Demokratie und Weltoffenheit* ins Leben. Diese verfolgten das Ziel, regionale Ansprechpartner:innen für das Thema zu sensibilisieren, ein Partner:innennetzwerk zu installieren und regional angepasste Projekte zu initiieren. Im Jahr 1999 gründete sich der Verein Miteinander e.V., der zeitgleich als freier Träger von der Landesregierung gefördert wurde. Es entstanden lokale Zentren in Aschersleben, Gardelegen, Weißenfels und Roßlau, um im ländlichen Sachsen-Anhalts in Kooperation mit lokalen Partner:innen eine starke Zivilgesellschaft aufzubauen. In diesem Kontext sollten Beratungsangebote für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt installiert werden, um kompetente Ansprechpartner:innen regional zur Verfü-

gung zu stellen. In der Folge des Regierungswechsels im Jahr 2002 wurde die Förderung für Miteinander e.V. stark reduziert, und infolgedessen wurden auch die lokalen Beratungszentren verringert. Weitere Beratungsangebote konnten in den Folgejahren wieder in Kooperation mit anderen Projekten realisiert werden (vgl. ebd.: 403ff.). Doch nicht nur von staatlicher Seite wurde in den 1990er Jahren auf die damals zunehmenden rechten Tendenzen reagiert, auch selbstorganisierte Projekte wurden ins Leben gerufen, um die Verhältnisse durch eigene politische Praxis zu verändern. So gab es Antifa-Gruppen, die versuchten, auf die rechten Angriffe zu reagieren: Zum Beispiel gab es drei Tage nach rassistischen Ausschreitungen im September 1992 in Quedlinburg, bei denen rechte Jugendliche - animiert von Schaulustigen - begannen, das Heim für Geflüchtete zu attackieren, eine Antifa-Demonstration zum Schutz der Geflüchteten. Dadurch musste sich der rechte Mob kurzzeitig zurückziehen (vgl. Barthel 2019). In den 1990ern gründeten sich zudem verschiedene alternative Hausprojekte, die teilweise bis in die Gegenwart bestehen. In Sachsen-Anhalt führten nicht nur die kulminierenden Auseinandersetzungen mit Neonazis, sondern auch der Verfall von Abrisshäusern, die leer standen und nicht mehr genutzt wurden, zu dem Entschluss, diese zu besetzen. In Magdeburg beispielsweise entstanden im Zuge der Hausbesetzer:innenbewegung der 1990er Jahre die Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen Heizhaus und Knast. Doch nicht nur in den Oberzentren fand diese Bewegung Zulauf, auch in den ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts gab es alternative Jugendliche und Besetzungen. So wurde im August 1990 in Zerbst im Landkreis Anhalt-Bitterfeld die Kretschauer Mühle besetzt. Dieses Projekt bestand jedoch nur kurze Zeit. Es brannte aus, nachdem es im Oktober 1990

mit Vorankündigung von Neonazis mit Molotow-Cocktails angegriffen wurde. Glücklicherweise wurde keine der sich zum Zeitpunkt des Angriffs im Gebäude befindenden Personen schwer verletzt (vgl. Barthel 2019). Ein weiteres ehemals besetztes Haus im Landkreis Harz, welches bis heute progressive politische und kulturelle Arbeit umsetzt, ist das Soziokulturelle Zentrum ZORA in Halberstadt (vgl. Zora o.J.). Auch nach der Jahrtausendwende entstanden in Sachsen-Anhalt immer wieder solche alternativen Projekte. Der Verein Alternative Lebensgestaltung e.V. - Kurz ALGE – schuf in Oschersleben im Landkreis Börde zu jener Zeit einen Ort, an dem regelmäßig Konzerte und politische Veranstaltungen stattfanden und verankerte damit vor Ort bis zur Räumung 2010 eine alternative Jugendkultur. Zur gleichen Zeit entstand ein ähnliches Projekt im Landkreis Anhalt-Bitterfeld – das AKW Bitterfeld. Weitere solcher oder ähnlicher Projekte folgten im Verlauf des Jahrzehnts. So entstand in den darauffolgenden Jahren in Magdeburg im Zuge einer Hausbesetzung das bis heute existierende Libertäre Zentrum (vgl. Libertäres Zentrum o.J.). Diese alternativen Projekte waren und sind häufig Orte, die als linke Leuchttürme in die Regionen strahlen. Sie fungieren als Vehikel für die Politisierung junger Menschen und Nährboden für politische Gruppen, gleichzeitig bieten sie einen Schutzraum vor rechten Übergriffen.

In Sachsen-Anhalt gibt es nicht nur solche solidarischen Räume in Form von Projekthäusern. Auch andere progressive Akteure in Form von lokalen Initiativen, wie Vereinen oder Gruppen, aber auch überregionale themenspezifische Bündnisse und Ableger von sozialen Bewegungen sind gesellschaftspolitisch aktiv. Im Folgenden soll eine Auswahl an aktuellen Bewegungen und progressiven Projekten kurz dargestellt werden. Im Jahr 2019 erfasste mit der

Gründung von Fridays-for-Future-Gruppen die Klimabewegung Sachsen-Anhalt. In verschiedenen Städten des Bundeslands kam es zu Aktionen, welche gerade junge Menschen mobilisierte. Zum Beispiel protestierten laut MDR in Sachsen-Anhalt im November überregional in allen Ober- aber auch in manchen Mittelzentren mehrere tausend Menschen im Vorfeld der 25. UN-Klimakonferenz, um deutlich zu machen, dass sie eine Abkehr vom 1,5 Grad-Ziel nicht akzeptieren würden (vgl. MDR Sachsen-Anhalt 2019). Der Bewegung gelang es, zahlreiche Menschen zu einem Thema zu mobilisieren, in dem die Zivilgesellschaft bis dato kaum aktiv gewesen war. Mehrere tausend vorrangig junge Menschen beteiligten sich an den Klimaprotesten 2019 und 2020. In den Oberzentren Sachsens-Anhalts entsprang daraus eine Debatte über autofreie Innenstädte und einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr (vgl. Streichhahn 2021: 10). Auch wenn sich viele Ortsgruppen während der Corona-Pandemie auflösten, bleiben dennoch engagierte und motivierte Einzelpersonen und hoffen auf eine Revitalisierung der Ableger der Fridays-for-Future Bewegung (vgl. George 2021). Die Klimabewegung und ihre Protestformen wie der Klimastreik blieben in Sachsen-Anhalt in der kürzeren Vergangenheit nicht die einzigen Neuheiten. Hinzu kam, dass seit April 2021 in der Altmark ein Waldstück besetzt wurde, um den Weiterbau der A14 und damit das Zerteilen des letzten autobahnfreien Stücks Deutschland zu verhindern. Die Besetzung hält bis in die Gegenwart an. Diese Besetzung kam nicht aus dem Nichts. Schon vor zehn Jahren gründeten engagierte Menschen aus dem nördlichen Sachsen-Anhalt und aus Niedersachsen die Bürgerinitiative *Keine A14*. Sie versuchen, den sogenannten Lückenschluss der A14 zu verhindern und kämpfen „[...] weltweit und in der Altmark für Klimagerechtigkeit und eine solidarische Welt frei von

Rassismus und Ausbeutung, die direkte Ausprägungen des derzeitigen endlos, rücksichtslos kapitalstrebenden Systems sind [...]“ (Keine A 14 o.J.). Die Waldbesetzung in der Altmark hat jedoch auch mit starken Anfeindungen zu kämpfen. Den traurigen Höhepunkt bildete ein Angriff auf die Besetzer:innen am Bahnhof in Seehausen von einer Person im Ku-Klux-Klan-Gewand mit einer Softair-Pistole (vgl. Bähr 2021).

In Sachsen-Anhalt existieren darüber hinaus verschiedene Initiativen, Gruppen und Bündnisse, mit einer antifaschistischen und antirassistischen Praxis. Der Anschlag von Halle (vgl. Kapitel 2.6) wurde 2020 am Landgericht Magdeburg verhandelt. Auch hier formierten sich vielfältige Proteste: Mehrere Gruppen und Initiativen organisierten vor dem Landesgericht zu jedem einzelnen Termin Infostände, Redebeiträge und weiteres. In diesem Zusammenhang gründete sich auch die *Initiative 9. Oktober Halle*, welche vor und während des Prozesses am Protest beteiligt war (vgl. Hendrichke/MDR Sachsen-Anhalt 2020). 2021 gründete sich in Sachsen-Anhalt darüber hinaus das überregionale Bündnis *#Unteilbar*. Dieser Zusammenschluss ist eine zivilgesellschaftliche, solidarische Antwort auf den zunehmenden Rechtsruck, die prognostizierten hohen Wahlergebnisse der AfD bei den Landtagswahlen im Juni, die Klimakrise und die Zuspitzung sozialer Ungleichheit während der Corona-Pandemie. Das *#Unteilbar*-Bündnis formulierte darauf bezogen: „Nur gemeinsam können wir die politischen Kräfteverhältnisse verändern. Wir stehen ein für eine Gesellschaft, in der Menschenrechte unteilbar und vielfältige und selbstbestimmte Lebensentwürfe selbstverständlich sind – in Sachsen-Anhalt und überall“ (Unteilbar Sachsen-Anhalt 2021a). Auch wenn Antifaschismus und Antirassismus einen Grundpfeiler des *Unteilbar*-Bündnisses darstellen, darf dieses nicht darauf reduziert werden. Der Akteur bündelt stattdessen

verschiedenste Themenfelder - wie Antirassismus, gerechte Daseinsvorsorge, prekäre Arbeitsbedingungen u.a. - und versucht, eine gemeinsame Handlungsfähigkeit zu entwickeln (vgl. ebd.). Darüber hinaus ist das Bündnis *#Unteilbar Sachsen-Anhalt* beteiligt an der überregionalen Vernetzung *Solidarischer Osten*. Das Netzwerk ist ein Zusammenschluss bestehend aus *#Unteilbar Mecklenburg-Vorpommern*, *Solidarisches Thüringen* und *#Unteilbar Sachsen-Anhalt*. Das übergeordnete Anliegen dieses Zusammenschlusses besteht darin, einen gesellschaftlichen Aufbruch im Osten zu wagen, welcher folgende Ziele verknüpft. Ersten: Eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse durch die Verbindung der unterschiedlichen Kämpfe und Aktivitäten der Akteure. Zweitens: Sie versuchen, eine partizipative Politik zu verwirklichen, mit dem Ziel die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend zu verändern, welche von sozialer Ungleichheit und ungleicher Reichumsverteilung geprägt sind. Drittens: Das Netzwerk setzt sich für mehr Demokratie von unten ein und dafür, dass Menschenrechte international unteilbar sind (vgl. *Solidarischer Osten* 2021). Wie im vorherigen Unterpunkt aufgezeigt sind körperliche Angriffe und andere Straftaten aus rechten Motiven auf der Tagesordnung, doch während der Corona-Pandemie spitzte sich auch der institutionelle Rassismus in Sachsen-Anhalt zu. Die Vorfälle in der Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber (ZASt) in Halberstadt verdeutlichen diese Kulmination beispielhaft: Die ZASt wurde 2020 aufgrund mehrerer Corona-Fälle unter Quarantäne gestellt. Die ohnehin schon menschenunwürdigen Lebensbedingungen verschlechterten sich dadurch maßgeblich, sodass aus Protest 100 Geflüchtete in einen Hungerstreik traten. Sie forderten ausreichende Nahrungsmittel und Hygieneartikel, eine dezentrale Unterbringung für Schwangere, Alleinerziehende, Ältere und Familien

sowie die Auflösung der ZASt, die sie als Gefängnis (prison) bezeichneten (vgl. Perspektive-online 2020). Die Forderungen der Geflüchteten wurden dabei durch eine solidarische Praxis verschiedener Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen unterstützt. Das *Bündnis Halle gegen Rechts* beispielsweise organisierte vor dem Oberverwaltungsgericht in Halle eine Demonstration für die Schließung der ZASt (vgl. Volksstimme Sachsen-Anhalt 2020). Auch andere Gruppen wie das *Antirassistische Netzwerk Sachsen-Anhalt* und das *Solidaritätsnetzwerk Halberstadt* unterstützten die Bewohner:innen der ZASt und solidarisierten sich öffentlich (vgl. Lotzmann/Scholz 2020). Nach Gesprächen mit Verantwortlichen konnten die Bewohner:innen zumindest ihre Forderung nach einer anderen Unterbringung für Hochschwangere und Personen, die zu Risikogruppen gehören, durchsetzen. Weitere Forderungen wie zum Beispiel der dezentralen Unterbringung aller, eines effektiven Gesundheitsschutzes und einer grundlegenden Verbesserung der Versorgung mit Essen und Hygieneartikeln blieben jedoch aus (vgl. Flüchtlingsrat LSA 2020). Auch die Unterbringung an anderen Orten verbesserte die Situation für die Geflüchteten wenig, sodass es auch weiterhin Proteste gegen Entmündigung und das Einsperren gab (vgl. Antirassistisches Netzwerk Sachsen-Anhalt 2020). Im Jahr 2020 kam es darüber hinaus an mehreren Orten zu antirassistischen Demonstrationen im Kontext der Black Lives Matter Bewegung. Zum Beispiel demonstrierten in Magdeburg im Juni 2020 über tausend Menschen gegen Rassismus und Polizeigewalt. Verschiedene progressive Akteure wie die Falken, Seebrücke Sachsen-Anhalt, Fridays-for-Future und Solidarisches Magdeburg hatten zu dieser Demonstration aufgerufen (vgl. Harter 2020). Anlass dafür waren die anhaltenden Proteste in den USA unter dem Slogan Black Lives Matter, welche sich am Tod von George Floyd

entzündet hatten, der Opfer exzessiver Polizeigewalt geworden war. Die Proteste fanden nicht nur in den Oberzentren Magdeburg, Dessau-Roßlau und Halle statt, sondern auch in kleineren Städte wie Eisleben, Quedlinburg und Bitterfeld-Wolfen (vgl. Landtag von Sachsen-Anhalt 2020).

In den Oberzentren und den Mittelzentren von Sachsen-Anhalt gibt es auch verschiedene feministische Akteure. In der Landeshauptstadt ist das *Achter März Bündnis Magdeburg* ein solcher Akteur, der seit mehreren Jahren zum gleichnamigen Datum einen zunehmend größer werdenden feministischen Kampftag organisiert. Auch in Halle fanden in den letzten Jahren Proteste zum 8. März statt. Auch hier hat sich eine Frauenstreik-Gruppe formiert. Über diese auf ein konkretes Datum bezogenen Aktivitäten hinaus lassen sich weitere feststellen. In Halle existiert beispielsweise ein Zusammenschluss verschiedener Vereine und Initiativen, der sich *Feminismen* nennt. Der Name ist Programm: Sie versuchen, verschiedene feministische Strömungen und Perspektiven in einem intersektionalen Ansatz zusammenzubringen und zu diskutieren. Um dies zu ermöglichen, organisieren sie seit 2018 das Feminismen-Festival (vgl. Feminismen o.J.). Ein weiteres junges Projekt in diesem Themenfeld ist das Netzwerk *djiversity! Feminismus und Clubkultur in Halle (Saale)*. Das Netzwerk gründete sich 2018 aufgrund der der Tatsache, dass Frauen* in der elektronischen Musik- und Clubszene unterrepräsentiert sind. „Mit dem Projekt *djiversity!* wollen wir langfristig auf patriarchale Strukturen aufmerksam machen [...]“ (djiversity 2018) und eine Plattform schaffen, um sich auszutauschen „[...] und weiblichen* DJs, Produzent*innen und weiteren Akteur*innen der Clubszene die Möglichkeit geben, Erfahrungen auszutauschen und ggf. öffentlich kundzutun“ (ebd.).

2.8 Zwischenfazit

Aus der bisherigen Untersuchung wurden verschiedene Ansatzpunkte und Herausforderungen für eine starke gesellschaftliche Linke und ihre strategische Ausrichtung deutlich, welche in diesem Unterpunkt noch einmal kurz zusammengefasst und reflektiert werden.

Es existieren in Sachsen-Anhalt auch 30 Jahre nach der Wende grundlegende politisch-ökonomische Herausforderungen. Die filialökonomischen Eigentumsverhältnisse und die Schwäche der Gewerkschaften begünstigen einerseits den bestehenden Niedriglohnsektor und erhöhen gleichzeitig das Armutsrisiko im Bundesland. Hinzu kommt, dass fast die Hälfte der Bewohner:innen von Sachsen-Anhalt in ländlichen Regionen lebt, welche durch einen zunehmenden Abbau der öffentlichen Infrastruktur oder deren Kommodifizierung gekennzeichnet sind. Beides stellt progressive Kräfte vor grundsätzliche politische Herausforderungen. Einerseits bleiben die Löhne in Sachsen-Anhalt von externen Kapitalgruppen abhängig. Die Abhängigkeit von Unternehmensfilialen und die politische Strategie, Sachsen-Anhalt für private Investitionen attraktiv zu machen, verstetigen den Niedriglohnsektor und prekäre Arbeitsverhältnisse. Andererseits wirkt sich die bestehende Filialökonomie negativ auf die Haushalte der Kommunen in Sachsen-Anhalt aus, weil Gewinne und Unternehmenssteuern nur anteilig in den Kommunen bleiben, was sich wiederum ebenfalls negativ auf die finanziellen Mittel für die öffentliche Infrastruktur auswirken kann. Diese Tendenz wird sich vermutlich durch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie zukünftig noch verstärken und die Verteilungskämpfe verschärfen, zumal die Transferleistungen aus dem Bundeshaushalt ebenfalls sinken.

Zu wessen Gunsten diese entschieden werden können, wird letztlich auch von den gesellschaftlichen und politischen Kräften und ihrer Fähigkeit, Druck aufzubauen, abhängen. In dieser komplexen Situation Ansatzpunkte progressiven Eingreifens zu finden, bleibt ein Suchprozess. Es muss darum gehen, an den konkreten Verhältnissen anzusetzen, ohne sich in isolierten Teilkämpfen zu verlieren. Das heißt, dass es einerseits konkrete Erfolge in Teilbereichen braucht, jedoch gleichzeitig ihre Verwobenheit und Interdependenz mit anderen Bereichen zusammen gedacht werden muss. Es wurden in der bisherigen Untersuchung verschiedene Ansatzpunkte angedeutet, welche Möglichkeiten für eine Transformation von Eigentumsverhältnissen in Sachsen-Anhalt möglich sein könnten. Die hier formulierten Ansätze sind keine fertigen Entwürfe, sondern als Hinweise für eine tiefere Analyse und praktische Versuche zu verstehen. Sie stellen trotz ihrer Oberflächlichkeit Ansatzpunkte dar, eine sozial-ökologische Transformation im Sinne eines lokalen Green New Deals in Sachsen-Anhalt zu realisieren, durch welchen sich die Bedürfnisse nach sozialer Sicherheit, lokaler Infrastruktur und einer ökologischen Wende emanzipatorisch verbinden ließen. Solche Veränderungen könnten darüber hinaus als Einstiegsprojekte für eine gesellschaftliche Transformation im Sinne eines ökologisch-demokratischen Sozialismus bewertet werden. Die aktuellen politischen Einstellungen in Sachsen-Anhalt deuten darauf hin, dass solche Enteignungen und Überführungen in die öffentliche Hand auch in der Bevölkerung Rückhalt genießen könnten und sich diese vermutlich dafür mobilisieren ließen. Ein weiterer Aspekt, der diese Vermutung ebenfalls nahelegt, sind die aufkommenden Gesundheitskämpfe im

Bundesland, welche als Reaktion eines jahrelangen Rückbaus und einer Privatisierung der vormals öffentlichen Infrastruktur zu bewerten sind. Die Rekommunalisierung der Kliniken wird hierbei nicht als linksradikale Utopie, sondern als realpolitisches Ziel mit den Forderungen nach guten Arbeitsbedingungen und einer bedarfsgerechten Versorgung verbunden.

Auch wenn solche Einstiegsprojekte positive Perspektiven aufzeigen, sie bleiben voraussetzungsvoll. Es bleibt die Frage offen, wer das durchsetzende Subjekt solcher Projekte sein könnte. Drei Aspekte erscheinen dabei von besonderer Relevanz. Erstens: Es bedarf eine starke und partizipative gewerkschaftliche Organisierung, welche in den Unternehmen verankert ist und eine funktionierende und ausgeweitete Betriebsrät:innenstruktur aufweist. Zweitens: Es bedarf darüber hinaus parlamentarischer Kräfte, welche die Projekte unterstützen und eine Handlungsmacht in Form von parlamentarischen Mehrheiten im politischen Feld aufweisen. Beides ist gegenwärtig nicht gegeben. Es hat sich mit der letzten Landtagswahl 2021 ein rechter und konservativer Block in Sachsen-Anhalt konsolidiert. Auch gesellschaftlich stellen rechte und reaktionäre Gruppen in Sachsen-Anhalt weiterhin eine Gefahr dar, welche durch die parlamentarische Zusammensetzung Rückenwind in Form diskursiver Stärke bekommen können. Weder Die Linke und schon gar nicht die SPD oder Bündnis 90/Die Grünen konnten ihre Position im Länderparlament im Anschluss an die Landtagswahl verbessern. Auch für die erst begonnene Legislaturperiode – und vermutlich auch darüber hinaus – wird der parlamentarische Einfluss dieser Parteien begrenzt bleiben und stark unter Druck von konservativen, rechten und neoliberalen Positionen stehen. Hinzu kommt, dass auch – bis auf die SPD – keine der genannten Parteien in der aktuellen Koali-

tion vertreten ist. Drittens: Progressive transformative Einstiegsprojekte benötigen eine starke Zivilgesellschaft wie Vereine, soziale Bewegungen, regionale Initiativen und Bündnisse, welche in der Lage sind, aus der Gesellschaft politischen Druck zu erzeugen. Es existieren in Sachsen-Anhalt verschiedene progressive Akteure der Zivilgesellschaft, die regional und überregional aktiv sind, jedoch fragmentiert agieren.

Daraus lässt sich schlussfolgern, dass es Ansätze für eine linke Hegemonie gegenwärtig weder auf parlamentarischer noch auf zivilgesellschaftlicher Ebene gibt. Ohne eine progressive Deutungshoheit von links wird die durch die Corona-Pandemie beschleunigte organische Krise in Sachsen-Anhalt auch weiterhin in autoritäre und neoliberale Richtungen kanalisiert. Damit ist die dringende Frage nach strategischen Ansatzpunkten für eine linke Offensive verbunden. Auch wenn die Landschaft der progressiven zivilgesellschaftlichen Akteure in Sachsen-Anhalt überschaubar und fragmentiert ist, bietet sie ein nicht zu unterschätzendes Potenzial, von dem auch Gewerkschaften und Parteien profitieren könnten (siehe Kapitel 2.7.2). Inwieweit sich die parlamentarische Niederlage von Die Linke und die defizitäre Aufstellung der Gewerkschaften kompensieren lassen, wird letztlich auch von ihrer strategischen Ausrichtung in der Zwischenzeit abhängen. Die von Streichhahn vorgeschlagene Erneuerung der Partei Die Linke zu einer aktiven sozialistischen Mitgliederorganisation (vgl. Streichhahn 2021a), welche ebenso für die Revitalisierung der Gewerkschaften in Sachsen-Anhalt (als auch im Osten generell) gelten dürfte, bedarf einer konkreten Praxis und strategisch ausgerichteter Kooperationen mit progressiven zivilgesellschaftlichen Akteuren, um zukünftig linke Strukturen, seien es Gewerkschaften, Parteien soziale Bewegungen oder andere Akteure zu stärken und zugleich zu

versuchen, die rechte und konservative Hegemonie durch Diskursarbeit zurückzudrängen. Progressive zivilgesellschaftliche Akteure in den Mittelpunkt der gewerkschaftlichen und parlamentarischen Arbeit zu rücken und Kooperationen zu entwickeln, ist zudem mit der Chance verbunden, die Gewerkschafts- und Parteistrukturen zu erneuern. Andernfalls besteht die Gefahr, dass Die Linke und die Gewerkschaften auch in den kommenden Jahren noch weiter an gesellschaftlicher Bedeutung verlieren. Munizipalistische Ansätze – gerade in den ländlichen Regionen - könnten hier Parteien, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Akteure fruchtbar zusammenbringen, ohne das Letztere in Erstere kooptiert, sondern als eigenständige autonome Strukturen gestärkt werden. Damit stehen progressive Akteure jedoch vor einer Herkulesaufgabe: „Von ihrer Kraft und ihrem Durchhaltevermögen hängt es ab, ob und was den rechten Hegemonie-Konzepten und der gesellschaftlichen Leere in den Regionen des Landes entgegengesetzt werden kann“ (Hartwig 2021: 5), formulierte Hartwig kurz nach der Landtagswahl 2021 in der Zeitschrift Analyse & Kritik. Doch wie soll das die schwach-ausgeprägte kritisch-

progressive Zivilgesellschaft umsetzen?

Sie darf jedenfalls nicht überschätzt werden. In Sachsen-Anhalt existieren nach wie vor nur wenige Akteure, welche fragmentiert nebeneinanderher agieren. Trotz der positiven Entwicklungen wie zum Beispiel die Konstitution eines Unteilbar-Ablegers, welcher die Akteure vernetzt und einen losen Kooperationsverbund geschaffen hat, oder verschiedenen themenfeldspezifischen Bündnissen, zum Beispiel das Bündnis Gesundheit ohne Profite, bleibt abzuwarten, ob diese sich konsolidieren können. Jedoch gilt es, an diesen Entwicklungen strategisch anzuknüpfen und diese zu befördern. An der defragmentierenden Tendenz, wie sie beim Bündnis #Unteilbar Sachsen-Anhalt gegenwärtig wahrnehmbar wird, ist weiter zu arbeiten. Das Ziel bestünde darin, einen gesellschaftlichen Akteur zu schaffen, welcher verschiedene feldspezifische Expertisen zusammenbringt, Ressourcen bündelt und somit eine feldübergreifende progressive politische Praxis ermöglicht. Ein solch strategischer Ansatzpunkt ist in der Fachliteratur bekannt als das strategische Konzept einer Mosaiklinken.

3. Die Mosaiklinke – eine Einführung in das strategische Konzept

Der Begriff der Mosaiklinken geht auf Hans-Jürgen Urban zurück. Er hatte diesen „[...] in den linken Diskursraum eingespeist und damit einen bedeutenden Impuls für die kapitalismus- und gesellschaftskritische Strategiediskussion geliefert“ (Aulenbacher et al. 2021: 16), formulieren Aulenbacher und die anderen Autor:innen im Vorwort des 2021 erschienenen Sammelbands mit dem Titel *Mosaiklinke Zukunftspfade*. Nach dem Begriffsschöpfer selbst kann die Mosaiklinke als ein Versuch verstanden werden, einen gesellschaftlichen Akteur theoretisch zu begründen und gesellschaftspolitisch zu befördern, „[...] der seine Kernaufgabe in der Regulierung und Transformierung des globalisierten Finanzmarkt-Kapitalismus sieht“ (Urban 2007). Hier wird die doppelte politische Intention des Konzepts deutlich: Es geht darum, aus den materiellen Dynamiken der gesellschaftlichen Verhältnisse des Gegenwartskapitalismus ein Strategieprojekt zu entwickeln, welches auf progressive Veränderungen innerhalb dieser Verhältnisse und über diese hinaus abzielt (vgl. ebd.).

Ein aktuelles Strategieprojekt braucht deshalb ein materielles Verständnis der aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse.

Der Begriff des gesellschaftlichen Akteurs, den Urban verwendet, befördert ungewollt den Gedanken *einer* übergeordneten Institution, einer Partei, einer Dach-Organisation, welche diese Funktion übernehmen soll. Die Vorstellung der Rekonstitution einer Massenorganisation greift jedoch zu kurz und entspricht nicht seinem Strategieansatz, den er mit dem Konzept der Mosaiklinken

vorschlägt. Gerade die objektive Fragmentierung und Differenzierung der Gesellschaft – ihre Heterogenität und Komplexität – markieren für solche Massenorganisationen, welche versuchen, viele Akteure nivellierend in sich einzugliedern, eine objektive Grenze. Porcaro, ein Vordenker der *Rifondazione Comunista* in Italien, erklärte, dass gerade der Erfolg der Massenparteien am Ende des 20. Jahrhunderts, die verschiedensten Assoziationen und einzelne der Subalternen¹⁰ in sich zu integrieren und zu organisieren, dazu führte, dass dieser Partei-Typus in die Krise geriet. Denn die daraus resultierende Heterogenität dieser Institutionen brachte zunehmend Herausforderungen mit sich. Einzelne Parteiaktive wurden in die Regierungen eingebunden und damit in die Herrschaftsapparate kooptiert, welche sie einst verändern oder überwinden wollten (vgl. Porcaro 2016: 8f.). Diese historische Erfahrung ist bis in die Gegenwart relevant. Dabei geht es nicht darum, Parteien und Parlamentarismus als obsolet für transformative Strategien zu betrachten und abzulehnen, sondern vielmehr darum, Organisationskulturen und strategische Parteipraktiken zu entwickeln (für Sachsen-Anhalt wie in Kapitel 2.7.2 vorgeschlagen), welche der materiellen Entwicklung der Verhältnisse entsprechen. Dazu jedoch später mehr.

¹⁰ Der Begriff Subalterne geht auf Gramsci zurück und ist ein Sammelbegriff verschiedener herrschaftsunterworfenen Gruppen. Subalterne befinden sich in einem fragmentierten Normalzustand, welcher nur überwunden werden kann, wenn sich die Akteure durch politische Organisation zusammenschließen. Laut Gramsci ist diese Organisation zentral, um Spaltungslinien zu überwinden (vgl. Becker et al. 2013: 210ff.).

Wenn Urban von einem gesellschaftlichen Akteur spricht, geht es ihm konzeptionell vielmehr um einen heterogenen Kollektivakteur, der Initiativen, Bündnisse, Parteien, Gewerkschaften und andere Organisationsformen assoziativ zusammenbringt und eine kollektive Praxis entwickelt. Die Notwendigkeit eines solchen Kollektivakteurs entspringt – ganz im Sinne eines aktualisierten Materialismus - der Analyse, dass moderne kapitalistische Gesellschaften einer Ausdifferenzierung in verschiedene soziale Felder unterliegen. Diese Ausdifferenzierung wurde letztlich durch Klassenkämpfe evoziert (vgl. Beck 1986: 122ff.) und perpetuierte sich durch die passive Revolution, welche in den 1970ern die Transformation vom fordistischen zum neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus einleitete (vgl. Candeias 2010). Der Begriff der passiven Revolution geht auf Gramsci zurück, der darunter eine Restauration brüchig gewordener Herrschaft verstand, „[...] in der das Alte stirbt, aber das Neue noch nicht zur Welt kommen kann“ (Gramsci 2012a (Heft 3; §34): 354). Die letzte passive Revolution hin zu einem neoliberal ausgeformten Finanzmarkt-Kapitalismus vermochte es unter neuen Vorzeichen, die Subalternen in die Herrschaftsapparate zu integrieren und gestand ihnen damit Möglichkeiten der Einflussnahme zu, ohne die herrschende Funktionsweise der Gesellschaft - die Kapitaldominanz - grundlegend zu verändern. Nach Candeias führte diese „[...] selektive Absorption führender Bewegungsköpfe und -impulse [...] zur Desintegration der oppositionellen Gruppen, die Marginalisierung der übrigen Bewegungsmomente führte zu deren Passivierung. Das Ergebnis war die Fragmentierung der politischen und kulturellen Linken, ein unverbundenes Nebeneinander von Aktivitäten“ (Candeias 2010: 10). Der Wunsch nach einer homogenen linken (Dach-)Organisation, welche alle sozialen Differenzen nivelliert, fällt hinter eine aktuelle

materialistische Analyse zurück und bleibt deshalb in der Praxis aufgrund der objektiven gesellschaftlichen Fragmentierung, welche aus den etablierten materiellen Verhältnissen entspringt, herausfordernd. Deshalb muss dieser strategische Ansatz im Hier-und-jetzt ernsthaft in Frage gestellt werden (vgl. Kalmring 2016: 17f.).

Aus dieser Analyse entspringt Urbans Konzept der Mosaiklinken. Die fragmentierten Felder und deren Akteure, müssen dennoch verbunden werden, um genug Handlungsmacht für transformative Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse generieren zu können. Hierfür schlägt Urban die Entwicklung eines Kollektivakteurs vor, „[...] indem sich unterschiedliche Akteure, Organisationen und Individuen zusammenschließen und die Spezifika ihrer Handlungspotenziale zu einem politischen Projekt zusammenfügen[,] [...] ohne die eigene Identitäten preiszugeben“ (Urban 2010: 21). Er spricht in diesem Zusammenhang auch von einem Interaktionsmodus „autonomer Kooperation“ (Urban 2019b: 26). Es geht dabei gerade nicht darum, alle Akteure auf etwas Gemeinsames zu reduzieren und einer Institution oder Organisation unterzuordnen, sondern ein gemeinsames Projekt auf Augenhöhe prozesshaft auszuhandeln.

Die aus der Ausdifferenzierung und Fragmentierung der Gesellschaft resultierenden sozialen Felder (Bourdieu), die mit einer relativen Autonomie in die Gesamtgesellschaft eingebettet sind, erhielten durch diesen Prozess eigene Machtstrukturen, welche als eigene Kampffelder betrachtet werden können. Diese feldspezifisch eingebetteten Machtstrukturen sind damit auch in bestimmten Maßen feldintern veränderbar. So unterschiedlich sich diese Felder auch gestalten, sie sind alle von den gesellschaftlichen Verhältnissen – einer abgeschwächten oder stärkeren Kapitaldominanz - durchzogen (vgl. Urban 2007). Schon Marx beschrieb

diese geschichtliche Tendenz der sich ausdehnenden Inwertsetzung aller gesellschaftlichen Sphären eindrücklich im Kapitel *Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation* im ersten Band seines Hauptwerks *Das Kapital* (vgl. Marx 2017: 659ff.). Daran knüpfte Luxemburg an und betrachtete im Gegensatz zu Marx die ursprüngliche Akkumulation nicht als abgeschlossenes singuläres Ereignis, sondern als fortlaufend notwendige Bewegung des Kapitals (vgl. Brie/Schütrumpf 2021: 154ff.). Verschiedene Autor:innen, wie zum Beispiel Dörre, knüpfen auch in der Gegenwart an Luxemburgs Gedanken an und analysieren solche sogenannten Landnahmen (vgl. siehe 2.3 & 2.5).

Die Strategie einer Mosaiklinken greift diese inwertsetzende Tendenz auf und versucht Ansatzpunkte zu entwickeln, die Kapitaldominanz in den jeweiligen Feldern, aber auch gesamtgesellschaftlich, zu durchbrechen und zu transformieren. Das Konzept sei deshalb laut Aulenbacher marxistisch angeregt. Die gesellschaftliche Ausdifferenzierung und Fragmentierung hat zur Folge, dass sich auch in den jeweiligen Feldern, bewusst oder unbewusst, spezifische Akteure herausbilden, welche sich gegen die Folgen der kapitalistischen Inwertsetzung zur Wehr setzen. Diese Akteurslandschaft generiert nicht nur eine eindeutige Kapitalismuskritik, sondern umfasst nach Aulenbacher auch eine Kritik an anderen Herrschaftsverhältnissen, wie zum Beispiel Patriarchat und Rassismus (vgl. Aulenbacher 2021: 21f.). Es sind daher nicht alle Akteure mit einer klaren Kapitalismuskritik ausgestattet. Analysen und ideologische Perspektiven bleiben teilweise widersprüchlich, auch wenn die politischen Interventionen einer fortschrittlichen Zielrichtung folgen. Aus einer klassenkämpferischen Perspektive sind die Feld-Kämpfe der verschiedenen Akteure als Klassenkämpfe abstrakt zu verstehen, das heißt jedoch nicht, dass alle Akteure sich,

trotz unbewusst kapitalismuskritischer Intentionen, über einen linken Klassenbegriff mobilisieren und in bewusste Klassenkämpfe überführen ließen (vgl. Dörre 2019b: 46f.). „Die um Geschlecht, Ethnie und Nation sowie gesellschaftliche Naturverhältnisse zentrierten Konfliktlinien verfügen über je eigene Dynamiken und Repräsentationen. Sie lassen sich nicht aufeinander reduzieren [...]“ (ebd.: 49). Dörre macht gleichzeitig auf geteilte Schnittmengen aufmerksam, welche über Deutungsangebote in klassenbewusstes kollektives Handeln überführt werden könnten. Akteure einer transformierenden Klassenpolitik bräuchten daher eine eigene Stimme und sollten nach Verbindendem Suchen, ohne alles auf den Klassenantagonismus zu reduzieren (vgl. ebd.: 50). Verbindende Klassenpolitik zielt demnach auf das Gemeinsame, „[...] das die ausgebeuteten und der Disziplinierung ausgesetzten Lohnabhängigen trotz kultureller Vielfalt und sozialer Fragmentierung noch immer verbindet“ (Dörre 2020: 42). Damit eine Mosaiklinke nicht in humanistischer Beliebigkeit und einer idealistischen Gesellschaftsanalyse versinkt, schlagen Candeias und Völpel vor, dass Teile der Mosaiklinken, welche dem Anspruch folgen, die kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnisse zu überwinden – Transformationslinke genannt – die anderen Teile des Mosaiks konsequent auf Pfade des Bruchs und der Veränderungen treiben. Dadurch könnte ein ausschließlich reformorientierter und in den Herrschaftsapparat zu integrierender Mosaikakteur verhindert werden (vgl. Candeias/Völpel 2009: 211ff.).

Die feldspezifischen Akteure verbinden sich jedoch, trotz sich überschneidender Anliegen und Interessen, nicht automatisch. Und auch wenn feldspezifische Erfolge zu verzeichnen sind, womit in der Regel eine Veränderung der feldinternen Machtstrukturen einhergeht, so muss dies nicht zwangsläufig mit einer

progressiven transformativen Entwicklung verbunden sein. Schon 2010 wies Urban, in Anlehnung an Boltanskis und Chiapellos Buch *Der Neue Geist des Kapitalismus*, darauf hin, dass gerade die Kritik am Kapitalismus diesem Hinweise auf seine Defizite und somit Möglichkeiten für Korrekturmaßnahmen gebe (vgl. Urban 2010: 18f.). Deshalb ist ein ausschließliches Nebeneinander verschiedener Feldakteure nicht ausreichend, um eine gesamtgesellschaftliche Transformation des Kapitalismus zu verwirklichen. Stattdessen bedarf es einer aus unterschiedlichen Feld-Akteuren zusammengesetzten Transformationsassoziation – einer Mosaiklinken. Das heißt jedoch nicht, dass feldspezifische Kämpfe zu vernachlässigen wären. Diese seien laut Urban von enormer Relevanz, um überhaupt eine feldübergreifende Handlungsmacht entwickeln zu können. Er formulierte darauf bezogen: „Die Mosaiklinke kann als eine Assoziation von Feldakteuren begriffen werden, die auf die progressive Veränderung in ihren Feldern hinzuwirken haben, um feldübergreifende Handlungsmacht gegenüber den finanzmarktkapitalistischen Zwängen zu ermöglichen“ (Urban 2007). Jedoch, so muss kritisch ergänzt werden, sind solche Erfolge umso wahrscheinlicher, je mehr feldübergreifende Akteure sich zusammentun und sich an feldspezifischen Kämpfen beteiligen. Gleichzeitig benötigt es den politischen Druck und gleichzeitige Erfolge in verschiedenen Feldern, um eine progressive gesellschaftliche Transformation zu befördern und dem Kapitalismus die restaurativen Korrekturmaßnahmen und Anpassungsleistungen zu erschweren. Es bleibt damit letztlich ein dialektisches Verhältnis zwischen erkämpften feldspezifischen und -übergreifenden Veränderungen, damit eine mosaiklinke Strategie in einem transformativen Sinne erfolgreich sein kann (vgl. Urban 2010: 22). Dies bleibt jedoch eine

Herausforderung für die gesellschaftspolitische Praxis, denn die jeweiligen feldspezifischen Akteure „[...] verfolgen ihre Agenden und Ziele eher neben- als miteinander und schon gar nicht in konzentrierten Strategien, womit sie weit davon entfernt sind, als 'gegenhegemonialer Block' (nach Gramsci) die wirtschaftlichen und politischen Weichenstellungen maßgeblich zu beeinflussen“ (Aulenbacher 2021: 21). Die Frage ist demnach, wie eine mosaiklinke „Transformationsallianz“ (ebd.) entstehen kann, um die Zersplitterung der Linken zu überwinden und ein hegemoniefähiges emanzipatorisches Projekt zu entwickeln.

Mosaiksteine zu verbinden bedeutet, eine kollektive Handlungsfähigkeit zu entwickeln. Defragmentierende Potenziale zu erkennen, zu analysieren und in der gesellschaftspolitischen Praxis zu berücksichtigen, kann hilfreiches Wissen sein, um eine kritische Transformationsallianz verschiedenster Feldakteure zu konstituieren.

Eine mosaiklinke Strategie muss deshalb im Kern auf die Entwicklung einer kollektiven Handlungsfähigkeit verschiedener Feld-Akteure abzielen. Damit könnte in Anlehnung an Zelik die Fähigkeit von Subalternen verstanden werden „[...] sich mit anderen zusammensetzen, um eigene Forderungen zu formulieren und sich Gehör zu verschaffen“ (Zelik 2020: 231), und sich durch diesen kollektiven Prozess mit anderen zu ermächtigen. Kollektive Handlungsfähigkeit wird damit zu einer Akteurs-Kompetenz, welche darauf abzielt, kollektive Handlungsmacht zu entwickeln. Letztere kann verstanden werden als die Fähigkeit, Kapazität oder – wie Weber es formulierte - als „[...] jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht“ (Weber 1972: 28). Dieser webersche

Wille wäre im Sinne einer Mosaiklinken ein kollektiver, ein gemeinsam ausgehandelter Wille, auf welchen sich die verschiedenen Feld-Akteure im Vorfeld einigen müssen. Erst dann wäre eine Kollektivierung von Handlungsmacht, verstanden als Aufbau von gesellschaftlichen Institutionen, möglich, um pragmatische Lösungsstrategien für die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen zu erarbeiten und die darin eingebetteten Kräfteverhältnisse zu verschieben (vgl. Panser 2019: 30).

Die Aufhebung der Akteurs-Fragmentierung und Herausbildung einer kollektiven Handlungsfähigkeit wäre deshalb nach Kalmring nur möglich, wenn diese in einem gleichberechtigten Zusammenspiel neue Wege erstreiten und diese gemeinsam beschreiten (vgl. Kalmring 2016: 17). Solche Prozesse sind jedoch an Bedingungen geknüpft. Es braucht nicht nur eine aufgrund der materiellen gesellschaftlichen Dynamiken objektive Notwendigkeit einer kollektiven Handlungsfähigkeit, sondern auch subjektive Notwendigkeiten, wie Motive und Einsichten im Alltagsverstand der aktiven Feldakteure. Solche Vor-Bedingungen könnten als defragmentierende Potenziale bezeichnet werden, verstanden als objektive und subjektive Ansatzpunkte, eine kollektive feldübergreifende Handlungsfähigkeit zu entwickeln. Diese Potenziale sind dabei nicht ahistorisch, sondern müssen – in Anlehnung an Gramscis Verständnis des Alltagsverstands - immer jeweils in den konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen erforscht und erahnt werden (vgl. Gramsci 2012c (Heft 11; §12): 1375ff.). Es ist eine Suchbewegung nach verbindenden gesellschaftlichen Momenten, welcher Form auch immer. Defragmentierende Potenziale umfassen daher historisch-objektive Bedingungen und die damit verbundenen subjektiven Praxen, Diskurse und Einstellungen. Im Folgenden sollen ein paar solcher defragmentierenden Tendenzen

aus einer theoretischen Perspektive vorgestellt und diskutiert werden.

1. Bildungs-Räume

Ein defragmentierendes Potenzial sind Räume, die versuchsweise als Bildungs-Räume bezeichnet werden können. Darunter lassen sich soziale Zusammenhänge wie zum Beispiel selbstverwaltete Häuser und Projektflächen, aber auch soziale Räume wie Demonstrationen, Platzbesetzungen und vieles mehr verstehen, welche Möglichkeitsräume eröffnen, einander kennenzulernen, sich *weiter-bilden* und zugleich feldübergreifende Kooperationen *heraus-bilden* zu können. Dieser Doppelcharakter bietet ein nicht zu unterschätzendes Potenzial für mosaiklinke Formationen. Solche Räume sind damit als Potenziale einer qualitativen und quantitativen Entwicklung von progressiven Akteursstrukturen zu betrachten, als „Mosaik-Orte“ (Höhner 2016: 279) wie sie Höhner bezeichnet. Er sieht gerade in politischer Bildung eine Schlüsselressource, um Erfahrungen zu reflektieren und in Verbindung mit theoretischem Wissen neue Praxen daraus zu entwickeln (vgl. ebd.: 278f.). Wenn politische Bildung ein zentraler Aspekt zur Entstehung eines linken Mosaiks ist und Bildungs-Räume dafür eine Voraussetzung darstellen, ist damit die Frage verbunden, worin solche Räume bestehen und welchen (geografischen) Umfang diese haben können. Es braucht Bildungs-Räume, verstanden als soziale Zusammenhänge, in denen sich die Akteure feldübergreifend begegnen können, um überhaupt voneinander zu wissen und in einen Austausch treten zu können. Dies ist eine Grundvoraussetzung, um überhaupt gemeinsame Projekte zu beginnen. Die Frage nach solchen Räumen ist in zweifacher Weise im Kontext einer Mosaiklinken interessant. Einerseits braucht es konkrete Räume, wie Projekthäuser, Bildungsstätten, Vernet-

zungen, Bündnisse, gemeinsame Proteste und Weiteres. Wie fruchtbar solche Bildungsräume, verstanden als defragmentiertes Potenzial, für die Konstitution einer Mosaiklinken sein können, zeigten Linde und Rilling am Beispiel des italienischen Kultur- und Bildungszentrums *Villa Palagione*. Dieses Kultur- und Bildungszentrum fungiert seit 1986 als ein solcher Ort, in dem verschiedene Feld-Akteure zusammenkommen, sich austauschen und Weiter-Bildungs- und Heraus-Bildungsprozesse stattfinden (vgl. Linde/Rilling 2021: 36ff.). Auch in Deutschland gab es Versuche, vorhandene selbstverwaltete Strukturen als mosaiklinke Bildungsräume zu nutzen. So wurde 2014 ein über mehrere Module organisierter Pilotkurs durchgeführt, an dem verschiedene Feldakteure teilnahmen und welcher von politischen Bildner:innen aus Parteien, Gewerkschaften, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, attac und vielen weiteren konzipiert wurde (vgl. Höhner 2016: 281). Andererseits können solche Orte auch temporär in öffentlichen Räumen der politischen Artikulation geschaffen werden, zum Beispiel durch Stadtteilversammlungen oder andere Formate, welche Feld-Akteure zusammenbringen und einen Austausch fördern (vgl. Blank 2016: 262f.).

2. Felderverbindende Themen

Hawel und Kalmring verweisen darauf, dass sich kollektive Handlungsfähigkeit janusköpfig gestaltet: Eine Seite umfasst eine quantitative, die andere eine qualitative Ebene. Es ginge nach den Autoren darum, über eine geteilte qualitative Programmatik viele Akteure zu verbinden, um dadurch quantitatives Mehr-werden zu generieren (vgl. Hawel/Kalmring 2016: 7f.). Die qualitative Programmatik muss dabei gar nicht allumfassend und im Vorfeld final ausgestaltet sein. Stattdessen bedarf es hegemoniefähiger Reform- oder Einstiegsprojekte, welche eine Utopie im Heute für das Morgen aufscheinen

lassen (vgl. Schwerdtner 2021: 62). Damit wäre auch denkbar, dass einzelne Themen eine felderverbindende Wirkung entfalten, welche verschiedene (Feld-)Akteure und ihre Anliegen verbindet. Hawel beschreibt ein solches Thema als ein umfassendes, welches nicht beliebig gewählt – also ausgesucht – sondern analytisch und praktisch entdeckt wird. Er formuliert: Das Thema „[...] generiert sich nur als eines, das über jede individuelle und vereinzelt Betroffenheit oder Befangenheit hinausgehend verallgemeinerbar ist“ (Hawel 2016: 51). Ein verbindendes Thema kann als ein Knotenpunkt der gesellschaftlichen Entwicklung verstanden werden, der ein Bewusstsein unter Akteuren zur notwendigen Bearbeitung fördert (vgl. ebd.).

In Berlin manifestiert sich beispielsweise am Thema Wohnen gegenwärtig eine Mosaiklinke. Die dabei entwickelte feldspezifische Handlungsmacht stellt eine Ressource dar, welche zu einem späteren Zeitpunkt auch auf andere Felder übergreifen könnte. Die verschiedenen Mosaiksteine – Nachbarschaftsinitiativen, Die Linke, Gewerkschaften, soziale Bewegungen und Weitere - welche sich am Thema Vergesellschaftung von Wohnraum verbinden ließen, versuchen auf Grundlage des Art. 14 und 15 des Grundgesetzes, Wohnraum von profitorientierten Immobiliengesellschaften zu enteignen und ihre Bestände in Gemeineigentum zu vergesellschaften. Dazu sollen die Bestände in eine neu geschaffene Anstalt des öffentlichen Rechts überführt und verwaltet werden, welche eine demokratische Beteiligung von Mieter:innen, Senat, Stadtgesellschaft und Beschäftigten ermöglicht (vgl. Deutsche Wohnen und Co enteignen! o.J.). Auch der solidarische Schulterschluss von Akteuren verschiedener Felder lässt sich an der Berliner Kampagne empirisch nachvollziehen. So solidarisieren sich die Mieter:innenbewegung, die Krankenhausbewegung und die Klimabewegung miteinander

und schaffen damit einen Rahmen für eine feldübergreifende Praxis (vgl. Nowak 2021b). Es wird mittlerweile versucht, die Erfahrung, das Grundgesetz für progressive Veränderungen von Eigentumsstrukturen zu nutzen und Kapitalmacht zumindest in diesem konkreten Feld abzuschwächen oder zu brechen, auch auf andere Felder strategisch zu übertragen. Einen interessanten Präzedenzfall könnte das Rechtsgutachten von Prof. Dr. Wieland darstellen, welches er für das Universitätsklinikum Marburg-Gießen im Auftrag von ver.di, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Die Linke erstellt hat. Darin zeigt er auf, dass das Land Hessen die vom Gesundheitsunternehmen Asklepios vor 15 Jahren gekaufte Klinik wieder enteignen und damit wieder in die öffentliche Hand zurückholen könnte. Wieland beruft sich dafür genau wie die Kampagne Deutsche Wohnen und Co enteignen! auf die Art. 14 und 15 des Grundgesetzes (vgl. Wieland 2021). Ob dieser Vorschlag realisiert wird, hängt nicht nur vom hessischen Landtag, sondern letztlich auch von der Entfaltung gesellschaftlichen Drucks ab. Gleichzeitig können solche transformatorischen Einstiegsprojekte, seien es nun verbindende Themen oder vielseitige Programmatiken, nicht in irgendwelchen Hinterzimmern entworfen werden, sondern müssen sich in einem gemeinsamen und partizipativen Prozess mit den beteiligten Feldakteuren entwickeln. Dieser Prozess wird als kontinuierlicher Begleiter erscheinen, welcher sich zwischen den Polen Konsens und Differenz bewegt. Die Herausforderung bestünde darin, sich in der Praxis dialektisch zwischen den Polen zu bewegen, ohne Konsens auf Kosten von weitreichenden Forderungen herzustellen oder durch Differenz den Kollektivakteur zu spalten. Deshalb stellt für Urban die sogenannte reflexive Bündnis-Toleranz eine Schlüsselressource dar. Diese schließt an die Überlegung an, dass in den wenigsten Fällen Kooperationen

verschiedener Feldakteure sofort harmonisch als Kooperationsverbund funktionieren. Die unterschiedlichen Logiken, Praxen und Interessen lassen sich nicht einfach verbinden. Stattdessen benötigt es eine „[...] diskursive Toleranz und wechselseitiges Verständnis für die Kulturen und Interessen der anderen“ (Urban 2020), die gleichzeitig das transformatorische Projekt nicht gefährden dürfen. Das Gemeinsame muss deshalb nicht gefunden, sondern nach Candeias kollektiv produziert werden. Dies betrachtet er als offenen Prozess des Austausches - einer Debatte, der die Grundlage eines solchen Anliegens darstellt. Candeias geht jedoch gleichzeitig über die reflexive Bündnis-Toleranz hinaus und verbindet diese mit einer weiteren Perspektive. Der Prozess dürfe nicht nur eine tolerante Reformulierung eigener Interessen umfassen, sondern auch das aktive Anerkennen der Interessen der anderen. Dies könne als *solidarische Re-Artikulation* bezeichnet werden: Dies meint nicht nur die partikularen Interessen von Akteuren zu tolerieren, sondern in die Formulierung der eigenen miteinzubeziehen (vgl. Candeias 2010: 11). Die solidarische Re-Artikulation ist notwendig, damit kollektive Handlungsfähigkeit überhaupt auf Dauer in einem dialektischen Prozess erstritten werden kann. Ansonsten droht die Herausforderung, dass mosaiklinke Projekte aufgrund ihrer Differenzen schnell auseinanderbrechen, bevor sie ihr volles Potenzial überhaupt entfalten können (vgl. Süß 2016: 87ff.). Die reflexive Bündnistoleranz und das solidarische Re-Artikulieren sind Akteurs-Kompetenzen, welche die einzelnen Gruppen und Zusammenschlüsse bestenfalls schon besitzen, jedoch auch im Prozess der mosaiklinken Formierung entwickeln können. Von Ersterem kann in der Praxis nicht ausgegangen werden. Zweiteres muss deshalb in allen Einstiegsprojekten forciert werden.

Es wurde bis jetzt beschrieben, dass Bildungs-Räume eine Möglichkeit darstellen könnten die losen Mosaiksteine zusammenzubringen. Solche Bildungs-Räume fungieren als objektive Faktoren eines Zusammenfindens und des feldübergreifenden Austauschs. In diesem Abschnitt wurde darüber hinaus darauf verwiesen, dass verbindende Themen, als inhaltliche Knotenpunkte, mosaiklinke Einstiegsprojekte bilden könnten, an denen Akteure feldübergreifend eine gemeinsame kollektive Praxis entwickeln. Als Nächstes gilt es, Antworten auf die Frage zu geben, welche subjektiven Faktoren dazu beitragen könnten, die einzelnen Mosaiksteine zu verbinden, und was die einzelnen Akteure motivieren sollte, um eine kollektive Handlungsfähigkeit im Sinne eines verbindenden transformativen Hegemonieprojekts zu entwickeln.

3. Vermittlungsintellektuelle und Scharnierinstanzen

Immer wieder wird zur Beantwortung dieser Frage auf Gramscis Gedanken zu organischen Intellektuellen verwiesen (vgl. Urban 2007, vgl. Candeias 2020, vgl. Hawel 2016: 40ff.). Dieser verstand darunter nicht einfach nur Menschen mit herausragenden geistigen Fähigkeiten, sondern das alle Menschen Intellektuelle in bestimmten gesellschaftlichen Feldern sind, unabhängig davon, ob es sich um eine rein geistige Tätigkeit oder um Handarbeit handele. Gramsci versteht unter organischen Intellektuellen Menschen, welche in politischen Kämpfen in bestimmten sozialen Feldern hervortreten und organisierend wirken (vgl. Gramsci 2012b (Heft 7; §1): 1497ff.). Organische Intellektuelle sind damit im Ringen um Hegemonie zentrale Akteure, die auf Diskurse, Umbrüche und Bündnisse gesellschaftlich einwirken. Eine solche Funktion von Akteuren ist einerseits gerade deshalb mit dem Konzept der Mosaiklinken vereinbar, weil die einzelnen sozialen Felder auch organische Intellektuelle hervorbringen,

die feldintern organisierend wirken können. Doch andererseits greift gerade das Konzept der Mosaiklinken eine feldübergreifende kollektive Handlungsfähigkeit auf. Urban schlug deshalb eine Erneuerung intellektueller Linker zu integrativen Intellektuellen vor. „Im mosaiklinken Formierungsprozess besteht die Schlüsselfunktion intellektueller Tätigkeit im Aufspüren und strategischen Bearbeiten jener transformatorischen Projekte, die auf die Korrektur und Transformation des Finanzmarkt-Kapitalismus zielen und die kollektive Handlungsfähigkeit zwischen den mosaiklinken Feldakteuren befördern. Dies erfordert ein Rollenverständnis als integrativer Intellektueller“ (Urban 2007). In eine ähnliche Richtung argumentieren Kalmring und Candeias. Ersterer schlägt einen verknüpfenden Aktivismus vor, welcher „[...] versucht Verbindungen innerhalb des linken Spektrums auszubilden, zu stärken und weitreichende Übersetzungsarbeiten zu liefern“ (Kalmring 2016: 33). Kalmring geht es dabei „[...] um einen Aktivismus, der die Zusammenarbeit und die Vernetzung von linken Teilakteuren zu einem eigenständigen Zweck erklärt und deshalb immer wieder neue Anlässe für Kooperationen sucht, die er mit schon bekannten, aber auch neuen Partner_innen eingeht, ohne jemals ihren Kreis fest abzuschließen“ (ebd.). Ein solcher Aktivismus versucht somit, auch Räume der Begegnung und Kommunikation aktiv zu generieren (vgl. ebd.: 33f.). Candeias argumentiert in eine ähnliche Richtung und verbindet eine wie von Kalmring vorgeschlagene Praxis mit einer Weiterentwicklung organischer Intellektueller, die er versuchsweise Vermittlungsintellektuelle nennt. Ein solcher Typus von organischen Intellektuellen sei hilfreich für die Formation zu einer Mosaiklinken: „Sie vermitteln die jeweiligen politischen Orientierungen, Funktionen und Kulturen innerhalb des Mosaiks, ohne die

jeweiligen Eigenheiten und Stärken, ohne Differenzen auszublenden, bis ein gemeinsames Bild entsteht“ (Candeias 2020). Es geht ihm dabei also um eine alltägliche Vermittlungsarbeit zwischen den einzelnen Feldakteuren, durch Teile der Aktivist:innen, welche gleichzeitig in mehreren Akteuren aktiv sind. Dies sei das Organische daran. Die organischen Vermittlungsintellektuellen versuchen damit, gesellschaftliche Macht durch das Bauen von Brücken zu generieren. Wright, der den Begriff der gesellschaftlichen Macht geprägt hat, versteht darunter, im Gegensatz zu wirtschaftlicher und staatlicher, eine Macht, „[...] die aus der Fähigkeit stammt, Menschen zu freiwilliger Zusammenarbeit und kollektivem Handeln zu mobilisieren“ (Wright 2019: 119). Diese Machtform ist die der sonst individuell relativ Machtlosen, jener, die nicht über wirtschaftliche oder staatliche Macht verfügen. Wrights Form der gesellschaftlichen Macht enthält damit gerade auch eine kollektive Dimension. Diese verdeutlicht der Machtbegriff Hannah Arendts ebenfalls. Für sie ist Macht nichts, was eine einzelne Person haben kann, sondern etwas Relationales, dass sich in der kollektiven Interaktion, in der gemeinsamen Praxis verwirklicht. Macht ist demnach als kollektiver Prozess zu verstehen (vgl. Arendt 1970: 45). Um gesellschaftliche Macht zu nutzen, bedarf es eines Aufbauprozesses. An dieser Stelle ist der Aufgabenbereich von organischen Vermittlungsintellektuellen zu verorten. Zugleich macht Candeias in Anlehnung an Gramsci deutlich, dass in pluralen, komplexen gesellschaftlichen Verhältnissen diese Funktion von Vermittlungsintellektuellen keine einzelnen Personen, sondern vermittelnde Akteure übernehmen könnten. „Solche Institutionen können als organisatorische, politische und verbindende Infrastruktur dienen“ (ebd.), formuliert Candeias und nennt

dafür beispielhaft Solidarity4all¹¹ in Griechenland, das Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg Stiftung, das Institut Solidarische Moderne oder die Kontaktstelle soziale Bewegungen der Fraktion Die Linke im Bundestag. Dennoch darf dieser neue Typus es nicht dabei belassen, diese Funktion einzelnen Akteuren zu überlassen, sondern sollte nach einer Verallgemeinerung dieser Funktion streben. Ziel wäre es somit, dass die Gesamt-Linke solche Strukturen hervorbringt. Das wiederum hat eine grundsätzliche Revolution der Organisationskultur als Voraussetzung (vgl. ebd.). Hier könnten Strukturorganizing-Elemente nützlich sein, um Verantwortung nicht bei einzelnen Personen zu monopolisieren, sondern dauerhaft neue organische Vermittlungsintellektuelle zu schaffen. Um einem solchen Anspruch gerecht zu werden, benötigt es politische Bildung. Höhner sieht dies als einen zentralen Aspekt bei der Herausbildung eines linken Mosaiks. Gerade in kollegialen Lerngruppen sieht er das Potenzial, die eigene Praxis zu reflektieren, zu verändern und mit Widersprüchen produktiv umzugehen (vgl. Höhner 2016: 275). Politische Bildung ist dabei jedoch nicht auf einzelne Seminare oder Workshops zu reduzieren, sondern Bildungsprozesse können hier im erweiterten Sinn als politische Praxis verstanden werden.

4. Bestehende Kooperationen als Einstiegsprojekte für mosaiklinke Formationen

Einerseits ist nicht jede Kooperation verschiedener Feld-Akteure, zum Beispiel in Form von Bündnissen, sofort als eine Mosaiklinke zu verstehen (vgl. Candeias/Völpel 2014: 205). Andererseits wirken entstehende und bestehende Kooperationen defragmentierend und

¹¹ Solidarity4all ist ein Koordinationszusammenschluss in Athen, um die im Rahmen der Eurokrise entstandenen selbstverwalteten Solidaritätsinitiativen in Griechenland zu vernetzen und einer größeren Öffentlichkeit bekannt zu machen (vgl. Candeias/Völpel 2014: 181f.).

können als Ansatzpunkte für eine Erweiterung von Kooperationen beitragen, welche sich bestenfalls feldübergreifend gestalten und somit in einer mosaiklinken Formation aufgehen könnten. Feld- oder anlassspezifische Kooperationen sind somit als erste Knotenpunkte zu interpretieren, welche Akteure verbinden und durch welche diese Erfahrungen einer gemeinsamen Praxis sammeln. Kleinere oder anlassbezogene Kooperationen können als intermediäre Formen zwischen der Herausbildung als feldspezifischer Akteur und eines feldübergreifenden Kooperationsverbands als Mosaiklinke gedacht werden. Bestehende Kooperationen, zum Beispiel in Form von anlassbezogenen Bündnissen oder Netzwerken, würden dann intermediäre Formen annehmen, wenn aus ihnen heraus eine sukzessive Ausdehnung oder eine Verknüpfung mit anderen Akteuren entstünde, um einen größeren, heterogenen Kooperationsverbund zu entwickeln. Metaphorisch formuliert: Wenn aus einem kleinen Knoten ein größerer wird, in dem dieser mehr Schnur in sich einbindet oder sich mehrere Knoten verbinden.

Eine solche Praxis ist auch empirisch nachvollziehbar: Beispielsweise wäre die Bewegung Occupy Wall Street¹² nicht denkbar gewesen ohne die Verknüpfung mit den schon bestehenden Akteursstrukturen und vor allem organische Kooperationen in diesem Feld (vgl. ebd.: 65). Unter organischen Kooperationen verstehen Candeias und Völpel nicht taktische oder strategische Kooperationen,¹³ sondern

¹² Occupy Wall Street war eine 2011 in Nordamerika entstandene soziale Bewegung, welche in Anlehnung an die Platzbesetzungen in Spanien und Griechenland sowie den Protesten in den arabischen Staaten entstand. Die Forderungen der Bewegung umfassten eine stärkere Kontrolle des Finanz- und Bankensektors, Verringerung der sozialen Ungleichheit und eine Reduktion des Einflusses der Wirtschaft auf die Politik.

¹³ Als strategische Kooperationen sind diejenigen

beschrieben diese im Kontext der Occupy-Wall-Street-Bewegung wie folgt: „Vielmehr engagierten sich einzelne Teile als Teil der anderen, in einem offenen Konstitutions- oder Formierungsprozess einer breiten Bewegung, in dem die politische Handlungsfähigkeit aller Beteiligten gestärkt wurde. Spezifische Interessen wurden neu verbunden und Solidarität entwickelt. Oder mit Gramsci gesprochen: Partikulare Interessen wurden auf verallgemeinerbare Weise formuliert und zusammengebracht, ethisch-politisch, Differenzen und Autonomie der Gruppen/Organisationen respektierend“ (ebd.: 69). Dieses neue Verbinden von partikularen Interessen ist wiederum möglich durch die Fähigkeit der solidarischen Re-Artikulation, also die Interessen der Anderen in die Formulierung der eigenen aufzunehmen. Bei gesellschaftlichen Großmobilisierungen wie der Occupy-Bewegung nahmen bestehende organische Kooperationen eine tragende Rolle ein und bildeten mit den Platzbesetzungen den gemeinsamen Bezugspunkt, wodurch sich das Feld über die bisher engagierten Akteure hinaus erweiterte (vgl. ebd.: 69/114). Hier wird das defragmentierende Potenzial aus dem Zusammenspiel von bestehenden organischen Kooperationen und Bildungs-Räumen, durch die verschiedene Akteure in einen Austausch treten und sich verbinden können, deutlich.

Bildungs-Räume, verbindende Themen, Vermittlungsintellektuelle und bestehende Kooperationen wurden bis hierhin als defragmentierende Potenziale herausgearbeitet. Damit bleibt jedoch die Frage nur teilweise geklärt, welche schon Rehmann in der Zeitschrift *Das Argument* 2019 zum Thema Mosaiklinke formulierte: „Unerklärt bleibt, was

gemeint, die darauf abzielen, in Kooperationen mit anderen ein übergeordnetes Ziel zu erreichen. Taktische Kooperationen können als solche verstanden werden, die mit dem Ziel eingegangen werden, durch Kooperationen eine Strategie umzusetzen. Bei Zweitem müssen also nicht alle die gleiche Strategie verfolgen. Eine Kooperation stellt dabei eher ein Instrument für die Ziele einzelner Akteure dar.

sie motivieren soll, ihre parzellierten Alltagspraxen und Lebensweisen zu überschreiten und die Perspektiven der anderen in sich aufzunehmen [...]“ (Rehmann 2019: 87). Anders formuliert: Was sollte die einzelnen Akteure motivieren, sich als heterogener Kooperationsverband zu formieren? Hier setzen die folgenden Überlegungen an.

5. Motive für – bestenfalls feldübergreifende - Kooperationen mit anderen Akteuren

Von allem linken Idealismus abgesehen könnte ein naheliegendes Motiv für einen progressiven Feld-Akteur, mit anderen zu kooperieren, folgendes sein: Die Aussicht durch Kooperationen den eigenen politischen Zielen näher zu kommen. Im vorherigen Punkt wurde dieses Motiv schon angedeutet: Organische Kooperationen entstehen, laut Candeias und Völpel, weil sich Akteure als Teil der anderen betrachten und dadurch ihre politische Handlungsfähigkeit gestärkt wurde. Dies bildete den Ausgangspunkt, spezifische Interessen neu zu verbinden und Solidarität zu entwickeln. Der Unterschied zu rein taktischen und strategischen Kooperationen besteht darin, dass bei letzteren partikulare Interessen nicht verbunden werden müssen, sondern nebeneinander ohne eine gegenseitige Anerkennung und eine solidarische Re-Artikulation stehen können (vgl. Candeias/Völpel 2014: 69). Solche taktischen und strategischen Kooperationen laufen zwar Gefahr, eine rein instrumentelle Beziehung zu den anderen progressiven Akteuren herzustellen. Dennoch ist mit ihnen eine Chance verbunden: Und zwar, dass in dem Prozess des Kooperierens die partikularen Interessen organisch zusammenwachsen und somit eine solidarische Re-Artikulation im Verlauf entsteht.

Dies wiederum kann letztlich auch damit zusammenhängen, wie erfolgreich die Praxis

eines Kollektivakteurs ist. Erfolgreich zu sein, also den partikularen und gemeinsamen Zielen näher zu kommen und diese zu erreichen, ist ein wichtiger Ansatzpunkt für progressive Akteure und für eine durchsetzungsfähige Linke im Allgemeinen. „Verlieren ist – selbst wenn wir für das Kämpfen, was uns zusteht, und selbst wenn wir in Ruhm getränkte Niederlagen einstecken müssen – langfristig keine Option“ (Maruschke 2019: 6), formulierte Maruschke 2019 in einem Heft zu linkem Organizing der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Dies gilt genauso für eine Transformationsassoziation im Sinne einer Mosaiklinken. Doch was sind Erfolge bei so unterschiedlichen Akteuren?

Die Praxis eines linkes Mosaiks müsste in zwei Richtungen erfolgreich sein. Einerseits müsste für den einzelnen feldspezifischen Akteur die Kooperation mit Akteuren aus anderen Feldern mit einer Verbesserung der eigenen Handlungsfähigkeit verbunden sein. Anders formuliert: Die Kooperation muss eine Aussicht, auf eine erhöhte Chance, die feldinternen Machtverhältnisse zu verschieben, am Horizont aufscheinen lassen. Andererseits dürfen mosaiklinke Projekte nicht nur ein Selbstzweck der beteiligten Feldakteure darstellen, sondern die Beteiligten müssten zugleich als kritischer Kollektivakteur erfolgreich sein und somit durch die gemeinsame Praxis erfahrbare positive Ergebnisse erzielen. Letzteres könnte in Anlehnung an Rokitte als revolutionäre Selbstermächtigung bezeichnet werden (vgl. Rokitte 2019: 34). Darunter kann Folgendes verstanden werden: Der Prozess des Erfahrens der eigenen Wirkmächtigkeit, die gesellschaftlichen Verhältnisse durch die Entwicklung einer kollektiven Handlungsfähigkeit verändern und mitgestalten zu können. Dies könnte als eine Form von mosaiklinkem Empowerment gefasst werden, als Prozesse, in denen sich Menschen selbst ermächtigen und ihre individuellen und kollek-

tiven Ressourcen nutzen, um gesellschaftliche Herausforderungen zu bewältigen (vgl. Wendt 2017: 39f.). Sowohl Maruschke als auch Rokitte beziehen sich zwar strategisch auf das Konzept Organizing, jedoch bleibt die Intention eine Ähnliche: Es geht darum, Menschen und Akteure für linke Projekte zu gewinnen und die Kompetenz einer kollektiven Handlungsfähigkeit herzustellen.

Es wäre daher denkbar, dass Kooperationen, welche mit einer taktischen und strategischen Intention beginnen, durch eine empowernde Praxis organisch zusammenwachsen. Dies würde dem Nahe kommen, was McAlevey im gewerkschaftlichen Kontext als einen transformativen Bewusstseinswandel bezeichnet (vgl. McAlevey 2019: 48f.). Aus einem Selbstzweck der einzelnen Akteure könnte somit eine solidarische Kollektivpraxis als mosaiklinkes Projekt entstehen. Kommen wir nun zurück auf die Frage, ob sich eine Mosaiklinke auf Bundesländerebene überhaupt konstituieren könnte.

Eine Mosaiklinke für Sachsen-Anhalt!?:

Auch wenn in der bisherigen Untersuchung schon räumliche Perspektiven im Zusammenhang mit dem Konzept einer Mosaiklinken angerissen wurden, wurde noch nicht geklärt, welche geografischen Räume eine Mosaiklinke umfassen könnte. Im Zusammenhang mit der vorliegenden Untersuchung wirft dies die Frage auf, ob ein solcher Kollektivakteur sich konzeptionell auf Bundeslandebene überhaupt umsetzen ließe. Es ist Urban zuzustimmen, wenn er argumentiert, dass eine Mosaiklinke nicht im nationalen Kampffeld verharren dürfe, sondern sich als europaweites Transformationsprojekt verstehen müsse (vgl. Urban 2007). Dennoch können sich die einzelnen Mosaiksteine auch in kleineren geografischen Räumen zusammensetzen und eine gemeinsame Praxis entwickeln. Blank verdeutlichte dies am Beispiel von Buenos

Aires, als sich während der Argentinienkrise 2001 soziale Bewegungen, NGO, Stadtteilinitiativen, Gewerkschaften und Parteien zu einer Mosaiklinken formierten und eine stadt-räumliche kollektive Handlungsfähigkeit generierten (vgl. Blank 2016: 250ff.). Sie betont, dass eine solche lokale, mosaiklinke Praxis nicht mit dem Verlust einer globalen Perspektive verbunden sein muss, sondern „[...] eine sehr effektive dezentrale Bewegungsstrategie ist, die präzise auf die globalen Formen neoliberaler Zurichtung antwortet und neue Räume zur Vernetzung öffnet“ (ebd.: 251). Es ist daher nicht nur denkbar, sondern vielleicht sogar notwendig, eine Mosaiklinke nicht nur großräumig zu denken, sondern auch in Form von geografisch kleineren Strategieprojekten zu verwirklichen. Als Einstiegsprojekte in Form von regionaleren, feldübergreifenden Kooperationsverbänden. Diese könnten wiederum auch einen ausdehnenden oder verbindenden Charakter annehmen, und so wäre es denkbar, dass verschiedene lokale mosaiklinke Formationen zu einem späteren Zeitpunkt zu einem räumlich größeren Kooperationsverbund zusammenwachsen. Bundesländer könnten hierfür einen vorgegebenen geografischen Bezugsrahmen darstellen. Wie dies in Sachsen-Anhalt möglich sein kann, verdeutlicht beispielsweise #Unteilbar Sachsen-Anhalt aktuell ansatzweise empirisch.

Eine Mosaiklinke als Strategie progressiver Kräfte in Sachsen-Anhalt in die Offensive zu bringen, könnte mit mehreren synergetischen Chancen für die Akteurslandschaft verbunden sein. Durch eine mosaiklinke Formation könnte erstens eine neue qualitative Handlungsmacht entstehen, welche die einzelnen Akteure in der gering ausgeprägten kritisch-progressiven Zivilgesellschaft vermutlich gar nicht alleine entfalten könnten. Zweitens könnte dadurch nicht nur eine kollektive Handlungsmacht entstehen, sondern auch

einzelne Akteure wären vermutlich in der Lage, zusätzliche Handlungsmacht in ihrem Feld zu gewinnen und damit auf eine Veränderung von feldspezifischen Machtverhältnissen zu drängen. Dies könnte wiederum auch für andere Felder positive Auswirkungen haben. Gerade die Gesundheitskämpfe in Sachsen-Anhalt könnten ein solches Potenzial aufweisen. Nicht nur die gesellschaftlichen Akteure könnten davon profitieren, sondern auch die politischen, zum Beispiel die Gewerkschaften und Die Linke. Sie könnten sich als verbindende Institutionen betätigen, welche Personen, Praxen und Akteure vermitteln und sich dabei als Kooperationspartner:innen einer solidarischen Praxis erweisen. Sie würden als Vermittlungsintellektuelle und somit als verbindende Akteure fungieren. Drittens wäre ein solcher Akteur vielleicht auch in der Lage, durch das Zusammenbringen von verschiedenen Logiken und Kampffeldern den reaktionären Tendenzen entgegenzuwirken, den Vormarsch der Rechten und Konservativen zu stoppen und dem neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus in konkreten Feldern Grenzen zu setzen. Dies wäre gleichzeitig mit der Chance verbunden, eine gesellschaftliche Linke für die Vielen wieder attraktiv zu machen, klare erfolgsversprechende Perspektiven aufzuzeigen und in ein glaubhaftes Transformationsprojekt zu überführen. Dies könnte viertens eventuell auch weitere Menschen motivieren, sich zusammenzuschließen, um neue eigene Feldakteure zu konstituieren, welche gleichzeitig neue Mosaiksteine zum Einbinden darstellen würden.

Auch wenn die Chancen einer mosaklinken Strategie in Sachsen-Anhalt, mit der die gesellschaftliche Linke wieder in die Offen-

sive gebracht werden könnte, vielversprechend klingen, ist damit noch nichts über ihre Entstehungspotenziale gesagt. Im Verlauf dieses 3. Kapitels wurde argumentiert, dass das Wissen von defragmentierenden Potenzialen, verstanden als objektive und subjektive Ansatzpunkte, um eine kollektive feldübergreifende Handlungsfähigkeit zu entwickeln, eine Schlüsselressource darstellen kann, um eine verbindende Praxis der einzelnen Feld-Akteure zu fördern. Solche Potenziale wurden als eine Momentaufnahme beschrieben und müssen daher immer wieder neu aufgespürt und analysiert werden. Im 2. Kapitel wurde anhand theoretischer Zugänge und empirischer Daten eine politische Geografie Sachsen-Anhalts und deren Strukturveränderungen nachgezeichnet, bewertet und eine strategische Perspektive entworfen. Eine Mosaiklinke wurde im dritten Kapitel beschrieben als Versuch, die zersplitterte Akteurslandschaft in Sachsen-Anhalt zu verbinden und eine kollektive Handlungsfähigkeit zu generieren. Hierfür wurden bis zu diesem Zeitpunkt der Untersuchung nur theoretische Überlegungen angestellt, welche Eckpunkte eine defragmentierende Praxis beachten müsste. Ob eine solche Praxis gelingen kann, wird jedoch nicht nur von theoretischen Überlegungen abhängen, sondern auch von den konkreten Erfahrungen und Einschätzungen der Akteure selbst. Ihre Expertise kann defragmentierende Potenziale und gegenläufige Tendenzen offenlegen und damit auch konkrete Ansatzpunkte und Herausforderungen für die strategische Ausrichtung einer Mosaiklinken in Sachsen-Anhalt. Darum geht es in dem zweiten Teil der Untersuchung.

4. Methodisches Vorgehen in der empirischen Untersuchung

Folgt man der Annahme, dass unter anderem defragmentierende Potenziale immer wieder neu aufgespürt und konkret analysiert werden müssen, um verschiedene Feld-Akteure zu verbinden und somit ihre Fragmentierung aufzuheben, so ergibt sich für den weiteren Verlauf dieser Studie die schon Eingangs beschriebene Forschungsfrage: Welche defragmentierenden Potenziale existieren in Sachsen-Anhalt für eine Mosaiklinke und welche Herausforderungen sind damit verbunden? Im Hinblick auf die aufgezeigten defragmentierenden Potenziale im vorherigen Kapitel konnte die Forschungsfrage in folgende Einzelfragen übersetzt werden:

- Welche Kooperationen bestehen in Sachsen-Anhalt unter progressiven Akteuren?
- Warum gehen die Akteure diese Kooperationen ein?
- Welche felderverbindenden Themen und Bildungs-Räume können ausfindig gemacht werden?
- Gibt es so etwas wie organische Vermittlungsinstrukturen und Scharnierinstanzen und welche Rolle spielen diese in der gesellschaftspolitischen Praxis der Akteure?

Außer der qualitativen Forschungsfrage verfolgte die empirische Untersuchung noch ein weiteres Anliegen: Und zwar soll ein erster Eindruck in die kritisch-progressive Zivilgesellschaft von Sachsen-Anhalt vermittelt werden. Hierzu wurden Porträts von den interviewten Akteuren geschrieben (siehe Kapitel 5.1).

Um solche defragmentierenden Potenziale empirisch aufzuspüren und eine ausgewählte kritisch-zivilgesellschaftliche Akteurslandschaft in der Fläche aufzuzeigen, wurden Expert:innenin-

terviews mit aktiven Personen von verschiedenen progressiven Akteuren geführt, welche ihren politischen Handlungsraum in Sachsen-Anhalt verorten. Unter progressiven Akteuren wurden alle Strukturen, von klassischen Interessensvertretungen wie Gewerkschaften bis zivilgesellschaftlichen Initiativen, selbstverwalteten Projekthäusern, Bündnissen oder auch Einzelpersonen verstanden, welche im weitesten Sinne herrschaftskritische und emanzipatorische Ziele verfolgen und somit auf eine Transformation der bestehenden Verhältnisse abzielen. Dabei ging es weniger um die von den Akteuren verwendeten Begriffe, womit sie ihre Ziele beschreiben, sondern mehr um ihre konkrete Praxis und die Einschätzung, ob diese als herrschaftskritisch und emanzipatorisch bewertet werden kann. Für die Datenerhebung wurden leitfadengestützte Expert:inneninterviews geführt. Es wurde sich für dieses Erhebungsverfahren entschieden, um das spezielle Erfahrungswissen von politisch Aktiven in progressiven Akteursstrukturen zu rekonstruieren und daraus Erkenntnisse zur Beantwortung der Forschungsfrage zu abstrahieren. Die Interviewpartner:innen wurden somit als Expert:innen – als Subjekte mit speziellem Erfahrungswissen - im Rahmen ihrer politischen Tätigkeit bewertet (vgl. Gläser/Laudel 2010: 12ff.).

Die Datenerhebung umfasste insgesamt 15 Interviews mit einer oder zwei Personen je progressivem Akteur und fand in dem Zeitraum von März bis August 2021 statt. Dafür wurde im Vorfeld ein Interviewleitfaden aus der Forschungsfrage und den bisherigen Ergebnissen dieser Untersuchung operationalisiert und ein Testinterview durchgeführt. Im Anschluss erfolgte die Suche und die Auswahl der Interviewpartner:innen. Aufgrund der

Schlussfolgerung aus den vorherigen Kapiteln, dass in Sachsen-Anhalt für die nahe Zukunft zivilgesellschaftliche Akteure eine besondere Rolle für progressive gesellschaftliche Weichenstellungen und eine Revitalisierung der Gewerkschaften und der Partei Die Linke einnehmen könnten (siehe Kapitel 2.8), wurde der Fokus in der Datenerhebung auf solche gesellschaftlichen Akteure gelegt. Zusätzlich zu den interviewten gesellschaftlichen Akteuren wurde eine Gewerkschaftssekretär:in, welche in den Gesundheitskämpfen aktiv war, und eine Person, welche bei Die Linke aktiv ist sowie eine themenfeldübergreifende und überregionale Expertise in Sachsen-Anhalt aufweist (*bewegungslinke Person*) interviewt. Diese beiden Interviewpartner:innen wurden deshalb in das Sample aufgenommen, weil die Gewerkschaften und progressiven Parteien, wie in Kapitel 2. und 3. dargestellt, für eine mosaiklinke Offensive in Sachsen-Anhalt unverzichtbar bleiben. Die Gewerkschaftssekretär:in wurde außerdem bewusst aufgrund ihrer Erfahrung in den aktuellen Gesundheitskämpfen und ihrer internen Gewerkschaftsperspektive ausgewählt. Schon in Kapitel 2.7.2 wurde das Potenzial von Gesundheitskämpfen in Sachsen-Anhalt angedeutet und sollte anschließend tiefergehender in der empirischen Forschung untersucht werden.

Zwei Kriterien waren bei der Zusammenstellung des Samples für die Datenerhebung relevant: Erstens sollten die progressiven Akteure verschiedene Themen-Felder abdecken. Aufgrund des beschränkten Umfangs der Untersuchung wurden diese auf die folgenden vier beschränkt: sozial-ökologische Transformation, Antifaschismus/Antirassismus, Feminismus und Gesundheitskämpfe. Zweitens wurde versucht, mindestens einen Akteur pro Landkreis und kreisfreier Stadt in Sachsen-Anhalt zu interviewen, um den Leser:innen einen Eindruck von progressiven Strukturen in der gesamten Fläche des Bundeslands zu ermöglichen. Diese zwei Kriterien konnten trotz einiger Schwierigkeiten

größtenteils in der Akquise der Interviewpartner:innen eingehalten werden. Das zweite Kriterium konnte größtenteils, aber nicht vollständig eingehalten werden: Einmal erwies sich die Suche nach progressiven Akteuren aus sämtlichen Regionen Sachsen-Anhalts als Herausforderung. Wie bereits in Kapitel 2. angedeutet wurde, existiert in Sachsen-Anhalt nur eine gering ausgeprägte kritische-progressive Zivilgesellschaft. Darüber hinaus reduzierte sich die Auswahl der angefragten Akteure nochmals aufgrund fehlenden Interesses oder fehlender zeitlicher Kapazitäten. Aus diesen beiden Gründen konnte dem Anspruch, aus mindestens jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt mindestens einen Akteur in die Datenerhebung aufzunehmen, nicht gerecht werden. Keine Interviewpartner:innen konnten für den Salzlandkreis akquiriert werden, auch wenn das nicht heißt, dass dort keine progressiven Akteure existieren. Dieselbe Herausforderung ergab sich für den Landkreis Börde. Für diesen wurde jedoch ein Projekt mit in das Sample aufgenommen, welches sich - rein geografisch gesehen - in einer niedersächsischen Gemeinde befindet. Dennoch wurde dieser Akteur für den Landkreis Börde mit in die Datenerhebung aufgenommen, weil die Aktiven des Projekts erklärten, dass die Region Börde explizit zu ihrem politischen Wirkungsbereich zählt. Somit konnten 13 von insgesamt 14 Landkreisen und kreisfreien Städten aus Sachsen-Anhalt für die vorliegende Studie abgedeckt werden.

Die geführten Expert:inneninterviews wurden anschließend transkribiert und systematisch ausgewertet. Letzteres erfolgte in zwei Schritten. Als erstes wurden Kurzporträts (Fallvignetten) der einzelnen Akteure erstellt. Als zweites wurde das erhobene Datenmaterial qualitativ im Hinblick auf die Forschungsfrage ausgewertet. Für diese Auswertung wurde sich an der inhaltlich-strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse nach Kuckartz orientiert. Allgemein kann das Ziel der qualitativen Inhaltsanalyse

beschrieben werden als „[...] der wissenschaftlich kontrollierte Nachvollzug der alltagsweltlichen Handlungsfiguren, die durch kommunikative Akte repräsentiert werden“ (Lamnek/Krell 2016: 480). Ein weiteres Ziel stellt laut Lamnek und Krell „[...] die Analyse der latenten Sinnstrukturen dar, deren Manifestationen alltagsweltliche Handlungsfiguren sind“ (ebd.). Diese allgemeinen Ziele verfolgen die unterschiedlichen Varianten von qualitativen Inhaltsanalysen. Die inhaltlich-strukturierende qualitative Inhaltsanalyse nach Kuckartz beschreibt dieser folgendermaßen: „Bei der inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse wird mittels Kategorien und Subkategorien eine inhaltliche Strukturierung der Daten erzeugt. Dabei werden häufig bspw. Themen und Subthemen als Auswertungskategorien verwendet“ (Kuckartz 2018: 101). Dieses kategoriebasierte Vorgehen wird auch in anderen Varianten der qualitativen Inhaltsanalyse beschrieben (vgl. ebd.: 6, vgl. Lamneck/Krell 2016: 486ff.). Ausschlaggebend für die Auswahl dieser qualitativen Inhaltsanalyse war der von Kuckartz betonte Fokus der Analyse nach dem Codierprozess, anstatt einer ausschließlichen Codierung und anschließenden quantitativen Auszählung, wozu die Mayring'sche qualitative Inhaltsanalyse tendiert (vgl. Kuckartz 2018: 6). Kuckartz nimmt stattdessen stärker den interkategorialen Kontext in den Blick, also „[...] wie man Zusammenhänge zwischen den Kategorien entdeckt [...]“ (ebd.). Außerdem schlägt er in seiner inhaltlich-strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse eine Kombination aus einer a-priori Kategorienbildung anhand der Forschungsfrage (und den Leitfragen im Interview) und einer induktiven Kategorienbildung, also anhand des Datenmate-

rials, vor. Diese Charakteristika wurden für die Forschungsfrage der vorliegenden Untersuchung als sinnvoll erachtet.

In Kapitel 3. wurden verschiedene Überlegungen zu defragmentierenden Potenzialen angestellt. Diese bildeten die a-priori Kategorien, mit denen das Datenmaterial in einem ersten Durchgang codiert wurde. Anschließend wurden im zweiten Codierprozess weitere Sub-Kategorien induktiv entwickelt und anschließend das gesamte Datenmaterial strukturiert. Die Ergebnisse aus dem Forschungsprozess wurden in drei Ergebnisthesen aufbereitet, welche erste empirische Antworten auf die Forschungsfrage geben und im Kapitel 5.2 vorgestellt und diskutiert werden.

Insgesamt verbleiben die hier generierten Ergebnisse eher auf einer deskriptiven Ebene – trotz Kuckartz Betonung seiner stärker hermeneutisch-interpretativen Variante einer qualitativen Inhaltsanalyse (vgl. ebd.: 6) – und folgen nicht dem Anspruch einer tiefergehenden Analyse der dahinterliegenden Sinnstrukturen. Abschließend bleibt kritisch zu betonen, dass der Umfang des erhobenen Datenmaterials als relativ gering im Kontext der Forschungsfrage eingeschätzt werden muss. Die hier generierten Ergebnisse müssen daher als ein erster Eindruck gewertet werden. Dieser erste Eindruck ist darüber hinaus eine historische Momentaufnahme, dessen Aktualität den Dynamiken der materiellen Verhältnisse unterliegt und sich dadurch zu jeder Zeit verändern kann. Es wäre daher wünschenswert, wenn weitere Untersuchungen an diesen ersten Ergebnissen anknüpfen, diese weiterentwickeln, falsifizieren oder bestätigen.

Tabelle I: Tabelle der einzelnen Akteure pro Landkreis/kreisfreie Stadt und Themenschwerpunkt. Eigene Darstellung.

Nr.	Landkreis / kreisfreie Stadt	Akteur	Themenschwerpunkt	Bezeichnung
I	Saalekreis	Rats Kulturzentrum	Antifaschismus/ Feminismus/ Jugendarbeit	I RATS
II	Stadt Halle	Bündnis Gesundheit ohne Profite	Arbeitsbedingung und Versorgung im Gesundheitssektor	I GOP
III	Stadt Magdeburg	Feministisches Kollektiv	Feminismus/ Antikapitalismus	I FK
IV	Stadt Magdeburg	SOLAWI Vielfalt	sozial-ökologische Transformation/ Ökologie	I SOL
V	Landkreis Mansfeld- Südharz	Bündnis gegen Pflegerotstand Mansfeld-Südharz	Arbeitsbedingung und Versorgung Gesundheitssektor	I BP
VI	Burgenlandkreis	Initiative Zukunft statt Braunkohle	Ökologie/ sozial-ökologische Transformation	I ZSB
VII	Landkreis Stendal	Verein Pro Krankenhaus Havelberg e.V.	Arbeitsbedingung und Versorgung Gesundheitssektor	I VPK
VIII	Stadt Dessau-Roßlau	Bündnis Dessau Nazifrei	Antifaschismus/ Antirassismus	I BDN
IX	Landkreis Wittenberg	offen.bunt.anders	Antifaschismus/ Antirassismus	I OBA
X	Landkreis Harz	Soziokulturelles Zentrum Zora e.V.	Antirassismus/ Antifaschismus/ Jugendarbeit/ Projekthaus	I ZORA
XI	Landkreis Börde	Krass leben e.V.	Projekthaus/ Jugendarbeit/ Antirassismus	I KL
XII	Altmarkkreis Salzwedel	AZ Kim Hubert	Projekthaus/ Antifaschismus	I KH
XIII	Jerichower Land	Evangelisch reformierte Petrigemeinde Burg	Projekthaus/ Antirassismus	I ERP
XIV	Salzlandkreis/ überregional	ver.di Gewerkschafts- sekretärin	Arbeitsbedingung und Versorgung Gesundheitssektor	I VG
XV	Überregional aktiv Schwerpunkt Magdeburg	bewegungslinke Person	themen-feldüber- greifend	I BL

5. Eine Mosaiklinke in Sachsen-Anhalt – ein Einblick in die Fläche und defragmentierende Potenziale

Im folgenden Kapitel werden die Ergebnisse empirischen Forschungsprozess vorgestellt. Wie schon im vorherigen Kapitel beschrieben, erfolgt die Darstellung zweigeteilt. Im ersten Schritt werden die interviewten progressiven Akteure kurz porträtiert, um eine Auswahl an progressiven Akteure in der Fläche von

Sachsen-Anhalt vorzustellen. Im zweiten Schritt werden die Ergebnisse des qualitativen Forschungsprozesses vorgestellt und mit den formulierten Ergebnissen aus Kapitel 2. und 3. der vorliegenden Untersuchung diskutiert.

5.1 Porträts progressiver Akteure in der Fläche

1. RATS-Kulturzentrum (Saalekreis) – „Einfach so ein bisschen die Hilfe bieten, dass die Leute sich halt selbstverwirklichen können“

In einer kleinen Halle in Obhausen, einer Gemeinde im ländlichen Saalekreis zwischen den Städten Halle und Querfurt, organisierten sich junge Menschen und schufen einen politischen und kulturellen Ort: *Das RATS-Kulturzentrum*. Den Namen erhielt die Halle, welche sich in Gemeindehand befindet, im Februar 2020. Diese Räumlichkeit war den jungen Menschen jedoch nicht neu. Sie organisierten dort schon vorher Konzerte und andere Kulturveranstaltungen. Mit dem Kulturzentrum verankerten sie somit ihr Engagement im ländlichen Raum. Eine der interviewten Personen sagte in diesem Zusammenhang: *„Deswegen haben wir halt gedacht: Ja, machen wir halt so ein Kulturzentrum und versuchen das halt ein bisschen auszubauen“*.

In ihrem Kulturzentrum veranstalten sie nicht nur Konzerte, sondern auch Bildungsveranstaltungen, Flohmärkte oder Glühweinabende. Auch ein Proberaum befindet sich darin. Doch nicht nur der Wunsch nach kulturellen Veranstal-

tungen in der Provinz Sachsen-Anhalts waren die Motivation, das *RATS* zu gründen. Auch politische Motivationen spielten dabei eine entscheidende Rolle. Das Kulturzentrum versteht sich als emanzipatorischer Raum, der Kulturelles mit Politischem verbindet. Sie organisieren dafür verschiedene Bildungsveranstaltungen und versuchen damit, Menschen in der Region für politische Inhalte zu sensibilisieren. Zum Beispiel organisierten sie feministische und antifaschistische Filmabende als Freilichtkino, beteiligten sich aktiv an einer Antisexismus-Kampagne des Frauenzentrums Wolfen und übernahmen eine Patenschaft für das Gedenken des 1993 von Neonazis ermordeten Matthias Lüders. Für das Gedenken organisierten sie im letzten Jahr beispielsweise einen Graffiti-Workshop, bei dem Bauplänen bemalt wurden, die am ehemaligen Tatort aufgestellt wurden. Damit füllte das Kulturzentrum eine Leerstelle in der Region, denn ein öffentliches Gedenken für Matthias Lüders gab es bis dahin

nicht. Auch in Zukunft wollen sie sich für eine aktive Erinnerungskultur einsetzen. Hierfür möchten sie versuchen, eine Gedenktafel für Matthias Lüders fest zu installieren.

In der ländlichen Provinz des Bundeslands gibt es wenig Angebote für junge Menschen. Das RATS versucht, diese Leerstelle zu füllen, auch wenn sie ihre Zielgruppe nicht ausschließlich auf Jugendliche beschränkt. „Jeder kann herkommen, jeder kann mitmachen“, formulierte eine Person des Kulturzentrums während des Interviews. Allerdings versuchen sie, vor allem junge Menschen der Region mit ihren Angeboten zu erreichen. Ihre offene Tür verbindet das RATS mit einer klaren politischen Haltung. „Faschos kommen hier nicht rein“, sagte eine Person während des Interviews. Diese klare Haltung verbinden sie gleichzeitig mit einer pädagogischen Perspektive:

„Und wenn halt welche kommen, die eigentlich mal sich eher dem rechten Spektrum zugeordnet haben [...] da wird halt mit denen erst mal gesprochen. Und wenn wir dann denken, der hat sich vielleicht wirklich geändert, dann darf er halt auch teilnehmen“.

Die Menschen des Kulturzentrums sind sich darüber im Klaren, dass sie keine typische Szeneblase wie in Halle oder Leipzig in der ländlichen Provinz etablieren wollen. Das sei politisch auch nicht sinnvoll. Stattdessen versuchen sie, junge Menschen politisch zu sensibilisieren und ihnen eine emanzipatorische Perspektiven zu vermitteln. Trotz ihrer politischen Haltung bleibt das Kulturzentrum ein buntes Konglomerat an Menschen, die sich darin verwirklichen, mitarbeiten und politische Themen diskutieren. Auch wenn diverse Perspektiven auf Gesellschaft und Politik existieren, gibt es einen gemeinsamen Wertehorizont, der von den Beteiligten geteilt wird und

den sie auch in ihren Veranstaltungen und Angeboten vermitteln möchten. Im Interview formulierte eine Person:

„Da irgendwo noch gewisse Werte zu vermitteln. Das nicht alles vor die Hunde geht im Endeffekt. Und den Leuten halt auch bewusst zu machen, dass diese Gefahr von rechts, die betrifft ja uns dann auch alle im Endeffekt [...]“.

Sie verstehen sich darüber hinaus als basisdemokratisches Projekt, in dem Menschen mitbestimmen und sich selbst verwirklichen können sollen. Dafür möchten sie einen sicheren Raum bieten, in dem sich viele Menschen wohlfühlen können, etwa durch die Entwicklung eines Awareness-Konzepts. Das Kulturzentrum ist in der Region gut vernetzt und kooperiert mit verschiedenen Akteuren wie dem Frauenzentrum Wolfen und den Jugendclubs der Gemeinde Salzathal. Aufgrund der notwendigen Beschränkungen im Kontext der Corona-Pandemie verlagerte das Kulturzentrum seine Angebote spontan in den digitalen Raum. So organisierten sie 2020 ein Online-Festival zum Live-Streamen. Parallel versuchen sie, die Zeit zu nutzen, um aktuelle Bauvorhaben fertigzustellen. Auf die Frage, wie Menschen das Rats unterstützen könnten antworteten die Interviewten kurz: *„Zu den Veranstaltungen kommen, ist denke ich das Wichtigste“.*

Damit meinen sie nicht nur die Menschen aus Obhausen und der Region, sondern sie freuen sich auch über überregionale Besucher:innen.

Website: <https://ratsobh.home.blog/>

Kontakt: rats.ephc@gmail.com



II. Bündnis Gesundheit ohne Profite Halle (Halle) – „Wenn die Gesundheitsversorgung ein Grundrecht ist, dass allen Menschen zusteht, dann sollten die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht die Profite“

Im zweiten Kapitel wurde darauf aufmerksam gemacht, dass sich an vielen Orten in Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren immer wieder Proteste von Beschäftigten im Gesundheitssektor und der lokalen Bevölkerung formiert haben. Das junge *Bündnis Gesundheit ohne Profite Halle* versucht, diese Proteste zusammenzuführen und als überregionaler Akteur zum Thema Gesundheit handlungsfähig zu werden. Ihr Hauptanliegen formulierten sie im Interview folgendermaßen:

„Wir wollen einen Akteur schaffen, der zu dem Gesundheitsbereich sprech- und arbeitsfähig ist und der Menschen zusammenbringt und [...] der vielleicht eine Dynamik entwickeln kann, [...] um diesem Bedürfnis nach einer Gesundheitsversorgung ohne Profit durchzusetzen“. [...] Wenn die Gesundheitsversorgung ein Grundrecht ist, dass allen Menschen zusteht, dann sollten die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht die Profite. Deshalb braucht es eine bedarfsgerechte Finanzierung, die sich individuell am Fall (Menschen) orientiert“.

Dafür verfolgt das Bündnis zwei konkrete Ziele. Erstens: Die Abschaffung der Fallpauschalen (DRG-System). Zweitens: Die Abschaffung eines profitorientierten Gesundheitssystems an sich und die Rückkehr zu einer bedarfsorientierten Finanzierung. Beides mündet für den Akteur in der Perspektive, die Ökonomisierung des Gesundheitssystems grundlegend zu überwinden. Dies impliziert auch eine Veränderung der gegenwärtigen Eigentumsverhältnisse. Die langfristige Zielperspektive sei deshalb *„die Rekommunalisierung und Enteignung der Krankenhäuser in privater*

Hand und letztendlich dann die Verge-sellschaftung der Krankenhäuser. Also sie unter Kontrolle zu bringen von Patient:innen und Beschäftigten“.

Das Bündnis bildet gegenwärtig ein buntes Mosaik, bestehend aus unterschiedlichen Akteur:innen. Dieses umfasst Einzelpersonen, kritische Medizinstudierende, Gewerkschafter:innen und andere politischen Gruppen. Das Bündnis befindet sich aktuell noch in der Gründungsphase. Nach wie vor versuchen die Beteiligten deshalb, sich mit Akteur:innen aus Sachsen-Anhalt zu vernetzen und diese aktiv in die Bündnisstruktur einzubinden. Die Beschäftigten im Gesundheitssektor bilden hierbei eine ihrer zentralen Zielgruppen. Ein wichtiger Aspekt ihrer Arbeit ist ihre Unterstützung bei der Durchsetzung von Tarifverträgen als Mittel zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der Beschäftigten. Dazu formulierten sie:

„Natürlich wollen wir vor allem die Beschäftigten ansprechen, weil wir glauben, das macht nur Sinn, diesen Kampf gemeinsam zu führen mit den Leuten zusammen [...]. Allein weil sie die Erfahrung und die Perspektive haben, wie es gerade abläuft und, glaube ich, alle sagen können, was eigentlich besser laufen müsste“.

Die Beschäftigten im Gesundheitssektor sind jedoch nicht der einzige Personenkreis, den sie versuchen anzusprechen, zu politisieren und zu aktivieren. Zu ihrer Zielgruppe zählen auch die Patient:innen:

„Das heißt: Was wir auch machen wollen, ist, die Konflikte rund um die Gesundheitsversorgung in die Gesellschaft zu tragen. Wir wollen auch den Patient:innen ein Bewusst-

sein für die Situation vermitteln: „Hey, es geht hier auch um euch, wenn Pflegekräfte überlastet sind, wenn Pflegestellten zusammengestrichen werden, wenn immer weniger Pfleger:innen immer mehr Patient:innen pflegen müssen, wenn Untersuchungen oder Operationen gemacht werden, nicht weil sie notwendig sind, sondern, weil sie Profit erwirtschaften. Dann betrifft das euch auch und nicht nur die Beschäftigten in den Krankenhäusern.“

Darum wollen sie in Zukunft versuchen, neue Menschen, Gruppen und Organisationen aktiv in ihre Struktur einzubeziehen und eine landesweite Vernetzung zu konstituieren. Letzteres ist für sie ein entscheidender Schlüssel, um ein handlungsfähiges und gesellschaftlich getragenes Bündnis aufzubauen, welches in der Lage ist, politischen Druck zu erzeugen. Durch unterschiedliche Aktionen versuchen sie deshalb, auf die Situation im Gesundheitssektor aufmerksam

und sich gleichzeitig als Akteur sichtbar zu machen. Zum Beispiel organisierten sie im Mai 2021 eine Aktionswoche. Parallel beteiligen sie sich auch an Aktionen von anderen Akteur:innen aus Sachsen-Anhalt, beispielsweise unterstützten sie aktiv den *Verein Pro Krankenhaus e.V.* aus Havelberg mit Redebeiträgen oder beteiligten sich bei Aktionen im Rahmen der #Unteilbar-Kampagne. Auf die Frage, wie Menschen aus Sachsen-Anhalt sie unterstützen können, antworteten sie prägnant: *„Wir freuen uns, wenn wir Aktionen machen, wenn diese von anderen beworben werden und wenn Leute dahin kommen. Und dann freuen wir uns natürlich auch, wenn Leute uns ansprechen, die Lust haben, mitzumachen oder uns in irgendeiner Form zu unterstützen“.*

Website: <https://twitter.com/ohneprofite?lang=de>

Kontakt: gesundheitohneprofite_halle@riseup.net



III. Das Feministische Kollektiv (Magdeburg) - „[...] so ein bisschen das schöne Leben für alle. [...] Dass ist das, für was ich irgendwie Kämpfe, in der Gruppe und außerhalb [...]“

Das Feministische Kollektiv ist eine politische Gruppe aus Magdeburg, die versucht, verschiedene feministische Perspektiven zu vereinen, sichtbar zu machen und Räume für Austausch sowie Weiterbildung zu schaffen. Das Kollektiv gründete sich 2017 im Anschluss an eine organisierte Demonstration zum Feministischen Kampftag am 8. März. Der Erfolg dieser Veranstaltung und die Feststellung, dass in Magdeburg zu diesem Zeitpunkt eine Leerstelle in puncto feministische Organisation existierte, bildeten hierfür den Ausgangspunkt. Seitdem arbeitet das Kollektiv zu verschiedenen feministischen Themen, führt Aktionen durch – wie beispielsweise eine jährliche Demonstration oder Kundgebung zum Feministischen Kampftag – und organisiert Bildungsangebote. In seinem Selbstverständnis beschreibt das Kollektiv das Kernziel seiner politischen Arbeit wie folgt: *„Mit unserer Arbeit wollen wir die Zusammenhänge von gesellschaftlichen Diskriminierungsmechanismen im Rahmen patriarchaler und kapitalistischer Unterdrückung aufzeigen.“*

Diese abstrakte Zielperspektive ergänzen die Mitglieder des Kollektivs um eine konkrete politische Praxis nach innen und nach außen. Sie versuchen, ihre Umgangsformen und somit ihre Beziehungsweise zu reflektieren und zu verändern und beschreiben dies als revolutionäre Praxis: *„Das [Verändern von Beziehungsweisen] irgendwann auch in anderen Kontexten zu verwirklichen, ist auf jeden Fall ein Ziel. Und wegzukommen von diesem Gedanken: Ok, es gibt jetzt den einen revolutionären Tag und danach ändert sich*

alles. Irgendwie sehe ich, wie das bei uns in der Gruppe anfängt und ich würde das auf jeden Fall als Ziel nennen.“ Dazu schafft das Feministische Kollektiv Räume für Austausch und gegenseitiges Zuhören. Diese Räume werden jedoch nicht nur durch Aktionen geschaffen, sondern auch in wöchentlichen Treffen. Bei diesen ist das Persönliche - die Alltagserfahrungen - ein zentraler Bestandteil des Austausches: *„In eine Aushandlung treten, wo wir einander zuhören und wo eben ganz klar das Ziel ist, dass sich am Ende damit alle wohlfühlen. Und das ist natürlich auch etwas, was Zeit braucht [...].“*

Diese Zeit nehmen sich die Mitglieder des Kollektivs bei jedem Treffen. Sie versuchen damit, die Trennung des Politischen und Privaten aufzuheben und stattdessen diese beiden Sphären zusammenzudenken, zu thematisieren und kollektive Perspektiven für Veränderungen zu entwickeln. *„Das kreiert Verbundenheit, Wertschätzung, Solidarität“*, erklärten die interviewten Personen. Diesen intern-generierten Raum versuchen sie gleichzeitig nach außen zu tragen, um damit ihre Erfahrungen sichtbar zu machen und diese aus einer feministischen Perspektive zu politisieren. Die daraus entstehenden Kämpfe erzeugen gleichzeitig einen Raum für Andere, ihre Erfahrungen zu teilen, zu politisieren und dem Erlebten Ausdrucksformen zu verleihen. *„[D]as ist irgendwie so eine coole Mischung aus sichtbar machen, sich weiterbilden und gleichzeitig Empowerment“*, sagte eine der interviewten Personen. Auch wenn das Kollektiv mit bestimmten Veranstaltungsformaten explizit versucht FLINTA (Anm. vom Autor:

Frauen, Lesben, inter, nicht-binäre, trans und agender Personen) zu erreichen, ist die Zielgruppe nicht auf diesen Personenkreis reduziert. Stattdessen ist es dem Kollektiv insgesamt ein Anliegen, allen Menschen Zugänge zu feministischen Themen zu ermöglichen.

Aktuell ist das Feministische Kollektiv an verschiedenen Bündnissen mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten beteiligt. So ist es zum Beispiel im *Achter März Bündnis Magdeburg* oder in dem *Bündnis Solidarische Perspektive Magdeburg* aktiv. Gleichzeitig beschäftigt sich das Kollektiv mit theoretischen Inhalten und setzt sich mit den Folgen der Corona-Pandemie aus einer feministischen Perspektive auseinander. Menschen aus Sachsen-Anhalt

können das Feministische Kollektiv auf unterschiedliche Weise unterstützen. Einerseits freut sich das Kollektiv über die Teilnahme und das Bewerben ihrer Veranstaltungen. Andererseits erklärten die Interviewten, dass es ihnen hilft, wenn Menschen sie direkt bei ihren Veranstaltungen unterstützen, zum Beispiel beim Transportieren von Sachen oder bei der Kinderbetreuung. Auch Geldspenden sind gern gesehen und unterstützen die Umsetzung ihrer politischen Arbeit.

Website:

<https://www.facebook.com/Feministisches-KollektivMD/>

Kontakt: lila_rauch@riseup.net



IV. Solidarische Landwirtschaft (SoLawi) VIELFELD e.V. (Stadt Magdeburg) - „Ganz klar eine andere Zielstellung in der Produktion: Also Bedarf und nicht Profit [...]“

In Magdeburg organisierte sich Ende des Jahres 2018 eine kleine Gruppe von Menschen, um eine solidarische und ökologische Alternative für die Produzent:innen in der Landwirtschaft und die Konsument:innen in der Landeshauptstadt zu ermöglichen. Diese Alternative wird unter dem Sammelbegriff *Solidarische Landwirtschaft* – kurz SoLawi – gefasst. Die damals noch kleine Gruppe aus Magdeburg gründete 2019 einen eigenen Verein, den sogenannten Vielfeld e.V., um anschließend nach landwirtschaftlichen Betrieben zu suchen, welche Interesse haben könnten, mit ihnen das Konzept umzusetzen. Im Mai 2020 wurden sie fündig. Seitdem kooperiert der Vielfeld e.V. mit dem Gerwischer Gemüsegarten, einem landwirtschaftlichen Unternehmen im Landkreis Jerichower Land.

„Die landwirtschaftlichen Produkte werden im Gerwischer Gemüsegarten angebaut [...] und zwischen dem Betrieb und dem e.V. gibt es einen Kooperationsvertrag. Das ist so das rechtliche Konstrukt, und der Hof ist selbst ein Einzelunternehmen“, erklärte das Gründungsmitglied während des Interviews.

Auf den Mitgliedervollversammlungen wird basisdemokratisch die Budgetplanung für die kommende Saison entschieden. Diese umfasst die Mitgliederanzahl, die Beiträge der Mitglieder und die Höhe des Kooperationsbeitrages, welchen der Verein an das Unternehmen zahlt. Wie sich der Anbauplan gestaltet, wird im Vorfeld der Jahreshauptversammlung unter anderem in Mitgliederumfragen und Gesprächen zwischen Betrieb und Verein ermittelt. Auch wenn der Anbauplan keinen positiven Beschluss der Versammlung benötigt und somit das letzte Wort bei dem landwirtschaftlichen Betrieb liegt, ist die

direkte Kommunikation und Verhandlung zwischen Produzierenden und Konsumierenden ein wesentlicher Eckpunkt des Konzepts. Das Gründungsmitglied erklärte dies während des Interviews beispielhaft folgendermaßen:

„Also wir fragen [...] auch immer die Mitglieder: Was wollt ihr eigentlich für Gemüse haben? [...] Der Betrieb sagt [...], was ist angenehm [...] anzubauen? Was ist nervig? Letztes Jahr sind zum Beispiel verschiedene Schalenfrüchte und so aus dem Anbauplan geflogen, weil die einfach unangenehm zu ernten sind, das Handarbeit ist und das anstrengend ist. Und dann [...] einfach gesagt wurde: Nein, das macht [...] unsere Arbeitsbedingungen schlechter, wir würden das [...] raus streichen. [...] Das wurde dann mit den Mitgliedern abgesprochen und alle waren [...] damit einverstanden“.

Das landwirtschaftliche Unternehmen gibt an, welche finanzielle Mittel sie für eine Saison benötigen. *„Die Menschen, welche im Gerwischer Gemüsegarten arbeiten, leben größtenteils vom Kooperationsbeitrag des Vielfeld e.V.“*. Diese Kosten tragen die Mitglieder des Vielfeld e.V. kollektiv und solidarisch. Das heißt, es gibt jährliche Bietrunden, bei denen ein Durchschnittsgeldwert als Empfehlung von der Orga-Gruppe den Mitgliedern unterbreitet wird. Welchen Geldwert die einzelnen Mitglieder geben, bleibt jedoch letztlich ihnen überlassen. Unabhängig davon und wie reichhaltig die Ernte des Gerwischer Gemüsegartens ist, erhalten alle den gleichen Ernteanteil über die Saison verteilt. Es geht hierbei also – wie schon erwähnt – um eine alternative Produktions- und Konsumtionsweise.

„Es wird [...] nach Bedarfen produziert. Was wollen die Essen? Was wollen die Arbeitenden sich zumuten an Arbeitsbedingungen? Und danach wird dann entschieden, was im Anbauplan steht. Wo du sonst in der Landwirtschaft entscheiden musst, was einen guten Preis erzielt. Also Landwirte bauen dann [...] eher an, was sich gut verkaufen lässt. Müssen sie ja, weil ansonsten bricht der Betrieb dann zusammen“, erklärte die interviewte Person vom Verein Vielfeld e.V..

Den Aktiven der SoLawi geht es jedoch nicht nur um den individuellen Konsum von regionalen landwirtschaftlichen Produkten. Das Projekt bündelt ganz unterschiedliche politische Ziele. Das Gründungsmitglied beschreibt diese folgendermaßen:

„Also mit alternativer Wirtschaftsform und Antikapitalismus sind auf jeden Fall einige Leute aus unserer Gruppe sehr wichtig, nicht unbedingt für alle. Die Solawi ist das, glaube ich, per se. Durch ihre Wirtschaftsweise tragen das irgendwie alle mit, auch wenn sie es gar nicht wollen. Es gibt [...] auf verschiedenen Ebenen Ziele. Es gibt ökologische Ziele. Eine Solawi ist [...] ökologisch, im Klimaschutzsinne ziemlich wirksam, weil [...] viel weniger weggeschmissen wird [...] weil die Mitglieder kennen [...] den Hof, haben einen direkten Kontakt zum Landwirt. Der kann [...] informieren, wenn die Gurken [...] jetzt diese Woche kleiner aussehen. Es ist eigentlich die komplette Beseitigung von Verpackung. Also die Sachen kommen in Kisten nach Magdeburg und die Leute nehmen sich es von den Abholstationen in ihren Beuteln und Rucksäcken mit [...]. Es ist

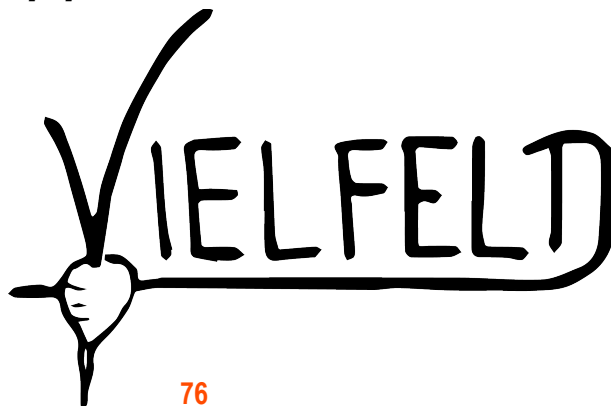
[...], diese regionale Wirtschaft stärken, Ebene für viele, also das man Gemüse von hier [...] kriegt, also auch saisonal [...]“.

Mit diesen Zielen versuchen die Mitglieder der SoLawi, auch andere Menschen zu erreichen, denn sie suchen auch für die kommende Saison neue Mitglieder. Ihre Zielgruppe beschreibt die interviewte Person kurz und griffig als „alle die essen“. Um einen Ernteanteil der SoLawi zu erhalten, muss man nur Mitglied des Vereins werden und die Zeit und die Lust mitbringen, das saisonale Gemüse von den Stationen abzuholen. Natürlich freuen sich die Aktiven auch über weitere Menschen, welche die Organisation, die Logistik und die Öffentlichkeitsarbeit des Vielfeld e.V. unterstützen, damit die Gruppe wachsen kann und das Konzept sich weiter ausbreitet: „Bisher kommt alles, was wir liefern aus Gerwisch. Es ist aber auch denkbar, mit anderen so zu kooperieren für Sachen, die [...] nicht in Gerwisch wachsen. Also Honig ist zum Beispiel immer wieder so ein Thema, Früchte“, erklärte das Gründungsmitglied.

Darüber hinaus beschäftigen sich die Aktiven des Vielfeld e.V. gegenwärtig mit der Rechtsform und den damit verbundenen juristischen Möglichkeiten und Herausforderungen, die mit dem Konzept, bei dem ein eingetragener Verein mit einem Einzelunternehmen kooperiert, verbunden sind.

Website: <https://solawi-vielfeld.de/>

Email: info@solawi-vielfeld.de



V. Das Bündnis gegen Pflegenotstand Mansfeld-Südharz (Mansfeld-Südharz) - „Desto mehr Leute kommen, desto mehr öffentlicher Druck wird erzeugt“

Das Bündnis gegen Pflegenotstand Mansfeld-Südharz hat sich im Juli 2018 gegründet, um auf die zunehmend prekarierten Arbeitsbedingungen und Versorgungsleistungen in der Pflege aufmerksam zu machen sowie für Verbesserungen in diesen beiden Bereichen zu kämpfen. Die Initiatoren sind sich dabei bewusst, dass sich die Arbeits- und Versorgungsverhältnisse einander bedingen und deshalb in der politischen Praxis zusammen gedacht werden müssen. Daran anknüpfend formulierte die interviewte Person folgendes:

Die „[...] Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Angestellten und das geht ja mit dem Pflegenotstand einher. Das würde ich als Hauptziel sehen.“

Zu ihren politischen Zielen gehört deshalb einerseits die Abschaffung des DRG-Systems. Andererseits betrachten sie die Privatisierung und die damit einhergehende Ökonomisierung von Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen kritisch und positionieren sich deshalb klar gegen die zunehmende Profitorientierung in diesem Sektor sowie für eine Rekommunalisierung privatisierter Einrichtungen.

Die Initialzündung für die Gründung des Bündnisses entstand nicht nur aufgrund der defizitären Entwicklung der Arbeitsbedingungen und Versorgungsleistungen in der Pflege, sondern wurde auch durch die Kampagne *Pflegenotstand stoppen* von Die Linke und durch die ersten Erfolge der Kämpfe in der Berliner Charité inspiriert. Die Entstehung des Bündnisses traf im Landkreis Mansfeld-Südharz auf fruchtbaren Boden. Schon beim Gründungstreffen waren auf Anhieb 20 Personen anwesend. Von da an organisierten sie regelmäßig Aktionen,

verteilten Flyer, veranstalteten Bildungsangebote, beteiligten sich an Arbeitskämpfen und versuchten, Menschen in ihrem Bündnis aktiv zu organisieren. Zu Letzterem formulierte die interviewte Person folgendes:

„[...] wir sprechen schon alle Leute mit an. Das war eigentlich immer der Hintergedanke, dass auch Leute von außerhalb da mit drauf einwirken können und auch mit uns zusammen oder mit den Leuten im Betrieb öffentlichen Druck erzeugen können. Deswegen sind alle Menschen bei uns herzlich eingeladen, vorbei zu kommen und was gegen Pflegenotstand zu machen.“

Das Bündnis gegen Pflegenotstand Mansfeld-Südharz ist dabei als Sammelbecken zu verstehen, in dem sich diverse politische Akteurinnen vernetzen und versuchen können, ihre Kämpfe zu verbinden. So unterstützen zum Beispiel Die Linke und ver.di das Bündnis aktiv und werden umgekehrt auch von diesem unterstützt. Darauf bezogen stellte die interviewte Person Folgendes fest:

„[...] die Leute sind kämpferischer geworden, sie sind auch aktiver im Betrieb geworden [...] sind Gewerkschaftsmitglieder geworden.“

Das Bündnis gegen Pflegenotstand Mansfeld-Südharz ist darüber hinaus auch mit anderen gesellschaftlichen Akteurinnen vernetzt, zum Beispiel mit dem *Bündnis Gesundheit ohne Profite* und *Sintoma* – kritische Mediziner:innen - aus Halle. Mit diesen tauschen sie sich aus und führten in der Vergangenheit auch gemeinsame Aktionen durch, wie zum Beispiel die Übergabe des Olympischen Briefs gegen Pflegenotstand, der bundesweit von Krankenhaus zu Krankenhaus getragen wurde. *„Wir sind zusammen mit denen nach Leipzig gefahren zur Gesundheitsminister:innenkonferenz, als*

der [Olympische Brief] übergeben wurde“, erzählte die interviewte Person.

Aktuell bereitet sich das Bündnis gegen Pflegenotstand Mansfeld-Südharz auf die anstehenden Tarifverhandlungen vor, bei denen auch sie sich politisch einmischen wollen. Darüber hinaus wollen sie weiterhin versuchen, mit öffentlichkeitswirksamem Aktionen mehr Menschen zu erreichen, um

diese aktiv bei sich einzubeziehen und damit durchschlagskräftiger zu werden.

Website: <https://de-de.facebook.com/buendnisgegenpflegenotstandmsh/>

Kontakt: buendnis-gegen-pflegenotstand-msh@gmx.de



Bündnis gegen
Pflegenotstand MSH

VI. Die Initiative Zukunft statt Braunkohle Lützen (Burgenlandkreis) - „An den Stellen zu drehen, wo es möglich ist“

Die Initiative Zukunft statt Braunkohle Lützen im Burgenlandkreis ist ein politischer Akteur im sachsen-anhaltischen Teil des Mitteldeutschen Braunkohlereviers, der sich für eine klimapolitische und ökologische Wende einsetzt. Ihre Region ist geografisch, sozial und ökologisch maßgeblich vom Braunkohleabbau der MIBRAG geprägt. Die damit verbundenen ökologischen und klimatischen Folgen problematisieren die Engagierten in der Initiative seit ihrer Gründung 2006. Sie versuchen, gemeinsam politisch und gesellschaftlich Druck zu erzeugen, um den Braunkohleabbau zu stoppen. Gleichzeitig kämpfen sie auch gegen die sozialen Folgen, die mit dem Abbau für die Region verbunden sind. *„Das hat mich damals schon berührt, dass meine Heimat dort wegkam“*, erzählte die interviewte Person und schildert die Erfahrung des Verlustes ihrer Heimat, die im Zuge der Ausweitung des Tagebaus Profen im wahrsten Sinne des Wortes *„weggebagert“* wurde.

Die Initiative Zukunft statt Braunkohle Lützen verbindet die regionale Erfahrung mit der globalen Klimakrise. Um ihrem Ziel eines braunkohlefreien Mitteldeutschen Reviers näher zu kommen, wurden sie gemeinsam politisch aktiv und organisierten sich. Konkrete Ansatzpunkte dafür sind für die Initiative die Veränderung des Landesentwicklungsplans und des Regionalplans Halle. Einzelne Personen sind deshalb auch im Stadtrat aktiv. Den Kohleausstieg, der als ein Erfolg der Klimabewegung bewertet werden kann und als dessen Teil sich betrachtet, ist zwar bis 2038 beschlossen, dennoch bleibt die Initiative aktiv. Im Interview formulierte eine Person:

Deshalb *„[...] engagiere ich mich politisch, weil das die einzige Möglichkeit ist, diesen*

Tagebau zu verhindern, [...] nämlich den Landesentwicklungsplan in Sachsen-Anhalt zu ändern. In diesem ist nämlich Lützen Vorranggebiet für Braunkohle. Und so lange das nicht gestrichen ist, ist das Damoklesschwert immer noch über uns, auch wenn gesagt wird: Es gibt keinen neuen Tagebau mehr.“

Um ihrem Ziel näher zu kommen, nutzen sie verschiedene Aktionsformate. Sie veranstalten Demonstrationen und Infoabende, sind aber auch über solche klassischen Formate hinaus aktiv. Sie führten zum Beispiel ein Monitoring durch, mit dem sie nachweisen konnten, dass eine zu schützende Wildkatze im Revier lebt. Dadurch erweiterten sie die Argumente für den Stopp des Braunkohleabbaus in der Region. Darüber hinaus veranstalten sie jährlich eine Fahrradtour zum Tagebau Profen, um die Folgen des Braunkohlebergbaus zu thematisieren. Außerdem versuchen sie, in ihrer politischen Praxis stets die regionalen mit überregionalen und globalen Klimakämpfen zu verbinden. Solche solidarischen Bündnisse waren schon in der Vergangenheit erfolgreich:

„Ansonsten schließen wir uns da immer gerne den deutschlandweiten Aktionen an. Wir waren also auch im Hambacher Wald und haben dort mitgemacht und demonstriert. Wir sind immer in Kontakt mit Pödelwitz. Das ist ja [...] die Gemeinde, die ja eigentlich den Schutzstatus hatte, als Heuersdorf wegkam und nun zum Glück einige Aktive hat, die auf diesen Schutzstatus pochen und darum auch verhindern konnten, dass der ganze Ort wegkam.“

Die Initiative Zukunft statt Braunkohle Lützen ist sich bewusst, dass der Strukturwandel in ihrer Region und insgesamt im Mitteldeut-

schen Revier nicht nur mit einer ökologischen, sondern auch mit einer sozialen Transformation zusammengedacht und umgesetzt werden muss. Sie kennen die Sorgen um die Verluste von tausenden Arbeitsplätzen im Bergbau und setzen sich deshalb auch mit der Schaffung von alternativen Beschäftigungsmodellen auseinander, damit die sozialen Folgen nachhaltig kompensiert werden können.

„Wir wollen im Grunde [...] diese Tagebaue beenden, die wirklich so viel Schlimmes mit sich bringen und [...] arbeiten jetzt auch an der Nutzung. Wie wollen wir die Tagebaue wieder praktisch zu etwas bringen, was uns hilft, den Klimawandel hier zu durchstehen? Also einmal Verhinderung weiterer Tagebaue.

Wir wollen ökologisch produzieren. Alles das, was wir brauchen. Wir wollen bei den erneuerbaren Energien mitarbeiten.“

Die Initiative freut sich auch zukünftig über solidarische überregionale Unterstützung. Dies bedeutet für sie, dass ihr Engagement und ihre Kämpfe sichtbar gemacht werden und auch zukünftig viele Menschen an ihren Aktionen teilnehmen. Dabei lautet die Devise: Eine Klimawende ist jetzt nötig, aber nur zusammen möglich.

Website: <http://www.luetzen-tagebau.de/>

Kontakt: info@luetzen-tagebau.de

VII. Verein Pro Krankenhaus Havelberg e.V. (Landkreis Stendal) - „Wir sind da - Wir machen es nicht in irgendeinem Stübchen [...] und wir sind überall dort, wo man uns nicht sehen will“

Der Verein Pro Krankenhaus Havelberg e.V. ist ein Akteur im Landkreis Stendal, der sich im Zuge der Schließung des Klinikums in Havelberg gegründet hat, um für eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung in ihrer Region als auch bundesweit zu kämpfen. Im Januar 2020 erfuhren die Mitarbeiter:innen des Havelberger KMG-Klinikums, dass das private Gesundheitsunternehmen den Standort aus wirtschaftlichen Gründen noch im selben Jahr schließen will und die Immobilie zu einem Altenheim umgenutzt werden soll. Diese Information, welche die Mitarbeiter:innen durch Zufall aus der lokalen Presse erfuhren, war der Funken-schlag für ihre Selbstorganisation:

„Naja, auf jeden Fall haben wir uns von dem Tag an gleich alle zusammengeschlossen. Sandra hat sofort eine App-Gruppe gebildet mit allen Mitarbeitern und dann ging es richtig los. Wir müssen eine Demo machen. Wir müssen uns dagegen wehren. Wir haben gleich organisiert, wer Schilder baut für die Demos. [...] Es war wirklich super toll organisiert. Wir haben ja auch zu der Zeit alle noch gearbeitet, obwohl ja kaum noch Patienten waren.“

Dieser Zusammenschluss entstand jedoch nicht ausschließlich spontan in einem Vakuum. Schon im Vorfeld organisierten sich die Mitarbeiter:innen. Sie gründeten 2018 einen Betriebsrat, um mit den Mitteln der betrieblichen Mitbestimmung die Defizite in den Beschäftigungsverhältnissen und in der Ausstattung des Krankenhauses thematisieren zu können.

„Vor der Schließung war ja unsere Motivation immer, dass wir [...] als Havelberger Krankenhaus von den KMG-Kliniken ausgeschlossen waren. Alles was in den anderen

Kliniken reingebuttert wurde, bei uns kam nie was an. Bei uns wurde immer mehr abgezogen. [...] Wir wurden total benachteiligt. Die ganzen Jahre“, kritisieren die ehemaligen Betriebsrät:innen.

Die Vereinsgründung entstand aus der Notwendigkeit, ein sprech- und handlungsfähiges Instrument zu etablieren, weil mit der Schließung des Krankenhauses auch der Betriebsrat seine Grundlage verlor. Der Verein verfolgt zwei Ziele: Erstens die Durchsetzung einer ausreichenden medizinischen Grundversorgung in Havelberg und der Region und zweitens die Rekommunalisierung des Gesundheitssektors in Deutschland. Damit versuchen sie, ihre regionalen Anliegen mit bundesweiten Zielsetzungen zu verbinden. Ihre Praxis, mit der sie nach außen treten, umfasst einerseits klassische Aktionsformen wie Demonstrationen und Kundgebungen. Andererseits organisierten sie auch kreative Aktionen wie eine Pilgertour von Havelberg nach Magdeburg zum Sozialministerium, um dort ihre politischen Forderungen vorzubringen.

Zu ihren aktuellen Aufgaben zählen die Organisation und Vorbereitung der wöchentlichen Demonstration am Domplatz in Havelberg und einzelne größere politische Aktionen. Darüber hinaus betreiben sie eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit und die Arbeit im Bündnis Krankenhaus in Gemeinschaftshand. *„Wir versuchen immer noch, die Bürger zu mobilisieren“,* berichten die ehemaligen Betriebsrät:innen. Die kontinuierliche politische Aktivität des Vereins bindet jedoch viele Ressourcen. Die Interviewten wiesen darauf hin, dass dies eine Belastung sei, die nur temporär zu bewältigen sei. Deshalb wiesen sie darauf hin, dass sie

sich auch weiterhin über Unterstützung im Kleinen und im Großen freuen:

„Toll wäre, wenn sich jemand bereit erklärt, uns Arbeit abzunehmen. Wir haben wirklich so viel um die Ohren. Jeder macht mehrere Sachen auf einmal.“

Die Unterstützung des Vereins kann sich dabei auch ganz vielfältig gestalten. Mit einem Besuch bei der wöchentlichen Demonstration oder bei anderen Aktivitäten

sei auch schon viel getan. Auch kleine Gesten der Solidarität würden den Aktiven des Vereins Kraft geben und sie motivieren, weiter für ihre politischen Anliegen zu kämpfen.

Website:

<https://pro-krankenhaus-havelberg.webador.de/>

Kontakt:

pro-krankenhaus-havelberg@web.de



Havelberg
braucht ein
Krankenhaus

VIII. Bündnis Dessau Nazifrei (Dessau-Roßlau) - „Menschenkette ist uns zu wenig“

Das Bündnis Dessau Nazifrei ist ein langjähriger gesellschaftlicher Akteur in Sachsen-Anhalt, der vorrangig in der gleichnamigen kreisfreien Stadt politisch aktiv ist. Das Bündnis hatte sich im Frühjahr 2014 gegründet, um Proteste gegen die jährlich stattfindenden Neonaziaufmärsche in Dessau-Roßlau zu organisieren. Auf die Frage, wie sie sich beschreiben würden, antwortete die interviewte Person prägnant:

„Eine Personengruppe allen Alters, allen Geschlechts und aller Bildungsschichten, die ein gemeinsames Ziel haben: Die der Meinung sind, Händchen- und Kerzenhalten ist zu wenig, um gegen Nazis vorzugehen. Das verbindet uns.“

Das heißt: Sie versuchen Aufmärsche und Veranstaltungen von rechten oder anderen reaktionären Gruppierungen mit verschiedenen Aktionsformen, welche über die klassischen Protestformen - wie Gegenkundgebungen - hinausgehen, zu stören oder sogar zu verhindern. Darüber hinaus wollen sie damit die öffentliche Meinungsbildung in der Stadt beeinflussen, anstatt Nazis und anderen reaktionären Gruppierungen den öffentlichen Raum zu überlassen. Dieses erweiterte Handlungsspektrum resultiert aus ihrer klaren und konsequenten antifaschistischen Haltung.

„Wir waren der Meinung, dass das Netzwerk gelebte Demokratie nicht die geeignete Form bringt, um diesen Naziaufmarsch zu verhindern. Und wir haben uns unser Ziel gesetzt, diesen Aufmarsch zu verhindern, mit allen uns zur Verfügung stehenden legalen Mitteln“, erklärte die interviewte Person des Bündnisses.

Dieses gesellschaftspolitische Anliegen bleibt bis heute aktuell. Darüber hinaus organisiert das Bündnis politische Bildungsveranstaltungen.

Zum Beispiel veranstalteten sie Workshops zu unterschiedlichen Themen, etwa wie Menschen selber eine politische Versammlung organisieren und durchführen können und was sie dabei zu beachten haben. Zudem pflegen sie eine aktive Erinnerungskultur in Dessau-Roßlau. *Erinnern heißt handeln* nennen sie diesen Bereich ihrer politischen Praxis. Sie organisieren dafür Veranstaltungen, um aktiv an historisch-gesellschaftliche Ereignisse wie zum Beispiel dem Kapp-Putsch zu erinnern:

„Vorheriges Jahr haben wir wieder eine sehr schöne Form gefunden, über einen alternativen Stadtpaziergang und haben in unserem Stadtteil Roßlau, die Gedenkstätte des KZ's besucht. Dadurch eine gute Öffentlichkeit gemacht und erst mal allen wieder gesagt, was eigentlich dort vor Ort ist. Vielen war das in Vergessenheit geraten.“

Das Bündnis Dessau Nazifrei unterstützt auch aktiv andere linke Akteure in der Stadt, wie zum Beispiel die Gruppe *Break The Silence – Initiative in Gedenken an Oury Jalloh*. Darüber hinaus hat das Bündnis eine eigene Initiative mit dem Titel *Spielplätze statt Haftplätze* konstituiert. Damit wollen sie einen kritischen Diskurs zur Thematik Abschiebehaft in der Stadt Dessau-Roßlau anstoßen. Der Ausgangspunkt für diese Initiative war, *„[...] weil [...] die Regierung von Sachsen-Anhalt vorhatte, die ehemalige Justizvollzugsanstalt als Haftanstalt für Abschiebungen zu nutzen. Und wir als Bündnis sind natürlich aktiv dagegen“,* erklärte die interviewte Person vom Bündnis. Die Abschiebehaft für Geflüchtete bezeichnete sie als *„[...] Brutalste, was es gibt [...]“*. Mit der Initiative beabsichtigt das Bündnis, auf die strukturelle Ebene von Rassismus aufmerksam zu machen. Bis jetzt wurde das

Abschiebegefängnis aus angeblich ökonomischen Gründen nicht gebaut. Der Protest vom Bündnis Dessau Nazifrei gegen die Umnutzung der ehemaligen JVA bleibt jedoch bis auf Weiteres auf ihrer politischen Agenda, denn auch gegenwärtig finden in Sachsen-Anhalt und anderswo Abschiebungen statt.

Vor allem junge Menschen sind im Bündnis engagiert und beteiligen sich an dessen Aktionen. Gleichzeitig betonte die interviewte Person, dass alle Menschen herzlich willkommen sind, sich in der Bündnisarbeit und bei ihren Veranstaltungen und Aktionen

zu beteiligen. Die einzige Voraussetzung sei eine progressive politische Haltung und ein diskriminierungssensibler Umgang. Unterstützen kann man das Bündnis, indem man über sie und ihr Engagement berichtet und dabei deutlich ihre Ziele und Perspektiven benennt. Außerdem freuen sie sich über Menschen, die sich bei ihnen engagieren und sie bei ihren vielfältigen Aktionen unterstützen möchten.

Website: <https://dessaunazifrei.wordpress.com/>

Kontakt: dessau-nazifrei@riseup.net



IX. Interessengemeinschaft offen. Bunt. anders (Landkreis Wittenberg) - „Einfach ein ganz menschliches Miteinander, ein friedliches Miteinander und eine gehörige Portion Gerechtigkeitssinn“

Wenn Menschen die Stadt Gräfenhainichen im Landkreis Wittenberg kennen, dann häufig aufgrund des Veranstaltungsgeländes Ferropolis – der sogenannten Stadt aus Eisen - auf dem in der Regel größere Konzerte, Festivals und andere Events stattfinden. Eher weniger bekannt, dafür gesellschaftspolitischer umso wirksamer, ist die Interessengemeinschaft *offen. bunt. anders* – kurz *oba*.

„Wir sind an sich ein bunt zusammengewürfelter Haufen, die sich wirklich gefunden haben, sage ich mal. Die ohne das gemeinsame Interesse nie so zusammenkommen wäre, und ich glaube, das ist unsere Stärke. Also da ist alles vom Doktor bis zur Arbeitslosen mit dabei. Und uns vereint: Menschlichkeit. Dass wir bestimmte un schöne Gegebenheiten unserer Gesellschaft erkannt haben und gesagt: hier wird Hilfe gebraucht und das machen wir“, erklärte die interviewte Person von *oba*.

Der Auslöser für die Gründung von *oba* 2015 war eine in Gräfenhainichen stattfindende Veranstaltung der AFD und NPD, gegen welche sich spontan lokaler Gegenprotest formierte. Die rechte Veranstaltung wurde mit lauter Musik gestört. Retrospektiv erinnerte sich die interviewte Person:

„Wir haben uns gegründet auf einer Veranstaltung gegen eine NPD- und AFD-Demonstration. Da haben wir ganz einfach daneben eine Gegendemonstration gemacht, mit schöner lauter Punkmusik, und dann haben wir uns gefunden. Und zum Teil kannten sich welche auch schon. Das war eine schnelle Initiative, die Einzelne gemacht haben, und dort haben wir uns zusammengefunden und haben gesagt: Mensch Leute, hier ist was tun.“

Ihr politisches Ziel beschreiben sie prägnant als *„[...] menschlichen Umgang mit Menschen. [...] Das ist eigentlich unser Ziel [...]“*. Dieses humanistische Weltbild bleibt kein Lippenbekenntnis, sondern manifestiert sich auch in ihrer gesellschaftspolitischen Praxis. Bei *oba* kann jede Person mitmachen *„[...] der nicht rassistisch ist“*. Gleichzeitig lehnen sie auch weitere Diskriminierungsformen ab und setzen sich aktiv mit ihren eigenen verinnerlichtem Verhaltensweisen auseinander. Dieser interne Lernprozess ist ihnen wichtig, weil auch sie als Teil der Gesellschaft Macht- und Herrschaftsverhältnisse reproduzieren. Eine kritische Selbstreflexion gehört deshalb zu ihrer Praxis. Bei *oba* kommen die unterschiedlichsten Menschen aus unterschiedlichen Gesellschaftsschichten zusammen. Ein Großteil sind nach eigenen Aussagen Frauen. Auch Geflüchtete sind in der Interessengemeinschaft aktiv.

Die Angebote und Aktivitäten sind vielfältig. Eines dieser Angebote ist ein offenes Café, in dem sie regelmäßiges ein sogenanntes *Meet & Eat* veranstalten. Dadurch sollen Räume geschaffen werden, in denen unterschiedliche Menschen, aber auch Institutionen - wie zum Beispiel Vereine – zusammenkommen, einander kennenlernen und sich austauschen können. Auch andere Events wie Sportfeste, offene Treffen und Flohmärkte gehören zu ihrem Angebotsrepertoire. Desweiteren bietet *oba* ein sogenanntes Offenes Büro an, um Geflüchtete bei verwaltungsrechtlichen und juristischen Anliegen zu unterstützen. Auch Deutschunterricht für Geflüchtete gehört zu ihren Unterstützungsangeboten. Die Interessengemeinschaft verbleibt in ihrer Praxis nicht nur in Gräfenhainichen. Sie

engagierten sich beispielsweise aktiv bei der landesweiten Kampagne #Unteilbar Sachsen-Anhalt und beteiligten sich auch regelmäßig an Gegenprotesten gegen rechte Veranstaltungen in anderen Regionen Sachsen-Anhalts.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie oba unterstützt werden kann. Einerseits wurde von ihnen beschrieben, dass es hilfreich sei, Kontakte zu Menschen herzustellen, die zum Beispiel Geflüchtete bei Behördenterminen begleiten und unterstützen können. Andererseits seien Spenden – in Form von Geld oder andere Dingen - ebenfalls gerne gesehen. Was sie jedoch am meisten unterstützen

würde, beschrieb die interviewte Person folgendermaßen:

„Aber ich glaube, dass die größte Unterstützung wäre, etwas Zeit für unsere Sache [...] zu opfern. Und das sind oft ganz einfache Geschichten. [...] Wir haben syrische, afghanische, iranische und afrikanische Familien, wenn da mal jemand hingeh, das ist so schön. Wie sollen die unsere Sprache lernen, wenn keiner mit denen spricht.[...] Einfach Zeit zu verbringen.“

Website: <https://www.offen-bunt-anders.eu/>

Kontakt: kontakt@offen-bunt-anders.eu



X. Soziokulturelles Zentrum Zora (Landkreis Harz) - „Politisch [...] sind wir klar ein links ausgerichtetes Zentrum“

In Halberstadt existiert seit nunmehr 30 Jahren das *Soziokulturelle Zentrum Zora*. 1990 wurden Gebäude und Grundstück mitten in der Halberstädter Altstadt besetzt und später seitens der Stadt als Projekt akzeptiert. Der gleichnamige Verein - Soziokulturelles Zentrum Zora e.V. - wurde ein Jahr nach der Besetzung gegründet und ist seitdem das kollektive Gremium, welches das Projekt und dessen Aktivitäten trägt. Weitere vier Jahre später – 1995 – trat der Verein dem Landesverband Soziokultureller Zentren bei. Vier Motivationen führten zur Gründung des Projekts: Der Wunsch nach Selbstbestimmung und Selbstorganisation, das Bedürfnis nach alternativen Lebensweisen, die Notwendigkeit, einen Schutzraum zu schaffen, und viertens, kostengünstige, sinnhafte und vielfältige Veranstaltungen anzubieten. Bis heute blieb die Triebkraft, mit der Zora eine Art selbstbestimmtes Gravitationszentrum zu etablieren, bei ihren Aktivitäten und Angeboten erhalten. Die Zielgruppen des Zentrums sind vielfältig:

„Ich unterscheide immer in unseren Tagesbetrieb, mit den Sozialarbeiter:innen und in die Vereinsarbeit [...], also Konzerte, Veranstaltungen, Bar-Abende, solche Geschichten. Und da haben wir natürlich auch zwei unterschiedliche Zielgruppen. Im Tagesbetrieb sind es [...] Kinder [und] Jugendliche [...]. Da gibt es keine Klassen oder so etwas, sondern Kinder und Jugendliche generell können immer zu uns kommen, egal, ob sie reiche Eltern haben oder arme Eltern.“

Dieser inklusive Gedanke zieht sich durch die Praxis des Soziokulturellen Zentrums. *„Wir versuchen [...] unsere Angebote für jeden offen zu halten“*. Gerade Bar-Abende und Konzerte werden gerne auch von Erwachsenen besucht. Darüber hinaus finden

in der Zora auch explizit Angebote für Geflüchtete statt, sodass auch diese zur ihrer Zielgruppe gehören. Aus den unterschiedlichen Zielgruppen des Soziokulturellen Zentrums ergibt sich ein vielseitiges Portfolio an Aktivitäten und Angeboten. Die Zora übernimmt in Halberstadt als gesellschaftspolitischer Akteur die Aufgabe, eine aktive antifaschistische Erinnerungskultur aufrecht zu erhalten. So Gedenken sie jährlich mit einer kleinen Aktion an den im Jahr 2000 von Nazis ermordeten Helmut Sackers. Dabei kooperieren sie mit der Mobilien Opferberatung. Zuletzt hatten sie Ende April 2021 für das Gedenken an Helmut Sackers Ester Bejarano zu einem digitalen Zeitzeug:innengespräch eingeladen, an dem etwa 100 Personen teilnahmen. Politische Aufklärungsarbeit gehört auch über die aktive Erinnerungsarbeit hinaus zu den Eckpunkten ihrer Arbeit. Sie versuchen zum Beispiel *„Workshops stattfinden zu lassen, wenn sich eine neue rechte Gruppe mal wieder findet oder in Halberstadt vermehrt Aufkleber von rechter Seite [...] gestickert werden“*. Die Zora leistet solidarische Unterstützungsarbeit für Geflüchtete und organisiert zum Beispiel Empowerment-Workshops für geflüchtete Frauen. Ein Angebot heißt 'Über den Teller- rand': *„Geflüchtete Menschen werden mit ortsansässigen Menschen zusammengebracht. Sie kochen gemeinsam, kommen ins Gespräch, Vorurteile werden abgebaut [und] Integration gefördert“*. Auch andere Gruppen nutzen die Räume der Zora. Das Antirassistische Netzwerk Sachsen-Anhalt organisiert zum Beispiel in der Zora ein sogenanntes 'Welcome Café'. *„Da werden Anwälte in die Zora geholt, von denen sich die Geflüchteten rechtlich beraten lassen können. [...] Es gibt ein breites Spektrum an Informationsmaterial.“*

Das „Welcome Café“ ist eine offene Veranstaltung, wo die Menschen aus der ZAST zu uns kommen, sich informieren und austauschen können.“

Das Soziokulturelle Zentrum beteiligt sich auch aktiv in gesellschaftspolitischen Bündnissen. Es war zuletzt Teil der landesweiten Kampagne #Unteilbar Sachsen-Anhalt. Die vielfältigen Angebote des Soziokulturellen Zentrums sind nur möglich, aufgrund der haupt- und ehrenamtlichen Unterstützer:innen. Die Zora kann finanziell durch Spenden unterstützt werden. Zum

Anderen freuen sie sich auch über mehr Menschen, die sich am Vereinsleben oder bei Aktivitäten und Angeboten beteiligen. Die interviewte Person verwies ergänzend darauf, dass auch Kleinigkeiten wie das Teilen von Social-Media-Beiträgen oder ein Besuch das Projekt unterstützen.

Website: <https://zora.de/>

Kontakt: verwaltung@zora.de



XI. Krass leben e.V. (Landkreis Börde)- „[...] irgendwo was machen, [...] wo es noch nicht so viel gibt. Also nach Leipzig brauchst du gerade nicht mehr gehen“

Der Krass leben e.V. ist ein junger Verein, der in Grasleben (Niedersachsen) ein Haus inklusive Grundstück gekauft hat, um dort einen kollektiven Wohn- und Lebensraum zu schaffen und als progressiver gesellschaftlicher Akteur in der ländlichen Peripherie aktiv zu werden. Im Interview erzählte eine Person des Vereins:

„Also unseren Hausverein, den gibt es jetzt schon seit einem dreiviertel Jahr. Der heißt Krass leben e.V., in Anlehnung an Grasleben, Krass leben, ja, ist klar. Der Verein hat eine GmbH gegründet, um dieses Haus kaufen zu können und einen Kredit zu bekommen. [...] Die heißt Solijanka GmbH.“

Grasleben ist eine Gemeinde im Landkreis Helmstedt, wodurch das Projekt rein geografisch nicht mehr zu Sachsen-Anhalt, sondern schon zu Niedersachsen gehört. Die Gemeinde befindet sich jedoch direkt an der Grenze zu Sachsen-Anhalt und schließt direkt an den Landkreis Börde an. Aufgrund dieser unmittelbaren Nähe und der Perspektive der Projekt-Mitglieder, auch in der Börde gesellschaftspolitisch aktiv zu werden, waren Grund genug, den Krass leben e.V. als Akteur in diese Untersuchung mit aufzunehmen.

Die Gruppe, welche sich hinter dem Projekt verbirgt, hatte, bevor sie ihren Lebensmittelpunkt nach Grasleben verlegte, in einem Projekt an der deutsch-schweizerischen Grenze zusammengewohnt und war dort politisch aktiv gewesen. Nach Grasleben kamen sie dann aufgrund einer günstigen Gelegenheit, ein Haus mit Außengelände zu erwerben. Die Motivation, gemeinsam zu wohnen und politisch aktiv zu sein, verlagerte sich somit lediglich von einem Ort zum anderen. Ein Vereinsmitglied beschreibt die Motivation, nach Grasleben zu ziehen, folgen-

dermaßen:

„Wir wollen halt zusammenleben weiter, und wir wollen weiterhin politisch was machen, und wir haben kein Bock mehr auf Mietvertrag. Und dann war uns erst mal egal, wo hin. Uns war klar: Süddeutschland wird es nicht werden. Ist zu teuer und war auch nicht unser Pflaster und so, alles so schickimicky und so. Ja und dann war uns klar, ländlicher Raum ist uns wichtig. Ein bisschen Platz haben und auch irgendwo was machen, [...] wo es noch nicht so viel gibt.“

Gemeinsam zu wohnen, gesellschaftspolitisch wirkmächtig zu werden und neue Beziehungsweisen untereinander, als auch mit anderen zu ermöglichen, ist die politische Zielperspektive des Projekts:

„Also wir sind nicht so eine Landkommune, die halt guckt, dass sie ein schönes, gemütliches Leben hat, wenig Miete zahlen muss und sich abkapselt, sondern, das ist von allen eigentlich so der Konsens, wir wollen mit der Umgebung was machen. Erstmal Nachbarschaft, dann das Dorf und dann halt die ganze Umgebung und dann die Welt.“

Das Projekt möchte verschiedene Zielgruppen der Region erreichen, sie politisieren, sensibilisieren und aktiv in das Projekt einbeziehen.

„Also erst mal schon auf jeden Fall für alle Leute, die Bock haben. Wir wollen auch so irgendwie einmal die Woche später ein Kaffee machen, wenn man so etwas wieder darf, und Küfa, also ich sage mal für Leute, die so ein bisschen älter, gesetzter sind, die nicht so Bock auf Party haben [...]“, berichtet die interviewte Person. Zugleich wollen sie auch Angebote für jüngere Menschen schaffen, wie zum Beispiel Graffitiworkshops und Partys oder einen Skatepark auf dem

Projektgelände. Zu ihrer Zielgruppe zählen darüber hinaus Geflüchtete. In der Nähe von Grasleben befindet sich die Gemeinschaftsunterkunft in Harbke. Hierfür möchte das Projekt eine solidarische Unterstützungs- und Vernetzungsarbeit realisieren.

Aktuell befindet sich das Projekt in einer Renovierungsphase. Diese bindet viele Kapazitäten, bleibt aber notwendig, um Wohn- und Projektflächen nutzen zu können. Trotz ihrer begrenzten Zeitressourcen versuchen die Mitglieder des Krass leben e.V. seit ihrem Umzug nach Grasleben Anfang 2021, sich in der Region zu vernetzen. Erste Kontakte zur Gemeinde wurden bereits geknüpft. Eine weitere Aktivität des Projektes ist eine kritische Männlichkeitsrunde. Hierfür tauschen sie sich nicht nur projektintern,

sondern auch mit einem anderen Projekt aus, um genderbezogene Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu reflektieren und abzubauen.

Der Krass leben e.V. kann auf unterschiedlichste Weise unterstützt werden. Weil gegenwärtig viel renoviert und gebaut wird, helfen dem Projekt zur Zeit Direktkredite. Dadurch wird es ihnen möglich, notwendige Bauprojekte schneller umzusetzen. Wer direkt beim Bauen mithelfen möchte, kann dies jeden Montag bis Mittwoch tun. Darüber hinaus freuen sich die Menschen des Projektes über Besuche von außerhalb und Einladungen in andere Projekte.

Kontakt: krassleben@riseup.net

XII. AZ Kim Hubert (Altmarkkreis Salzwedel) - „Salzwedel hat gute Grundlagen, um hier linksradikale Politik zu machen. [...] hier gibt es viele Projekte, hier gibt es eine grundsätzliche Struktur. Hier gibt es Leute, die haben Bock [und] [...] es gibt Raum vor allem“

Das Autonome Zentrum (AZ) Kim Hubert in der Altperver Str. 34 ist ein Hausprojekt in Salzwedel, das seit 2008 existiert. Das gesellschaftspolitische Ziel des Projektes besteht darin, einen Raum zu schaffen, in dem sich Menschen selbstbestimmt verwirklichen und gleichzeitig ein kollektives Zusammenleben praktizieren können.

„[...] linksradikale Politik in die Stadt hineinzutragen [...]“ ist eines der Kernpunkte der politischen Praxis.

Das AZ ist dabei nicht nur selbst politischer Akteur, sondern stellt auch Räumlichkeiten für andere Akteur:innen wie zum Beispiel die Rote Hilfe oder Fridays-for-Future zur Verfügung. Die Motivation, ein AZ in Salzwedel zu gründen, wurde in den 2000ern auch geleitet von einer geografisch-strategischen Intention.

„Salzwedel hatte noch so gefehlt. Im Wendland gibt es bestehende linksradikale Strukturen [...], aber in der gesamten Altmark [...] gab es das nicht, und wieder weiter südlich gab es dann Magdeburg, wo es dann auch wieder Anlaufpunkte gab“, beschreiben zwei Aktiven während Interviews ihre Beweggründe.

Zu Beginn war das Haus und das dazugehörige Grundstück besetzt. Ein paar Jahre später konnte der eigens gegründete Hausverein das Grundstück für einen symbolischen Preis erwerben und somit in eine kollektive Eigentumsform überführen. Ihre Zielgruppe beschreiben die Aktiven als breites Spektrum an Menschen aus Salzwedel und der Region. Trotz dieser offenen Zielgruppenbeschreibung machen sie gleichzeitig deutlich, dass bestimmte Personengruppen keinen Zutritt zu den Räumlichkeiten haben:

„Ja, also. Auf jeden Fall [...] keine Nazis. Das

ist klar. Keine Polizei. Generell staatliche Behörden [...].

Diese Haltung wird nachvollziehbar mit dem Wissen darum, dass das AZ ein Freiraum und zugleich Schutzraum für Menschen sein soll, die von Diskriminierung und anderen gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen betroffen sind. Folgerichtig ist es aus einer solchen Perspektive nur konsequent, nicht nur Nazis und anderen Menschen, welche rechte und reaktionäre Ideologien vertreten, den Zutritt zu verweigern, sondern aufgrund institutionalisierter Praxen wie Racial Profiling auch staatlichen Organen wie der Polizei. Das Projekt fungiert insbesondere für jüngere Menschen als erster Berührungspunkt mit linksradikaler Politik, weil es das einzige Soziokulturelle Zentrum in Salzwedel und dem Landkreis ist.

Neben Konzerten, Barabenden und einer „Küche für alle“, welche regelmäßig im Projekt stattfinden, werden Workshops, Info- und Sportveranstaltungen angeboten. „[...] Da gab es schon viele Sachen. Wir hatten auch schon Theater hier, also [...] künstlerische Veranstaltungen. So etwas in der Richtung haben wir eigentlich immer gemacht“, berichten die interviewten Personen. Der Hof eignet sich auch hervorragend für Kunstprojekte. Häufiger kämen Menschen vorbei, um sich in Graffiti auszuprobieren. Ein weiteres, vor der Pandemie auch von externen Personen und Gruppen oft genutztes Angebot, war der eingerichtete Seminarraum im AZ. Leider kann dieser gegenwärtig aufgrund von Renovierungsarbeiten und der Kontaktbeschränkungen nicht genutzt werden.

„Was wir vor Corona auch immer noch gemacht haben, ist unsere Räumlichkeiten als

so eine Art Seminarraum umgebaut zu haben, um trotzdem Möglichkeiten zum Treffen, Planen und Organisieren zu schaffen. Andere Gruppen aus größeren Städten, die sich auch mal auf das Land zurückziehen wollen, für sich als Gruppe nochmal neu organisieren oder besprechen wollen - dafür sind wir auf jeden Fall immer gern zu haben. Einfach so [...] Perspektivplena zu machen oder Ähnliches. Was sich hier auf dem platten Land in der ruhigen Altmark natürlich anbietet. Mal raus zu kommen und über Inhalte zu quatschen.“

Das AZ Kim Hubert lebt von den Menschen, die sich dort engagieren. „Aber so richtig geholfen wäre uns auf jeden Fall, wenn [...] einfach mehr Leute Bock hätten, etwas in Salzwedel zu machen [...]“.

Die Räumlichkeiten sind vorhanden, und die Aktiven des AZ's freuen sich, wenn Einzelpersonen oder Gruppen Veranstaltungen im Projekt durchführen möchten. Dafür lasse sich das offene, regelmäßig stattfindende Plenum nutzen, um das Vorhaben zu erläutern. Eine solche Eigeninitiative sei begrüßenswert, weil dadurch das Angebot des AZ's erweitert würde. Als weitere Unterstützungsmöglichkeiten nannten die interviewten Personen Geldspenden für Renovierungsarbeiten. Dadurch seien Bauvorhaben besser planbar und schneller umsetzbar. Darüber hinaus können sich Menschen bei den sogenannten Bauwochen einbringen, die in der Regel ein bis zweimal im Jahr stattfinden.

Website: <https://squatsalzwedel.noblogs.org/>

Kontakt: az-error@riseup.net



XIII. Evangelisch reformierte Petrigemeinde Burg (Jerichower Land) -

„Wir mischen uns hier schon ein“

Progressive politische Praxen müssen nicht nur ausschließlich von klassischen linken Organisationsformaten wie Bündnissen oder Initiativen, sondern können auch von anderen zivilgesellschaftlichen Institutionen, wie zum Beispiel Vereinen, Jugendclubs oder auch religiösen Gemeinden, getragen werden. Letzteres ist in der Stadt Burg (bei Magdeburg) im Jerichower Land der Fall. Die *Evangelisch Reformierte Petrigemeinde Burg* ist zwar primär eine Glaubensgemeinschaft, agiert aber auch als gesellschaftspolitischer Akteur, der in der Stadt und der Region mit einer solidarischen Praxis große Ausstrahlungskraft hat. Die Gemeinde versteht sich wie viele evangelisch reformierte Gemeinschaften als basisdemokratisch, hat also bereits eine progressive Organisationsstruktur. Das interviewte Gemeindemitglied beschreibt dies folgendermaßen:

„Wir sind radikal basisdemokratisch. Also die Gemeinde baut sich von unten auf. Also der Pfarrer hat bestimmte Aufgaben, aber der hat nicht einen ganz besonderen Status, sondern der bekommt halt für seine Arbeit Geld und muss deshalb bestimmte Aufgaben einfach übernehmen.“

Das heißt konkret: Die Gemeinde bestimmt alle ihre Vertreter:innen selbst in regelmäßig stattfindenden basisdemokratischen Gemeindewahlen. Die daraus resultierenden Ämter auf Zeit seien als ein „[...] Kernmoment dieser reformierten Spielart des Protestantismus“ zu verstehen.

Die Gemeinde wurde 1691 von Menschen gegründet, die aufgrund ihres Glaubens in die Region des heutigen Jerichower Lands flüchten mussten und ist seitdem in der Stadt Burg (bei Magdeburg) ansässig. Diese historische Fluchterfahrung bildet auch heute noch einen emphatischen Bezugspunkt für ihr

gesellschaftspolitisches Engagement: Seit 2015/2016 sind sie aktiv in der Arbeit mit Geflüchteten. Sie solidarisieren sich mit Menschen, die von Abschiebungen bedroht sind und geben ihnen Kirchenasyl bei sich auf dem Gemeindegelände. *„Wir sind ein Schutzraum hier“*, formulierte das Gemeindemitglied während des Interviews. Ihre Perspektive reicht aber darüber hinaus: Es ginge *„[...] nicht nur um materielle Hilfe, sondern auch um das, was man Würde nennt, oder das, was man so als Angenommen sein oder hier darfst du auch sein, oder hier darfst du auch kommen mit all deinen Schwächen.“* Die Gemeinde versucht damit, einen emanzipatorischen Raum zu schaffen, in denen Menschen Schutz, Anerkennung und Solidarität erfahren. Darüber hinaus bietet die Gemeinde Asylberatungen an und begleitet Geflüchtete bei ihren Asylverfahren. *„Die Strahlkraft dieser Gemeinde entsteht einfach durch das was sie tut, würde ich sagen. Das strahlt schon auch in die Stadt“*, erklärte das Gemeindemitglied. Doch auch über die Stadtgrenzen hinaus greift die Metapher des Leuchtturms. Ihre antirassistische Praxis und die Möglichkeit, Menschen durch Kirchenasyle vor Abschiebungen zu schützen, ist über die Ländergrenzen Sachsen-Anhalts bekannt. So bekommt die Gemeinde Anfragen von überall, ob Kirchenasylplätze vorhanden seien.

Auch für jüngere Menschen bietet die Evangelisch Reformierte Petrigemeinde Burg verschiedene progressive Angebote.

„Wir machen Integrationsarbeit. Wir haben so einen internationalen Kinderclub, wo sich von Woche zu Woche 40 Kinder treffen, aller möglichen Nationalität. Auch deutsche Kinder“, berichtete die interviewte Person.

Für dieses Engagement wurde die Gemeinde vom Land Sachsen-Anhalt für ihre Integrationsarbeit prämiert. Die Gemeinde fungiert nicht nur als Religionsgemeinschaft, sondern auch als verbindender Akteur, in dem sich nicht nur Evangel:innen engagieren. Es seien auch nicht-religiöse Menschen in der Gemeinde aktiv, die darin eine Möglichkeit sehen, sich für eine plurale und solidarische Gesellschaft praktisch einzusetzen und diese zu verwirklichen, zum Beispiel in dem sie Patenschaften für geflüchtete Kinder übernehmen.

Zu den gesellschaftspolitischen Aktivitäten der Gemeinde gehörte in der Vergangenheit auch ein aktives antifaschistisches Engagement.

„Es gab ja vor Jahren einige Naziaufmärsche. Die hat es ja auch in Burg gegeben. Da waren wir natürlich auch beteiligt [Gegen-]

Demonstrationen zu organisieren“.

Die Gemeinde ist Teil einer lokalen Bündnisstruktur, dem *Runden Tisch gegen Rechts*. *Es handelt sich* um ein Aktionsbündnis von verschiedenen zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren wie Sportvereinen, der mobilen Opferberatung und Gewerkschaften. Auf die Frage, wie Andere die Gemeinde unterstützen können, antwortete das Gemeindemitglied, dass ihnen Kleider-, Lebensmittel- und Geldspenden helfen. Ansonsten freuen sie sich auch über helfende Hände und Gesten der Solidarität.

Website: <https://www.ekm-reformiert.de/petrigemeinde-burg-start-seite/>

Kontakt: petri-kirche-burg@t-online.de

5.2 Defragmentierende Potenziale in Sachsen-Anhalt und damit verbundene Herausforderungen – Ergebnisse der empirischen Untersuchung

In diesem zweiten Abschnitt des empirischen Teils der vorliegenden Studie werden die Ergebnisse des qualitativen Forschungsprozesses in Form von drei Thesen präsentiert. Zugleich werden diese Ergebnisse mit den

theoretischen Überlegungen des Kapitels 2 und 3 diskutiert, um daraus Schlussfolgerungen zur Beantwortung der Forschungsfrage zu ziehen.

These I.: In Sachsen-Anhalt existieren verschiedene Formen von Vernetzungen und Kooperationen, woraus defragmentierende Potenziale abgeleitet werden können.

Bevor die unterschiedlichen Formen in der eingangs formulierten Ergebnisthese vorgestellt werden, gilt es noch einen anderen Befund aus dem Datenmaterial hervorzuheben: Alle für die vorliegende Untersuchung interviewten Akteure sind in Vernetzungen und Kooperationen - meistens in Netzwerken oder Bündnisstrukturen - mit anderen progressiven Akteuren aktiv. Es existieren also in Sachsen-Anhalt unterschiedliche Vernetzungs- und Kooperationsverbände, in denen progressive Akteure versuchen, eine kollektive Handlungsfähigkeit zu entwickeln. Dieses Ergebnis verdeutlicht, dass es eine aktuelle Tendenz zur Kooperation unter progressiven Akteuren gibt. Womit diese Tendenz zusammenhängt, soll in der zweiten Ergebnisthese genauer beleuchtet werden. Die im Datenmaterial sichtbar gewordenen Vernetzungen und Kooperationen lassen sich in drei verschiedene Formen einteilen. Diese werden im Folgenden vorgestellt und unter Einbezug der theoretischen Ergebnisse und Annahmen in Kapitel 2 und 3 dahingehend diskutiert, ob sich daraus Ansatzpunkte und Herausforderungen für eine defragmentierende Praxis ableiten lassen.

Eine Form, welche in den Interviews deutlich wurde, sind **regional-feldübergreifende Vernetzungen und Kooperationen**. Darunter werden alle Kommunikationsnetzwerke und Arbeitszusammenhänge zwischen Akteuren verstanden, welche in unterschiedlichen Feldern aktiv sind und zugleich eine gewisse regionale Nähe zueinander vorweisen. Regionale Nähe meint hierbei, dass die Akteure in derselben Stadt oder in demselben Landkreis aktiv sind. In den geführten Interviews zeigte sich, dass vor allem die progressiven Akteure in Magdeburg und Halle diese Vernetzungs- und Kooperationsform aufweisen. So formulierte das Gründungsmitglied der *SoLawi Vielfeld e.V.*:

„In Magdeburg sind [...] wir weitestgehend mit allen Gruppen aus der linken und grünen Szene vernetzt“ (I SOL).

Die interviewte Person des *Bündnisses Gesundheit ohne Profite* äußerte sich vergleichbar. Das Bündnis hatte beispielsweise vom 1. Mai bis zum 12. Mai 2021 eine Aktionswoche gegen den Profitdruck im Gesundheitssystem mit anderen progressiven

Akteuren aus Halle und Leipzig (*IL-Halle, ver.di, Ende Gelände Halle und Sintoma*).¹⁴ Verein Demokratischer Ärzt:innen und Ärzte Leipzig und Halle) organisiert. Die Aktionswoche zeigt, wie unterschiedliche Feldakteure einer Region, wenn auch nur temporär, zu einem Thema gemeinsam aktiv werden. Solche regional-feldübergreifenden Kooperationsverbände erscheinen gerade in Städten als Potenzial, weil sich viele progressive Akteure verschiedener Felder dort konzentrieren. Auch die interviewten Personen vom *Feministischen Kollektiv Magdeburg* bestätigten diese Erfahrung und verwiesen zugleich auf eine Herausforderung:

„Um ehrlich zu sein, würde ich sagen, dass wir in Magdeburg gut vernetzt sind und über Magdeburg hinaus nicht gut vernetzt sind, zumindest nicht auf so einer strukturellen Ebene als Kollektiv“ (I FK).

Diese Einschätzung kann an dieser Stelle der Untersuchung als Herausforderung für das Entstehen einer Mosaiklinken in Sachsen-Anhalt festgehalten werden. Womit dieses Defizit zusammenhängen könnte, wird im weiteren Verlauf der empirischen Untersuchung erörtert.

Nicht nur in den Oberzentren Sachsen-Anhalts wurden regional-feldübergreifende Vernetzungen und Kooperationen empirisch nachvollziehbar. Auch die interviewten Personen der Akteure aus den Mittelzentren schätzten häufig ihre regionalen Vernetzungen positiv ein. So formulierten zum Beispiel die Aktiven des *AZ Kim Hubert* in Salzwedel folgendes:

¹⁴ Sintoma ist eine 2018 gegründete Plattform in Halle (Saale), welche nach Wegen sucht „[...] das Gesundheitswesen so zu gestalten, dass möglichst alle Menschen von einer patientengerechten und sozialverantwortlichen Medizin profitieren können“ (Sintoma 2019). Hierfür beschäftigen sie sich inhaltlich mit der Thematik und treten als aktiver politischer Akteur in Erscheinung.

„Also grundsätzlich auch nochmal zur Vernetzung: Also innerhalb der Stadt läuft, wie wir gerade erwähnt haben, die Vernetzung sehr, sehr gut. Also wirklich. So regional klappt das wirklich sehr gut. Also hier gibt es viele Projekte, die wir auch kennen und wo wir [...] in der Stadt auch viele treffen und wo es auch viele Treffen gibt“ (I KH).

Schon im Kapitel 3 wurde argumentiert, dass Vernetzungen und Kooperationen Ansatzpunkte zur Herstellung von kritischen Transformationsallianzen sein können. Gerade regional-feldübergreifende Vernetzungen und Kooperationen wären damit prädestiniert, einen potenziellen Ausgangspunkt für ein mosaiklinkes Projekt zu bilden. Gerade in den Oberzentren und in den Mittelzentren von Sachsen-Anhalt konzentrieren sich verschiedene progressive Akteure auf engstem Raum und bilden Knotenpunkte, welche sich aufgrund ihrer Nähe zueinander verbinden ließen. Diese Ballungsräume, in denen sich durch eine geografische Nähe Akteure organisch begegnen – sich „[...] in der Stadt auch viele treffen [...]“ (ebd.) – bieten ein Potenzial, dass sich Feldakteure miteinander in einem kritischen Kooperationsverbund zusammenfinden und eine kollektive Handlungsfähigkeit entwickeln.

Trotz dieser Möglichkeiten, die mit regional-feldübergreifenden Vernetzungen und Kooperationen verbunden sind, fiel in dem Datenmaterial auf, dass die interviewten Akteure aus den Oberzentren Magdeburg und Halle keine Vernetzungen oder Kooperationen zueinander aufwiesen. Die Ursachen, womit dieser Befund zusammenhängt, können in dieser Untersuchung nicht vollständig erschlossen werden. In der zweiten Ergebnisthese werden dazu Überlegungen angestellt, die Hinweise auf Gründe für dieses Ausbleiben geben könnten. Zugleich muss an dieser Stelle kritisch

angemerkt werden, dass dieser Befund aufgrund der geringen Auswahl an interviewten Akteuren aus diesen Städten als nicht repräsentativ für alle Akteurs-Strukturen gelten kann.

Dennoch lässt sich aus diesem vorläufigen Ergebnis ein strategischer Ausblick für eine mosaiklinke Perspektive in Sachsen-Anhalt formulieren: Alleine in den zwei Oberzentren Magdeburg und Halle, in denen sich eine Vielzahl an progressiven Feldakteuren konzentrieren, könnte durch eine Fokussierung städteübergreifender Vernetzungen und Kooperationen ein nicht zu unterschätzendes Potenzial entfaltet werden, in dem mehrere Feldakteure miteinander in Kontakt kommen, sich austauschen und bestenfalls eine kollektive Handlungsfähigkeit entwickeln. Eine weitere Verbindung zu den Akteuren in den Mittelzentren und den ländlichen Regionen könnte dieses Potenzial nochmals erhöhen.

Trotz dieser Chance, welche mit der Vernetzung und Kooperation zwischen den größeren Städten Sachsen-Anhalts existiert, wurde gleichzeitig eine Herausforderung für eine mosaiklinke Formation im Bundesland empirisch deutlich. Mit einer Fokussierung auf die Oberzentren als geografische Knotenpunkte laufen Kooperationsverbände Gefahr, die ländlichen Akteure aus dem Blick zu verlieren. Gerade in einem Flächenland wie Sachsen-Anhalt könnte hieran eine mosaiklinke Offensive scheitern. Die interviewten Personen des *Rats* in Obhausen erklärten diesbezüglich:

Bei der Gründungsveranstaltung „[...] hatten wir auch diverse – eigentlich alles was es im südlichen Sachsen-Anhalt gibt – angeschrieben und eingeladen. Und dann kam natürlich auch Leute, [...] zum Beispiel auch Henriette Quade als Abgeordnete. Aber zum Beispiel aus den Großstädten oder aus der

Großstadt Halle [...] da gab es nicht mal eine Mail zurück auf die Einladung. [...] Von denen [linke Gruppen aus Halle] war bisher nie jemand hier“ (I RATS).

Während die Aktiven des *Rats* selbst versuchen, überregional solidarisch zu sein, nehmen sie gleichzeitig wenig Unterstützung von progressiven Akteuren aus den Oberzentren wahr. Sie formulierten weiter:

„Also das ist dann diese Solidarität, [...] die ländlichen Provinzen unterstützen, ist dann immer eine Einbahnstraße“ (ebd.).

Diese „Einbahnstraße“ könnte insoweit zur Herausforderung werden, weil dadurch die progressiven Akteure im ländlichen Raum abgehängt werden oder sogar abgehängt sind, anstatt mit ihnen eine gemeinsame Praxis zu entwickeln. Gerade im Hinblick auf den gesellschaftlichen und parlamentarischen Rechtsruck und der fehlenden progressiven Gegenmacht in Sachsen-Anhalt werden die ländlichen Akteure wahrscheinlich auch zukünftig zunehmend unter Druck geraten und erschwerte Handlungsbedingungen erfahren. Dies ist umso problematischer, wenn man sich vor Augen führt, dass die fragmentierten ländlichen Akteure häufig als alleinstehende progressive Leuchttürme in ihre Regionen strahlen und gleichzeitig dort die AfD mehr Stimmen zur vergangenen Landtagswahl mobilisieren konnte als in den Städten.

Zu begrüßen ist die gegenwärtige Tendenz, dass nicht nur in den Städten vermehrt neue progressive Akteure entstehen, sondern auch in den ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts. So berichtete die interviewte *bewegungslinke Person*, dass progressive Akteursstrukturen auch in diesen Teilen des Bundeslands in letzter Zeit quantitativ zugenommen haben und sich sogar trotz der Angriffe von Rechten und Konservativen verstetigen konnten:

„Das ist der Wahnsinn was hier [in den Städten Sachsen-Anhalts] an Gruppen und Akteuren neu hinzugekommen ist. Aber auch im ländlichen Raum ist das ja eine ähnliche Entwicklung, beziehungsweise konnten sich dort zivilgesellschaftliche Akteure auch konsolidieren und sind nicht gleich wieder verschwunden, sondern sind weiterhin ein stabiler Ansprechpartner für eine progressive Praxis. Das ist schon ganz, ganz wichtig. Das ist ein großes Fundament und ich finde, das ist auch keine einfache Arbeit, die diese Akteure vor Ort machen. Gerade so in ländlichen Gebieten. Deswegen gebührt ihnen auch großer Respekt. Also es ist schon sozusagen ein Erfolg, dass die überhaupt noch durchhalten, weil die Angriffe auf sie selbst als Einzelpersonen oder als Struktur sind ja nicht gerade kleiner geworden, sondern größer geworden durch die AfD, die ja ganz gezielt mit Feindbildmarkierungen arbeitet. Oder auch durch die CDU“ (I BL)

Um diesen geschilderten Angriffen standzuhalten, könnten solidarische Beziehungen in Form von Vernetzungen und Kooperationen der städtischen mit den ländlichen Akteuren hilfreich sein, um letztere in ihrer Praxis zu unterstützen. Solche Vernetzungen existieren bereits in Sachsen-Anhalt, wenn auch nicht flächendeckend. Zum Beispiel verwies die interviewte Person des *Krass leben e.V.* aus Grasleben darauf, dass ihr Projekt gut in die Oberzentren Sachsen-Anhalts vernetzt sei, gleichzeitig jedoch bisher Vernetzungen in andere Regionen des Bundeslands ausblieben.

„Mit dem Radio Corax sind wir vernetzt in Halle. Das Libertäre Zentrum in Magdeburg, das sind gute Freunde, und dann hat es sich eigentlich schon so ziemlich erledigt, soweit ich weiß. Das [weitere Vernetzungen und Kooperationen in Sachsen-Anhalt] [...] muss noch wachsen“ (I KL), formulierte die interviewte Person des Projekts.

Bis hierhin kann folgendes festgehalten werden: In den Oberzentren Sachsen-Anhalts werden einerseits Vernetzungen und Kooperationen unter progressiven Akteuren als vorhanden und eher positiv eingeschätzt, während andererseits Akteure in den ländlichen Regionen anscheinend eher weniger in die Städte vernetzt sind, dafür den Kontakt dahin aber proaktiver suchen. Trotz der Potenziale, welche regional-feldübergreifende – und vor allem städteinterne und -übergreifende – Vernetzungen und Kooperationen entfalten können, dürfen gleichzeitig die ländlichen Regionen in Zukunft nicht vernachlässigt werden. Auch in diesen Regionen bedarf es Netzwerke in Form von Kontakten zu Einzelpersonen und Strukturen, um eine gemeinsame Praxis zu entwickeln und sich bundeslandweit mosaiklinks formieren zu können. Strategisch würde dies für die Praxis der städtischen Akteure bedeuten, dass diese einen Schritt auf die ländlichen Akteure zugehen und versuchen, diese in ihre Netzwerke und Kooperationen aktiv miteinzubeziehen. Eine solche strategische Notwendigkeit formulierte auch das *Bündnis Gesundheit ohne Profite Halle* und verweist auf das Potenzial von Stadt-Land-Kooperationen:

„Das Gleiche in Havelberg, wo wir mittlerweile ganz gute Kontakte hinhaben [...], wo halt ein Krankenhaus geschlossen wurde. Die Leute haben richtig Bock, sind richtig motiviert und haben auch Lust, das Thema Sachsen-Anhaltweit aufzugreifen, weil ich glaube, vor allem im ländlichen Raum, wo die Leute seit eigentlich 1989/90 [...] immer wieder die Erfahrung machen mussten, dass soziale Daseinsvorsorge zurückgebaut wird, dass Leistungen zurückgebaut werden, dass sie immer weiter alleine gelassen werden“ (I GOP).

Dieses Gefühl des Alleingelassen-werdens gilt es von links zukünftig aufzugreifen und eine gesellschaftliche Linke zu formieren,

welche sich aktiv mit den ländlichen Akteuren solidarisiert und versucht, gemeinsam handlungsfähig zu werden. Im Jahr 2021 zeigte das zivilgesellschaftliche Bündnis #Unteilbar Sachsen-Anhalt, wie eine solche Praxis feldübergreifend auf Landesbene zwischen städtischen und ländlichen bzw. kleinstädtischen Akteuren entwickelt werden kann. Auf welche Weise dies geschieht, wird in der dritten Ergebnisthese noch einmal konkreter ausgearbeitet.

Eine zweite Form von Vernetzungen, die im Datenmaterial deutlich wurde, sind **überregional-feldspezifische** Kooperationen. Darunter werden alle Kommunikationsnetzwerke und Arbeitszusammenhänge zwischen unterschiedlichen Akteuren verstanden, welche im gleichen (Themen-)Feld aktiv sind und überregional in der Fläche Sachsen-Anhalts existieren. Dabei war auffällig, dass alle Akteure, unabhängig von ihren jeweiligen (Themen-)Feldern, in denen sie aktiv sind, diese Form aufwiesen. Die interviewte Person der *Bürgerinitiative Zukunft statt Braunkohle – Region Lützen* betonte beispielsweise, dass sie als Struktur mit dem überregionalen Aktionsbündnis *Ende Gelände* vernetzt und Teil des bundesweiten Bündnisses *Alle Dörfer bleiben!*¹⁵ seien (vgl. I ZSB). Auch andere Akteure berichteten, dass solche überregional-feldspezifischen Vernetzungen und Kooperationen existieren. So formulierte das interviewte Gründungsmitglied der *SoLawi*:

„Bundesweit gibt es das Netzwerk Solidarisches Landwirtschaft. [...] Also wir sind da auch als SoLawi Mitglied und die organisieren immer Vernetzungen“ (I SOL).

¹⁵ Das Bündnis *Alle Dörfer bleiben!* ist ein bundesweiter Zusammenschluss von progressiven Akteuren, um sich für den Erhalt von Dörfern einzusetzen, welche durch die Ausweitung der Braunkohle-Tagebaue weichen sollen. Diesen Kampf verbindet das Bündnis mit dem Ziel einer grundlegenden sozial-ökologischen Transformation der Gesellschaft (vgl. *Alle Dörfer bleiben!* o.J).

Diese Form von Vernetzungen und Kooperationen erscheinen in Sachsen-Anhalt als strategisch notwendig, um, aufgrund der fragmentierten und gering ausgeprägten progressiven Akteurslandschaft, überhaupt eine gewisse Handlungsfähigkeit in bestimmten Feldern entwickeln zu können. Solche überregional-feldspezifischen Vernetzungen und Kooperationen wirken, wenn auch nur auf ein Themen-Feld bezogen, defragmentierend. Wie erfolgreich eine überregionale Vernetzung sein kann, berichtete die interviewte *Gewerkschaftssekretärin von ver.di*: Die überregional vernetzten Ameos-Beschäftigten und deren Streiks waren ihrer Einschätzung nach eine Schlüsselressource, um ausreichend gesellschaftliche Macht in Form von Diskursmacht entwickeln zu können, um eine weitere Privatisierung eines insolventen Klinikums durch das Unternehmen in Sachsen-Anhalt zu verhindern:

„Durch diese Vernetzung und durch die Streiks hat zum Beispiel Ameos Naumburg-Zeitz nicht bekommen. Das war ein ganz wichtiger Erfolg. Da hatten ja ganz viele auch wirklich große Ängste, dass jetzt Ameos auch noch die Naumburg-Zeitz Kliniken [...] bekommt. Das sind ja vorher auch mal städtische Kliniken gewesen, dann Eigenbetrieb und nachher sozusagen Gesellschafter die Stadt Naumburg-Zeitz, aber zu 100 Prozent noch Gesellschafter aber als GmbH geführt. [Dann] schlechte Zahlen gehabt und dann stand das Ding plötzlich in der Insolvenz und da war Ameos sofort zur Stelle und wollte diese Kliniken kaufen. Und dann gab es aber das schlechte Image durch die Streiks und dann haben sie das Gott sei Dank nicht bekommen“ (I VG).

Unter Diskursmacht versteht Robin de Greef eine Form von gesellschaftlicher Macht, wodurch Akteure in der Lage sind „[...] in

öffentliche Debatten einzugreifen und dort Anerkennung für die eigenen Anliegen zu generieren“ (de Greef 2021: 33). Damit diese Machtressource Wirkung entfalten, müsse „[...] an herrschende Gerechtigkeits- und Moralvorstellungen sowie ins öffentliche Bewusstsein eingelagerte Erzählungen angeknüpft werden“ (ebd.). Diskursmacht könne nach de Greef gerade dann von Bedeutung sein, wenn andere Machtressourcen gering ausgeprägt seien (vgl. ebd.). Laut den geschilderten Erfahrungen der Gewerkschaftssekretärin hat anscheinend gerade diese Machtressource im Kontext der Aneos-Streiks eine entscheidende Rolle gespielt, um weitere Privatisierungen zu verhindern. An dieses erfolgreiche Beispiel und das Nutzen von Diskursmacht wird in der III. Ergebnisthese noch einmal konkreter angeknüpft.

Solche überregional-feldspezifischen Verbindungen von progressiven Akteuren scheinen auf den ersten Blick nicht richtig zum Konzept einer Mosaiklinken zu passen, geht es doch bei diesem strategischen Ansatz darum, verschiedene Felder und deren Akteure zu verbinden. Jedoch bieten solche überregional-feldspezifischen Kooperationen auch für eine mosaiklinke Praxis Ansatzpunkte (siehe Kapitel 3). Einerseits kann dadurch, wie das Beispiel von den überregional vernetzten und kooperierenden Aneos-Beschäftigten zeigte, eine feldspezifische Handlungsmacht entwickelt werden. Folgt man der in Kapitel 3 aufgeworfenen Überlegung, dass es zuerst eine feldspezifische Handlungsmacht benötigt, um eine feldübergreifende zu entwickeln, so sind Erfahrungen wie die von den Aneos-Streiks als fruchtbare Ansatzpunkte zu deuten, an denen praktisch angeknüpft werden kann (siehe Ergebnisthese III). Gleichzeitig ist mit rein feldspezifischen Vernetzungen und Kooperationen auch die Gefahr verbunden,

dass sich anstatt eines Miteinanders der verschiedenen Akteure aus unterschiedlichen Feldern nur ein dauerhaftes Nebeneinander konsolidiert. Es müsste daher, wie schon in Kapitel 3 angedeutet wurde, eher eine Praxis entwickelt werden, welche darauf abzielt, in feldspezifische Kämpfe Akteure aus anderen Feldern mit einzubeziehen, um die eigene Durchsetzungsfähigkeit zu erhöhen. Dafür wurden im Kapitel 3 felderverbindende Themen vorgeschlagen, an denen verschiedene progressiven Feld-Akteure ihre Interessen re-formulieren können. Welches Thema sich in Sachsen-Anhalt dafür anbietet, wird in der III. Ergebnisthese genauer dargestellt.

Anlassbezogene-feldübergreifende Vernetzungen und Kooperationen sind eine weitere Form, welche aus dem Datenmaterial hervorgingen. Darunter werden alle temporären Kommunikationsnetzwerke und Arbeitszusammenhänge von Akteuren aus unterschiedlichen Feldern verstanden, die sich aus einem konkreten Anlass (ein Thema, ein Termin, ein gesellschaftlicher Diskurs etc.) zu einem Kooperationsverbund zusammenschließen (Bündnis, Initiative etc.). Diese Form von Vernetzungen und Kooperationen wurden in den Interviews regional als auch überregional festgestellt. Diverse Interviewpartner:innen gaben an, dass sie zu konkreten Anlässen - wie zum Beispiel rechten Übergriffen, Krankenhausschließungen oder anderen gesellschaftlichen Ereignissen – feldübergreifende Kooperationen eingingen und eine temporäre kollektive Praxis mit Akteuren aus anderen Feldern entwickelten. Zum Beispiel formulierte die interviewte Person vom *Bündnis Dessau Nazifrei*:

„Wir machen auch etwas gemeinsam mit Fridays-for-Future. Das heißt also [unsere] letzte Aktion war: Ein Fahrradkorso gegen den

[Querdenken]-Autokorso. Da haben wir gesagt: Nein, wir schließen uns denen [Fridays-for-Future] an. Natürlich war letztlich der Erfolg, dass wir doch diesen AFD-Korso mal kurz blockieren konnten [...]“ (I BDN).

Auch die interviewten Aktiven des AZ Kim Hubert berichteten von solchen Erfahrungen:

„Dann hat sich halt dieses Bündnis gegründet, was dann auch einmal im Jahr eine bürgerliche Demo gemacht hat [...], wo wir von Anfang an gesagt haben: Ey cool. Macht das. Wir sind dabei. Wir sind auch bis heute noch Teil des Bündnisses als Projekt. Das war dann nochmal eine andere Perspektive. Dass normale Leute nochmal aufmerksamer wurden auf so ein Naziproblem. Damit haben wir sehr, sehr gute Erfahrungen gemacht, und was dann auch dazu geendet hat, dass wir, glaube ich, vor zwei Jahren [...]. Hier von der AFD, hier Björn Höcke und Kalbitz nach Salzwedel gekommen [sind] und dann haben wir zusammen einfach mit Bürger:innen [...] eine Demo organisiert mit 1.200 Leuten in Salzwedel, die auf der Straße waren. Also das war die größte Demo seit der Wende hier“ (I KH).

Dieses Bürgerbündnis existiert bis heute, was verdeutlicht, dass aus einem konkreten Anlass auch eine längere organische Kooperation mehrerer Akteure entstehen kann. Auch die Aktionswoche gegen den Profitdruck im Gesundheitssystem in Halle, bei dem das *Bündnis Gesundheit ohne Profite* maßgeblich beteiligt war, verdeutlicht, wie sich aus temporären feldspezifischen Anlässen ein länger bestehender Kooperationszusammenhang entwickeln kann.

„In der Konstellation [IL-Halle, ver.di, Ende Gelände Halle und Sintoma, Verein demokratischer Ärzt:innen und Ärzte Leipzig und Halle] arbeiten wir gegenwärtig noch“ (I

GOP), berichtete die interviewte Person des Bündnisses.

Solche anlassbezogenen Kooperationen von unterschiedlichen Feldakteuren bieten demnach Ansatzpunkte einer gemeinsamen Praxis – auch wenn sich diese nur auf ein Themenfeld beschränken - um über einen konkreten Anlass und Zeitraum hinaus eine feldübergreifende Handlungskompetenz zu generieren. Diese zeitlich begrenzten Kooperationen sind als potenzielle Einstiegsprojekte zu verstehen, aus denen dauerhafte Kooperationszusammenhänge hervorgehen können. Gleichzeitig besteht bei dieser Form von Kooperationen die Herausforderung, dass mit dem Wegfall des Anlasses auch der Kooperationszusammenhang verschwinden kann. Dies muss nicht immer negativ sein, denn das Auflösen von bestehenden Kollektivstrukturen unterschiedlicher Feldakteure kann auch ein Ergebnis einer erfolgreichen Praxis sein und Kapazitäten für neue Verbindungen und Gruppierungen freisetzen (vgl. Candeias 2010: 12).

Dennoch sollten mosaiklinke Formationen nicht nur als temporärer Kollektivakteur gedacht werden. Damit bestünde, wie in Kapitel 3 aufgezeigt, die Gefahr, nur als reformorientierter Korrektur-Kompass für den neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus zu wirken, ohne seine grundlegende Transformation zu fokussieren (vgl. Urban 2010: 18f.). Dies macht aus einer strategischen Perspektive für eine Mosaiklinke eine gewisse Kontinuität als Kooperationsverbund notwendig, was nicht gleichzusetzen ist mit einer starren Formation derselben Akteure. Stattdessen müsste es eher darum gehen, einen dynamischen Kooperationsverbund zu entwickeln, der das Wegfallen von Akteuren kompensiert und sich beständig neu zusammensetzt. Um dieser Anforderung auch begrifflich gerecht zu werden, hält Rätzzel

deshalb anstelle des Begriffs der Mosaiklinken den der Kaleidoskop-Linken für zutreffender (vgl. Rätzzel 2019: 80).

Für Sachsen-Anhalt stellt eine solche dynamische Anforderung an eine Mosaiklinke eine Herausforderung dar, weil die kritisch-progressive Zivilgesellschaft gering ausgeprägt und die Gewerkschaften und Parteien schwach aufgestellt sind. Gleichzeitig sollte nicht davon ausgegangen werden, dass eine Voraussetzung für das Entstehen und Bestehen einer Mosaiklinken das Vorhandensein einer quantitativ hohen Akteurszahl im geografischen Konstitutions-Raum ist, um einer Fluktuation von Beteiligten standzuhalten. Dennoch kann angenommen werden, dass die Konsolidierung eines solchen heterogenen Kollektivakteurs vermutlich umso wahrscheinlicher ist, je mehr dynamische Veränderungen dieser kompensieren kann. Dies allerdings ist vermutlich weniger von dem reinen Vorhandensein einer hohen Anzahl an Akteuren, sondern mehr von der Qualität ihrer Verbindungen und der Zusammenarbeit als heterogener Kooperationsverbund abhängig.

Ein überregionaler Kooperationsverbund, welcher sich zeitlich während der Durchführung der vorliegenden Studie in Sachsen-Anhalt konstituierte, ist das zivilgesellschaftliche Bündnis #Unteilbar Sachsen-Anhalt. Den Ausgangspunkt für dieses Bündnis bildete die Landtagswahl am 06. Juni 2021 und die im Vorfeld vermutete – und letztlich auch eingetretene – Konsolidierung eines rechten und konservativen Blocks aus CDU und AfD im Parlament sowie die generell wahrnehmbare Konjunktur reaktionärer Diskurse in der Gesellschaft. Auch wenn unter dem Slogan *Für eine solidarische und demokratische Gesellschaft* (Unteilbar Sachsen-Anhalt 2021b) nicht nur progressive Akteure aus den Themenfeldern Antifa-

schismus und Antirassismus ihre Anliegen reformulierten und dadurch ihre Themenfelder erweiterten, blieb der Grundtenor des Bündnisses ein antifaschistischer. Daher lässt sich auch diese kritische kooperative Formation progressiver Kräfte in Sachsen-Anhalt als eine anlassbezogene feldübergreifende Kooperation kategorisieren. Mehrere Interviewpartner:innen nahmen positiven und hoffnungsvollen Bezug auf die Konstitution dieses zivilgesellschaftlichen Bündnisses. So betonte zum Beispiel die *bewegungslinke Person*:

„Unteilbar jetzt sozusagen [...] [die] letzte große Entwicklung dieses Prozesses, das mehr zusammenwächst. Also das ein Rechtsruck auch beantwortet wird mit [...] neuen Zusammenschlüssen fortschrittlicher Strukturen“ (I BL).

Auch die interviewte Person des *Soziokulturellen Zentrums Zora* in Halberstadt formulierte erwartungsvoll:

„Da bin ich sehr gespannt, was da passieren wird, und ich hoffe, dass das wächst“ (I ZORA).

Mehrere Interviewpartner:innen waren zum Zeitpunkt der Datenerhebung aktiver Teil des Bündnisses:

*„Jetzt sind wir bei #Unteilbar mit dabei und sind einer der ersten Unterzeichner und werden da auch unterstützen“ (I OBA), formulierte zum Beispiel die aktive Person der Interessengemeinschaft *offen.bunt.anders*.*

Ein solcher Kooperationsverbund wie #Unteilbar wurde von mehreren Akteuren als ersehnte Chance beschrieben, als kritisch-progressive Zivilgesellschaft gebündelt in die gesellschaftlichen Verhältnisse Sachsen-Anhalts eingreifen zu können, ihre Verein-

zelung zu durchbrechen, sich gemeinsam zu positionieren und eine kollektive Handlungsfähigkeit und Handlungsmacht zu entwickeln. #Unteilbar Sachsen-Anhalt zeigt somit empirisch, wie es praktisch möglich sein kann, verschiedene Feldakteure im Bundesland zu einem gemeinsamen Projekt zu verbinden. Es bleibt abzuwarten, inwiefern sich dieser Unteilbar-Ableger als mosaiklinkes Projekt konsolidieren und eine dauerhafte kollektive Handlungsfähigkeit entwickeln kann. Die Fahrradtour zu den solidarischen Initiativen, welche im Sommer 2021 ausgehend von dem Bündnis organisiert wurde (vgl. Unteilbar Sachsen-Anhalt 2021b), war ein Schritt in die richtige Richtung. Diese Form einer aufsuchenden Praxis, um progressive Akteure in allen Regionen des Bundeslands – vor allem die Ländlichen - zu besuchen, ist in doppelter Weise positiv zu bewerten. Einerseits wurde versucht, die ländlichen Regionen und die dort verwurzelten Akteure mit einzubeziehen, womit die Chance verbunden war, solidarische Beziehungen und Netzwerke – eine Stadt-Land-Kooperation – herzustellen und zu stärken. Andererseits schaffte #Unteilbar Sachsen-Anhalt dadurch auch nach der Landtagswahl kreative und partizipative Angebote, um ihre Praxis als Kollektivakteur aufrechtzuerhalten, auszubauen und bestenfalls dadurch zu konsolidieren.

Mit allen drei aus dem Datenmaterial abstrahierten Formen von Vernetzungen und Kooperationen sind unterschiedliche Ansatzpunkte und Herausforderungen für die Konstitution einer Mosaiklinken in Sachsen-Anhalt verbunden. Trotz aller Differenzen lassen sich alle drei als potenzielle Einstiegsprojekte einer mosaiklinken Strategie verstehen, weil sie im Kern darauf abzielen, die fragmentierten Akteure feldspezifisch oder feldübergreifend zu verbinden und eine kollektive Handlungsfähigkeit zu entwickeln. Letzteres bleibt nach wie vor eine Schlüsselressource für die Konstitution eines heterogenen Kollektivakteurs (siehe Kapitel 3). Das Bündnis #Unteilbar Sachsen-Anhalt und weitere feldübergreifende Kooperationen verdeutlichen, wie die Entwicklung einer solchen Handlungsfähigkeit praktisch umgesetzt werden kann. Trotz dieser positiven Entwicklung ließ sich ebenfalls anhand des Datenmaterials feststellen, dass sich nur ein Teil der progressiven Akteure bei #Unteilbar Sachsen-Anhalt engagierte. Damit ist zugleich die Frage nach Gründen dafür verbunden. Um auf diese Frage eine erste Antwort zu geben, lohnt sich eine Abstraktion derselben, weg von dem konkreten Bündnis #Unteilbar Sachsen-Anhalt, hin zu folgender Frage: Welche Motive treiben die progressiven Akteure an, Kooperationen - welcher Form auch immer - einzugehen und welche halten sie davon ab? Daran knüpft die folgende Ergebnisthese an.

These II.: Ein Großteil der interviewten progressiven Akteure aus Sachsen-Anhalt betrachtet es als eine strategische Notwendigkeit, Kooperationen mit anderen Akteuren einzugehen. In diesem Zusammenhang wurden verschiedene Motive deutlich, warum progressive Akteure Kooperationen mit anderen eingehen oder warum sie dies nicht tun, welche für eine zukünftige mosaiklinke Praxis wichtige Hinweise beinhalten.

In der zweiten Ergebnisthese stehen die Motive, warum die progressiven Akteure Kooperationen eingehen und warum sie dies nicht tun, im Fokus der Analyse. Diese Erkenntnisse sind deshalb interessant, weil damit Gründe für defragmentierende und fragmentierende Potenziale offengelegt werden können. Vorwegzunehmen ist hierbei der Befund, dass alle Interviewpartner:innen es als eine strategische Notwendigkeit beschrieben, Kooperationen mit anderen Akteuren einzugehen. Überraschend dabei war, dass diese Notwendigkeit auch Interviewpartner:innen betonten, die nicht bei #unteilbar Sachsen-Anhalt eingebunden sind. Es lässt sich daher bereits an dieser Stelle der Untersuchung erahnen, dass es eine Diskrepanz zwischen dem Bewusstsein über die Notwendigkeit von Kooperationen und der realen Praxis geben könnte. Deutlich wurde diese Diskrepanz zum Beispiel im Interview mit den aktiven Personen des *Feministischen Kollektivs Magdeburg*. Sie begründeten einerseits „[...] die Notwendigkeit einer stärkeren Bündnisarbeit [...]“ (I FK) folgendermaßen:

„Nochmal da sich breiter aufzustellen [...] und in Bündnissen zu gucken wie man da politisch sozusagen verschiedene Kämpfe zusammen [bringen kann] [...], eine Perspektive entwickeln oder eine Aktion zusammen machen kann. [...] Ich habe gerade das Gefühl, mehr als zu anderen Zeiten [...], [dass die] Zusammenarbeit mit

anderen Akteur:innen, die in anderen Bereichen aktiv sind, [wichtig ist]“ (ebd.).

Gleichzeitig sind sie nicht am Bündnis #unteilbar Sachsen-Anhalt beteiligt. Auch wenn das Zitat des Kollektivs nahezu kongruent mit dem Konzept der Mosaiklinken ist, so sagt es noch nichts über die dahinterliegenden Motive aus, also aus welchen Gründen die Akteure eine strategische Notwendigkeit in feldübergreifenden Assoziationen sehen. Im Folgenden werden die Ergebnisse der empirischen Untersuchung in diesem Zusammenhang vorgestellt und diskutiert.

Im Datenmaterial konnten vier verschiedene Motive abstrahiert werden, warum Akteure Kooperationen mit anderen eingehen. Zudem wurde ein Haupt-Beweggrund ermittelt, der Akteure davon abhält Kooperationsverbünde mit anderen einzugehen.

Ein Motiv, warum progressive Akteure Kooperationen mit anderen eingehen, ist **die Aussicht, durch Kooperationen die eigene Handlungsfähigkeit zu verbessern, um die fehlende Handlungsmacht der eigenen Akteursstruktur zu kompensieren**. Die interviewte Person des *Soziokulturellen Zentrums Zora* in Halberstadt formulierte beispielsweise im Kontext von feldübergreifenden Kooperationen:

„Dann verspreche ich mir eigentlich ziemlich viel von dieser Bündnisarbeit mit dem Bündnis Bunter Harz und was jetzt noch kommt: Unteilbar. Da bin ich sehr gespannt, was da passieren wird, und ich hoffe, dass das wächst. Also beide Bündnisse sind ja eher so, ich will jetzt nicht sagen nicht-links gerichtet, aber schon darauf aus, eine breitere Masse anzusprechen als wir als Zora selbst. Und das muss auch so sein, das ist gut so. Das sind halt Bürgerbündnisse, die halt auch Bürgerbündnisse sein müssen, um halt diesen Rechtsruck, von dem man spricht, [...], entgegentreten zu können. Das können wir jetzt als stumpfes, mit Vorurteilen behaftetes linkes Zentrum nicht“ (I ZORA).

Einerseits beschrieb die interviewte Person des *Soziokulturellen Zentrums Zora* die Grenzen der eigenen Handlungsmacht als einzelner Feldakteur. Andererseits erkannte sie die Möglichkeit, durch die Entwicklung einer kollektiven Handlungsfähigkeit mit anderen Feldakteuren – hier in Form von Bündnisarbeit – das eigene Defizit zu kompensieren. Wodurch diese Kompensation möglich sei, beschrieb die interviewte Person der *Interessengemeinschaft offen.bunt.anders*:

„Weil überall, ich glaube jede Initiative hat Probleme – ja was heißt Probleme – hat Bedarf an Unterstützung, an Leuten oder auch an speziellen Geschichten. Jeder hat irgendwas [...], was er gut kann. [...] Bei uns ist es, dass wir sehr gut ausgestattet sind, mit allem, was man braucht, um eine Party zu machen. [...] Da können wir helfen und da sind wir auch bereit. [...] Wir können euch das geben. Wir bräuchten hier und da mal jemanden, der einen Transportweg übernimmt [...]“ (I OBA).

Die eigenen Defizite und die fehlende Handlungsmacht zu kompensieren, sei also möglich, indem verschiedene Ressourcen gebündelt und eine Arbeitsteilung entwickelt wird, wodurch der einzelne Akteur seine eigene Handlungsfähigkeit verbessern kann. Verschiedene Ressourcen in Form von Wissen, Material, Kapazitäten oder Kompetenzen sind auch unter Feldakteuren unterschiedlich ausgeprägt. Eine Assoziation von Akteuren im Sinne einer Mosaiklinken könnte damit Ressourcen quantitativ bündeln, diese sich gegenseitig zur Verfügung stellen und eine Arbeitsteilung entwickeln, welche eine qualitativ höhere Handlungsmacht für den einzelnen Akteur entfaltet. Diese verbesserte Handlungsmacht für den einzelnen Akteur entsteht jedoch erst durch einen Zusammenschluss als Kollektivakteur. Erst die als Kollektivakteur generierte Handlungsmacht kann damit die Quelle für die verbesserte Handlungsmacht des einzelnen beteiligten Akteurs darstellen. Diese Dialektik zwischen einer Verbesserung der Handlungsmacht für den einzelnen Akteur und der Handlungsfähigkeit des kollektiven Zusammenhangs ist das Potenzial einer autonomen Kooperation im Sinne einer Mosaiklinken. Es ist somit auch eine Dialektik zwischen relativer Unabhängigkeit der Einzelakteure und relativer Abhängigkeit aller voneinander. In diesem Spannungsfeld muss sich ein heterogener Kooperationsverbund im Sinne einer Mosaiklinken dauerhaft bewegen, um eine erfolgreiche Praxis zu entwickeln. Eine derartige Perspektive wurde auch im Datenmaterial deutlich. So hob die interviewte Person vom *Bündnis Gesundheit ohne Profite Halle* hervor:

„Und wir glauben, wenn man dann einen Akteur hätte, [...] der verschiedene Kompetenzen bündeln kann, solange man anerkennt, dass ein Stück weit eine Partei ein anderes Interesse haben kann, als eine

Gewerkschaft und die IL auch nochmal ein anderes Interesse haben kann. Und wenn man mit diesen Widersprüchen aber konstruktiv umgeht und die auch anerkennt sozusagen und sich auf so einer solidarischen, ehrlichen Ebene sozusagen trifft, dann kann man die Möglichkeiten der Partei nutzen, was vielleicht Money angeht, man kann die Gewerkschaften nutzen, um in die Krankenhäuser ran zu kommen, und man kann andere Gruppen nutzen, um zum Beispiel [...] eine Blockade zu machen, wenn es irgendwie sinnvoll ist“ (I GOP).

In dem letzten Zitat wird fast schon ein instrumentelles Verhältnis zu Kooperationen beschrieben, welches einer Logik des Eigennutzes für einen Feldakteur folgt. Kooperationen, welche vorrangig einem solchem Motiv entspringen, können als taktische oder strategische Kooperationen bezeichnet werden (siehe Kapitel 3). Interessant ist, dass bei mehreren Interviewpartner:innen dieses Motiv deutlich wurde. Die interviewten Personen des *Vereins Pro Krankenhaus Havelberg e.V.* beschrieben, dass sie aufgrund von fehlenden zeitlichen Kapazitäten im Vorfeld schauen müssen, welche Kooperationen für sie strategisch in Frage kommen.

„Deswegen müssen wir wirklich gucken: Wer kann uns helfen“ (I VPK).

Hier wird das Motiv nochmals deutlich: Es geht nicht ausschließlich darum, Kooperationsverbünde aus einem solidarischen Verhältnis zueinander einzugehen, sondern auch aufgrund der Aussicht, durch die Kommunikations- und Arbeitszusammenhänge zu anderen Akteuren an eigener Handlungsfähigkeit und Handlungsmacht zu gewinnen. Die gleichen Interviewpartner:innen erklärten zum Beispiel, warum sie mit dem *Bündnis Klinikrettung* eine Kooperation eingegangen seien:

„Weil die [Bündnis Klinikrettung] wissen wovon sie reden. Wenn ich mich da mit dem [Geschäftsführer des KMG-Klinikums] hinstellen würde, der würde mir sonst was erzählen, weil wir gar nicht so involviert sind. Wir sind Betriebsrat, ich war Röntgenassistentin. Was weiß ich denn [...], Das sind nicht so Betriebsräte wie wir, sondern Chefärzte, Sozialwissenschaftler etc“ (ebd.).

Die Feldexpertise des *Bündnisses Klinikrettung* wurde von den Aktiven des *Vereins Pro Krankenhaus Havelberg e.V.* als nützliche Ressource bewertet und als hilfreiche Unterstützung beschrieben.

„Die haben uns richtig vorangebracht. [...] Und da haben wir gesagt, das sind die Richtigen für uns“ (ebd.).

Die Formulierung *„Die haben uns richtig vorangebracht“* (ebd.) hebt das schon bekannte Motiv nochmals hervor und ergänzt es um einen weiteren Aspekt: **Für die Akteure scheint nicht nur die Aussicht auf eine verbesserte Handlungsfähigkeit durch Kooperationen mit anderen, sondern auch die wirkliche Realisierung dieser Verbesserung ein entscheidendes Motiv zu sein.** Die Aussicht oder die Einschätzung im Vorfeld, durch eine Kooperation die eigene Handlungsfähigkeit zu verbessern, ist deshalb relevant, weil dieses Motiv als ein Türöffner - damit Kooperationen überhaupt versucht werden - verstanden werden kann. Die wirkliche Realisierung einer verbesserten Handlungsfähigkeit kann wiederum entscheidend für eine Konsolidierung von Kooperationen sein. Die positiven Auswirkungen (siehe Kapitel 3), welche die einzelnen Akteure durch Kooperationen erfahren, können damit Schlüsselmomente darstellen, welche auch für eine Konstitution als Mosaiklinke berücksichtigt werden sollte. Ein Ansatzpunkt für eine Mosaiklinke in

Sachsen-Anhalt wäre daher, das Bewusstsein zu entwickeln, dass Kooperationen mit anderen Akteuren notwendig sind, um einerseits die eigene Handlungsmacht im konkreten Feld zu erhöhen und zugleich – dialektisch - eine qualitativ neue Handlungsfähigkeit als machtvoller gesellschaftlicher Mosaik-Akteur zu entfalten. Hierfür können politische Bildung, Bildungs-Räume, Vermittlungsintellektuelle und Scharnierinstanzen einen entscheidenden Beitrag leisten. Die Wirkung dieser Faktoren wird in der III. Ergebnisthese noch einmal konkreter anhand der Forschungsergebnisse dargelegt.

Unklar bleibt jedoch, wie einzelne Akteure dem Anspruch gerecht werden sollen, feldübergreifende Kooperationen einzugehen. Feldspezifischen Kooperationen entstehen häufig organisch. Verschiedene Akteure desselben Feldes bringen spezifisches Wissen und andere Ressourcen mit, die für andere hilfreich sein können. Durch das gleiche oder ein ähnliches Anliegen ist eine temporäre oder dauerhafte Assoziation zumindest wahrscheinlicher. Bei feldverschiedenen Akteuren muss dieses Gemeinsame und die gegenseitige Unterstützung erst gesucht und erarbeitet werden. Wie Akteure aus unterschiedlichen Feldern sich einander unterstützen können, muss daher im konkreten Einzelfall untersucht werden. Mit dem zivilgesellschaftlichen Bündnis #Unteilbar Sachsen-Anhalt wurde von mehreren Interviewpartner:innen die Annahme verbunden, dass die eigene Handlungsfähigkeit dadurch gestärkt werden kann. Anschließend müsste diese Erwartung realisiert werden, um den installierten Kooperationsverbund erhalten und ausbauen zu können. Die Frage, inwiefern dies im Anschluss umgesetzt wurde, kann in dieser Untersuchung nicht beantwortet werden und wäre eine Frage einer weiteren Untersuchung.

Das zweite Motiv, warum progressive Akteure Kooperationen mit anderen eingehen, ist das **Vorhandensein einer gemeinsamen Zielperspektive.**

„Wir versuchen schon viel mit ver.di und Die Linke zusammenzuarbeiten, weil die politisch ja auch die Ziele verfolgen, die den Pflegenotstand beenden würden“ (I BP), formulierte beispielsweise die interviewte Person des *Bündnisses gegen Pflegenotstand Mansfeld-Südharz.*

Kooperationen sind umso wahrscheinlicher, je deckungsgleicher die Zielperspektiven der unterschiedlichen Akteure sind. Eine grundlegende Herausforderung im Zusammenhang mit der Konstitution als Mosaiklinke besteht jedoch gerade darin, dass nicht alle Akteure aus unterschiedlichen Feldern von Beginn an auf der Erscheinungsebene Überschneidungen in den Zielperspektiven erkennen. Hier wird davon ausgegangen, dass in kleinerem oder größerem Rahmen verschiedene progressive Akteure auf einer abstrakten Ebene ähnliche Anliegen und Ziele verfolgen. Unabhängig davon, ob es sich hierbei um lang- oder kurzfristige Ziele handelt, wird auch an dieser Stelle wieder deutlich, dass ein feldübergreifender Kollektivakteur eine gemeinsame Zielperspektive erst erarbeiten – produzieren – muss. Zumindest ist davon auszugehen, dass dieses Gemeinsame nicht sofort vorhanden ist, sondern sich erst im Dialog miteinander manifestiert.

Andererseits braucht es für die Entwicklung einer gemeinsamen Zielperspektive auch die **gegenseitige Anerkennung der Kämpfe und Anliegen der beteiligten Akteure.** Dieses dritte Motiv beschreibt eine kollektive Praxis, die sich dadurch auszeichnet, dass die verschiedenen Akteure sich trotz aller Differenzen in ihren durchaus unterschiedli-

chen Anliegen und Interessen gegenseitig anerkennen. Nach Candeias und Völpel ist die „[...] Anerkennung (sowie Unterstützung) nicht gemeinsamer – für die jeweilige Gruppe aber unverzichtbarer – Forderungen“ (Candeias/Völpel 2014: 207) notwendig. Dies umfasse auch die Anerkennung der diversen Organisationsformen, Kulturen und Logiken der anderen Akteure (vgl. ebd.).

Die Aktiven des *Feministische Kollektivs Magdeburg* beschreiben zum Beispiel im Interview die gegenteilige Erfahrung. Und zwar, dass ihre politischen Anliegen von anderen progressiven Akteuren nicht anerkannt wurden. „*Wo ich das Gefühl hatte: Mein Kampf wird nicht als grundlegend genug erachtet*“ (I FK), beschrieben die Aktiven des Kollektivs und betonen:

„Den Raum öffnen für diese Perspektive und für Anliegen und halt nicht direkt dagegen argumentieren oder es runter reden und sagen: Ach, wenn wir den Kapitalismus überwunden haben, dann wird auch das kein Problem mehr sein. Sondern da halt auch innerhalb der Szene, in der wir uns bewegen [...] zu hören und anerkennen und halt nicht direkt mit dem eigenen Kampf kommen und den [...] gegenüberstellen“ (ebd.).

Die gleiche Erfahrung wurde auch von anderen interviewten Personen als Herausforderung in Sachsen-Anhalt beschrieben:

„Sachsen-Anhalt weit – wie gerade schon gesagt wurde – ist halt echt so ein bisschen [...] holprig, aber das liegt glaube ich auch an der Situation, [...] wie die Lage der Linksradikalen in Sachsen-Anhalt ist. Da gibt ja viele Streitigkeiten, wo man auch mal zwischen den Stühlen sitzt, habe ich irgendwie das Gefühl [...]“ (I KH).

Ideologische Anfeindungen und Hierarchisierungen von gesellschaftspolitischen Anliegen können also Kooperationen und somit auch die Entstehung einer Mosaiklinien erschweren oder sogar verhindern. Dies könnte ein Erklärungsansatz für die in der I. Ergebnisthese aufgeworfene Frage bieten, warum die Ober- und Mittelzentren in Sachsen-Anhalt so wenig miteinander vernetzt sind und nur wenige Kooperationszusammenhänge bestehen. Es bräuchte, um mit dieser Herausforderung konstruktiv umzugehen und eine gemeinsame Zielperspektive zu entwickeln, das, was Urban als reflexive Bündnistoleranz bezeichnet. Die verschiedenen Interessen und Kulturen benötigen eine diskursive Toleranz und wechselseitiges Verständnis für ihre Interessen und Anliegen, ohne dadurch die transformatorischen Projekte grundlegend zu gefährden (vgl. Urban 2020, siehe Kapitel 3.). Dabei geht es also nicht um eine kritiklose Bündnisarbeit, sondern um eine solidarische Kritik, welche trotz unterschiedlicher Perspektiven die Kämpfe und Anliegen der anderen beteiligten Akteure anerkennt und unterstützt.

„Den Support, den ich doch eigentlich durch irgendwie meine Szene – was auch immer das bedeutet - [...] bekommen sollte, der war dann in Momenten irgendwie nicht da und [...] das hemmt“ (I FK), formulieren die interviewten Personen des *Feministischen Kollektivs Magdeburg* kritisch.

Die Entstehung von solidarischen Beziehungen zwischen Akteuren, trotz bestehender Differenzen, bleibt ein Ansatzpunkt, auf dessen Fundament erst das Gemeinsame entwickelt werden kann. Es bleibt deshalb eine praktische Suchbewegung, um zu eruieren, welche Akteure und Positionen die reflexive Bündnistoleranz noch umfassen kann, welche diese ausschließt und welche

Akteure und Positionen transformatorische Projekte gefährden. Dafür könnte ein Grundkonsens, welcher grundlegende Zielperspektiven benennt, hilfreich sein. Diesen Vorschlag formulierte die interviewte Person vom *Bündnis Dessau Nazifrei*.

„Wir brauchen wieder, aus meiner Sicht, einen Grundkonsens. Das heißt also wieder weg von dem, erst mal die Anderen wieder abtasten und da ist doch der, oder der hat doch die Meinung [...]. Dass man sich über Randerscheinungen streitet und debattiert, als diese gemeinsame Sache zu sehen. Das wäre für mich erst mal die Grundvoraussetzung, um wieder aufeinander zuzugehen“ (I BDN).

Dieser Grundkonsens, wie es die interviewte Person des *Bündnisses Dessau Nazifrei* bezeichnet, wäre das Gemeinsame, welches erarbeitet werden muss (vgl. Candeias 2010: 11). Trotz inhaltlicher Differenzen bleibt dies eine weitere Herausforderung für die Konstitution eines linken Mosaiks in Sachsen-Anhalt. Dabei darf es nicht darum gehen, alle Differenzen zu nivellieren, sondern das Ziel muss vielmehr sein, die Forderungen ganz unterschiedlicher Akteure in einem Grundkonsens, welcher gegebenenfalls immer wieder neu hergestellt werden muss, in einem gemeinsamen Projekt zu bündeln und herauszuarbeiten, dass die diversen Forderungen trotz ihrer Unterschiedlichkeit abstrakte Gemeinsamkeiten besitzen. Diese Gemeinsamkeiten schaffen erst den Raum einer solidarischen Re-Artikulation, also die Einbeziehung der partikularen Interessen der Anderen in die eigenen. Hier wird schon ansatzweise das Potenzial eines feldverbindenden Themas deutlich, an dem sich das Gemeinsame erarbeiten lässt. Ein Thema, mit dem ein strategisches Ziel verknüpft ist, welches viele Akteure verbindet und mit dem viele Akteure ihre Anliegen verwirklichen können (siehe III. Ergebnisthese).

Das vierte, dem ersten eng verbundene Motiv, das aus dem Datenmaterial extrahiert wurde, ist die **Erfahrung eines kollektiven Empowerments durch eine gemeinsame Praxis**. Kollektives Empowerment, also die Ermächtigung von vormals vereinzelt Machtlosen durch die Entwicklung einer kollektiven Handlungsfähigkeit (vgl. Wendt 2017: 39f.), ist ein Resultat, welches aus den positiven Erfahrungen einer erfolgreichen Praxis von bestehenden oder bereits vergangenen Kooperationen entstehen kann. Beispielsweise formulierte die aktive Person der *Bürgerinitiative Zukunft statt Braunkohle – Region Lützen*:

„Wir sind auch immer mit Mail in Kontakt und machen verschiedene Sachen, die möglich sind, über das Internet zusammen. Also das ist schon wichtig, dass wir uns da alle gemeinsam stark fühlen“ (I ZSB).

Sich „[...] gemeinsam stark fühlen [...]“ (ebd.) ist eine solche kollektive Ermächtigung, resultierend aus einer kollektiven Praxis. Auch andere Interviewpartner:innen berichten von solchen kollektiven, empowernden Erfahrungen. So beschrieben zum Beispiel die interviewten Aktiven des *Feministischen Kollektivs Magdeburg* eine solche Erfahrung aus der Retrospektive ihrer erfolgreichen Bündnisarbeit zum feministischen Kampftag 2021:

„Hey, wir haben das irgendwie geschafft. Dieser Tag war total geil und ich hatte davor irgendwie so ein bisschen Angst und Bedenken und boar, das gute Feedback, das hat sich richtig gut in der Gruppe angefühlt. Das war auch voll der stärkende Moment“ (I FK).

Solche stärkenden Erfahrungen können empowernde Schlüsselmomente für weitere Kooperationen darstellen und zugleich konso-

lidierend auf bestehende Kooperationen wirken, in dem sie die Motivation erhöhen, weiterhin in Kooperationsverbänden aktiv zu bleiben und neue zu entwickeln. *„Es kostet ja auch immer sehr viel Kraft, so etwas [feministischer Kampftag] zu organisieren und, dass das für uns selber [...] halt auch ein empowernder Moment war“* (ebd.), berichteten ebenfalls die interviewten Aktiven des *Feministischen Kollektivs Magdeburg*. Nicht nur Kooperationen als solche sind damit als potenzielle Einstiegsprojekte für eine Mosaiklinke zu verstehen, sondern vor allem empowernde – von den Beteiligten als positiv oder erfolgreich bewertete – Kooperationen können Schlüsselerfahrungen für mosaiklinke Strategien darstellen. Diesen strategischen Ansatzpunkt hob zum Beispiel die interviewte Person vom *Bündnis Gesundheit ohne Profite Halle* hervor:

„Und was wir probieren wollen [...]: Wir fänden es spannend, so eine sachsen-anhaltinisch-weite Vernetzung hinzukriegen, [...] weil wir glauben, dass kann ein Moment sein, womit man interne Beziehungen in Sachsen-Anhalt stärken kann und Leute irgendwie empowern kann und halt an sich zieht“ (I GOP).

Eine gemeinsame Praxis zu entwickeln, gerade in Form von anlassbezogenen feldübergreifenden Vernetzungen und Kooperationen, könnte somit bestärkend auf alle beteiligten Akteure wirken und somit die Motivationen für eine längerfristige Kooperation erhöhen. Dieser Ansatzpunkt kann in Anlehnung an McAlevey als Dialektik zwischen Teilnehmen und Begreifen verstanden werden. Diese formulierte im Kontext von gewerkschaftlichem Organizing: *„Menschen nehmen in dem Maße teil, in dem sie begreifen – aber sie begreifen auch in dem Maße, in dem sie teilnehmen“* (McAlevey 2019: 31). Für Sachsen-Anhalt gilt es, eine

solche Praxis zu entwickeln und zu stärken, bei der Akteure teilnehmen und durch empowernde Erfahrungen die Chancen und Potenziale von Kooperationen erkennen. Für bestehende Kooperationen hieße dies, dass ihre Praxis kontinuierlich auch dahingehend evaluiert werden müsste, ob die einzelnen Akteure stärkende Momente erfahren oder wie solche (und weitere) erreicht werden könnten.

Ein Hauptbeweggrund von progressiven Akteuren aus Sachsen-Anhalt, trotz der Einsicht über die strategische Notwendigkeit von Kooperationen keine Kommunikations- und Arbeitszusammenhänge mit anderen zu entwickeln, war die Einschätzung, dass **zeitliche und personelle Kapazitäten fehlen**. Zum Beispiel formulierten die Interviewpartner:innen des *Feministischen Kollektivs Magdeburg* in diesem Zusammenhang:

„Wir haben uns zwar versucht, an Bündnissen zum Beispiel zum Frauenstreik bundesweit zu beteiligen oder so, aber dass das auch voll an Kapazitäten [...] gescheitert hat“ (I FK).

Auch die Interviewten des *Vereins Pro Krankenhaus Havelberg e.V.* berichteten von dieser Herausforderung:

„Wir würden ja noch vielmehr Organisationen anschreiben, aber wir schaffen es einfach nicht. Wir schaffen es nicht. Wir können uns nicht um noch mehr kümmern [...]“ (I VPK).

Und auch die interviewte Person vom *Bündnis Gesundheit ohne Profite Halle* formulierte eine ähnliche Erfahrung:

„Was uns gerade halt fehlt, sind die zeitlichen Kapazitäten, das [Bündnis] halt wirklich auszubauen. Ich glaube, so Zeit und Energie ist so eine große Frage gerade [...]“ (I GOP).

Und „*ich brauche mehr Manpower, mehr Leute*“ (I OBA), sagte die interviewte Person der *Interessengemeinschaft offen.bunt.anders*. Fehlende zeitliche oder personelle Kapazitäten stellen also eine grundlegende Herausforderung für die interviewten Aktiven dar, über die eigene Struktur hinaus Kooperationen mit anderen einzugehen und eine kollektive Handlungsfähigkeit zu entwickeln. Neben den Tätigkeiten und Aufgaben der eigenen Struktur müssen darüber hinaus noch Kapazitäten vorhanden sein, um sich feldspezifisch oder sogar -übergreifend zu vernetzen und Kooperationszusammenhänge im Sinne einer Mosaiklinken erarbeiten zu können.

Es bräuchte daher einerseits eine Entlastung der einzelnen Akteursstrukturen, beispielsweise durch vereinfachte Zugänge und vermittelnde Akteure (siehe dritte Ergebnisse). Andererseits stünden mit einer größeren Zahl von Aktiven auch vermutlich größere zeitliche Kapazitäten zur Verfügung. Letzteres wurde auch im Datenmaterial deutlich. Beispielsweise antwortete die interviewte Person der *Interessengemeinschaft offen.bunt.anders* auf die Frage, wodurch ihre eigene Praxis verbessert werden könnte:

„Mehr Leute. Denn mehr Leute, die einsteigen, bedeutet einmal immer eine Erweiterung des Netzwerkes, weil der, der kommt, der bringt den mit und den mit und bringt den mit. Und dann geht es wirklich um Veranstaltungen und Aktionen realisieren zu können [...], da brauche ich Leute die sagen: Ja, ich mache das“ (I OBA).

Ähnlich formulierte es die interviewte Person der *Evangelisch Reformierten Petrigemeinde Burg*:

„Aber es sind immer die Gleichen, die da mitmachen, die sich da engagieren, und ich

möchte gerne, dass das mal überschwappt und viele Andere bewegen lässt. Und ich weiß nicht, wie man so eine Haltung [fördern kann]“ (I ERP).

Zentral erscheint bei den letzten beiden Zitaten die strategische Perspektive, mehr Aktive dauerhaft in die eigene Struktur einbinden und dadurch über größere zeitliche Kapazitäten verfügen zu können. Organizing könnte hier – wie auch schon in Kapitel 3 formuliert - ein praktisches Werkzeug darstellen, um die eigene Akteursstruktur quantitativ auszuweiten und dadurch Verantwortlichkeiten breiter verteilen zu können. Diese Ausweitung könnte wiederum in die Entwicklung neuer oder den Ausbau bestehender Kooperationen fließen. Diesen Vorschlag formulierte auch die interviewte *bewegungslinke Person*:

„Also diese Sache, die Gruppen einfach auch lernen müssen, zum Beispiel [...] Verantwortung zu übertragen, das ist zum Beispiel etwas, was man gut ohne paternalistisch zu sein [...] was man als Angebot gut mitgeben kann. Das man einfach Gruppenorganizing, Strukturorganizingworkshops einfach in so einer Gründungsphase anbietet, damit Leute einfach nicht von Anfang an die altbekannten Fehler machen, wie zum Beispiel Verantwortung monopolisieren [...] sondern das man gleich auf dem Schirm hat, ja dass man irgendwie einen harten Kern hat, der auch basisdemokratisch Sachen bestimmt, sodass man auch Verluste kompensieren kann und dann letztlich geht es auch um Wissenstransfer, um [...] das gemeinsame Erwerben von Fähigkeiten und Kenntnissen“ (I BL).

Zusätzliche zeitliche Kapazitäten für die einzelnen Akteure und die in dieser Ergebnisse aufgezeigten Motive, warum Akteure Kooperationen mit anderen eingehen, bilden Aspekte, welche bei bestehenden oder sich

neu bildenden Kooperationen berücksichtigt werden sollten. Besonders für eine Mosaiklinke in Sachsen-Anhalt können die hier aufgezeigten Motive dazu beitragen, eine strategisch-verbindende Praxis zu entwickeln und nach Möglichkeiten zu suchen, um mit den bestehenden Herausforderungen lösungsorientiert umzugehen. Ein weiterer Aspekt einer verbindenden Praxis, welcher

sich schon in dieser Ergebnisthese andeutete, ist, dass für die Erarbeitung einer gemeinsamen Zielperspektive Austausch-Räume und Vermittlungsarbeit hilfreich sein können. An diesen Überlegungen knüpft die letzte Ergebnisthese an.

These III: Bildungs-Räume, organische Vermittlungsintellektuelle, Scharnierinstanzen und felderverbindende Themen sind weitere defragmentierende Potenziale in Sachsen-Anhalt, um die diversen Feldakteure zu verbinden und ein mosaiklinkes Projekt zu formieren.

Schon in Kapitel 3 wurde in Anlehnung an Höhner, Linde und Rilling argumentiert, dass für den Prozess einer feldübergreifenden Formierung als mosaiklinker Akteur defragmentierende Potenziale in Form von Bildungs-Räumen, felderverbindenden Themen und organischen Vermittlungsintellektuellen eine katalytische Rolle einnehmen können. Auch im Datenmaterial konnten verschiedene Anhaltspunkte für solche assoziativen Potenziale extrahiert werden. Diese Anhaltspunkte werden im Folgenden kurz vorgestellt und bewertet.

Bildungs-Räume: Projektflächen, Demonstrationen und kreative Protestformen

Bildungs-Räume wurden in Kapitel 3. als soziale Zusammenhänge definiert, in denen sich die Akteure felderübergreifend begegnen können, um überhaupt voneinander Kenntnis zu bekommen und in einen gemeinsamen Austausch zu treten. Solche Räume können damit ein Potenzial für die Entstehung einer Mosaiklinken bilden. Diese Räume sind dabei nicht nur als Räumlichkeiten im Sinne von Stadteilläden oder Projektflächen zu

verstehen, sondern sie bilden amorphe soziale Zusammenhänge und können deshalb unterschiedliche Formen annehmen. Eine Form, welche auch in dem Datenmaterial deutlich wurde, waren anlassbezogene felderverbindende Veranstaltungen. Darunter sind in der Regel temporäre öffentliche Veranstaltungen zu verstehen, durch welche Bildungs-Räume im Lokalen gebildet werden. Diese können Vernetzungstreffen, Demonstrationen, Kundgebungen oder auch andere Aktionsformate umfassen. Sie zielen direkt oder indirekt darauf ab, verschiedene Akteure zusammenzubringen, sie zu vernetzen und eine kollektive Handlungsfähigkeit zu entwickeln. Direkt meint hierbei, dass die Akteure bewusst Veranstaltungen organisieren, in denen es primär um den Austausch und die Entwicklung einer kollektiven Handlungsfähigkeit geht. Zum Beispiel erklärte die interviewte Person der *Interessengemeinschaft offen.bunt.anders*, dass sie eine Vernetzungskonferenz mit WB Weltoffen (Wittenberg Weltoffen) zum Zeitpunkt des Interviews planten. Hierzu wollten sie alle „[...] *möglichen Institutionen, Vereine, Initiativen in Sachsen-Anhalt und Sachsen, also so Mittel-*

deutschland und Thüringen, wenn es geht“ (I OBA) einladen, um herauszufinden, welche Möglichkeiten es für eine gemeinsame politische Praxis gibt. Solche Bildungs-Räume sind als Versuche zu verstehen, etwas Gemeinsames zu erarbeiten und Möglichkeiten für Assoziationen zu konstituieren.

Wie erfolgreich solche Bildungs-Räume auch in Sachsen-Anhalt sein können, zeigt beispielsweise die Entstehung des Bürger:innenbündnisses in Salzwedel, welches sich nach dem Nazi-Überfall auf das *AZ Kim Hubert* im Jahr 2018 gründete. Bevor dieses Bündnis entstand, bedurfte es laut den interviewten Aktiven des *AZ* Raum für Austausch:

„So und das war eine sehr, sehr positive Erfahrung, die wir da gemacht haben und das konnte [...] nur so gut funktionieren, weil wir uns einfach vorher schon in diesem Bündnis zusammengesetzt haben und uns auch getraut haben, da auch Diskussionen zu führen [...]“ (I KH).

Räume zu installieren, in denen Menschen und politische Akteure zusammenkommen und trotz vorhandener Widersprüche und Divergenzen Diskussionen führen, wurde somit eine fruchtbare Voraussetzung, um eine kollektive akteursübergreifende Praxis zu entwickeln. Bildungs-Räume müssen dabei nicht immer nur die Form von klassischen Vernetzungsveranstaltungen und Bündnistreffen annehmen, sondern können sich auch anders darstellen. Wie schon erwähnt können auch Demonstrationen als solche sozialen Zusammenhänge fungieren:

„[...] So eine Demo bietet auch nochmal eine andere Sichtbarkeit, nämlich die von anderen Akteur:innen, die es vielleicht nicht schaffen sich einer Gruppe mit regelmäßigen Treffen [...] anzuschließen, aber die dann da einen

*Redebeitrag haben oder ein Banner aufhängen oder irgendwas Anderes. Und da nochmal eine Plattform bekommen, um ihr Ding zu thematisieren“ (I FK), formulierten zum Beispiel die Aktiven des *Feministischen Kollektivs Magdeburg* im Interview.*

Demonstrationen wurden von den Aktiven des *Feministischen Kollektivs Magdeburg* als Räume beschrieben, in denen auch Akteure trotz fehlender zeitlicher Ressourcen partizipieren konnten. Ein potenzieller Ansatzpunkt könnte daher sein, bei öffentlichen Veranstaltungen einerseits andere Feldakteure aktiv einzuladen und andererseits bei den Veranstaltungen bewusst Kapazitäten zu schaffen, um sich austauschen, beispielsweise in Redebeiträgen oder eines offenen Mikrofons. Mit Letzterem machte zum Beispiel das *Bündnis Dessau Nazifrei* positive Erfahrungen (vgl. I BDN). So könnten auch durch klassische anlassbezogene Veranstaltungsformate wie Demonstrationen und Kundgebungen bewusst mosaiklinke Bildungs-Räume geschaffen werden. Hier wird zugleich deutlich, wie mit der Herausforderung der fehlenden zeitlichen Ressourcen, welche in der I. Ergebnisthese herausgearbeitet wurde, produktiv umgegangen werden kann: Demonstrationen und Kundgebungen können gleichzeitig öffentlicher Protest und Bildungs-Räume sein. Dadurch ist es möglich, beiden Aspekten in einer Veranstaltung gerecht zu werden, was wiederum eine Zeitersparnis für beteiligte Akteure darstellen kann, wie es die interviewte Person vom *Feministischen Kollektiv Magdeburg* im vorherigen Zitat andeutete.

Durch solche anlassbezogenen feldverbindenden Veranstaltungen sind Akteure auch in der Lage, Bildungs-Räume temporär an Orten zu installieren, an denen solche Räume fehlen und auch sonst wenige progressive Aktionen stattfinden. Gerade in den ländlichen

Regionen Sachsen-Anhalts wäre es damit möglich, einen Austausch zwischen progressiven Akteuren überregional zu fördern und sich lose zu vernetzen. Wie erfolgreich dies sein kann, berichtete die interviewte *bewegungslinke Person*. Im Jahr 2017 tourte damals ein Theaterstück der Gruppe *bühnefrei and friends* aus Magdeburg zu den 2017 geleakten Whats-App Chatprotokollen der AfD durch Sachsen-Anhalt und schuf damit neben einer kreativen Form des Protests auch potenzielle Bildungsräume.

*„Das Theaterprojekt damals, das war ja eher etwas, was total neu hinzugekommen ist, was gar nicht irgendwie in irgendeinen Rahmen passt, sondern es war eine spontane Idee, die damals mit entwickelt und umgesetzt wurde, mit ihrer Theatergruppe *bühnefrei*. Dieses AfD-Theaterstück zu den geleakten Whats-App-Chat-Protokollen. Und das war insofern wirklich ein toller Erfolg, als das wir selbst in Städten wie Salzwedel oder so 70, 80 [...] Besucher:innen hatten und gut ins Gespräch gekommen sind und es hat einfach total viel Spaß gemacht. Es gab überst viel gute Presse und es war halt mal ein ganz anderer Ansatz, um über politische Inhalte zu informieren, aufklärerisch zu arbeiten aber auch daraufhin ins Gespräch zu kommen“ (I BL).*

Solche kreativen Veranstaltungsformate wären auch zukünftig geeignet, einen überregionalen Austausch zu schaffen, mit Akteuren ins Gespräch zu kommen und bestenfalls Kooperationen verschiedener Feldakteure zu entwickeln. Gerade progressive Akteure aus den Oberzentren Sachsen-Anhalts könnten damit auch versuchen, sich mehr mit den ländlichen Regionen zu verbinden, um den Akteuren vor Ort das beschriebene Gefühl des Unsolidarisch-Seins zu nehmen. Die *bewegungslinke Person* formulierte diesbezüglich weiter:

Es müsse darum gehen „[...] die Angebotsstrukturen von linker Politik wieder auszubauen, also überhaupt erst mal Leute wieder kennenzulernen, und zwar nicht nur in den größeren Städten, sondern in allen Kreisen auch in kleineren Städten Ansprechpartner zu finden, die zu organisieren oder mit ihnen gemeinsam etwas zu organisieren, um überall quasi in den städtischen Diskurs einzugreifen, zu reagieren, zu agieren. Und das ist natürlich eine unfassbar große Arbeit. Und so ein bisschen hat das #Unteilbar auch vor. Jetzt gibt es ja diese Radtour [...], in die kleineren Ortschaften, um da halt genau das zu machen. Um die Leute kennenzulernen. Ich hoffe, dass sich da viele beteiligen, weil wenn diese Herausforderung ernst genommen wird, dann kann das auch gelingen über einen sehr langen Zeitraum. So ein bisschen ist das ja auch der Ansatz der Solidarischen Kieztour¹⁶ oder es ist ja genau derselbe Ansatz, weil du hast ja die Probleme, die gesellschaftlichen Verwerfungen auch in der Stadt. Die bilden sich da ja genauso ab“ (I BL)

Gerade für ein Flächenbundesland wie Sachsen-Anhalt mit einer gering ausgeprägten kritisch-progressiven Akteurslandschaft erscheint ein solch strategischer Ansatz einer solidarischen Verbindung zwischen ländlichen Regionen und den Ober- und Mittelzentren als eine Notwendigkeit für eine Entstehung und Konsolidierung eines bundesweiten Mosaiklinken (siehe Kapitel 3). Als ein erfolgreiches Beispiel einer solchen Praxis aus einem anderen Bundesland bietet die 2019 organisierte Kampagne *#Wannwennnichtjetzt*.

¹⁶ Unter dem Motto „Die Wahl ist nicht genug - Solidarische Kieztour für mehr Selbstorganisation außerhalb der Parlamente“ organisierte ein Bündnis aus verschiedenen progressiven Akteuren in Magdeburg im Vorfeld der Landtagswahl am 06.06.2021 eine Kampagne, bei der sie durch ausgewählte Magdeburger Stadtteile tourten, um mit den Menschen außerhalb der linken Szene ins Gespräch zu kommen. Das Ziel dabei war, neue Kontakte zu knüpfen, sich zu vernetzen, den Parlamentarismus kritisch zu hinterfragen und selbstorganisierte Akteure zu stärken (vgl. Ulrich 2021).

Im Rahmen dieser tourten verschiedene progressive Akteure zu den Marktplätzen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg, um für eine solidarische und offene Gesellschaft einzutreten und vor Ort mit den Menschen ins Gespräch zu kommen (vgl. Wannwennnicht-jetzt 2019). Auch die Fahrradtour zu den solidarischen Initiativen des zivilgesellschaftlichen Bündnisses #Unteilbar Sachsen-Anhalt knüpft strategisch an eine solche aufsuchende Praxis an (vgl. Unteilbar Sachsen-Anhalt 2021b)¹⁷.

Darüber hinaus eignen sich auch politische Bildungsveranstaltungen als anlassbezogene felderverbindende Veranstaltungsformate. So formulierte die interviewte Person der *Interessengemeinschaft offen.bunt.anders*:

„Wir haben Schulungen gemacht, über was ist rechts, wie erkenne ich rechts, wie reagiere ich darauf und, und, und. Die wurden auch gut angenommen. Also da waren auch Teile der Linken, die da mit dazugekommen sind. Aber auch Leute, die sagten: Ich höre mir das mal an oder so. Und da soll auch der Fokus mehr hin: Politische Bildung, um dieser Verblödung etwas entgegenzuwirken“ (I OBA).

Politische Bildungsveranstaltungen können zwei Anliegen gleichzeitig verfolgen. Erstens: Die Vermittlung von Wissen - *Weiter-Bildung*. Und zweitens: Es können durch solche politischen Bildungsveranstaltungen verschiedene progressive Akteure zusammenkommen und kollegiale Lerngruppen entstehen – *Heraus-Bildung*. In diesen sieht Höhner (wie schon in Kapitel 3, Seite 56 dieser Studie beschrieben) das Potenzial, die eigene Praxis zu reflektieren, zu verändern und mit Widersprü-

¹⁷ Auch der Verein Pro Krankenhaus Havelberg e.V. entwickelte ab August 2021 eine ähnliche aufsuchende Praxis und verlagerte ihre wöchentliche Donnerstagsdemo für eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung der Region rund um Havelberg und die Rekommunalisierung aller Kliniken in die umliegenden Ortschaften (vgl. Haase 2021).

chen produktiv umzugehen (vgl. Höhner 2016: 275). Politische Bildungsveranstaltungen könnten daher auch in Sachsen-Anhalt einen entscheidenden Beitrag leisten, Akteure felderübergreifend und überregional zusammenzubringen und einen Austausch zu fördern. Sich weiter-bilden und zugleich heraus-bilden sind hierbei nicht als zwei verschiedene Prozesse zu verstehen, sondern als dialektisch miteinander verbundene, welche sich gegenseitig bedingen und ergänzen.

Eine weitere Form von Bildungs-Räumen, welche empirisch am Datenmaterial nachvollzogen werden konnte, waren Projektflächen. Darunter sind alle Räumlichkeiten wie beispielsweise Projekthäuser, Autonome Zentren oder Stadtteilläden zu verstehen, von welchen einerseits selbst eine progressive Praxis ausgeht, die also selbst als gesellschaftspolitischer Akteur agieren, und die andererseits ihre Räumlichkeiten als Ressource für andere progressive Akteure zur Verfügung stellen. In den geführten Interviews mit den Personen, welche in Projekthäusern in Sachsen-Anhalt aktiv sind, wurde deutlich, dass diese Orte, in Form von beispielsweise Autonomen Zentren, genau dies tun. Sie versuchen Orte zu schaffen, in denen Menschen und politische Akteure zusammenkommen können und entwickeln dafür Angebote. Diese Zielperspektive realisieren sie auch. So formulierten zum Beispiel die interviewten Aktiven des AZ *Kim Hubert* folgendes:

„Dann natürlich linksradikale Politik in die Stadt hineinzutragen [...]. Aber das sind vielmehr Gruppen, die sich dann hier im Haus organisieren und das dann irgendwie raustragen. Also das ist fast eher würde ich fast sagen, dass das Haus eigentlich die Basis dafür bildet“ (I KH).

Räumlichkeiten in Form von Projektflächen können also regionale Knotenpunkte für

progressive Akteure bilden. Diese bilden darüber hinaus Orte in Form einer verfügbaren Infrastruktur, in denen Menschen nicht nur zusammenkommen, sondern sich auch organisieren – Heraus-Bilden - und von dort aus eine progressive politische Praxis in die Gesellschaft hineinbringen können. Sie fungieren zudem, gerade in ländlichen Regionen, als Leuchttürme, welche zum Teil als einzige mit einer progressiven Praxis in die Region strahlen. So formulierten ebenfalls die Aktiven des AZ *Kim Hubert*:

„Also ich glaube wirklich, dass dieser Prozess über die letzten zehn Jahre seitdem es dieses Projekt in der Stadt gibt, also weil ich glaube seitdem es in den letzten zehn, zwölf Jahren [...] Also wir hatten jetzt kurz zehnjähriges Hausjubiläum und da hatten wir auch so ein bisschen drüber diskutiert. Da ist mir so aufgefallen in Gesprächen mit anderen Leuten, dass dieses Haus diese Stadt hier mittlerweile geprägt hat und auch Leute geprägt hat in dieser Stadt, Leute mitgenommen hat und die Stadt verändert hat“
(ebd.).

Darüber hinaus beschrieben die *Aktiven des AZ*, dass ihr Autonomes Zentrum als Politisierungsraum in der Region wirkt, in dem Menschen mit progressiven Inhalten in Kontakt kommen:

„Na, das ist glaube ich auch halt dem geschuldet, dass wir so in Salzwedel sind und es einfach genau viele Leute, die hier herkommen, relativ jung sind und eigentlich hier auch so teilweise ihre ersten Berührungspunkte haben mit linksradikaler Politik. Deswegen kommen die quasi nicht als so fertig gebackene Linksautonome hier her, sondern sind halt [...] so 16-jährige Kids“
(ebd.).

In diesem Zitat wird die andere Seite des schon in Kapitel 3 beschriebenen Doppelcharakters von Bildungs-Räumen deutlich: Sie fungieren als Orte, in denen Menschen sich politisch weiter-bilden. Im Interview mit der aktiven Person vom *Bündnis Dessau Nazifrei* wurde es als eine Herausforderung beschrieben, dass solche Projektflächen weniger als früher in Sachsen-Anhalt vorhanden seien und damit auch eine Jugendkultur wegbreche:

„Aber wenn wir mal beim grillen und chillen sind, dann ist so ein AJZ auch wertvoll. Hier kannst du mal ohne Stress deinen Tofu auflegen und mit dem Sterni anstoßen [...]. Das fehlt ein bisschen [...]. Das heißt also: Wir haben zurzeit die Tendenz, dass uns an der Subkultur etwas wegbricht. [...] Generell große Treffpunkte gibt es nicht mehr, wo man sich so mit Gleichgesinnten nochmal treffen kann. Und da sehe ich eine große Gefahr dabei, wenn das komplett wegbricht. Da waren wir in den 90er Jahren mal aktiver“ (I BDN).

Mit dem Wegfallen solcher Projektflächen verschwinden auch solche Bildungs-Räume. Umso wichtiger ist es, die bestehenden Bildungs-Räume in Sachsen-Anhalt zu unterstützen und sie damit in ihrer Funktion zu erhalten. Noch wünschenswerter wäre es darüber hinaus, wenn noch mehr solcher Bildungs-Räume in Sachsen-Anhalt entstehen würden, um – metaphorisch formuliert - einerseits die strahlende Wirkung vorhandener Leuchttürme zu erhöhen und andererseits bestimmte Regionen progressiv zu erhellen. Letzteres meint, dass sich durch neue Projektflächen auch neue geografische Räume erschließen lassen. Ein solch strategischer Ansatz wird von dem jungen Projekt-haus vom *Krass leben e.V.* versucht umzusetzen:

„Ja und dann war uns klar, ländlicher Raum ist uns wichtig. Ein bisschen Platz haben und auch irgendwo was machen, [...] wo es noch nicht so viel gibt. Also nach Leipzig brauchst du gerade nicht mehr gehen“ (I KL), formulierte die aktive Person des Vereins im Interview.

Solche Bildungs-Räume müssen nicht nur die Form von Projekthäusern annehmen. Für eine solche raumerschließende Praxis könnten sich auch beispielsweise Parteibüros eignen. Die *bewegungslinke Person* formulierte im Zusammenhang mit seinen Parteierfahrungen bei Die Linke:

„[...] wir [Die Linke] [...] leben von Bürostrukturen und da gibt es natürlich auch Büros, die kennt in der Bevölkerung nach 10 Jahren auch noch niemand, weil die, die das betreiben, die Abgeordneten halt, keine wirkliche Idee haben, was sie damit machen könnten. Also dass sie zum Beispiel aus so einem Büro heraus, dass so ein bisschen offener, ein bisschen niedrigschwelliger ist, auch wirkliche eine gute Stadtteilarbeit machen können und halt auch einfach Leuten einen Vernetzungsraum bieten können“ (I BL).

Hier wird deutlich, dass eine Veränderung der Organisationskultur zu einer verbindenden Partei den zivilgesellschaftlichen Akteuren Ressourcen zur Verfügung stellen könnte, um mit diesen auf Augenhöhe eine gemeinsame Praxis zu entwickeln. Praktische Beispiele wie dies gelingen kann, zeigen zum Beispiel die offenen Projekt- und Abgeordnetenbüros *linXXnet* in Leipzig. Diese *Büro's des neuen Typs* sind nicht Räume für Abgeordnete, sondern verbinden Parteipolitiker:innen und politische Zivilgesellschaft auf Augenhöhe und realisieren gemeinsame Projekt. Dieses Modell schaffte es auch über die Stadtgrenzen Leipzigs hinaus, und es existieren mittlerweile auch in vielen anderen Städten

ähnliche Projekt-Büros (vgl. *linXXnet* 2020). Solche Raumerschließungen durch Projektflächen wären in Sachsen-Anhalt außerdem mit der Chance verbunden, in den ländlichen Regionen des Bundeslandes erstmals eine progressive Praxis zu entfalten und bestehende Strukturen zu unterstützen. Durch partizipative, dialogische und offene Ansätze könnten die Menschen vor Ort aktiv in die politische Praxis mit einbezogen werden. Das wäre nicht nur als eine progressive Politik zum Mitmachen, sondern als eine zum Mitgestalten zu verstehen. Solche partizipativen Formate wie zum Beispiel das offene Plenum des AZ *Kim Hubert* stellen Kommunikationsräume dar, an denen auch andere progressive gesellschaftliche und politische Akteure teilhaben könnten.

Projekthäuser bieten darüber hinaus noch ein weiteres Potenzial. Sie können auch die schon bestehenden Kooperationen unterstützen, indem sie ihnen Räumlichkeiten als Ressource zu Verfügung stellen. So formulierte die aktive Person des *Soziokulturellen Zentrums Zora* in Halberstadt im Interview:

„Dass wir uns dort [#Unteilbar Sachsen-Anhalt] aktiv vernetzen und diesen Strukturen einen Raum geben [...]“ (I ZORA).

Gleichzeitig sind aktuell mit solchen physischen Räumen auch Herausforderungen verbunden. Am deutlichsten stach aus dem Datenmaterial das Wegfallen dieser räumlichen Ressourcen im Zusammenhang mit den notwendigen Kontaktbeschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie hervor. Dies wirkte sich laut dem Datenmaterial in zweifacher Weise auf die progressiven Akteure aus. Einerseits konnten die Projekthäuser als progressive regionale Akteure ihre Angebote nicht wie vor der Pandemie durchführen. Die aktiven Personen des AZ *Kim Hubert* formulierten darauf bezogen:

„Was jetzt auch nochmal mehr auffällt, weil [...] durch Corona [...] haben wir nicht offen und dadurch fehlt halt so ein bisschen [...] Zulauf von mehr Leuten von außerhalb, weil, genau, so rumhängen oder direkt am Haus was machen oder sich direkt am Haus einbringen ist auch nochmal etwas anderes als irgendwie eine Infoveranstaltung besuchen, da so mitzubekommen: Oh, es gibt ein Plenum. Da schaue ich mal so vorbei. Genau und deswegen [...] wird das auf jeden Fall gerade getrübt so ein bisschen, diese Idee von das Hausplenum ist offen. Hier sind relativ regelmäßig Leute von außerhalb oder die halt nicht so oft dabei sind. Also ich würde sagen, [...] bevor Ausgangsbeschränkungen und so waren – oder genau vor Corona – war das auf jeden Fall deutlich mehr an Leuten von außerhalb, die auf dieses Hausplenum gekommen sind, um Veranstaltungen zu machen oder [...] irgendwelche Workshops anzubieten [...]“ (I KH).

Selbst progressive Akteure, welche sich noch in der Gründungsphase befinden, schätzten dies genauso ein. So formulierte die interviewte Person vom *Krass leben e.V.* folgendes:

„Und dann halt gerade Corona [...] Also was sonst immer zieht sind Veranstaltungen, wo man Leute einladen kann und das ist halt gerade nicht so [...] im Moment ist das gerade gar nicht so schlecht, weil wir noch im Aufbau sind, aber wenn sich das noch ein paar Jahre hinzieht, dann wird es halt irgendwann schwierig“ (I KL).

Andererseits ist davon auszugehen - auch wenn dies im Datenmaterial nicht explizit beschrieben wurde – dass die Projektflächen durch die notwendigen Kontaktbeschränkungen nicht mehr als Bildungs-Räume fungieren können, also als Orte, an denen

sich Kollektiv-Akteure als Kooperationsverbände heraus-bilden könnten.

Die pandemische Situation hat sich zwar im Verlauf der Fertigstellung dieser Studie verändert und Lockerungen in den Kontaktbeschränkungen sind aufgrund sinkender Fallzahlen möglich geworden,¹⁸ dennoch wirkten sich die Kontaktbeschränkungen auf die Praxis von Projekthäusern als Bildungs-Räume negativ aus, weil die Orte ihre Praxis einstellen mussten und dadurch auch nicht mehr als Bildungs-Räume fungieren konnten. Allerdings wurden auch Gegenbeispiele deutlich. So beschrieben die interviewten Aktiven des *Rats* aus Obhausen, dass mit der Pandemie zwar eine gewisse Lethargie zu Beginn in ihrer gesellschaftspolitischen Praxis einsetzte, es aber dennoch gelang, mit dieser Herausforderung umzugehen, indem sie ihre Veranstaltungen und Angebote teilweise ins Digitale verlagerten.

„Also wir haben vorher auch so ein bisschen was gemacht, aber seitdem wir das Kulturzentrum gegründet haben, ist das halt – auch mit Corona – trotzdem in die Höhe gegangen. Also wir hatten mehr Veranstaltungen und auch mehr online“ (I RATS), formulierten die interviewten Aktiven.

Digitale Bildungs-Räume erhielten gerade im Rahmen der Corona-Pandemie eine besondere Bedeutung. Durch sie wurde versucht, eine verbindende Praxis trotz der notwendigen Kontaktbeschränkungen aufrechtzuerhalten. Welches verbindende Potential digitale Räume entfalten können, zeigte die Entstehung des #Unteilbar-Ablegers in

¹⁸ Trotz der Lockerungen der Kontaktbeschränkungen aufgrund sinkender Fallzahlen und zunehmend geimpfter Bevölkerungsanteile ist ein erneuter Lockdown oder eine Verschärfung der Kontaktbeschränkung nicht gänzlich ausgeschlossen. Deshalb bleiben die Herausforderungen, welche in der vorliegenden Untersuchung im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie aufgezeigt wurden, vermutlich auch für die Zukunft relevant.

Sachsen-Anhalt. Mitten im Lockdown 2021 entstand in Sachsen-Anhalt ein felderübergreifender Kollektiv-Akteur.

Solche Bildungs-Räume, welcher Form auch immer, sind jedoch nicht automatisch verbindende Räume. Es ist auch denkbar, dass verschiedenste Feld-Akteure diese Räume nutzen, ohne eine gemeinsame Praxis zu entwickeln. Sicherlich können auch verschiedene Feldakteure in solchen Räumen zu heterogenen Kooperationsverbänden organisch zusammenwachsen. Strategisch wäre es dennoch sinnvoll, hier nicht nur durch das Zurverfügungstellen von Räumen in eine Art Dienstleistungsmodus zu verfallen, sondern zu versuchen, sich dauerhaft mit anderen progressiven Akteuren – auch selbst verstanden als ein solcher Akteur - zu vernetzen, Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten und eine kollektive Handlungsfähigkeit zu entwickeln. Hierfür können Projektflächen eine entscheidende Scharnierfunktion einnehmen, um die einzelnen losen Mosaiksteine zu verbinden. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, können jedoch auch andere Faktoren unterstützen. Daran knüpfen folgende Ergebnisse an.

Der Kitt, um Mosaiksteine zu verbinden: Organische Vermittlungsintellektuelle und Scharnierinstanzen

Solche vermittelnden Akteure wurden schon in Kapitel 3 in Anlehnung an Candeias als sogenannte organische Vermittlungsintellektuelle vorgestellt. Darunter wurde ein neuer Typus von organischen Intellektuellen verstanden, welcher zwischen einzelnen Akteuren, deren Einstellungen, Orientierungen und Kulturen vermittelt und zu deren Verbindung beitragen kann, ohne dass die Akteure ihre Differenzen und relative Autonomie preisgeben müssen. Das Organische besteht laut Candeias darin, dass Teile

der Aktiven ausgestattet mit verschiedenen Identitäten zugleich in mehreren Akteursstrukturen tätig sind (vgl. Candeias 2020). Er verdeutlicht außerdem in Anlehnung an Gramsci, dass solche organischen Vermittlungsintellektuellen nicht ausschließlich als einzelne Personen gedacht werden müssen, sondern sich als Gruppen – also kollektive Vermittlungs- oder Scharnierinstanzen – verwirklichen sollten. In Sachsen-Anhalt könnten deshalb einerseits Projekthäuser als auch andere Formen von Bildungs-Räumen als solche Vermittlungsinstanzen – als Heraus-Bildungs-Räume - fungieren. Projekthäusern sollten aufgrund geringer Anzahl und die teilweise milieuspezifischen Zugänge in dieser Funktion jedoch nicht überbewertet werden. Außerdem fungieren solche Räume nicht automatisch durch ihre relative Offenheit als vermittelnde Instanzen, wie im vorherigen Abschnitt beschrieben wurde. Darüber hinaus ist ein aktives Zugehen von Aktiven auf die anderen Akteure notwendig. Hier können organische Vermittlungsintellektuelle eine entscheidende Funktion einnehmen, um diesen Prozess zu befördern.

Im Datenmaterial wurde deutlich, dass gerade einzelne Personen solche Vermittlungstätigkeiten praktisch übernehmen und dadurch Brücken zu anderen progressiven Akteuren bauen. Zum Beispiel formulierten die Aktiven des *Feministischen Kollektivs Magdeburg*:

„Auf jeden Fall würde ich sagen, dass Personen gut vernetzt sind und das wir auf jeden Fall Gruppen in Sachsen-Anhalt an anderen Orten auch kennen und dass es da auch irgendwie [...] eine Zusammenarbeit geben kann“ (I FK).

Einzelne Engagierte können also eine entscheidende Rolle einnehmen und aktiv auf andere Akteure zugehen, sich vernetzen, austauschen und dadurch Chancen einer gemeinsamen Praxis ausloten. Die interviewte Person vom *Bündnis gegen Pflegenotstand Mansfeld-Südharz* machte dies ebenfalls deutlich:

„Ich glaube, ich bin einfach mal hingegangen als die ein Treffen hatten und das online beworben haben und hab mit denen drüber gesprochen“ (I BP).

Eine solche offene, aufeinander zugehende Praxis kann einen Türöffner darstellen und neue Knotenpunkte erzeugen beziehungsweise bestehende Knoten miteinander verbinden. Solche vernetzenden Aktionen von Einzelpersonen sind wichtig, fungieren damit aber noch nicht als organische Vermittlungsintellektuelle, auch wenn diese Funktion aus solchen Aktivitäten entspringen kann.

Im Datenmaterial kristallisierten sich dennoch einzelne Beispiele von solchen organischen Vermittlungsintellektuellen heraus. Zum Beispiel offenbarte das Material verschiedene Personen, welche an den Schnittstellen zwischen der Partei *Die Linke*, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Akteuren agieren. Personen an solchen Schnittstellen, die in ihren Aktivitäten nach Verbindungen zu anderen Akteuren suchen und zu vermitteln versuchen, fungieren explizit als organischen Vermittlungsintellektuelle. Candeias formulierte im Zusammenhang mit dem strategischen Konzept der Mosaiklinken, dass die Entwicklung von solchen Vermittlungsintellektuellen eine wichtige Funktion zur Herausbildung eines linken Mosaiks einnehmen können.

Gerade auch Parteimitglieder, wie es die interviewte *bewegungslinke Person* ist, aber

auch andere Parteipolitiker wurden durch ihre vermittelnde Praxis als Unterstützung von den progressiven Akteuren wahrgenommen.

„Wir haben schon unsere Füße drin auf jeden Fall im Landtag. Auf jeden Fall mit der Linken. Die sind da wirklich diejenigen, die uns immer hilfreich unterstützen [...]“ (I VPK), formulierten die interviewten Personen des *Vereins Pro Krankenhaus Havelberg e.V.*

Gleichzeitig wurde von den gleichen Interviewpartner:innen auch eine negative Einschätzung gegenüber der institutionalisierten Politik als Verbündete deutlich.

„Eigentlich kann man nur sagen, dass man von der Politik enttäuscht ist. Aber richtig. Von denen wird man hingehalten. Es wird nichts gemacht. Die Gesundheit ist völlig egal, interessiert nicht“ (ebd.).

Hier werden empirische Kontraste deutlich: Einerseits werden solidarische Politiker:innen wertgeschätzt, andererseits sind enttäuschende Erfahrungen mit der institutionalisierten *Politik* im Allgemeinen verbunden. Auch andere Interviewpartner:innen berichteten von solchen Erfahrungen.

„Ich finde manchmal die politischen Vertreter hier, in dem Bereich [Antirassismus und Antifaschismus], [...] sehr blass und wenig engagiert. Als wir hier unser 10-jähriges Jubiläum gefeiert haben, war der Landrat hier. Das war auch sehr schön. [...] Aber ich glaube, sonst lässt man uns hier auch sehr in Ruhe. Oder negativ: Das da wenig Interesse ist“ (I ERP), formulierte die interviewte Person der *Evangelisch-reformierten Gemeinde Burg*.

Im letzteren Zitat wird darüber hinaus darauf verwiesen, dass es nicht nur an Unterstützung, sondern auch an Wertschätzung für

das Engagement der progressiven gesellschaftlichen Akteure fehle. Die interviewte Person der *Evangelisch-reformierten Petrigemeinde Burg* formulierte weiter:

„Nein, oder dass man sich mal bekennt zu [...] dieser Arbeit hier. Das man sagt: Das ist gut, was sie machen. Man könnte ja auch mal hier und da sagen: Toll, dass es das gibt. Das gefällt uns, damit identifizieren wir uns. Das erlebe ich hier nicht“ (I ERP).

Für eine Mosaiklinke ergibt sich hieraus für die politisch-institutionalisierten Akteure eine klare Aufgabe: Es muss eine solidarische Beziehung zu den gesellschaftlichen Akteuren hergestellt werden, um verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen. Dies könnte erst wieder eine Kooperation zwischen politisch-institutionalisierten und gesellschaftlichen Akteuren ermöglichen, was für eine starke Mosaiklinke unabdingbar bleibt. Eine Praxis, welche die Handlungsspielräume beider Akteurssphären verbindet und bestenfalls die Partei-Institutionen öffnet, um die integrierenden Absorbtionszwänge zu verhindern, wäre ein strategischer Ansatzpunkt (vgl. Candeias 2016: 20). Wie sich dies konkret gestaltet, bleibt eine Suchbewegung und kann sich nur in der Praxis erweisen. Es dürfe jedoch nicht der Fehler begangen werden, eine aktive Mitgliederpartei als eine neue Massenpartei zu verstehen. Die *bewegungslinke Person* formulierte darauf bezogen:

„In einer Gegenwart, in der Parteien nicht gerade an Attraktivität gewinnen, sondern stetig verlieren und nicht Politikverdrossenheit, sondern Parteienverdrossenheit zunimmt, ist es glaube ich keine sinnvolle Idee oder zielführende Idee, Leute davon zu begeistern, der nächsten linken Massenorganisation beizutreten. Das wird nicht funktionieren. Trotzdem brauchst du,

deswegen engagiere ich mich, trotz [...] großer Bauchschmerzen und vieler inhaltlicher Disparitäten mit einigen Akteuren in meiner Partei, [...] da, weil wir halt einfach [...] im Parlamentarismus ist die Funktion von Parteien einfach trotzdem noch immens und brauchst du einfach auch eine parteiliche Schnittstelle [...] allein aus funktionalen Gründen. Und ist ja auch gerade nicht wenig, was man da in der Opposition mit ausrichten kann“ (I BL).

Einerseits verdeutlicht die Formulierung eine klare Kritik an den gegenwärtigen Parteistrukturen und hebt andererseits die Notwendigkeit einer parteipolitischen Praxis als Schnittstelle zum Parlamentarismus hervor. Auch Urban formuliert deutlich, dass politisch-institutionalisierte Akteure in einer Mosaiklinken nicht außen vor gelassen werden dürfen. Er begründet dies damit, dass wichtige Errungenschaften im Recht und in den Haushalten nicht allein von gesellschaftlichen Kräften erkämpft wurden und von diesen gehalten werden können. Dafür seien Parteien und deren Vertreter:innen essentiell. Zugleich stellte er schon 2010 fest, dass eine Lücke im Parlamentarismus vorhanden sei, welche ein politische Mosaikakteur füllen müsste, der es schafft, der Kooptierung dieser Sphäre zu widerstehen. Urban sieht in der Partei Die Linke dieses Potenzial, einen solchen Mosaikakteur zu etablieren, und benennt für diese drei Schlüsselfunktionen. Erstens müsse sie als Vetospieler für falsche Weichenstellungen auftreten. Zweitens müsse sie emanzipatorische Impulse aus der Zivilgesellschaft aufnehmen und versuchen, diese auf der parlamentarischen Ebene zu verwirklichen. Drittens müsse sie in der Lage sein, den gesellschaftlichen Akteuren Korrekturvorschläge anzubieten und Feldakteure miteinander zu verbinden (vgl. Urban 2010). Diese drei Aspekte knüpfen an den Vorschlag einer verbindenden, aktiven Mitgliederpartei

an, wie sie im 2. Kapitel vorgeschlagen wurde. Eine solche Partei würde auch die Funktion einer Vermittlungsinstanz einnehmen. Parteiinterne organische Vermittlungsintellektuelle könnten diesen Prozess begleiten und unterstützen. Ihr Ziel sollte darüber hinaus sein, weitere Intellektuelle solchen Typs zu erkennen, herauszubilden und zu vernetzen. Die Entwicklung von Die Linke zu einer solchen verbindenden aktiven Mitgliederpartei wäre für die laufende Legislaturperiode eine Chance, welche sich nicht nur für die Partei, sondern auch für eine Mosaiklinke in Sachsen-Anhalt auszahlen könnte. Denn ein handlungsfähiger parlamentarischer Akteur ist ein wichtiger Mosaikstein für die Durchsetzungsfähigkeit eines heterogenen Kooperationsverbunds.

So viel Potenzial einzelne Aktive in der Vermittlungsarbeit auch entfalten können, es bleibt damit auch immer eine Herausforderung verbunden: Wenn einzelne Personen als organische Vermittlungsintellektuelle agieren und diese Tätigkeit monopolisieren, besteht die Gefahr, dass mit dem Wegfall der Aktivität dieser Personen auch die entwickelten Verbindungen und Kooperationen wegbrechen. Dieser Prozess wurde auch im Datenmaterial deutlich. So beschrieb die interviewte *bewegungslinke Person* folgendes:

„Ich nehme jetzt mal das Beispiel Stendal. [...] Da hat sich vor einiger Zeit mal auch so [...] innerhalb studentischer Milieus so eine etwas radikalere Vernetzung gegründet und die haben auch eigentlich ordentlich Zulauf gehabt, aber jetzt zieht jetzt zum Beispiel eine Person, die das da maßgeblich mit initiiert hat [...] weg aus Stendal, weil er bald fertig ist mit seinem Studium und der will nach Leipzig. Ist halt klar. Ist halt so die typische Story. [...] Der, der das dort maßgeblich zusammengehalten hat, ist halt

weg. Mal gucken, ob die noch eine Chance haben zu überleben. Das ist halt immer so der Struggle [...]“ (I BL).

Auch in dem Interview mit dem Gründungsmitglied der *SoLawi* wurde diese strukturelle Herausforderung angedeutet:

„Auch am Ball zu bleiben. [...] Also wir sind halt eine ziemlich konstante Orga-Gruppe [...], wo jetzt nicht viele Leute ausgeschieden sind, in den drei Jahren. Also das könnte sicherlich auch eine Herausforderung werden, wenn mal drei, vier Leute, die sehr aktiv sind, wegziehen oder so etwas“ (I SOL), formulierte die interviewte Person.

Die Frage ist also, wie Akteursstrukturen geschaffen werden können, welche trotz sich verändernder Zusammensetzung der Aktiven bestehen bleiben und dabei ihre Vernetzungen und Kooperationen aufrechterhalten? Einen Vorschlag dafür formulierte die *bewegungslinke Person*:

„Also diese Sache, die Gruppen einfach auch lernen müssen, zum Beispiel [...] Verantwortung zu übertragen, das ist zum Beispiel etwas, was man gut ohne paternalistisch zu sein [...] was man als Angebot gut mitgeben kann. Das man einfach Gruppenorganizing, Strukturorganizingworkshops einfach in so einer Gründungsphase anbietet, damit Leute einfach nicht von Anfang an die altbekannten Fehler machen, wie zum Beispiel Verantwortung monopolisieren, [...] sondern dass man gleich auf dem Schirm hat, ja dass man irgendwie einen harten Kern hat, der auch basisdemokratisch Sachen bestimmt, sodass man auch Verluste kompensieren kann, und dann letztlich geht es auch um Wissenstransfer, um [...] das gemeinsame Erwerben von Fähigkeiten und Kenntnissen“ (I BL).

Was hier beschrieben wird, ist die Fähigkeit, Akteursstrukturen zu schaffen, welche von Beginn an versuchen, Verantwortungen auf so viele Schultern wie möglich zu verteilen und dies kontinuierlich fortzuführen, um dadurch beständiger und weniger anfällig für den Verlust der ganzen Handlungsfähigkeit durch das Wegbrechen einzelner engagierter Personen zu sein. Diese breite Verteilung von Fähigkeiten könnte auch auf die spezielle Aufgabe von organischen Vermittlungsintellektuellen übertragen werden. Es muss daher nicht nur Aufgabe sein, solche organischen Intellektuellen zu nutzen, sondern auch einer Monopolisierung dieser Verantwortung entgegenzuwirken, indem durch partizipative, basisdemokratische Akteursstrukturen immer wieder neue Vermittlungsintellektuelle integriert werden oder darauf hingearbeitet wird, dass sich neue herausbilden. Solche basisdemokratischen Strukturen sind in Sachsen-Anhalt vorhanden, wie die Porträts der Initiativen verdeutlichen. Durchweg alle Interviewpartner:innen beschrieben ihre Struktur als basisdemokratisch.

Organizing, verstanden als Prozess, eine ständig wachsende Basis zu forcieren und Menschen, welche zuvor noch nicht aktiv waren, dauerhaft politisch zu aktivieren (vgl. McAlevey 2019: 35), könnte daran ansetzen, die Kerngruppe zu stärken und Fähigkeiten zu teilen. Zudem wäre es auch denkbar, eine Art Organizing-Typus zu entwickeln, der bewusst darauf setzt, felderübergreifende Vernetzungen und Kooperationen zu entwickeln und auszubauen. Dies könnte versuchsweise als mosaiklinkes Organizing bezeichnet werden und würde auch darauf abzielen, zu versuchen, immer wieder neue organische Vermittlungsintellektuelle zu gewinnen. Dieser Gedanke knüpft an Candeias Vorschlag an, massenhaft transformative Organizer:innen für eine aufsuchende Praxis auszubilden. Er versteht darunter eine

Art Bewegungsschule für Vermittlungsintellektuelle (vgl. Candeias 2016: 20). Dies wäre ein Werkzeug für progressive Akteure, auf struktureller Ebene die Kompetenz zu entwickeln und Verbindungen mit anderen Akteuren herauszubilden, um eine kollektive Handlungsfähigkeit zu produzieren. Ziel wäre somit eine Mosaiklinke zu organisieren und zu versuchen, den Kreis an beteiligten Akteuren ständig zu erweitern.

Ein weiterer strategischer Ansatzpunkt, der bereits in Kapitel 3 vorgeschlagen wurde, waren feldspezifische Vermittlungsinstanzen, welche durch ihre Praxis versuchen, in bestimmten Feldern Kooperationen unter den Akteuren zu herzustellen. Eine solche feldspezifische verbindende Praxis wäre ein strategischer Schritt, um eine feldspezifische Handlungsmacht zu entwickeln und diese als Ausgangspunkt für eine feldübergreifende Handlungsfähigkeit zu nutzen. Einen empirischen Ansatzpunkt von solchen kollektiven Scharnierinstanzen bildet das *Bündnis Gesundheit ohne Profite*. Sie formulieren nicht nur die strategische Notwendigkeit, durch Kooperationen Kräfte zu bündeln, sondern versuchen auch selbst, eine vermittelnde Funktion als Vehikel zur Herstellung einer kollektiven Handlungsfähigkeit einzunehmen.

„Und was wir glauben ist, es ist wichtig, einen Akteur zu haben, wo Leute aus Gewerkschaften drin sind, wo Leute – von mir aus auch – aus Parteien drin sind [...] und wo Leute drin sind aus außerparlamentarischen Zusammenhängen, sozialen Bewegungen [...]. Also wo Leute aus verschiedenen Bereichen drin sind, die verschiedene Logiken auch haben, wie sie agieren und arbeiten und auch wie sie arbeiten können [...]. Wir wollen einen Akteur schaffen, der zu dem Gesundheitsbereich sprech- und arbeitsfähig ist und der

Menschen zusammenbringt und [...] der vielleicht eine Dynamik entwickeln kann, [...] um diesem Bedürfnis nach einer Gesundheitsversorgung ohne Profit irgendwie durchzusetzen“ (I GOP).

Feldspezifische Handlungsmacht soll laut der interviewten Person durch die Konstitution eines Kollektiv-Feldakteurs entwickelt werden, welcher unterschiedliche Ressourcen der einzelnen Mosaiksteine bündelt und versucht, diese in eine gemeinsame Handlungsfähigkeit zu überführen. Ein derart feldspezifischer Kooperationsverbund, der sich an einem Thema formiert, könnte wiederum in der Lage sein, auch felderübergreifend Akteure in seine Praxis zu integrieren. Eine Voraussetzung dafür wäre ein verbindendes Thema, in welchem sich die verschiedenen Akteure mit ihren Anliegen wiederfinden können.

Gesundheit als felderverbindendes Thema einer Mosaiklinken in Sachsen-Anhalt?

Kooperationen können nicht nur durch Bildungs-Räume, Vermittlungsintellektuelle und Scharnierinstanzen, sondern auch felderverbindende Themen, an denen sich eine gemeinsame Zielperspektive erarbeiten lässt, befördert werden. Solche Themen können Einstiegsprojekte für eine Mosaiklinke darstellen, indem die verschiedenen Feld-Akteure ihre Interessen und Anliegen anhand eines allgemeinen Themas re-formulieren und dadurch die Interessen der anderen Akteure solidarisch re-artikulieren können (siehe Kapitel 3). Solche felderverbindenden Themen sind wiederum dauerhaft von gesellschaftlichen Konjunkturen und sozialen Auseinandersetzungen abhängig und müssen daher immer wieder neu aufgespürt, analysiert und praktisch erprobt werden. Inwiefern konkrete Themen sich eignen, Akteure felderübergreifend zu verbinden, ist

damit nicht nur eine analytische Frage, sondern auch eine praktische Suchbewegung. Eine Herausforderung dabei bleibt, solche Themen zu erkennen und so zu bearbeiten, dass sich ihr felderverbindendes Potenzial entfaltet. Denn eine automatische Verbindung nur aufgrund des Themas wird vermutlich in den wenigsten Fällen ausreichen, felderübergreifende Kooperationsverbünde zu entwickeln. Es braucht vielmehr zugleich eine Vermittlungsarbeit und Bildungs-Räume, um in einen felderübergreifenden Arbeitsmodus zu kommen. Das Thema stellt somit nur eine gemeinsame Arbeitsgrundlage dar, auf dessen Fundament das Gemeinsame für eine politische Praxis erarbeitet werden kann (siehe Kapitel 3).

In Sachsen-Anhalt schaffte es das zivilgesellschaftliche Bündnis #Un teilbar, verschiedene Feldakteure im Zusammenhang der anstehenden Landtagswahl im Juni 2021 zu verbinden und sich mosaiklinks zu formieren. Im Kapitel 2.8 und 3 der vorliegenden Untersuchung wurde der Ausblick formuliert, dass sich in Zukunft zeigen wird, inwiefern sich das Bündnis als kritischer Kooperationsverbund verschiedener Feldakteure konsolidieren und damit seine Praxis aufrechterhalten kann. Dafür könnte das Wissen um felderverbindende Themen hilfreich sein, ohne dadurch sofort zu versuchen, solche heterogenen Bündnisse ausschließlich auf ein Thema zu reduzieren. Vielmehr müsse auch hier eine solidarische felderübergreifende Praxis entwickelt werden - eine autonome Kooperation, welche die Feldkämpfe nicht hierarchisiert, sondern Synergieeffekte erkennt und bündelt, wie im Kapitel 3 am Beispiel der Mieter:innen-, Krankenhaus- und Klimabewegung angedeutet wurde. Dadurch wären solidarische Re-Artikulationen, also das Aufnehmen der Interessen der anderen Feldakteure in die eigenen, möglich, ohne die eigenen

Interessen denen der Anderen unterzuordnen. #Unteilbar Sachsen-Anhalt schaffte es zwar, unter dem Slogan *Für eine demokratische und offene Gesellschaft* im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen und parlamentarischen Rechtsruck eine kollektive Handlungsfähigkeit verschiedenster Feldakteure zu entwickeln. Dennoch verbleibt dieser Anlass in einem eher symbolischen Abwehrkampf. Die Landtagswahl zeigte zudem deutlich, wie sich die reaktionäre Hegemonie konsolidierte, ohne dass das Bündnis daran wesentliches ändern konnte. Selbstverständlich soll die Bedeutung von #Unteilbar Sachsen-Anhalt damit nicht relativiert werden, und es war eine notwendige Formierung, um zu zeigen, dass es trotz dieser Verstetigung immer noch progressive Akteure gibt, die bündnisfähig und motiviert sind, sich als Korrektiv dieser Entwicklung entgegenzustellen. Gleichzeitig ist jedoch mehr als das notwendig. Es bedarf konkreter transformatorischer Einstiegsprojekte, welche mit diesem Abwehrkampf verbunden werden, um eine kollektive Handlungsmacht entwickeln, die es schafft, spürbare Veränderungen durchzusetzen. Es darf nicht nur ein bürgerlicher Kampf gegen konservative und rechte politische Entwicklungen geführt werden, sondern auch gegen den neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus und dessen Tendenzen der sozialen und politischen Desintegration. Es ist notwendig, sich der Zerstörung von Gesellschaftlichkeit entgegenzustellen, wenn man die Ursachen für die Zunahme rechter Wahlerfolge und das Steigen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in den Veränderungen der ökonomischen, politischen und sozialen Struktur verortet, welche mit der neoliberalen Restauration des Kapitalismus zusammenhängen (siehe Punkt 2.5).

Ein solches felderverbindendes Thema in Sachsen-Anhalt, an welchem sich eine antikapitalistische Transformationsperspektive entwickeln könnte, wäre eventuell die Versorgung und die Arbeitsbedingungen im Gesundheitssektor. In Kapitel 2.7.2 dieser Untersuchung wurden die verschiedenen Gesundheitskämpfe in Sachsen-Anhalt, ihre molekulare Organisation für bessere Versorgungsbedingungen und Beschäftigungsverhältnisse, als thematisches Potenzial bewertet, an dem sich eine gesellschaftliche Linke offensiv und felderübergreifend formieren könnte. Diese These kommt nicht von ungefähr. In Kapitel 3 wurde anhand verschiedener Krankenhausbewegungen in Berlin verdeutlicht, wie sich Akteure aus verschiedenen Feldern solidarisch aufeinander beziehen können. Auch in den geführten Interviews wurden verschiedene Anhaltspunkte deutlich, welche vermuten lassen, dass in Sachsen-Anhalt die aktuellen Gesundheitskämpfe und die in diesem Zusammenhang entstandenen Organisationen ein felderverbindendes Thema darstellen könnten, um Machtverhältnisse zugunsten progressiver Akteure und entgegen der neoliberalen Verhältnisse zu verschieben. Folgende fünf Anhaltspunkte für diese These wurden aus dem erhobenen empirischen Material deutlich:

Erstens entstanden in den letzten Jahren in Sachsen-Anhalt verschiedene Feldakteure, welche regional und überregional aktiv sind (Bündnis gegen *Pflegenotstand Mansfeld-Südharz*, *Bündnis Gesundheit ohne Profite*, *Verein Pro Krankenhaus Havelberg e.V.* und weitere). In den Porträts der gesellschaftlichen Akteure wurden einige verschiedene Feldakteure vorgestellt, welche sich alle im Kern auf ähnliche transformative Zielperspektiven beziehen:

1. Die Forderung nach einer Entlastung der beschäftigten Lohnabhängigen.
2. Eine damit verbundene Verbesserung der Gesundheitsversorgung.
3. Und die Einsicht, dass eine Dekommodifizierung im Sektor notwendig ist – also Gesundheit keine Ware mehr sein darf, mit der Profite generiert werden -, um die ersten zwei Forderungen umzusetzen.

Zweitens existieren und existierten bereits verschiedene kooperative Verbindungen, wenn auch nur temporär. So erklärte die interviewte Person des *Bündnisses gegen Pflegenotstand Mansfeld-Südharz*:

„Wir haben sehr gute Kontakte zu unserem ver.di Jugendsekretär und da auch schon ein paar Aktionen gemacht innerhalb der Berufsschule [...] und hatten so einen Stammtisch mit einer Berufsschulklasse. [...] Wir versuchen schon viel mit ver.di und Die Linke zusammenzuarbeiten, weil die politisch ja auch die Ziele verfolgen, die den Pflegenotstand beenden würden“ (I BP).

Außerdem sei das Bündnis aus Mansfeld-Südharz *„[...] mit Sintoma und den ganzen Bündnissen aus Halle gut“* (ebd.) vernetzt und unterstützte laut der interviewten Gewerkschaftssekretärin auch die Streikenden von Ameos in Sachsen-Anhalt im Jahr 2020.

„Wir haben auch Unterstützung gehabt [...] vom Bündnis für Pflege aus Eisleben [Bündnis gegen Pflegenotstand Mansfeld-Südharz]“ (I VG), formulierte die Gewerkschaftssekretärin.

Auch die Aktiven des *Vereins Pro Krankenhaus Havelberg e.V.* und das *Bündnis*

Gesundheit ohne Profite Halle beschrieben in den Interviews, dass sie untereinander als auch mit anderen Akteuren aus dem Themenfeld *Gesundheit* vernetzt seien und immer wieder anlassbezogene Kooperationen bestanden.

Das Thema *Gesundheit* sticht außerdem als felderverbindendes Thema hervor, weil es **drittens** ein Oberthema ist, das offensichtlich verschiedene Menschen tangiert. Die interviewte Person des *Bündnis' Gesundheit ohne Profite Halle* beschrieb dies folgendermaßen:

„Das hier [die Gesundheitsfrage] zusammenzubringen, einerseits Beschäftigteninteressen bzw. deren Perspektiven in den Vordergrund zu bringen, aber das auch zusammen zu denken mit den Patient:innen, weil die genauso davon betroffen sind“ (I GOP).

Dadurch bietet das Thema das Potenzial, dass unterschiedliche progressive Feldakteure ihre Interessen in diesem Oberthema wiederfinden und ihre eigenen Positionen darin reformulieren könnten. Gerade für Care-Arbeit¹⁹ ist es von großer Bedeutung, dass in den Kämpfen um bessere Arbeitsbedingungen auch die Menschen, welche Care benötigen, mit einbezogen werden. Solche Vernetzungen von progressiven Akteuren könnten auch noch weiter gefasst werden und versuchen, Care-Aktivist:innen zu vernetzen. Winker sieht dies als wichtigen Schritt an, eine Care-Bewegung zu konstituieren, welche in der Lage ist, eine konkrete

¹⁹ Der Begriff Care-Arbeit fokussiert laut Winker Arbeitsinhalte und umfasst konkrete Sorgetätigkeiten, ohne dabei – wie der Begriff der Reproduktionsarbeit – in entlohnte und unentlohnte (z.B. Hausarbeit) zu unterscheiden. Weil der Begriff die Arbeitsinhalte von sorgenden Tätigkeiten analytisch und theoretisch zentriert, nimmt er auch stärker menschliche Bedürfnisse in den Blick und eignet sich deshalb hervorragend als strategische und utopische Kategorie, um Entwürfe einer solidarischen und bedürfnisorientierten Gesellschaft zu diskutieren (vgl. ebd.: 17).

Utopie zu formulieren, in soziale Bewegungen hineinzutragen und damit ihre Interessen mit denen der anderen zu verbinden, um diese und sich selbst zu stärken (vgl. Winker 2015: 152ff.). Ansätze einer solchen verbindenden Praxis wurden auch im Datenmaterial deutlich. So zeigte das *Bündnis Gesundheit ohne Profite Halle* wie dies möglich sein kann. An der im Mai 2020 organisierten Aktionswoche Vergesellschaften statt Klatschen in Halle schloss sich beispielsweise auch das aktionsorientierte Klimabündnis *Ende Gelände Halle* an und verband seine Positionen mit denen des *Bündnisses Gesundheit ohne Profite*. In einem Redebeitrag formulierten sie: „Sowohl der Zustand unseres Gesundheitssystems, sowie die Corona-Krise als auch die ökologische Krise zeigen auf, dass in einem auf Wachstum und Profite ausgelegten Wirtschaftssystem ökonomische und sozialen Interessen gegeneinander abgewogen werden. Dadurch werden Ungleichheiten, die dann oft als 'natürlich' deklariert werden, verschärft“ (Ende Gelände Halle 2020). Solche anlassbezogenen felderübergreifenden Kooperationen sind bisher leider nur die Ausnahme, dennoch veranschaulichen solche Beispiele, dass eine felderübergreifende Kooperation zu konkreten Themen möglich sein kann. Hieran könnte auch zukünftig angeknüpft werden.

Ein weiterer Anhaltspunkt für die These, das Gesundheit als felderverbindendes Thema in Frage kommen könnte, ist **viertens** die in den Interviews deutlich formulierte Einschätzung, dass die Thematiken Versorgungsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen im Gesundheitssektor ein hohes Mobilisierungspotenzial entfalten könnten. „Wir haben vor allem positive Erfahrungen gemacht von Menschen, die nicht aus der [linken] Szene kommen“ (I GOP), formulierte die interviewte Person des *Bündnis Gesundheit ohne Profite Halle*. Es beschrieben auch mehrere andere

Akteure die Erfahrung, dass es viel Zustimmung für progressive Forderungen seitens der Bevölkerung gebe und diese sich deshalb auch zu Protesten mobilisieren ließe. So formulierten die Aktiven des *Vereins Pro Krankenhaus Havelberg* beispielsweise: „Wir hatten am 25. Juni [2020] [...] nochmal eine Demo gemacht und da waren 500“ (I VPK). Auch die aktive Person vom *Bündnis gegen Pflegenotstand Mansfeld-Südharz* berichtete von solchen positiven Erfahrungen. Bei ihrem Gründungstreffen kamen auf Anhieb 20 interessierte Menschen.

Auf die Frage, warum dieses Thema gerade in Sachsen-Anhalt von der Bevölkerung viel Zuspruch erhalte, erklärte die interviewte Gewerkschaftssekretärin von *ver.di*:

„Naja, ich sage mal die Menschen [...], die in den Salzlandkliniken arbeiten, muss man ja auch drum herum sehen, was ist denn da noch außer den Krankenhäusern [...]. Was sind da für Wirtschaftszweige, [...] wo finden da viele Arbeit. Gerade nach der Wende sind ja auch viele Wirtschaftsbetriebe in die Knie gegangen und viele sind, Partner oder Partner:innen, habe nach Möglichkeiten gesucht Arbeit zu finden, und da war derjenige, der im Krankenhaus beschäftigt war oder ist der Hauptverdiener. Und die meisten sind da geboren, die ganzen Familien, die Verwandten [...]. Und da sprechen die natürlich zu Hause drüber [...] und dann sind Menschen da empört, und das hat glaube ich dazu geführt, dass die Solidaritätsbekundungen da von den Bürgern und Bürger:innen auch von den Vereinen kam und die sich dann auch getraut haben, da ans Mikrofon zu gehen und zu sagen, wie sie sich versorgt gefühlt haben in dem Krankenhaus und dass sie viel Kraft und Glück wünschen und dass denen das gar nicht so bewusst war“ (I VG).

Es verbinden sich laut der Einschätzung der Gewerkschaftssekretärin zwei Prekarisierungserfahrungen: Erstens eine spezifisch ostdeutsche Unsicherheits-erfahrung durch das Wegfallen der Wirtschaftsstandorte in Sachsen-Anhalt im Zusammenhang mit dem Strukturwandel seit 1990. Und zweitens eine weitere durch den laufenden neoliberalen Strukturwandel, der ebenfalls Abstiegs- und Verlustängste hervorruft (siehe Kapitel 2.1 und 2.5). Eine Folge dieser doppelten Prekarisierungserfahrung sei die Zustimmung zu den Gesundheitskämpfen in der Bevölkerung: „Da hat man schon gemerkt: Die finden das [die Proteste] gut, die Menschen drum herum“ (ebd.), formulierte die Gewerkschaftssekretärin weiter.

Das Bündnis Gesundheit ohne Profite Halle sieht deshalb in dem Thema eine Möglichkeit, Menschen aus Sachsen-Anhalt für progressive Perspektiven zu mobilisieren und gleichzeitig eine abstrakte Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen an konkreten Erfahrungen nachvollziehbar zu formulieren.

„Also ich glaube es ist total wichtig über abstrakte Fragen nachzudenken. Das ist total notwendig. Aber ich glaube in der Praxis sozusagen, muss man irgendwo ansetzen, wo es die Lebenswirklichkeit von Menschen erreicht. Und wo es am besten auch eine Lebenswirklichkeit von unterschiedlichen Menschen erreicht und ich glaube, dass geht gut über so was wie wohnen und Gesundheit, weil alle Menschen [...] betrifft das irgendwie“ (I GOP), beschrieb die interviewte Person des Bündnisses aus Halle.

Der Widerspruch zwischen dem Bedürfnis nach Gesundheit und der Sorge, dass diesem in einem der reichsten Länder Europas nicht nachgekommen wird, ist eine konkrete Erfahrung, an der Analysen, warum dies so ist, ansetzen können und sich radikale Forde-

rungen mobilisierungstauglich in Sachsen-Anhalt manifestieren könnten.

„Und ich glaube diesen Widerspruch erkennen Menschen [der Mangel an Gesundheitsversorgung in einem der reichsten Länder Europas] und der ist ihnen zumindest auch unterbewusst bewusst. Und wenn man diesen Widerspruch offensiv rausträgt und sagt: Hey, es gibt hier ein Missverhältnis, dann stimmen die meisten Menschen dem erst mal zu intuitiv“ (ebd.).

Solche Erfahrungen sind relevant. Sie setzen am Alltagsverstand der Menschen an und offenbaren konkrete Ansatzpunkte, an denen eine antikapitalistische Gesellschaftskritik formuliert werden kann. Dieses Zusammenspiel von konkreten Erfahrungen und abstrakter Kritik in Verbindung mit realpolitischen Nahzielen, welche zugleich eine utopische Perspektive vorstellbar machen, die über die bestehenden Verhältnisse hinausragt, bietet eine Chance, in Sachsen-Anhalt eine offensive Linke der Vielen zu formieren. Hier könnte außerdem eine transformatorische Perspektive eines Infrastruktursozialismus ansetzen, wie ihn Zelik bezeichnet. Darunter versteht er den „[...] Kampf um den Ausbau öffentlicher Güter. Nicht nur Gesundheit, sondern auch Bildung, Nahverkehr, Kinderversorgung, Altenpflege, Wohnen, Kommunikationsnetzwerke, Wasser und Elektrizitätsversorgung sind öffentliche Aufgaben“ (Zelik 2020: 243). Zelik hebt hervor, dass Gemeineigentum bei solchen Gütern dem Alltagsverstand plausibler erscheinen, unter anderem weil diese Güter als moralisch-ökonomisches Grundrecht erachtet werden (vgl. ebd.). Auch in Sachsen-Anhalt ist eine solche moralisch-ökonomische Perspektive nach den Erfahrungen der progressiven Akteure beim Thema Gesundheitsversorgung vorhanden. Hieran könnte eventuell auch eine Revitalisierung

des Sozialismusbegriffs, wie schon in Kapitel 2.5 vorgeschlagen, anknüpfen.

Trotz der vielen positiven Erfahrungen und Ansatzpunkte, die in den Interviews deutlich geworden sind, bleibt das Themenfeld Gesundheit in Sachsen-Anhalt für die gesellschaftlichen Akteure mit unterschiedlichen Herausforderungen verbunden. Eine davon, welche aus dem Datenmaterial deutlich wurde, ist die Strategielosigkeit bei dem Versuch der Rekommunalisierung oder Vergesellschaftung von Krankenhäusern und andere Gesundheitseinrichtungen. Alle interviewten Akteure aus diesem Themenfeld formulierten als politisches Ziel, dass eine Entprivatisierung, Dekommodifizierung und Rückführung von Krankenhäusern und anderen Gesundheitseinrichtungen in die öffentliche Hand notwendig sei, um den Tendenzen zunehmender Versorgungsherausforderungen und sich verschlechternder Arbeitsbedingungen in diesem Sektor entgegenzuwirken. Zugleich machten sie jedoch auch deutlich, dass es an konkreten Ansatzpunkten fehlt, wie dies umgesetzt werden könnte. Die Gewerkschaftssekretärin formulierte beispielsweise:

„Ja, ich weiß nicht, wie man das zurückholt. [...] Ich meine die Verträge, die damals gemacht wurden, sind wahrscheinlich so wasserdicht und bei solchen Rechtsanwaltskanzleien wie Ameos, wie will man die enteignen. Und man muss halt sehen: Welche politische Kraft haben wir denn“ (I VG)?

Auch bei den anderen Akteuren blieben Ansatzpunkte hierfür bis jetzt unkonkret. Das *Bündnis Gesundheit ohne Profite Halle* erklärte nur allgemein, dass sie Kämpfe verbinden wollen *„[...] um diesem Bedürfnis nach einer Gesundheitsversorgung ohne Profit irgendwie durchzusetzen“ (I GOP).*

Darüber hinaus beschrieben mehrere Akteure auch die Erfahrung einer Perspektivlosigkeit und eine fehlende Einschätzung des Transformationspotenzials an der Basis. So teilte das *Bündnis Gesundheit ohne Profite Halle* beispielsweise folgende Einschätzung im Kontext einer Vergesellschaftung des Gesundheitssektors in Sachsen-Anhalt:

„Menschen können sich nicht vorstellen, wie das bezahlbar sein soll“ (ebd.).

Diese fehlende Vorstellungskraft, gesellschaftliche Veränderungen anzustoßen, beschrieb auch die interviewte Person vom *Bündnis gegen Pflegenotstand Mansfeld-Südharz*.

„Wir waren zum Beispiel mal im Betrieb, ich und ein Kumpel, zum flyern und haben Flyer hingegeben und die meinte: Es wird sich ja eh nichts ändern. Da dachten wir: Das ist ja klasse. Wir gehen hier in unserer Freizeit rein und versuchen mit denen zu reden und dann kriegst du so eine Antwort. Das waren halt Rückschläge so teilweise“ (I BP).

Es kann an dieser Stelle geschlussfolgert werden, dass derartige Erfahrungen mit der bisherigen Strategielosigkeit der politischen Forderungen nach Rekommunalisierung verbunden sein könnte. Gerade solche Forderungen benötigen konkrete Ansatzpunkte, wie sie umgesetzt werden können. Erste Ansatzpunkte wie Rekommunalisierungen generell gelingen könnten und welche politisch-strategischen Aspekte berücksichtigt werden sollten, existieren bereits. Zum Beispiel der in erneuter Auflage herausgegebene Leitfaden zur Rekommunalisierung der Fraktion Die Linke im Bundestag (vgl. Fraktion Die Linke im Bundestag 2021). Auch wenn solche Papiere nicht als Allheilmittel betrachtet werden dürfen und solche Vorhaben immer eine fallbezogene Suchbe-

wegung bleiben, bieten sie Orientierungen, welche anschließend kollektiv mit verschiedenen Feld-Akteuren konkretisiert werden müssen. Das Rechtsgutachten von Prof. Dr. Joachim Wieland, das dieser für das Universitätsklinikum Marburg-Gießen im Auftrag von *ver.di*, der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* und *Die Linke* erstellte, könnte auch für die überregionalen Gesundheitskämpfe in Sachsen-Anhalt einen strategischen Ansatzpunkt bieten. Die damit verbundene Möglichkeit, ehemals kommunale Kliniken wieder in die öffentliche Hand zu überführen - oder noch besser: genau wie von *Deutsche Wohnen und Co zu enteignen!* - und eine Anstalt des öffentlichen Rechts zu schaffen, welche von den Patient:innen und Beschäftigten demokratisch verwaltet wird - könnte eine konkrete Perspektive darstellen, an denen sich eine Mosaiklinke formiert. Darüber hinaus wäre es ein Ansatzpunkt, progressive Modellprojekte im Lokalen zu verwirklichen, beispielsweise in Form von Polikliniken oder anderen sozialmedizinischen Zentren. Das Konzept der sozialmedizinischen Zentren umfasst folgende Perspektive: „Statt die ambulante Versorgung selbstständigen Unternehmer_innen in Einzelpraxen zu überlassen, soll sie – wie in vielen anderen Ländern – von miteinander kooperierenden Gesundheitsprofessionellen (Ärzt_innen, Therapeut_innen, Krankenpfleger_innen etc.) erbracht werden, die in Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) oder Polikliniken angestellt sind. Diese könnten auch an – nicht kommerziell arbeitende – Krankenhäuser angeschlossen sein oder mit diesen eng zusammenarbeiten“ (Rakowitz 2017: 35). Multiprofessionelle Teams von Ärzt:innen, Pfleger:innen und auch anderen Professionen, wie zum Beispiel Sozialarbeiter:innen, arbeiten laut diesem Konzept nach einem ganzheitlichen Ansatz kooperativ zusammen. Die Beschäftigten wären bei der Kommune angestellt, um Behandlungsentscheidungen von den

Einkommen des Zentrums zu trennen. Gesundheit wäre dann keine Ware mehr, sondern ein Gut, welches bedarfsgerecht zur Verfügung steht (vgl. ebd.: 35ff.). Solche Pilotprojekte in Sachsen-Anhalt könnten einen emanzipatorischen Horizont eröffnen und zeigen, dass es auch anders gehen kann, dass ein anderes Gesundheitssystem möglich ist. Dies könnte potenzielle Enteignungskampagnen mit einer progressiven Perspektive, wo es hingehen kann, ausstatten

Daran könnte verdeutlicht werden, dass eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung möglich ist und eine Dekommodifizierung, eine Vergesellschaftung und Demokratisierung des Gesundheitssektors möglich ist.

Fünftens konstituierte sich in Sachsen-Anhalt, wie schon im vorherigen Abschnitt ausgeführt, mit dem *Bündnis Gesundheit ohne Profite Halle* eine Scharnierinstanz, welche darauf abzielt, verschiedene feldspezifische und -übergreifende Akteure zu verbinden und eine kollektive Handlungsfähigkeit auf Bundeslandebene in einem Themenfeld zu realisieren.

„Wir wollen einen Akteur schaffen, der zu dem Gesundheitsbereich sprech- und arbeitsfähig ist und der Menschen zusammenbringt und [...] der vielleicht eine Dynamik entwickeln kann, [...] um diesem Bedürfnis nach einer Gesundheitsversorgung ohne Profit irgendwie durchzusetzen“ (I GOP), formulierte die interviewte Person des Bündnisses.

Der Versuch, als eigenständiger Akteur verschiedene andere zu verbinden, entstand nicht im luftleeren Raum. Das Bündnis aus Sachsen-Anhalt orientierte sich an den erfolgreichen Erfahrungen des Berliner *Bündnisses Gesundheit statt Profite*. Die

interviewte Person des *Bündnis' Gesundheit ohne Profite Halle* formulierte:

„Weil die es geschafft haben, mit linken Gewerkschafter:innen, so linken Gruppen [...] und Beschäftigten [...] und irgendwann verdrängt worden haben, zu streiken. [...] Diese Energie, die [da] entstanden ist, aus linken Gewerkschafter:innen, aus Beschäftigten, aus irgendwelchen Leuten aus sozialen Bewegungen, hat dazu geführt, dass daraus eine [...] [durchsetzungsfähige] Dynamik entstanden ist“ (ebd.).

Diese Berliner Praxis versucht das Bündnis in Sachsen-Anhalt zu adaptieren. Um eine solche machtvolle Dynamik entfalten zu können, versuchen sie, ihre Struktur weiter auszubauen und treten mit verschiedenen

Akteuren in Kontakt. Dieser Prozess befindet sich zwar gegenwärtig noch am Anfang, setzt aber strategisch am richtigen Hebel an: Sie fokussieren ein Thema, welches viele Menschen in Sachsen-Anhalt bewegt und an dem konkrete Utopien für Viele erfahrbar werden könnten, indem durch eine kollektive Praxis die Machtverhältnisse zu Gunsten der Subalternen verschoben werden. Auch hier wird sich in Zukunft zeigen, inwiefern die progressiven Akteure dieses Themenfeldes in Sachsen-Anhalt in der Lage sein werden, sich zu verbinden und die Kommodifizierung und Privatisierung des Gesundheitssektors als thematischen Einstieg für eine durchschlagskräftige Mosaiklinke zu nutzen. Das Potenzial, es an diesem Thema zu versuchen, ist vorhanden und könnte eine breite Resonanz in der Bevölkerung von Sachsen-Anhalt erfahren.

6. Zusammenfassendes Fazit & strategischer Ausblick

Wie lässt sich nun abschließend die in dem Titel der Studie aufgeworfene Frage beantworten, wie progressive Kräfte Sachsen-Anhalt linksdrehen können? In der vorliegenden Untersuchung wurde einerseits deutlich, dass Sachsen-Anhalt zwar ein Bundesland ist, in dem sich parlamentarisch und gesellschaftlich eine rechte und konservative Hegemonie konsolidiert hat, andererseits gibt es aber auch das progressive, das solidarische Sachsen-Anhalt. Trotz des ausgewählten und oberflächlichen Einblicks in die progressive Akteurslandschaft des Bundeslands kristallisieren sich Ansatzpunkte heraus, welche aktuell für eine linke Offensive hilfreich sein können. Aus einer strategischen Perspektive sind dabei fünf Schlussfolgerungen von besonderer Bedeutung:

Erstens: Es gibt in der gesamten Fläche von Sachsen-Anhalt diverse progressive Feld-Akteure, welche zu verschiedenen Themen, mit unterschiedlichen Formaten und Organisationskulturen eine solidarische Praxis und emanzipatorische Perspektiven entwickeln und sich den rechten, konservativen und neoliberalen Tendenzen entgegenstellen. Zwar konzentrieren sich die meisten dieser Akteure in den Städten Magdeburg und Halle, aber auch in den ländlichen Regionen organisieren sich engagierte Menschen und fungieren meist als progressive Leuchttürme mit regionaler und überregionaler Strahlkraft. Diese Akteurslandschaft in Sachsen-Anhalt ist aufgrund der aktuellen gesellschaftlichen Zustände als soziales Korrektiv aus der Zivilgesellschaft nicht wegzudenken und ist umso relevanter, wenn man sich die derzeitige Schwäche der

progressiven parlamentarischen Kräfte und der Gewerkschaften vor Augen führt.

Diese progressive Landschaft zeichnet sich gleichzeitig durch eine relative Fragmentierung aus. Trotz einiger anlassbezogener, feldspezifischer und -übergreifender Kooperationen, welche zu begrüßen sind, agieren die einzelnen Akteure größtenteils vereinzelt, auch wenn sich Tendenzen zu organischen und strategischen Kooperationen feststellen lassen. An diese gilt es anzuknüpfen.

Zweitens: Als strategischer Ansatzpunkt wurde deshalb eine Mosaiklinke vorgeschlagen, welche die kritisch-progressive Zivilgesellschaft und progressive Parteien und Gewerkschaften verbindet und deren Kräfte bündelt. Es wurden in dieser Studie verschiedene defragmentierende Potenziale in Sachsen-Anhalt analysiert, welche hilfreich sein könnten, einen solchen heterogenen Kooperationsverbund zu konstituieren, beziehungsweise vorhandene mosaiklinke Formationen auszubauen. Eine defragmentierende Tendenz konnte als Momentaufnahme empirisch, anhand von bestehenden felderübergreifenden oder feldspezifischen Kooperationen und des Bewusstseins über die Notwendigkeit, Kooperationen mit anderen Feldakteuren einzugehen, festgestellt werden. Dies verdeutlicht, dass eine offensive Mosaiklinke in Sachsen-Anhalt aktuell Entstehungspotenzial hat. An diese Tendenz gilt es auch zukünftig anzuknüpfen und die bestehenden Strukturen zu konsolidieren, auszubauen und gegebenenfalls zusammenzuführen. Dafür wurden empirisch verschiedene defragmentierende Potenziale aus den geführten Interviews analysiert,

welche dafür als praktische Orientierungspunkte dienen können.

Eine zentrale Rolle für eine solche verbindende Praxis könnten die kritisch-progressiven zivilgesellschaftlichen Akteure einnehmen, welche trotz punktuell bestehender Verbindungen relativ autonom von den gewerkschaftlichen und parlamentarischen Kräften agieren. Diese Unabhängigkeit könnte ein Schlüsselmoment darstellen, um die Gewerkschaften und die Partei Die Linke zu Erneuerungen ihrer Organisationskultur im Sinne einer verbindenden, aktiven Mitgliederinstitution voranzutreiben. Dies wäre mehr als notwendig für beide Institutionen, damit sie zukünftig nicht völlig in der angepassten Sozialpartnerschaft und gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit versinken. Es braucht somit in Sachsen-Anhalt den Druck von unten, aus der Zivilgesellschaft, und zugleich radikale Veränderungen der Organisationskultur politischer Institutionen hin zu offenen, partizipativen Strukturen, welche aktive Mitgliederstrukturen fördern. Dazu bedarf es einer strategisch-verbindenden Praxisorientierung der Gewerkschaften und der Partei Die Linke in Richtung der zivilgesellschaftlichen Akteure, ohne das primäre Ziel zu verfolgen, diese Strukturen und ihre Mitglieder zu kooptieren und damit ihr progressives Potenzial zu absorbieren. Für eine strategisch-verbindende Praxisorientierung könnte die Partei Die Linke auch versuchen, als Scharnierinstanz zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren zu agieren, ohne sich als Administration über diesen zu positionieren. Noch begrüßenswerter wäre ein eigenständiger Akteur als Knotenpunkt, welcher es sich zur Aufgabe macht, die Aktivitäten der verschiedenen progressiven Feld-Akteure einander sichtbar zu machen, sie zu vernetzen und Kooperationen untereinander zu fördern. Hierfür könnten die Erfahrungen von anderen Scharnierinstanzen aus anderen europäischen Ländern, wie zum Beispiel

Solidarity4All in Griechenland vor 2015, als best practices hilfreich sein, um in Sachsen-Anhalt einen solchen Vermittlungsakteur zu entwickeln.

Drittens: Für das zivilgesellschaftliche Bündnis #Unteilbar Sachsen-Anhalt kann daraus Folgendes abgeleitet werden: Symbolische und diskursive Kämpfe gegen rechte, konservative und neoliberale Tendenzen sind notwendig, bleiben jedoch meist erfolglos, wenn sie keine durchsetzungsfähige Handlungsmacht entwickeln und in der Lage sind, spürbare Veränderungen durchzusetzen. Stattdessen könnte der #Unteilbar-Ableger in Sachsen-Anhalt auch die spezifisch ostdeutschen Eigentumsverhältnisse fokussieren und versuchen, den Begriff einer solidarischen Gesellschaft nicht als moralische Worthülse einer zwischenmenschlichen Beziehung, sondern als solidarische gesamtgesellschaftliche Beziehungsweise (vgl. Adamczak 2019: 241ff.) zu verwirklichen, welche auch die konkreten materiellen Verhältnisse ins Visier nimmt. Daraus ergibt sich für eine radikale Linke folgende Aufgabe: Sie müsste versuchen - wie schon in Kapitel 3 angedeutet - als Transformationslinke in dem Unteilbar-Ableger die anderen Akteure immer wieder zum Bruch mit den gesellschaftlichen Verhältnissen zu treiben (vgl. Candeias/Völpel 2009: 211ff.) und zugleich reformorientierte Einstiegsprojekte realisieren, welche eine konkrete Utopie im Hier-und-jetzt aufzeigen und gleichzeitig eine weitreichendere Perspektive darüber hinaus aufscheinen lassen. Das bedeutet, dass konkrete transformatorische Potenziale anhand der gesellschaftlichen Konjunkturen zu analysieren und daran angelehnte Einstiegsprojekte zu initiieren sind, welche sich dazu eignen, demokratische und solidarische Eigentumsverhältnisse zu verwirklichen. Es wurden in der vorliegenden Arbeit verschiedene solcher transformativen

Einstiegsprojekte analysiert und vorgestellt. Das Thema Gesundheit wurde hierbei als besonders fruchtbares bewertet. Hieran knüpft die folgende Schlussfolgerung an.

Viertens: In dieser Studie wurde die molekulare Organisation der verschiedenen Gesundheitskämpfe in Sachsen-Anhalt als Einstiegsprojekt einer feldverbindenden Praxis und einer Verschiebung der materiellen Kräfteverhältnisse durch die Ausweitung und Demokratisierung der öffentlichen Gesundheitsversorgung zugunsten der Subalternen vorgeschlagen. Eine Enteignungskampagne, welche versucht, die privatisierten Gesundheitseinrichtungen wie zum Beispiel die Kliniken der Ameos-Gruppe (welche mehr als ein Drittel der Klinikbestände in Sachsen-Anhalt besitzt) günstig abzukaufen und in eine Anstalt des öffentlichen Rechts zu überführen, könnte nach den in dieser Studie generierten Ergebnissen eine Möglichkeit darstellen, die verschiedenen Feld-Akteure und vermutlich auch andere in einem transformativen Projekt zu bündeln, welches Eigentumsverhältnisse verschiebt und eine Veränderung für die Menschen spürbar macht. Solche Erfolge wie die bei den sogenannten Ameos-Streiks, die kontinuierliche Praxis des Vereins Pro Krankenhaus Havelberg e.V., des Bündnis gegen Pflegenotstand Mansfeld-Südharz und die Konstitution des Bündnis Gesundheit ohne Profite Halle lassen vermuten, wie politischer Druck durch den Schulterschluss verschiedener gesellschaftlicher Akteure möglich werden kann. Welche Perspektiven damit eröffnet werden, bleibt jedoch eine Frage, die nur in der Praxis beantwortet werden kann. Eines ist jedoch sicher: Es braucht nicht nur die Vernetzung der gesellschaftlichen Akteure, um weitreichende Forderungen durchzusetzen, sondern auch eine aktive Basis, welche die Forderungen mitträgt. Die hier generierten Ergebnisse lassen vermuten,

dass das Thema Rücküberführung der Kliniken in die öffentliche Hand und deren anschließende demokratische Verwaltung auf eine positive Resonanz vieler Teile der Bevölkerung Sachsen-Anhalts stoßen würde. Der Versuch einer Enteignungskampagne im Gesundheitssektor wäre daher eine erfolgsversprechende Chance, an den molekularen Organisationen und Kooperationen anzuknüpfen. Für die gesellschaftliche und parteipolitische Linke sind damit grundlegende Aufgaben verbunden. Einerseits gilt es, konkrete realpolitische und durchsetzungsfähige Strategien zu entwickeln und andererseits Perspektiven zu entwerfen, welche eine grundlegende Veränderung, Dekommodifizierung und Demokratisierung des Gesundheitssektors ermöglichen. Dafür könnten letztlich auch verwirklichte Modellprojekte (z.B. sozialmedizinische Zentren; siehe Ergebnisthese III) einen Horizont für eine grundlegende Veränderung offenbaren. Solche Projekte müssen jedoch in Sachsen-Anhalt erst einmal entwickelt werden. Darüber hinaus muss es die Aufgabe der gesellschaftlichen und politischen Linken sein, sich mit den bis jetzt fragmentierten Kämpfen in diesem Feld zu solidarisieren und zu versuchen, diese überregional organisierend zu verbinden. Würde dies gelingen, wäre eine vielversprechende Grundlage geschaffen, die anderen beiden Aufgaben erfolgreich zu bewältigen.

Fünftens: Auch wenn sich in Sachsen-Anhalt eine offensive Mosaiklinke formiert, so wird deren Durchsetzungsfähigkeit nicht allein von den bundeslandinternen, sondern auch von deren Vernetzung und Kooperationen mit bundeslandexternen Akteuren abhängen. Gerade feldspezifische Kämpfe in den anderen Bundesländern stellen für die Akteure in Sachsen-Anhalt eine Chance dar, feldspezifische Handlungsmacht zu entwickeln und auszubauen, welche die Grundlage

für eine feldübergreifende Handlungsfähigkeit darstellt. So könnten die Gesundheitskämpfe in Sachsen-Anhalt beispielsweise von denen in Berlin lernen und eine kooperative Praxis entwickeln. Um felderübergreifende Verbindungen und eine kollektive Praxis voranzutreiben, bildet die zunehmend wachsende Vernetzung *Solidarischer Osten* (siehe Kapitel 2.7.2) ein nicht zu unterschätzendes Potenzial, als ein solcher Knotenpunkt zu fungieren. Auch daran gilt es praktisch in Zukunft anzuknüpfen und diese Struktur zu erhalten und auszubauen.

-

Inwieweit sich die hier aufgezeigten defragmentierenden Potenziale insgesamt dazu eignen, eine mosaiklinke Offensive in Sachsen-Anhalt zu formieren, bleibt jenseits

der hier angestellten Überlegungen und Analysen eine Frage der Praxis und somit letztlich eine Frage der materiellen Bewegungen sowie des Versuchs, in diese transformativ einzugreifen. Die Dringlichkeit, einen solchen Versuch als Kooperationsverbund verschiedener Feld-Akteure auf Augenhöhe zu beginnen, existiert nicht nur im Hinblick auf die rechte und konservative Hegemonie in Sachsen-Anhalt, sondern auch im Zusammenhang des gegenwärtigen sozialen und ökologischen Epochenbruchs der kapitalistischen Moderne. Deshalb muss es für Sachsen-Anhalt, genauso wie anderswo heißen: *change by design* not *by disaster*. Für eine offensive verbindende Linke.

7. Quellen

- ADAC Monitor (2018): „Mobil auf dem Land“. online verfügbar <https://www.adac.de/-/media/pdf/motorwelt/adac-umfrage-mobil-auf-dem-land.pdf>; zuletzt aufgerufen am 27.02.2021.
- Adamczak, B. (2019): *Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende*. 4. Auflage. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Adamczak, B. (2021): Mehr Provokation wagen. online verfügbar <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/mehr-provokation-wagen/>; zuletzt aufgerufen im Dezember 2021.
- Alle Dörfer bleiben! (o.J.): Aufruf. online verfügbar <https://www.alle-doefer-bleiben.de/aufruf/>; zuletzt aufgerufen am 28.09.2021.
- am Orde, S. (2021): Klare Abgrenzung zur AFD gefordert. Online verfügbar <https://taz.de/CDU-in-Sachsen-Anhalt/!5769443/>; zuletzt aufgerufen am 24.05.2021.
- Antirassistisches Netzwerk Sachsen-Anhalt (2020): [Corona] Entmündigung trifft auf Widerspruch. online verfügbar <https://antiragnetlsa.de/archive/704>; zuletzt aufgerufen am 24.05.2021.
- AnwohnerInneninitiative AKS (2017): Offener Brief. online verfügbar <http://aksanwohnerinneninitiative.blogspot.de/>; zuletzt aufgerufen am 05.03.2021.
- Arendt, H. (1970): *Macht und Gewalt*. München: Piper Verlag.
- ärzteblatt.de (2020): Ärztekammer Sachsen-Anhalt warnt vor Privatisierung von Krankenhäusern. online verfügbar <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/108676/Aerztekammer-Sachsen-Anhalt-warnt-vor-Privatisierung-von-Krankenhaeusern>; zuletzt aufgerufen am 27.02.2021.
- Aulenbacher, B. (2021): Die „Mosaik-Linke“ in der Transformation des Kapitalismus. In: Aulenbacher, B./Deppe, F./Dörre, F./Ehlscheid, C./Pickhasu, K. (Hrsg.): *Mosaiklinke Zukunftspfade*. Gewerkschaft, Politik, Wissenschaft. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot. S. 21-29.
- Bähr, S. (2021): Todesangst in Seehausen. online verfügbar <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1153547.rechte-angriffe-todesangst-in-seehausen.html>; zuletzt aufgerufen am 20.08.2021.
- Balhorn, L. (2020): Bernie war unsere beste Chance – bis jetzt. online verfügbar <https://jacobin.de/artikel/bernie-sanders-sozialismus-usa/>; zuletzt aufgerufen am 23.08.2021.
- Barthel, M. (2019): Im Schatten der Wende. Rechte Gewalt in Sachsen-Anhalt zu Beginn der 199er Jahre. online verfügbar <https://transit-magazin.de/2019/07/im-schatten-der-wende/>; zuletzt aufgerufen am 10.04.2021.
- Baureithel, U. (2020): Klinik am Limit. online verfügbar <https://www.freitag.de/autoren/ulrike-baureithel/klinik-am-limit>; zuletzt aufgerufen am 29.12.2020.
- Beck, U. (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Becker, F./Candeias, M./Niggemann, J./Steckner, A. (2013): *Gramsci lesen. Einstiege in die Gefängnishefte*. Hamburg: Argument Verlag.
- Belina, B./Kallert, A./Mießner, M./Naumann, M. (2021): Editorial: Vergessenes Land. Perspektiven auf rurale Entwicklung. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Jg. 51. H (3). S.

400-414.

Berthold, D. (2016): Klimaschutz und Kohlepolitik – Wo stehen wir?. Impuls 2: Mitteldeutschland. online verfügbar http://zukunft-statt-braunkohle.de/wordpress/wp-content/uploads/2016/09/2016_09_24-Zukunft-statt-Braunkohle_Dorothee-Berthold.pdf; zuletzt aufgerufen am 02.03.2021.

Berker, L. E./Castello, M./Böcher, M. (2019): Umweltpolitik in Sachsen-Anhalt. In: Stücker, R./Reichel, M. (Hrsg.): Sachsen-Anhalt. Eine politische Landeskunde. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag. S. 221-237.

Betz, T. (2006): So rechtsextrem ist der Osten. Online verfügbar <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeslaender-vergleich-so-rechtsextrem-ist-der-osten-a-443280.html>; zuletzt aufgerufen am 11.04.2021.

Bickelmann, J. (2020): Wenn das einzige Krankenhaus während Corona dichtmacht. Online verfügbar <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/standort-bewusst-ausgetrocknet-wenn-das-einzige-krankenhaus-waehrend-corona-dichtmacht/26688294.html>; zuletzt aufgerufen am 30.12.2020.

Blank, M. (2016): Mosaik im Stadtviertel. Soziale Bewegungsräume im Großraum Buenos Aires. In: Hawel, M./Kalmring, S. (Hrsg.): Wie lernt die linke Mosaik?. Die plurale Linke in Bewegung. Hamburg: VSA Verlag. S. 250-266.

Böick, M. (2020): Die Treuhand. Idee-Praxis-Erfahrung. 1990-1994. Göttingen: Suhrkamp.

Bose, S./Dörre, K./Köster, J./Lütten, J./Dörre, N./Szauer, A. (FSU Jena) (2019): Braunkohleausstieg im Lausitzer Revier. Sichtweisen von Beschäftigten. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung. S. 89-112.

Brahms, B. (2021): Krankenhaus Havelberg: Schließung trotz Millioneninvestitionen. Online verfügbar <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/stendal/elb-havel/sozialausschuss-beraet-zu-havelberger-krankenhaus-100.html>; zuletzt aufgerufen am 23.05.2021.

Brandstetter, M. (2017): „Patriotisches Hausprojekt“ in Halle: AfD-Tillschneider und Identitäre Bewegung gemeinsam unter einem Dach. Online verfügbar <https://www.endstation-rechts.de/news/patriotisches-hausprojekt-in-halle-afd-tillschneider-und-identitaere-bewegung-gemeinsam-unter-eine.html>; zuletzt aufgerufen am 05.03.2021.

Brentler, A. (2020): Energiekolonie Ost. In: In: Jacobin Magazin. H 3. Jg. 2020. S. 39-41.

Brockmann, A. (2019): SKET muss weg – Ein realer Krimi. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Schicksal Treuhand – Treuhand-Schicksale. Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung. S. 57-59.

Brie, M./Schütrumpf, J. (2021): Rosa Luxemburg. Eine revolutionäre Marxistin an den Grenzen des Marxismus. Hamburg: VSA: Verlag.

Bruns, J./Glösel, K./Strobl, N. (2016): Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa. 2. aktualisierte Auflage. Münster: Unrast-Verlag.

Bundesagentur für Arbeit (2021): Sachsen-Anhalt: Jeder sechste Beschäftigte pendelt in ein anderes Bundesland. Online verfügbar <https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/rdsat/content/1533747602232>; zuletzt aufgerufen am 16.08.2021.

Bundeszentrale für politische Bildung (2020): Der Anschlag von Halle. online verfügbar <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/316638/der-anschlag-von-halle>; zuletzt aufgerufen am 05.05.2021.

Bündnis Krankenhaus statt Fabrik (2019): Krankenhaus statt Fabrik. Bedarfsgerecht –

gemeinwohlorientiert. Fakten und Argumente zum DRG-System und gegen die Kommerzialisierung des Krankenhäuser. 4. Auflage. Eingervertrieb.

Burschel, F. (2009): Das Institut für Staatspolitik. online verfügbar <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/das-institut-f%C3%BCr-staatspolitik>; zuletzt aufgerufen am 04.03.2021.

Candeias, M. (2010): Von der fragmentierten Linken zum Mosaik. In: Zeitschrift Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. H (1). S. 6-17.

Candeias, M. (2016): Lost in the Crowd? Gedanken zu Porcaros „strategischer Partei“. In: Zeitschrift Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. Jg. 2016. H (2). S. 16-21.

Candeias, M. (2020): ABC der Transformation: (organische) Intellektuelle; Vermittlungsintellektuelle. online verfügbar <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/abc-der-transformation-organische-intellektuelle-vermittlung-intellektuelle/>; zuletzt aufgerufen am 02.08.2021

Daher, J. (2020): „Ich habe das Gefühl, dass es in Magdeburg frühzeitiger brutaler und verhärteter war“ online verfügbar <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/magdeburg/baseballschlaegerjahre-himmelfahrtskommando-magdeburg-nachwendezeit-100.html>; zuletzt aufgerufen am 11.04.2021.

Dathe, D. (2018): Streiks und soziale Proteste in Ostdeutschland 1990 – 1994. online verfügbar https://geschichtevonuntenostwest.files.wordpress.com/2019/02/dathe_streik-und-protest-ostdeutschland_final_1_17-mb.pdf; zuletzt aufgerufen am 23.08.2021.

Decker, F. (2020): Wahlergebnisse und Wählerschaft der AfD. online verfügbar <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/afd/273131/wahlergebnisse-und-waehlerschaft>; zuletzt aufgerufen am 30.04.2021.

Decker, O. et al. (2020): Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Landzeitverlauf. In: In: Decker, O./Brähler, E. (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Gießen: Psychosozial-Verlag. S. 27-87.

Deppe, F. (2019): Überlegungen zum Charakter der politische Krise. In: Zeitschrift Marxistische Erneuerung. H. 2. Nr. 117. S. 15-35.

DGB Sachsen-Anhalt (2019): Deutschland einig Niedriglohnland. online verfügbar <https://sachsen-anhalt.dgb.de/themen/++co++28222cfc-df8f-11e9-8060-52540088cada>; zuletzt aufgerufen am 04.05.2021.

DGB Sachsen-Anhalt (2021): Mitgliederzahlen. online verfügbar <https://sachsen-anhalt.dgb.de/ueber-uns/dgb-sachsen-anhalt/mitgliederzahlen>; zuletzt aufgerufen am 19.08.2021.

djiversity (2018): ÜBER DJIVERSITY!. online verfügbar <https://djiversity.de/ueber/>; zuletzt aufgerufen am 21.08.2021.

Dobner, P. (2012): Der Landtag von Sachsen-Anhalt. In: Mielke, S./Reutter, W. (Hrsg.): Landesparlamentarismus. Geschichte – Struktur – Funktionen. 2., durchgesehene und aktualisierte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 549-588.

Dörre, K./Lessenich, S./Rosa, H. (2009): Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Dörre, K. (2016): Gewerkschaften mit Rückenwind? Anmerkungen zum Strukturwandel des Sozialkapitalismus. In: Bäcker, G./Lehndorff, S./Weinkopf, C. (Hrsg.): Den Arbeitsmarkt verstehen, um ihn zu gestalten. Festschrift für Gerhard Bosch. Wiesbaden: Springer VS. S. 133-151.

Dörre, K. (2019a): Neosozialismus. oder: Acht Thesen zu einer überfälligen Diskussion. In: Dörre,

K./Schickert, C. (Hrsg.): Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus. München: oekom Verlag. S. 17-32.

Dörre, K. (2019b): Mosaik-Linke und demokratische Klassenpolitik – (un)-vereinbar?. In: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften. Jg. 61. H (1). S. 38-51.

Dörre, K. (2020): In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.

Dörre, K. (2021): Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution. Berlin: Matthes & Seitz Berlin.

Döring, K. (2020): Corona-Proteste: „Für die Rechten ein Möglichkeitsfenster, neue Anhänger zu finden“. online verfügbar <https://www.bnr.de/artikel/aktuell-aus-der-zivilgesellschaft/corona-proteste-f-r-die-rechten-ein-m-glichkeitsfenster-ne>; zuletzt aufgerufen am 30.12.2020.

Du bist Halle (2021): „Gesundheit ohne Profite“ protestiert auf der Unteilbar-Demo. online verfügbar <https://dubisthalle.de/gesundheit-ohne-profite-protestiert-auf-der-unteilbar-demo>; zuletzt aufgerufen am 23.08.2021.

Dudek, S. (2021): Die schleichende Krise strukturschwacher Kommunen. Zur Situation der Grundversorgung in ländlichen Räumen. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Jg. 51. H (3). S. 165-174. S. 417-437.

empirica (2018): Wohnungsmarktbericht Sachsen-Anhalt 2018. Endbericht. online verfügbar https://mlv.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MLV/MLV/Service/Publikationen/Wohnungsmarktbericht_Sachsen-Anhalt_2018.pdf; zuletzt aufgerufen am 26.02.2021.

Ende Gelände Halle (2020): Gesundheit ist keine Ware!. online verfügbar <https://fff-halle.de/beitrag/gesundheit-ist-keine-ware/>; zuletzt aufgerufen am 01.10.2021.

Esche, N. (2020): Sachsen-Anhalt wird abgehängt. online verfügbar <https://www.volksstimme.de/lokal/magdeburg/sachsen-anhalt-wird-abgehangt-1059763>; zuletzt aufgerufen am 30.09.2021.

Feminismen (o.J.): Über uns. online verfügbar <https://www.feminismen.de/15-17-05-2020/>; zuletzt aufgerufen am 05.05.2021.

Flüchtlingsrat LSA (2020): Zur Situation in der ZAst Halberstadt (Corona-Quarantäne). online verfügbar <https://www.fluechtlingsrat-lsa.de/2020/04/zur-situation-in-der-zast-halberstadt-corona-quarantaene/>; zuletzt aufgerufen am 24.05.2021.

Fraktion Die Linke im Bundestag (2021): Für starke Kommunen mit leistungsfähigen Betrieben in öffentlicher Hand. Ein Leitfadens zur Rekommunalisierung. 3. aktualisierte Auflage. Berlin: Fraktion Die Linke.

Frauen helfen Frauen e.V. (o.J.): Über uns. online verfügbar <http://www.frauenzentrumwolfen.de/seite/460369/%C3%BCber-uns.html>; zuletzt aufgerufen am 05.05.2021.

Freiheit, M./Heitmeyer, W./Sitzer, P. (2020): Autoritäre Allianzen. Wie die Menschenfeindlichkeit der Mitte den rechten Rand legitimiert. online verfügbar <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/autoridaere-allianzen/>; zuletzt aufgerufen am 17.08.2021.

Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft (2019): Klasse, Krise, Weltkommune. Beiträge zur Selbstabschaffung des Proletariats. Hamburg: Edition Nautilus.

Friedrich, K. (2019): Demografischer Wandel Sachsen-Anhalts in raumwissenschaftlicher

Perspektive. In: Stücker, R./Reichel, M. (Hrsg.): Sachsen-Anhalt. Eine politische Landeskunde. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag. S. 89-100.

Fuchs, M./Weyh, A. (2013): Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Fachkräftesituation im Pflegebereich in Mitteldeutschland. Eine Analyse für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. In: Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz. H (56). S. 1038-1055.

Funke, H. (2009): Rechtsextreme Ideologien, strategische Orientierung und Gewalt. In: Braun, S./Geisler, A./Gerster, M. (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Strategien – Antworten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 21-44.

Gauselmann, K./Höhne, S. (2020): Es geht um Milliarden. Wie Sachsen-Anhalt den Strukturwandel weg von der Kohle plant. online verfügbar <https://www.mz-web.de/sachsen-anhalt/es-geht-um-milliarden-wie-sachsen-anhalt-den-strukturwandel-weg-von-der-kohle-plant-37222070>; zuletzt aufgerufen am 29.12.2020.

Giessler, D. (2020): Nazis bedrohen Klimaaktivist*innen. online verfügbar <https://taz.de/Braunkohleproteste-in-der-Lausitz/!5640609/>; zuletzt aufgerufen am 30.12.2020.

Gehrke, B. (2017): Dokumente der Initiative Ostdeutscher und Berliner Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute. Materialien zur Tagung Ostwind – Soziale Kämpfe gegen Massenentlassungen und Betriebsschließungen in Ostdeutschland 1990 bis 1994. online verfügbar https://geschichtevonuntenostwest.files.wordpress.com/2017/08/gehrke_doku-br-ini_zweite-korraufgabe_19-aug-2017_buchfass_40-mbinternet_verc3b6ff.pdf; zuletzt aufgerufen am 17.02.2021.

George, D. (2021): „Fridays for Future“ in der Corona-Pandemie: Der harte Kern. online verfügbar <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landespolitik/fridays-for-future-corona-pandemie-der-harte-kern-100.html#sprung1>; zuletzt aufgerufen am 20.08.2021.

Gläser, J./Laudel, G. (2010): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. 4. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Goes, T./Schmalz, S./Thiel, M./Dörre, K. (2015): Gewerkschaften im Aufwind. Stärkung gewerkschaftlicher Organisierungsmacht in Ostdeutschland. Frankfurt am Main: Eine Studie der Otto Brenner Stiftung.

Goes, T./Bock, V. (2017): Ein unanständiges Angebot?. Mit einem linken Populismus gegen Eliten und Rechte. Köln: PapyRossa Verlag.

Gramsci, A. (2012a): Gefängnishefte. Heft 3. Hamburg: Argument Verlag.

Gramsci, A. (2012b): Gefängnishefte. Heft 7. Hamburg: Argument Verlag.

Gramsci, A. (2012c): Gefängnishefte. Heft 11. Hamburg: Argument Verlag.

Habisch, C. (2017): Zivilgesellschaft stärken, Extremismus bekämpfen: Demokratieförderung als Handlungsfeld im Dialog zwischen Parlament, Regierung und Zivilgesellschaft. In: Träger, H./Priebus, S. (Hrsg.): Politik und Regieren in Sachsen-Anhalt. Wiesbaden: Springer VS. S. 401-416.

Haase, D. (2021): Nächste Demo findet in Nitzow statt. online verfügbar <https://pro-krankenhaus-havelberg.webador.de/news-august-2021>; zuletzt aufgerufen am 20.08.2021.

Haller, M (2019): Bündnis gegen Pflegenotstand: Aktivismus im ländlichen Osten. online verfügbar <https://www.marx21.de/pflegenotstand-buendnis-msh-aktivismus-im-laendlichen-osten/>; zuletzt aufgerufen am 23.08.2021.

Harter, S. (2020): Anti-Rassismus-Demo in Magdeburg. online verfügbar <https://www.volks->

stimme.de/lokal/magdeburg/anti-rassismus-demo-in-magdeburg-1055846; zuletzt aufgerufen am 21.08.2021.

Hartwig, M. (2021): Mit blauem Auge davongekommen?. In: Analyse & Kritik. Nr. 672. S. 5.

Hawel, M./Kalmring, S. (2016): Einleitung. Die Entstehung des linken Mosaiks als plebejischer Lernprozess zwischen Zementierung und „offenem Kunstwerk“. In: Hawel, M./Kalmring, S. (Hrsg.): Wie lernt die linke Mosaik?. Die plurale Linke in Bewegung. Hamburg: VSA Verlag. S. 7-14.

Hawel, M. (2016): Freie Radikale und Organische Intellektuelle im linken Mosaik. In: Hawel, M./Kalmring, S. (Hrsg.): Wie lernt die linke Mosaik?. Die plurale Linke in Bewegung. Hamburg: VSA Verlag. S. 40-61.

Hendrichske, M. (2020): Warum eine Bürgerinitiative bei Naumburg gegen den Ausbau eines Windparks ist. online verfügbar <https://www.mdr.de/sachsen-anhalt/halle/burgenland/warum-buergerinitiative-gegen-ausbau-windpark-ist-100.html>; zuletzt aufgerufen am 02.03.2021.

Henn, S./Schäfer, S. (2020): Wirtschaftsräumliche Struktur und Entwicklung Ostdeutschlands. Ein Überblick. In: Becker, S./Naumann, M. (Hrsg.): Regionalentwicklung in Ostdeutschland. Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie. Berlin: Springer-Verlag. S. 85-98.

Holtemöller, O./Lindner, A. (2019): Die wirtschaftliche Entwicklung Sachsen-Anhalts seit 1990. In: Stücker, R./Reichel, M. (Hrsg.): Sachsen-Anhalt. Eine politische Landeskunde. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag. S. 101-112.

Holtmann, E./Jaeck, T./Vökl, K. (2020): Sachsen-Anhalt Monitor 2020. 30 Jahre Bundesland Sachsen-Anhalt – 30 Jahre deutsche Einheit. online verfügbar https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LPB/ALPHA_DATEIEN_ab_25062019/online-Angebote/Downloads/SAM_2020_Onlinefassung.pdf; zuletzt aufgerufen am 24.02.2021.

Höhner, R. (2016): Politik als Veränderungsprozess. Über kollaboratives Lernen und die Herausbildung eines linken Mosaiks als Beitrag politischer Weiterbildung. In: Hawel, M./Kalmring, S. (Hrsg.): Wie lernt die linke Mosaik?. Die plurale Linke in Bewegung. Hamburg: VSA Verlag. S. 275-290.

IG Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt (2021): Sachsen-Anhalt braucht Zuwanderung – Gesellschaft und Wirtschaft auf Vielfalt angewiesen. online verfügbar <https://www.igmetall-nieder-sachsen-anhalt.de/home-aktuelles/news-details/sachsen-anhalt-braucht-zuwanderung-gesellschaft-und-wirtschaft-auf-vielfalt-angewiesen/>; zuletzt aufgerufen am 16.08.2021.

Infratest Dimap (2016): Landtagswahl Sachsen-Anhalt. Eine Analyse der Wahl vom 13. März 2016. Berlin: Gesellschaft für Trend- und Wahlforschung mbH.

Infratest Dimap (2019): Mehrheit wünscht sich möglichst schnellen Braunkohleausstieg. online verfügbar <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/mehrheit-wuenscht-sich-moeglichst-schnellen-braunkohle-ausstieg/>; zuletzt aufgerufen am 30.04.2021.

Intelmann, D. (2020): Kapitalmangel und Transferabhängigkeit. Zur politischen Ökonomie Ostdeutschlands. In: Becker, S./Naumann, M. (Hrsg.): Regionalentwicklung in Ostdeutschland. Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie. Berlin: Springer-Verlag. S. 99-110.

Jaeck, T./Kleine, A. I. (2019): Demokratie und ländlicher Raum in Sachsen-Anhalt. In: Stücker, R./Reichel, M. (Hrsg.): Sachsen-Anhalt. Eine politische Landeskunde. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag. S. 65-88.

Joo, E. (2021): Ameos: Einigung auf Arbeitsbedingungen für Tarifvertrag in Krankenhäusern im Salzlandkreis. Online verfügbar <https://www.volksstimme.de/lokal/stassfurt/ameos-einigung-auf->

arbeitsbedingungen-fur-tarifvertrag-in-krankenhausern-im-salzlandkreis-3199140; zuletzt aufgerufen am 01.11.2021.

Kailitz, S. (2009): Deutsche Volksunion und die Republikaner: Vergleichende Betrachtung zur Entwicklung und zum ideologischen Profil. In: Braun, S./Geisler, A./Gerster, M. (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Strategien – Antworten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 109-129.

Kalrning, S. (2016): Organisationsprozesse auf Messers Schneide. Die Ausbildung eines linken Mosaiks als strategisches Projekt pluraler Selbstermächtigung. In: Hawel, M./Kalrning, S. (Hrsg.): Wie lernt die linke Mosaik?. Die plurale Linke in Bewegung. Hamburg: VSA Verlag. S. 16-39.

Keine A 14 (o.J.): Über uns. online verfügbar https://keinea14.de/?page_id=230; zuletzt aufgerufen am 04.05.2021.

Keine A14 (2021): Aufruf zur Waldbesetzung online verfügbar <https://keinea14.de/?p=527>; zuletzt aufgerufen am 04.05.2021.

Kixmüller, J. (2021): Ein Politikforscher erklärt, wer die AfD-Wähler in Sachsen-Anhalt sind. online verfügbar <https://www.tagesspiegel.de/wissen/maennlich-mittleren-alters-aus-der-mittelschicht-ein-politikforscher-erklaert-wer-die-afd-waehler-in-sachsen-anhalt-sind/27260078.html>; zuletzt aufgerufen am 19.08.2021.

Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (2020): Abschlussbericht. online verfügbar http://docs.dpaq.de/14440-190126_abschlussbericht_kommission_wachstum_strukturwandel_und_besch_ftigung_beschluss.pdf; zuletzt aufgerufen am 30.12.2020.

Krankenhausgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V. (2019): Investitionsbedarf der Krankenhäuser Sachsen-Anhalts – Teil 2. online verfügbar <https://www.kgsan.de/wnf/navbar/wnf.php?oid=9627&sid=>; zuletzt aufgerufen am 01.03.2021.

Krankenhausgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V. (2020): Tut endlich was! In die Zukunft der Krankenhäuser investieren. online verfügbar <https://www.kgsan.de/wnf/navbar/wnf.php?oid=10176&sid=>; zuletzt aufgerufen am 24.05.2021.

Krankenhausgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V. (2021): Krankenhausfonds nimmt Fahrt auf. online verfügbar <https://www.kgsan.de/wnf/navbar/wnf.php?oid=11608&sid=>; zuletzt aufgerufen am 24.05.2021.

Kreilinger, V./Wolf, W./Zeller, C. (2020): Corona, Krise, Kapital. Plädoyer für eine solidarische Alternative in den Zeiten der Pandemie. Köln: PapyRossa Verlag.

Kuckartz, U. (2018): Qualitative Inhaltsanalyse, Methoden, Praxis, Computerunterstützung. 4. Auflage. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.

Kunkel, K. (2021): Die politische Ökonomie des Fallpauschalensystems zur Krankenhausfinanzierung. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Jg. 51. H (4). S. 631-649.

Kunze, R. (2020): Lungenklinik Ballenstedt. Aus Protest auf die Straße – mit einem Autocorso. online verfügbar <https://www.mz-web.de/landkreis-harz/lungenklinik-ballenstedt-aus-protest-auf-die-strasse---mit-einem-autocorso-37798824>; zuletzt aufgerufen am 29.12.2020.

Lamnek, S./Krell, C. (2016): Qualitative Sozialforschung. 6., überarbeitete Auflage. Weinheim/Basel: Beltz Verlag.

Landesamt für Statistik (o.J.): Tabellen Gesundheitswesen. online verfügbar <https://statistik.sachsen-anhalt.de/themen/bildung-sozialeleistungen-gesundheit/gesundheitswesen/tabellen-gesundheit/#c153974>; zuletzt aufgerufen am 01.03.2021.

- Landtag von Sachsen-Anhalt (2017): Enquete-Kommission zu Linksextremismus. online verfügbar <https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/2017/enquete-kommission-zu-linksextremismus>; zuletzt aufgerufen am 18.08.2021.
- Landtag von Sachsen-Anhalt (2019): Enquete-Kommission „Gesundheitsversorgung“. online verfügbar <https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/2019/enquete-kommission-gesundheitsversorgung>; zuletzt aufgerufen am 01.03.2021.
- Landtag von Sachsen-Anhalt (2020): Kleine Anfrage: „Black-Lives-Matter“-Bewegung in Sachsen-Anhalt. online verfügbar <https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp7/drs/d6584aak.pdf>; zuletzt aufgerufen am 21.08.2021.
- Landtag von Sachsen-Anhalt (2021). So hat Sachsen-Anhalt gewählt. online verfügbar <https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/wahlergebnis>; zuletzt aufgerufen am 23.08.2021.
- Lasch, H. (2018): Eine Kriegserklärung von der AfD. online verfügbar <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1079083.afd-in-den-landtagen-eine-kriegserklaerung-von-der-afd.html>; zuletzt aufgerufen am 11.04.2021.
- Latza, J./Weinberg, H. (2021): Pflegenotstand, Ökonomisierung und Widerstand – Klassenkämpfe in der Krankenpflege. In: Zeitschrift Marxistische Erneuerung. H (2). Nr. 125. S. 63-75.
- Libertäres Zentrum (o.J.): Libertäres Zentrum. online verfügbar <http://squatmagdeburg.blogspot.de/liz/>; zuletzt aufgerufen am 05.05.2021.
- Linde, G, Rilling, R. (2021): Eine mosaiklinke Villa. In: Aulenbacher, B./Deppe, F./Dörre, F./Ehlscheid, C./Pickhasu, K. (Hrsg.): Mosaiklinke Zukunftspfade. Gewerkschaft, Politik, Wissenschaft. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot. S. 36-42.
- linXXnet (2020): Was ist das linXXnet? online verfügbar <https://www.linxxnet.de/themen/was-ist-das-linxxnet/>; zuletzt aufgerufen am 16.11.2021.
- Loos, S./Albrecht, M./Zich, K. (2019): Zukunftsfähige Krankenversorgung. Simulation und Analyse einer Neustrukturierung der Krankenhausversorgung am Beispiel einer Versorgungsregion in Nordrhein-Westfalen. Bertelsmann Stiftung.
- Lotzmann, D./ Scholz, S. (2020): Zast: Tumulte, Fragen, halbgare Fakten. online verfügbar <https://www.volksstimme.de/lokal/halberstadt/coronavirus-zast-tumulte-fragen-halbgare-fakten>; zuletzt aufgerufen am 30.12.2020.
- Madloch, N. (2000): Rechtsextremismus in Deutschland nach dem Ende des Hitlerfaschismus. In: Kinner, K./Richter, R. (Hrsg.): Rechtsextremismus und Antifaschismus. Historische und aktuelle Dimensionen. Berlin: Karl Dietz Verlag. S. 57-214.
- Maruschke, R. (2014): Community Organizing. Zwischen Revolution und Herrschaftssicherung. Münster: edition assemblage.
- Maruschke, R. (2019): Linkes Organizing. Interviews und Arbeitsmaterialien. Berlin: Rosa -Luxemburg-Stiftung.
- Marx, I./tagesschau.de (2020): Unsicherheit bei den Kumpeln. online verfügbar <https://www.tagesschau.de/kohleausstieg-sachsen-lausitz-101.html>; zuletzt aufgerufen am 30.12.2020.
- Marx, K. (2017): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. 6. Auflage. Hamburg: Nikol Verlag.
- Marx, K./Engels, F. (2017): Das kommunistische Manifest. Böblingen: Ocean of Minds Media House.
- McAlevy, J. (2019): Keine halben Sachen. Machtaufbau durch Organizing. Hamburg: VSA:

Verlag.

MDRfragt (2020): 30 Jahre Sachsen-Anhalt: Wie lebt es sich im Land? online verfügbar <https://www.mdr.de/nachrichten/mitmachen/mdrfragt/sachsen-anhalt-download-100-downloadFile.pdf>; zuletzt aufgerufen am 11.04.2021.

MDR Sachsen-Anhalt (2019): Fridays for Future-Proteste in Sachsen-Anhalt. <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/vierter-weltweiter-aktionstag-fridays-for-future-proteste-in-sachsen-anhalt-100.html>; zuletzt aufgerufen am 20.08.2021.

MDR Sachsen-Anhalt (2020a): Weniger Krankenhäuser – bessere Versorgung. online verfügbar <https://www.mdr.de/sachsen-anhalt/landespolitik/pro-contra-weniger-krankenhaeuser-bessere-versorgung-100.html>; zuletzt aufgerufen am 30.12.2020.

MDR Sachsen-Anhalt (2020b): Investor plant zweite Chance für „Solar Valley“. online verfügbar <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/dessau/bitterfeld/solarzellenproduktion-investor-will-zweite-chance-fuer-solar-valley-100.html>; zuletzt aufgerufen am 07.04.2021.

MDR Sachsen-Anhalt (2021): Am Limit: Kliniken fordern Corona-Rettungsschirm. online verfügbar <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/kliniken-fordern-corona-rettungsschirm-finanzielle-unterstuetzung-100.html>; zuletzt aufgerufen am 01.12.2021.

Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration (2021): Fachkräftesicherung braucht Zuwanderung: Fachkräftesicherungspakt beschließt Erklärung zur Gewinnung ausländischer Fachkräfte und Auszubildender. online verfügbar https://ms.sachsen-anhalt.de/presse/pressemitteilungen/?no_cache=1&tx_tsarssinclude_pi1%5Buid%5D=184088&tx_tsarssinclude_pi1%5Baction%5D=single&tx_tsarssinclude_pi1%5Bcontroller%5D=Static&cHash=1108adda0d5639df2c0b615c3389d8d6; zuletzt aufgerufen am 16.08.2021.

Ministerium für Infrastruktur und Digitales (2021): Fast 46 Millionen Euro für Sachse-Anhalts Verkehrsunternehmen aus dem ÖPNV-Rettungsschirm. online verfügbar https://www.sachsen-anhalt.de/fileadmin/tx_tsarssinclude/ministerium-fuer-infrastruktur-und-digitales_16_12_2021_pressemitteilung_fast-46-millionen-euro-fuer-sachsen-anhalts-verkehrsunternehmen-aus-dem-oepnv-rettungsschirm.pdf; zuletzt aufgerufen am 18.12.2021.

Ministerium für Inneres und Sport Sachsen-Anhalt (2020): Bilanz zur politisch motivierten Kriminalität 2019. online verfübar https://mi.sachsen-anhalt.de/das-ministerium/news-detail/news/bilanz-zur-politisch-motivierten-kriminalitaet-2019/?tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=25b14433d8e5755a7382c20723a39f0c; zuletzt aufgerufen am 29.12.2020.

Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr Sachsen-Anhalt (2018): ÖPNV-Plan 2020 – 2030. Plan des öffentlichen Personennahverkehrs. online verfügbar https://mlv.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MLV/MLV/Service/Publikationen/Plan_fuer_den_oeffentlichen_Personennahverkehr_des_Landes_Sachsen-Anhalt_2020-2030.pdf; zuletzt aufgerufen am 27.02.2021.

Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt (2021): Daten zur wirtschaftlichen Lage im Land Sachsen-Anhalt. III Quartal 2020. online verfügbar https://mw.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MW/Wirtschaftsdaten/MW-Wirtschaftsdaten_Gesamtdokument_III._Quartal_2020.pdf; zuletzt aufgerufen am 23.02.2021.

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie (o.J.): Windenergie in Sachse-Anhalt. online verfügab <https://mule.sachsen-anhalt.de/energie/erneuerbare-energien/windenergie/>; zuletzt aufgerufen am 02.03.2021.

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie Sachsen-Anhalt (2020a): Akzeptanz für Windenergie erhöhen – Kommunen beteiligen. online verfügbar <https://mule.sachsen->

anhalt.de/ministerium/offene-briefe-des-ministeriums/februar-2020-akzeptanz-fuer-windenergie-erhoehen-kommunen-beteiligen/; zuletzt aufgerufen am 02.03.2021.

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie Sachsen-Anhalt (2020b): Klimawandel in Sachsen-Anhalt. Monitoringbericht 2020. online verfügbar https://mule.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MLU/MLU/04_Energie/Klimawandel/00_Starseite_Klimawandel/210315_Monitoring_2020_bf.pdf; zuletzt aufgerufen am 10.04.2021.

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie Sachsen-Anhalt (2020c): Waldzustandsbericht. online verfügbar https://mule.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MLU/MLU/03_Landwirtschaft/Forst/Waldschutz/201203_NFO_WZB-Sachsen-Anhalt-2020_BF_NEU_klein.pdf; zuletzt aufgerufen am 03.05.2021.

Mobile Opferberatung Sachsen-Anhalt (2019): Einleitung. In: Mobile Opferberatung für Opfer Rechter Gewalt (Hrsg.): Den Opfern einen Namen geben. Bildungsmaterialien zur Erinnerung an die Todesopfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt seit den 1990. druck-zuck. S. 7-9.

Mobile Opferberatung Sachsen-Anhalt (2020): Chronik 2020. online verfügbar <https://www.mobile-opferberatung.de/monitoring/chronik-2020/>; zuletzt aufgerufen am 29.12.2020.

Morfeld, M./Patzig, W./Wiedemer, V./Falk, L. (2018): Gutachten zur Analyse der Investitionszurückhaltung der privaten Wirtschaft in Sachsen-Anhalt. online verfügbar https://mw.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MW/Publikationen/Gutachten_Investitionszurueckhaltung_Sachsen-Anhalt_2018.pdf; zuletzt aufgerufen am 23.02.2021.

Müller, B. (2021): Sachsen-Anhalt: Qual der Wahl in einem abgewickelten Land. online verfügbar <https://www.heise.de/tp/features/Sachsen-Anhalt-Qual-der-Wahl-in-einem-abgewickelten-Land-6062673.html>; zuletzt aufgerufen am 19.08.2021.

Neise, M. (2020): Ost New Deal. Vom Feeling her ein ostdeutsches Gefühl. In: Jacobin Magazin. Jg. 2020. H (3). S. 22-25.

Müller, D./Kilroy, J. (2019): Streikmonitor: Arbeitskonflikte 2019. In: Zeitschrift Marxistische Erneuerung. H (122). Jg. 33. S. 131-142.

Nimz, U. (2020): Sachsen-Anhalts Woche der Entscheidung. online verfügbar <https://www.sueddeutsche.de/politik/sachsen-anhalt-rundfunkgebuehr-koalition-1.5139272>; zuletzt aufgerufen am 30.12.2020.

Nolde, H. (2017): Die demografische Entwicklung Sachsens-Anhalts: Handlungsstrategien angesichts von Bevölkerungsrückgang und Überalterung. In: Träger, H./Priebus, S. (Hrsg.): Politik und Regieren in Sachsen-Anhalt. Wiesbaden: Springer VS. S. 271-289.

Nowak, P. (2021a): Alle für die Gesundheit. online verfügbar <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1151604.klima-und-kliniken-alle-zusammen-fuer-die-gesundheit.html>; zuletzt aufgerufen am 14.09.2021.

Nowak, P. (2021b): Ultimatum für die Pflege. online verfügbar <https://jungle.world/artikel/2021/20/ultimatum-fuer-die-pflege>; zuletzt aufgerufen am 14.09.2021.

Panser, M. (2019): Macht und Wahrheit. Machtanalytik und nomadisches Denken als Fragmente einer Philosophie der Befreiung. In: Internationale Initiativen „Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan“ (Hrsg.): Das freie Leben aufbauen. Dialoge mit Abdullah Öcalan. 1. Auflage. Münster: UNRAST-Verlag. S. 320-330.

Perspektive online (2020): Refugees im Hungerstreik: „Schließt das Halberstadt-Gefängnis!“ - Security reagiert brutal. online verfügbar <https://perspektive-online.net/2020/04/refugees-im-hungerstreik-schliesst-das-halberstadt-gefaengnis-security-reagiert-brutal/>; zuletzt aufgerufen am

29.12.2020.

Pickel, G./Pickel, S./Yendell, A. (2020): Zersetzungspotenziale einer demokratischen Kultur: Verschwörungsideologien und erodierender gesellschaftlicher Zusammenhalt. In: Decker, O./Brähler, E. (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Gießen: Psychosozial-Verlag. S. 89-118.

Pieschke, M. (2016): Vom kurzen Flirt zu langfristigen Beziehungen. Warum die Linke in benachteiligten Stadtteilen (nicht) nur gewinnen kann. In: Zeitschrift Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. Jg. 2016. H (2). S. 108-113.

Porcaro, M. (2016): Zwischen verbindender und strategischer Partei. In: Zeitschrift Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. Jg. 2016. H (2). S. 8-15.

Putzing, M. et al. (2018): IAB - Betriebspanel Sachsen-Anhalt. Ergebnisse der 22. Welle 2017. Magdeburg.

Rakowitz, N. (2017): Gesundheit ist eine Ware. Mythen und Probleme des kommerzialisierten Gesundheitswesens. 3. überarbeitete Auflage. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Räthzel, N. (2019): Mosaik-Linke, Hegemonie und die Frage von Arbeit und Natur. In: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften. Jg. 61. H (1). S. 70-80.

Redaktion Belltower.News (2013): „Magdeburg wird für die Nazis so wichtig wie Dresden“. online verfügbar <https://www.belltower.news/magdeburg-wird-fuer-die-nazis-so-wichtig-wie-dresden-35690/>; zuletzt aufgerufen am 04.03.2021.

Redler, L. (2021). Unsere Gesundheit, ihr Profit. Fallstudien zu Union-Busting privater Gesundheits- und Pflegekonzerne und gewerkschaftlicher Gegenwehr. 2. Auflage. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Rehmann, J. (2019): Multitude, Mosaiklinke und die Aufgabe politischer Bündelung. In: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften. Jg. 61. H (1). S. 81-91.

Rokitte, R. (2019): Organisationspraxis im neoliberalen Beteiligungsdilemma. In: Pieschke, M./Rokitte, R. (Hrsg.): Transformative Organizing. Reading the Practice. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung. S. 33-45.

Röpke, A. (2020): Sachsen-Anhalt. Projekte Völkischer Landnahme. In: Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen e.V. (Hrsg.): Naturliebe und Menschenhass. Völkische Siedler*innen in Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Hessen und Bayern. Erfurt: Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen e.V. S. 19-23.

Rosenfeld, M./Barjak, F./Franz, P. (2001): Wirtschaftsentwicklung in Sachsen-Anhalt: empirischer Befund und politische Empfehlung. In: Wirtschaft im Wandel. Halle Institute for Economic Research (IWH). Jg. 7. H (3). S. 47-57.

Roy, K.-B. (2019): Sozioökonomische Problemlagen und Perspektiven in Sachsen-Anhalt. In: Stücker, R./Reichel, M. (Hrsg.): Sachsen-Anhalt. Eine politische Landeskunde. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag. S. 205-220.

Rudolph, D./Tolnov Clausen, L. (2021): Ländliche Entwicklung auf der Basis erneuerbarer Energien? Emanzipatorische Potenziale zwischen radikaldemokratischer und neoliberaler Logik. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Jg. 51. H (3). S.497-516.

Sachsen-Anhalt.de (o.J.): Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier. online verfügbar <https://strukturwandel.sachsen-anhalt.de/perspektiven/strukturwandel/>; zuletzt aufgerufen am 30.12.2020.

Sachsen-Anhalt Rechtsaussen (2017): Ein identitäres Haus in Halle. online verfügbar

<https://www.antifainfoblatt.de/artikel/ein-identit%C3%A4res-haus-halle>; zuletzt aufgerufen am 04.03.2021.

Sander, H./Schüler, A./Siebenmorgen, B. (2021); Strukturwandel im Mitteldeutschen Braunkohlerevier. Ansatzpunkte einer sozial-ökologischen Transformation. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Schickert, C./ Dörre, K. (2019): Vorwort. In: Dörre, K./Schickert, C. (Hrsg.): Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus. München: oekom Verlag. S. 7-16.

Schedler, J. (2009): Übernahme von Ästhetik und Aktionsformen der radikalen Linken – Zur Verortung der „Autonomen Nationalisten“ im extrem rechten Strategiespektrum. In: Braun, S./Geisler, A./Gerster, M. (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Strategien – Antworten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 332-357.

Schickert, C. (2021): Ein lokaler Green New Deal?. Überlegungen zu regionalen Ansätzen einer sozial-ökologischen Transformation. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Jg. 51. H (1). S. 165-174.

Schmalz, S./Dörre, K. (2014): Der Machtressourcenansatz. Ein Instrument zur Analyse gewerkschaftlichen Handlungsvermögens. In: Industrielle Beziehungen. Zeitschrift für Arbeit, Organisation und Management. Jg. 21. H (3). S. 2017-237.

Schröder, A. (2020): Stiller Protest statt Großdemo. online verfügbar <https://www.volksstimme.de/lokal/havelberg/krankenhaus-stiller-protest-statt-grossdemo>; zuletzt aufgerufen am 30.12.2020.

Speit, A. (2019): Identitäre ohne Zentrum. online verfügbar <https://taz.de/Identitaere-Bewegung-raeumt-Hausprojekt/!5649803/>; zuletzt aufgerufen am 04.03.2021.

Schröder, A. (2021): Krankenkassen befürworten Konzept. online verfügbar <https://pro-krankenhaus-havelberg.webador.de/news-august-2021>; zuletzt aufgerufen am 20.08.2021.

Schulz, T. (2019): Magdeburg: Trauermarsch-Comeback gescheitert. online verfügbar <https://www.endstation-rechts.de/news/magdeburg-trauermarsch-comeback-gescheitert.html>; zuletzt aufgerufen am 18.08.2021.

Schwerdtner, I. (2021): Zur Zukunft einer Mosaiklinken. In: Aulenbacher, B./Deppe, F./Dörre, F./Ehlscheid, C./Pickhasu, K. (Hrsg.): Mosaiklinke Zukunftspfade. Gewerkschaft, Politik, Wissenschaft. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot. S. 61-67.

Sintoma (2019): Selbstverständnis. Online verfügbar <https://blogs.urz.uni-halle.de/sintoma/selbst-verstaendnis/>; zuletzt aufgerufen am 22.12.2021.

Solidarische Landwirtschaft (o.J.): Solawis finden. online verfügbar https://www.solidarische-landwirtschaft.org/solawis-finden/karte#/locations/NT_sKDsELqe4liuwO4iSZc-eA; zuletzt aufgerufen am 10.04.2021.

Solidarischer Osten (2021): Wir sind der Solidarische Osten! online verfügbar <https://www.unteilbar.org/aktionen/solidarischerosten-ueber/>; zuletzt aufgerufen am 05.12.2021.

Solty, I. (2019): Für die verbindende, neue Klassenpolitik und für einen klugen linken Populismus. online verfügbar https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_12-2019.pdf; zuletzt aufgerufen am 17.08.2021.

Sperk, A. (2013): Die ersten Tage nach dem 30. Januar 1933 auf dem Gebiet des heutigen Bundeslands Sachsen-Anhalt. In: Erinnern!. Aufgabe, Chance, Herausforderung. H(1). S. 1-12.

Statisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2016): Wahl des 7. Landtages von Sachsen-Anhalt am 13.März 2016. online verfügbar <https://wahlergebnisse.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt16/erg/lt.erg.verlust.php>; zuletzt aufgerufen am 19.08.2021.

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2020). Statisches Jahrbuch Sachsen-Anhalt 2020. Halle (Saale): Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt.

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2021a): Anteil an gültigen Zweitstimmen: AFD. online verfügbar <https://wahlergebnisse.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt21/erg/karteueb/gem/lt.karte.l02.php>; zuletzt aufgerufen am 19.08.2021.

Steinführer, A. et al. (2012): Gestaltung der Daseinsvorsorge in alternden und schrumpfenden Gemeinden: Anpassungs- und Bewältigungsstrategien im Harz. In: Landbau-forschung Sonderheft 367. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut.

Stöcker, R./Detterbeck, K. (): Wahlen und Parteien in Sachsen-Anhalt: Von Stabilitäten und Instabilitäten. In: Träger, H./Priebus, S. (Hrsg.): Politik und Regieren in Sachsen-Anhalt. Wiesbaden: Springer Fachmedien. S. 145-164.

Streichhahn, V. (2020a): Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im heutigen Sachsen-Anhalt 1914-1920. Magdeburg: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt.

Streichhahn, V. (2020b): Im Schatten Berlins: Sozialistische Arbeiteraufstände in Sachsen-Anhalt. online verfügbar <https://jacobin.de/artikel/novemberrevolution-arbeitergeschichte-sachsen-anhalt-ratebewegung/>; zuletzt aufgerufen am 01.05.2021.

Streichhahn, V. (2021a): #ländersache. luxemburgreport. Landtagswahl Sachsen-Anhalt. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Streichhahn, V. (2021b): Konservativ-rechte Hegemonie und linke Niederlage. online verfügbar <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/sachsen-anhalt-konservativ-rechte-hegemonie-und-linke-niederlage/>; zuletzt aufgerufen am 19.08.2021.

Studer, B. (2020): Reisende der Weltrevolution. Eine Globalgeschichte der Kommunistischen Internationale. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Süß, R. S. (2016): Hegemonie und kollektive Handlungsfähigkeit in der Vielfalt gesellschaftlicher Widersprüche. Über die Schwierigkeit eines linken Mosaikprojekts. In: Hawel, M./Kalmring, S. (Hrsg.): Wie lernt die linke Mosaik?. Die plurale Linke in Bewegung. Hamburg: VSA Verlag. S. 77-90.

Thie, H. (2020): Ost New Deal. Green New Deal von unten. In: Jacobin Magazin. Jg. 2020. H (3). S. 26-29.

Träger, H./Priebus, S. (2017): Politik und Regieren in Sachsen-Anhalt: Vorreiter oder Nachzügler?. In: Träger, H./Priebus, S. (Hrsg.): Politik und Regieren in Sachsen-Anhalt. Wiesbaden: Springer VS. S. 1-12.

Tügel, N. (2021): Produktion in den Mittelpunkt, nicht Konsum. Online verfügbar <https://www.akweb.de/bewegung/bosch-muenchen-warum-sich-klimabewegung-und-belegschaft-verbuedet-haben/>; zuletzt aufgerufen am 01.12.2021.

Ulrich, S. (2021): Gefahr im Verzug. Sachsen-Anhalt nach der Landtagswahl. online verfügbar <https://taz.de/Sachsen-Anhalt-nach-der-Landtagswahl/!5773126/>; zuletzt aufgerufen am 21.09.2021.

Unteilbar Sachsen-Anhalt (2021a): Aufruf. online verfügbar https://www.unteilbar-sachsen-anhalt.de/?page_id=109; zuletzt aufgerufen a 05.05.2021.

Unteilbar Sachsen-Anhalt (2021b): Aktionen. online verfügbar <https://www.unteilbar-sachsen-anhalt.de/aktionen/>; zuletzt aufgerufen am 06.09.2021.

Urban, H.-J. (2007): Mosaiklinke. online verfügbar <https://ifg.rosalux.de/2007/10/06/mosaiklinke/>; zuletzt aufgerufen am 24.05.2021.

Urban, H.-J. (2010): Lob der Kapitalismuskritik. Warum der Kapitalismus eine starke Mosaik-Linke braucht. In: Zeitschrift Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. H (1). S. 18-29.

Urban, H.-J. (2019a): Es fehlt uns was, das keinen Namen mehr hat. Perspektiven im Interregnum. In: Dörre, K./Schickert, C. (Hrsg.): Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus. München: oekom Verlag. 129-144.

Urban, H.-J. (2019b): Vorlauf zu einem HKMW-Artikel 'Mosaiklinke'. In: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften. Jg. 61. H (1). S. 19-32.

Urban, H.-J. (2020): Eine Allianz, die es in sich hat. online verfügbar <https://jacobin.de/artikel/ig-metall-urban-gewerkschaften-green-new-deal-autoindustrie-nachhaltigkeit/>; zuletzt aufgerufen am 23.08.2021.

VBRG – Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (2020): Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in Deutschland 2019 - Jahresbilanzen der Opferberatungsstellen. online verfügbar <https://verband-brg.de/rechte-rassistische-und-antisemitische-gewalt-in-deutschland-2019-jahresbilanzen-der-opferberatungsstellen/>; zuletzt aufgerufen am 11.04.2021

Vetter, J. (2021): Mieten stiegen weiter trotz Corona. online verfügbar <https://www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/mieten-steigen-weiter-trotz-corona>; zuletzt aufgerufen am 02.03.2021.

Volksstimme (2019): Bauhaus-Bus ist zu teuer. online verfügbar <https://www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/elektrobus-projekt-bauhaus-bus-ist-zu-teuer>; zuletzt aufgerufen am 02.03.2021.

Volksstimme Sachsen-Anhalt (2020): Proteste zur Schließung von ZAst. online verfügbar <https://www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/demo-proteste-fuer-schliessung-von-zast>; zuletzt aufgerufen am 29.12.2020.

Vollmer, L. (2017): Keine Angst vor Alternativen. Ein neuer Munizipalismus. In: sub/urban. Zeitschrift für kritische stadtforschung. Bd. 5. H (3). S. 147-156.

Von Salzen, C. (2021): Wie sich die Linke im Wahlkampf zur Anwältin der Ostdeutschen macht. online verfügbar <https://www.tagesspiegel.de/politik/nehmt-den-wessis-das-kommando-wie-sich-die-linke-im-wahlkampf-zur-anwaeltin-der-ostdeutschen-macht/27144836.html>; zuletzt aufgerufen am 19.08.2021.

Wannwennnichtjetzt (2019): Was wir planen. online verfügbar <https://wannwennnichtjetzt.org/#Wer>; zuletzt aufgerufen am 10.09.2021.

Weber, M. (1972): Wirtschaft und Gesellschaft. 5. Auflage. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).

Weghmann, V. (2021): Daseinsvorsorge und Rekommunalisierung. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Weiermann, S. (2020): Strukturwandel ohne Bürgerbeteiligung. In Kohleregionen sollen Milliarden fließen. Bei der Verteilung drohen wenig nachhaltige Großprojekte bevorzugt zu werden. online verfügbar <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1138627.strukturwandel-ohne-buergerbeteiligung.html>; zuletzt aufgerufen am 29.12.2020.

Weinholz, E. (2020): Unser linkes Ding. Ein Rückblick auf die VL. In: Kelz, C./Mayer, H./Weinholz, E. (Hrsg.): Sozialistische Alternative in der DDR 89. Die Initiative für eine Vereinigte Linke in Texten

und Dokumenten. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung. S. 7-30.

Wendt, P.-U. (2017): Lehrbuch Methoden der Sozialen Arbeit. 2. überarbeitete Auflage. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.

Wieland, J. (2021): Rechtsgutachten zu den rechtlichen Möglichkeiten einer Rücküberführung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg in öffentliches Eigentum. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Winker, G. (2015): Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Bielefeld: transcript Verlag.

Wright, E.-O. (2019): Mit realen Utopien den Kapitalismus überwinden. In: Dörre, K./Schickert, C. (Hrsg.): Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus. München: oekom. S.113-128.

Wurzbacher, R. (2021): Raubbau durch Gigafabrik. online verfügbar <https://www.jungewelt.de/artikel/416262.tesla-in-gr%C3%BCnheide-raubbau-durch-gigafabrik.html>; zuletzt aufgerufen am 27.12.2021.

Zelik, R. (2020): Wir Untoten des Kapitals. Über politische Monster und einen grünen Sozialismus. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Zora (o.J.): Über uns. online verfügbar <http://relaunch.zora.de/ueber-uns/>; zuletzt aufgerufen am 05.05.2021.



**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**
SACHSEN-ANHALT

www.rosalux.de

„Es gibt in der gesamten Fläche von Sachsen-Anhalt diverse progressive Feld-Akteure, welche zu verschiedenen Themen, mit unterschiedlichen Formaten und Organisationskulturen eine solidarische Praxis und emanzipatorische Perspektiven entwickeln und sich den rechten, konservativen und neoliberalen Tendenzen entgegenstellen.“